C 21734 D

Tell Zaatar Symbol des Widerstandes S. 33

Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 86 9.8.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Todesschüsse an der DDR-Grenze

Ein Mann wurde „versehentlich" von der Polizei erschossen. Aber ganz anders als sonst beschäftigte dieser Vorfall tagelang in großer Aufmachung die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen. Bürgerliche Politiker aller Parteien wetteiferten in Empörung. Der „kleine Unterschied" zu den ungezählten Polizeiopfern, denen keiner von diesen Schreiberlingen und Heuchlern jemals eine Träne nachweinte: D i e s e r Mann war von DDR-Polizei erschossen worden!

Nahezu gleichlautend waren die Kommentare der bürgerlichen Parteien: *„Ein solches unmoralisches Verhalten spricht jedem Verhalten zivilisierter Staaten Hohn"* (Bundesinnenminister Maihofer, FDP). *„Wieder einmal haben die Zonenmachthaber ein Verhalten gezeigt, wie es in zivilisierten Staaten unmöglich ist"* (Bayerns Innenminister Merk, CSU).

Was hingegen in einem „zivilisierten" Staat wie in der BRD möglich ist: Ein wildgewordener Polizist erschießt 1967 bei einer Demonstration Benno Ohnesorg – und wird auch noch freigesprochen!! Oder: Polizei erschießt einen unbewaffneten Lehrling. Begründung: „Es sah so aus, als wollte er eine Pistole aus der Tasche ziehen"! Oder: Der Arbeiter Routhier wird von der Polizei bei der Räumung eines Gerichtssaals die Treppe hinuntergestoßen und stirbt an den Folgen. Oder: Übergeschnappte Polizisten schießen vor einer Kneipe in Mannheim wild um sich und verletzten mehrere junge Arbeiter, von deren einer stirbt. Und ... und ... und ... Die Fälle sind Dutzende! Und die ausdrückliche Legalisierung des polizeilichen „Todesschusses" (zusätzlich zu der ohnehin schon praktizierten Straffreiheit der Mörder in Uniform) wird die Zahl dieser „Unglücksfälle" und „Notwehr-Fälle" weiter anschwellen lassen.

Und ausgerechnet die dafür verantwortlichen Politiker tragen angesichts eines an der DDR-Grenze erschossenen italienischen Kommunisten tagelang scheinheilige Empörung zur Schau! Und gleich ist Innenminster Maihofer bei der Hand, eine zusätzliche Verstärkung des „Bundesgrenzschutzes" anzukündigen – dessen Hauptfunktion, wie man weiß, die einer Bürgerkriegstruppe im eigenen Land ist!

Die DDR-Behörden und hierzulande die DKP verstecken sich ihrerseits hinter dem verlogenen Geschrei der Imperialisten und der Reaktion, um von der Schwere dieses Vorfalls und ähnlicher früherer Fälle abzulenken. Aber die Erschießung eines Unbewaffneten, der offensichtlich auch nicht im mindesten „provozierte", ist nicht einfach ein „tragischer Unglücksfall", wie jetzt zynisch weisgemacht werden soll. Das ist M o r d, der nur in einem Staat möglich ist, wo der Polizei die Schußwaffen genauso locker sitzen wie in der BRD, in Italien oder anderen kapitalistischen Staaten. Würde bei der DDR-Polizisten und –Grenzern nicht systematisch die Schießwütigkeit ebenso geschürt und begünstigt wie in der BRD, hätte es diesen Toten nicht zu geben brauchen! Es hätte ihn nicht geben d ü r f e n ! In dem die DKP diesen Polizeimord deckt, weil er an der Grenze des „realen Sozialismus" geschah, zeigt diese Partei wieder einmal, wo sie steht. Nach der Rechtfertigung der Terrorurteile in Polen gegen demonstrierende Arbeiter durch die DKP ist das eine weitere lehrreiche Erfahrung.

Polizei prügelt für die NPD



Hamburg, den 7. August '76: Vom SPD-Senat der Hansestadt befehligte Polizei schlägt brutal auf antifaschistische Demonstranten ein und verletzt mehrere von ihnen. Die Proteste richteten sich gegen die am selben Tag stattfindende Großkundgebung der NPD. (siehe Artikel Seite 47/48)

IN EINEM ZIVILISIERTEN LAND IST SOWAS UNMÖGLICH!

Weg mit dem KPD-Verbot!

Am 17. August 1956, vor nunmehr 20 Jahren, wurde als Abschluß einer mehrjährigen Verfolgung und Austrocknung die KPD für „verfassungswidrig" erklärt und verboten. Damit machte sich die Bourgeoisie den Weg frei für ihre Politik der Wiederaufrüstung, der Integration in den imperialistischen NATO-Pakt und der „Zähmung" der Klassenkämpfe.

Das KPD-Verbot ist bis heute nicht aufgehoben worden. Auch wenn derzeit die Bourgeoisie die Existenz kommunistischer bzw. sich auf den Marxismus-Leninismus berufender Organisationen duldet, könnte das KPD-Verbot oder seine späteren Erweiterungen jederzeit wieder zur Anwendung kommen. Verbotsdrohungen gegen sich als „kommunistisch" bezeichnende Organisationen, einschließlich der DKP, hat es in den letzten Jahren schon mehrfach gegeben.

Daher ist auch heute der Kampf gegen das KPD-Verbot von 1956 von ganz aktueller Bedeutung für die Kommunisten ebenso wie für alle anderen Demokraten.

Giftgas-Katastrophe von Seveso

Vietnam in Italien

Eine Giftgas-Katastrophe mit bisher noch gar nicht abzuschätzenden Folgen hat sich am 10. Juli bei der norditalienischen Ortschaft S e v e s o, etwa 20 km von Mailand entfernt, ereignet. Dort produzierte in der Fabrik ICMESA unter völlig unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen der Schweizer Chemie-Konzern Hoffmann-La Roche u.a. Trichlorphenol, das als Grundstoff für Kosmetika und Insektengifte verwendet wird. Dabei entsteht auch das Giftgas TCDD, das von den USA in Vietnam als „Entlaubungsmittel" eingesetzt wurde. Am 10. Juli nun strömten in der ICMESAdurch eine „Panne" etwa zwei Kilo dieses Giftgases aus.

Die Folgen: *„Im Niemandsland von Seveso hat kein Vogel, kaum ein Stück Kleinvieh überlebt. 250 von 2.000 medizinisch untersuchten Seveso-Bewohnern zeigen Vergiftungserscheinungen"* („Spiegel", 2.8.). TCDD schädigt insbesondere Leber und Niere, wobei bleibende Folgen hervorgerufen werden können. Es fördert auch Krebserkrankungen der Leber. Einige Dutzend Personen mußten bisher ärztlich behandelt werden. Weit über 1.000 Bewohner mußten ihre Häuser verlassen. Wahrscheinlich für immer, da die vergiftete Gegend lange Zeit unbewohnbar bleiben wird. Bisher 800 Menschen verloren zugleich ihren Arbeitsplatz. Das ausgeströmte TCDD hat auch die Ernte vernichtet und der Boden ist auf lange Zeit vergiftet. Erwogen wird, das Erdreich im größeren Umkreis abzutragen und in einer riesigen Grube zu „versenken".

In Seveso entsteht ein kleiner Eindruck der ungeheuren Vernichtung von Leben und Natur, die vom US-Imperialismus über Jahre hinweg planmäßig in Vietnam betrieben wurde.

Die fürchterlichste Folge der Giftgas-Katastrophe jedoch ist die unabsehbare Schädigung, die ungeborene Kinder im Mutterleib durch TCDD erleiden können. Nicht nur eine Häufung von Fehl- und Todgeburten, sondern auch schrecklichste Mißgeburten sind die Folge.

So wurde – allerdings erst zwei bis drei Wochen nach der Giftgas-„Panne"! – für die schwangeren Frauen von Seveso eine „Beratungsstelle" eingerichtet. Behördensprecher verkündeten, scheinbar von ihrer eigenen Menschlichkeit erschüttert, die Frauen „dürften" sich jetzt „ f r e i " entscheiden, ob sie abtreiben lassen „wollen" oder nicht. Die Sache hat jedoch – abgesehen von dieser zynischen Variante der „Selbstbestimmung" der Frau – noch einen doppelten Haken: Erstens gab die katholische Kirche sogleich ihren Schweine-Kommentar, *„auch in schwierigen Situationen"* sei *„ungeborenes menschliches Leben unantastbar"*, keine der betroffenen Frauen dürfe also abtreiben. Und zweitens ist bis heute völlig offen, ob die betroffenen Frauen wenigstens von Staats wegen abtreiben lassen „dürfen". Denn das italienische Gesetz erlaubt Abtreibung zwar bei Gefahr schwerer Schädigungen für die M u t t e r, nicht jedoch bei zu befürchtenden schweren Schädigungen des ungeborenen K i n d e s. Und dieses Gesetz ist bisher nicht außer Kraft gesetzt, wofür erst einmal einige linke Abgeordnete im Parlament eine Initiative eingebracht haben. Und inzwischen vergehen die Tage und Wochen; die betroffenen Frauen leben in Angst und Ungewißheit, wie über sie „an höchster Stelle" endgültig entschieden werden wird.

Profit kontra Leben und Gesundheit

Die Giftgas-Katastrophe von Seveso ist in vielfacher Hinsicht ein anschauliches Beispiel, wie im Kapitalismus der Profit über Gesundheit und Leben der Menschen geht.

Zum ersten hat Hoffmann-La Roche die Fabrik überhaupt nur deshalb in Italien errichtet, weil dort

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt



Blick in die Welt

Für die sofortige Auslieferung von Aslanidhis und Katselis an Griechenland

Wie scheinheilig das ganze Gezeter der westdeutschen Behörden und der bürgerlichen Presse von den „internationalen Abkommen" ist, die Griechenland angeblich zur Auslieferung von Pohle verpflichten, zeigt die Behandlung zweier Schlüsselfiguren des Militärputsches (ehemalige hohe Offiziere) vom 21.4.67:

Während in Griechenland für beide - mindestens - schon ein sicherer Platz in einer Gefängniszelle reserviert ist, können sie sich auf ihrem „Platz an der Sonne", den ihnen die Christdemokratie in Italien bzw. die CSU in Bayern warmhält, fleißig weiter „bräunen" lassen.

Es handelt sich dabei um den prozeßflüchtigen K. Aslanidhis in Italien und den ebenso prozeßflüchtigen P. Kotsélis unter der Schirmherrschaft von Franz-Josef StrauSS in Bayern. In Italien läuft deshalb seit zwei Jahren ein Auslieferungsverfahren, und bis jetzt (!) sollen ihm die griechischen Konsulatsbehörden in Italien die zum Verlassen des Landes nötigen Reisepapiere laut Anweisung des griechischen Außenministeriums verwehren. Wäre Aslanidhis sich also in Italien nicht absolut sicher, wäre er längst über alle Berge - genauer: Über die Alpen in Richtung BRD. (Angaben zu Aslanidhis aus „Eleftherotipia" v. 29.7.76)

Zu P. Kotselis schreibt die „Athinaikji" v. 27.7.76:

„München bildet die Nachschubbasis der Nebenstaatler und Neofaschisten Griechenlands für Waffen. Alte Kader der Junta, Organisationen wie die „Karfitsa" („Stecknadel„; „kleiner Nagel"; „Nagel" nennt man auch einen Spitzel) u.a. befinden sich in direktem Kontakt mit den entsprechenden griechischen Stellen. (Die Informationen stammen von einem Kader der ehemaligen Widerstandsorganisation PAK (Papandreou -Panhellenische Befreiungsbewegung - , der vor kurzem erst aus der BRD zurückgekehrt ist.)

Deutsche Neofaschisten und andere, an der Spitze multinationaler Gesellschaften, verfügen über unerschöpfliche Geldmengen für den Waffenkauf, die mit den Autos deutscher Neofaschisten - als „Touristen" getarnt - nach Griechenland gelangen. Manchmal geschieht das auch auf dem Wasserwege.

Der ehemalige „Staatssekretär" der Junta, P. Kotsélis, hängt dort dick mit drin.

Alle oben genannten Tatsachen haben die deutschen Behörden ermittelt. Daß jedoch nichts gegen Kotsélis unternommen wird, läßt nur den Schluß zu, daß StrauSS persönlich Kotsélis und diese ganzen Aktivitäten begünstigt."

Hinzu kommen noch Agenten des Geheimdienstes (KYP), die zu Zeiten der Junta bewaffnete Terrorbanden gegen oppositionelle Griechen bildeten, zusammen mit vielen Konsulatsangestellten. Heute können sich diese Kreaturen gemeinsam mit anderen Junta-Anhängern und „Königtreuen" ungestört in den griechischen Kirchengemeinden und -räten sowie anderen Organisationen einnisten.

SORGEN WIR DAFÜR, DASS SOLCHEN LEUTEN DER BODEN HEISS GEMACHT WIRD! DAS LICHT DER ÖFFENTLICHKEIT IST FÜR VIELE SCHON ZU HEISS!

Griechenland/Türkei-Kommission

in direktem Kontakt mit den Griechenland/Türkei-Kommission

Breite Solidaritätswelle in Griechenland:

„Schützt Rolf Pohle vor der Auslieferung in die BRD!"

Die Verhaftung Rolf Pohles in Griechenland hat sich für die westdeutschen Imperialisten und die griechischen Reaktionäre als Bumerang erwiesen.

Trotz aller Horrorgeschichten, die die rechte griechische Presse und die stramm auf Karamanlis-Kurs getrimmten staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten vom Lumpenjournalismus a la Bild-Zeitung abgeschrieben haben, entstand rasch eine breite Solidaritätsbewegung mit dem „BM-Terroristen" Rolf Pohle, bis weit in das bürgerlich-liberale Lager hinein.

Der „Fall Pohle" hat dazu geführt, daß in der griechischen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit gegenüber der Rechtsentwicklung in der BRD stark angewachsen ist: Die Behandlung politischer Gefangener und die Praktiken, die von westdeutschen Behörden angewandt wurden, um Pohles Auslieferung zu erreichen, haben bei der griechischen Bevölkerung böse Erinnerungen an die jüngste faschistische Vergangenheit wachgerufen.

Rolf Pohle, der im Zuge der Lorenz-Entführung freigekommen war, wurde am 21. Juli in Athen verhaftet, nachdem ihn ein westdeutscher Tourist auf der Ägäis-Insel Mykonos denunziert hatte. Schon diese Tatsache erregte die Abscheu eines großen Teils der öffentlichen Meinung, genau wie die brutalen Fernsehaufnahmen, die bei der Verhaftung Pohles gemacht wurden. Die Bullen zerrten den sich heftig zur Wehr setzenden vor die Kamera und drehten seinen Kopf brutal ins Scheinwerferlicht. Bilder, die bei vielen Griechen schreckliche Erinnerungen an die Zeit der faschistischen Junta wachriefen.



Brutal wurde Rolf Pohle bei seiner Festnahme vor die Kamera gezerrt

Nach Pohles Festnahme gingen die westdeutschen Behörden und Massenmedien wie selbstverständlich davon aus, daß er sofort ausgeliefert

senmedien wie selbstverständlich davon aus, daß er sofort ausgeliefert

würde.

Doch die Schwierigkeiten, die bereits die offiziellen griechischen Stellen, die nun wirklich nicht im Geruch der Fortschrittlichkeit stehen, mit der Auslieferung haben, wirft ein Licht darauf, wie reaktionär westdeutsches Recht im internationalen (kapitalistischen) Vergleich ist: So sagte ein hoher Athener Polizeibeamter zum „Stern":„*Wir haben mit der Verhaftung von Rolf Pohle einen Fehler gemacht, den wir bestimmt nicht wiederholen werden. Das Belastungsmaterial aus Wiesbaden ist so dünn (!), daß wir ihn also nicht gut abschieben konnten...*" („Stern", Nr. 33, 5.8.76).

Rolf Pohles Delikte, der wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und „illegalen Waffenerwerbs" in der BRD zu 6 Jahren und 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sind in dem Auslieferungsabkommen, das zwischen der BRD und Griechenland besteht, gar nicht enthalten. Was zeigt, wie geringfügig diese angeblichen „Verbrechen" sind. Nach griechischer Rechtsauffassung sprechen noch weitere Gründe gegen Pohles Auslieferung:

- Die Freilassung Pohles im März 75 und die Abreise in den Südjemen werden als rechtswirksame Begnadigung angesehen.
- Pohle hat bereits über die Hälfte seiner Gefängnisstrafe abgesessen.
- Anläßlich des Austausches von Pohle und der anderen drei politischen Gefangenen gegen Lorenz hatte seinerzeit Heinrich Albertz, der die Ausgeflogenen als freiwillige Geisel begleitete, erklärt, die Bundesregierung werde auf künftige Auslieferungsanträge verzichten. Das Bundeskriminalamt handelt mit seinem Auslieferungsantrag heute genau entgegen dieser Abmachung.

Die griechische Regierung ist durch den „Fall Pohle" in eine offensichtliche Zwickmühle geraten: Die Imperialisten fordern Pohles Abschiebung in die BRD und drohen mit Sanktionen, falls das nicht passiert. Auf der anderen Seite wird die Solidaritätsbewegung für Pohle immer breiter.

Politisches Asyl für Pohle

In Griechenland gilt Pohle als Antifaschist und politischer Gefangener. Sogar in der bürgerlichen griechischen Massenpresse wird hervorgehoben, daß Rolf Pohle Ende der 60er Jahre als Jurist und Mitglied der Münchner Rechtshilfe von der Junta verfolgten Griechen half. Pohle wird von fünf demokratischen Anwälten verteidigt, die hohes internationales Ansehen genießen. Pohles Verteidiger Evangelos Jannopoulos, der Präsident des „Vereins demokratischer Rechtsanwälte" (ihnen ist zu verdanken, daß überhaupt Prozesse gegen die Oberfaschisten der Junta-Ära zustande kamen) gründete mit anderen prominenten Persönlichkeiten ein „Komitee zur Solidarität mit R.L. Pohle". Diese Komitee unterstützt vor allem die direkten Forderungen Pohles und seiner Anwälte, politisches Asyl in Griechenland zu erlangen oder andernfalls in ein Land seiner Wahl abgeschoben zu werden, wie es ihm nach geltendem griechischen Recht zusteht.

Anwalt Jannopoulos hatte sofort beim Justizminister protestiert, als eine vom bayrischen Innenministerium eigens zu diesem Zweck nach Athen geflogene Sondermaschine der Lufthansa bereitstand, um Pohle mitzunehmen.„*Wenn Sie diese Piraterie zulassen, werden Sie morgen eine Demonstration von fünftausend Anwälten auf den Straßen Athens erleben.*" („Stern", 5.8.76). Angesichts des wachsenden Drucks der griechischen Öffentlichkeit mußte die Sondermaschine leer zurückfliegen und Justizminister Stephanakis bedankte sich bei Pohles Anwalt:„*Die Abschiebung nach Deutschland wäre ein großer Fehler gewesen.*"

Die Asylforderung für Rolf Pohle wird auch von großen Teilen des liberalen Bürgertums vertreten. So stand in der liberalen Tageszeitung „Ta Nea":„*Die deutsche Regierung hat vor der Welt das Schicksal der Ulrike Meinhof zu verantworten, die durch einen unfairen Prozeß in den Selbstmord getrieben worden ist. Wir lehnen deshalb die Auslieferung Pohles ab, damit nicht auch er in einen solchen Selbstmord getrieben werden kann*". (zitiert nach „Stern").

BRD- Bullen spielen sich als
kann". (zitiert nach „Stern").

BRD- Bullen spielen sich als „Weltpolizisten" auf

Der „Fall Pohle" zeigte auch, mit welcher Dreistigkeit die BRD-Polizei im Ausland eingesetzt wird: Teilweise als „harmlose deutsche Touristen" getarnt, spitzelten westdeutsche Polizisten auf Campingplätzen, in Hotels und anderen Fremdenverkehrszentren herum. Am Kanal von Korinth kontrollierten sie z.B. Autos deutscher Touristen. Über diese offensichtliche Amtsanmaßung war die griechische Regierung nicht einmal formell benachrichtigt worden. Welche Ausmaße westdeutsches Polizeiunwesen auf griechischem Hoheitsgebiet schon angenommen hat, kam ans Licht, als BRD-Bullen der griechischen Polizei eine umfangreiche Liste vorlegten, welche „Terroristin" bzw. „Terrorist" wann an welchem Ort zu übernachten pflegt und mit welchen Personen sie Kontakt hätten. Das Schauermärchen, daß die „RAF" ihr Hauptquartier nach Griechenland verlegt habe, durfte dabei genauso wenig fehlen, wie die Behauptung, es stünde eine Reihe neuer Terroranschläge bevor.

Sämtliche dieser Angaben erwiesen sich so stichhaltig wie eine Seifenblase („Eleftherotipia", EL, 29.7.76). Zu Recht wurde in der griechischen Massenpresse der Vergleich mit den Methoden der Nazibesatzung gezogen: Die Gestapo „kontrollierte" und die einheimischen Kollaborateure vollstreckten dann diese „Erkenntnisse".

Ein hoher westdeutscher Polizeioffizier versprach den griechischen Polizeibehörden im Fall der raschen Auslieferung Pohles die 50.000 DM „Kopfgeld", die eigentlich den westdeutschen Bullen wegen der Ergreifung Pohles zustehen. („EL", 29.7. 76).

Die Hetze der Springerpresse trägt ihre Früchte

Ekel und Abscheu erregen in diesen Tagen die bundesdeutschen Touristen, die mit der Bild-Zeitung unterm Arm in Griechenland auf „Terroristenjagd" gehen. Aufgehetzte Touristinnen, die sich das „Kopfgeld" von 50.000 DM verdienen wollen, haben sich bei der griechischen Bevölkerung den Namen „Terror-Amazonen" eingehandelt.

Sowohl die griechische Presse als auch der „Spiegel" berichten, daß sich die griechischen Behörden vor „Hinweisen" von westdeutschen Touristen kaum retten konnten. Eine Westberlinerin z.B. „erinnerte" sich nach ihrer Rückkehr aus ihrem Urlaub auf der Insel Korfu, daß sie dort die „Terroristin" Gabriele Kröcher-Tiedemann gesehen habe. Das sofort eingesetzte großartige Polizeiaufgebot tappte ins Leere, allerdings nicht ganz: Die wiedereingeflogene „Zeugin" konnte die „Verdächtige" den Bullen präsentieren: Eine westdeutsche Lehrerin, die zu der Flugzeugentführung, die später in Entebbe endete, geäußert hatte: „*Das geschieht den Kapitalistenschweinen doch ganz recht*" („Spiegel", 2.8.76).

Bei der Gründlichkeit, mit der die westdeutschen Verfassungsschützer arbeiten, steht die fortschrittliche Lehrerin jetzt sicher auf der Berufsverboteliste.

Wachsende Besorgnis in Griechenland über die Rechtsentwicklung in der BRD

Für die griechische demokratische Öffentlichkeit war das Verhalten so mancher westdeutscher Touristen ein eindringliches Lehrstück, wie weit die Faschisierung in der BRD, das Klima von Denunziation und Gesinnungsschnüffelei schon seine Sumpfblüten hervorbringen lassen hat. Das fand in der Presse allerdings die gebührende „Würdigung": „*Spitzeltum mit System in Westdeutschland*", „*Sichere Ausrottung in den weißen Zellen Bonns*" u.ä. lauteten die Überschriften von Artikeln in griechischen Tageszeitungen, die sich eingehender mit der BRD befaßten. Vor allem die „Eleftherotipia" beschrieb detailliert die mörderischen Haftbedingungen für politische Gefangene, den Abbau der Verteidigerrechte, den „Gewaltparagrafen" sowie die „*systematische sechsjährige Gehirnwäsche durch die Massenmedien*".

Aus Anlaß der Pohle-Affäre veröffentlicht die „Eleftherotipia"

Aus Anlaß der Pohle-Affäre veröffentlicht die „Eleftherotipia"

jetzt als Fortsetzungsroman eine Übersetzung von Bölls „Die verlorene Ehre der Katharina Blum".

Man stelle sich vor, eine westdeutsche „liberale" Zeitung würde überhaupt nur von „politischen Gefangenen" in der BRD sprechen!

Das Verhalten der demokratischen Presse Griechenlands ist allerdings lediglich eine Reaktion auf das tief verwurzelte antifaschistisch-antiimperialistische Bewußtsein in der Bevölkerung:

So wurden außer dem Komitee des Anwalts Jannopoulos noch zwei weitere Komitees gegründet. Das „Komitee für die Befreiung R. Pohles" hat sich vor allem die Aufgabe gesetzt, über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD und die damit zusammenhängenden politischen Entwicklungen zu informieren. Das dritte „Solidaritätskomitee mit R. Pohle" wurde von 24 Rechtsanwälten gebildet, wobei es personelle Überschneidungen mit den anderen Komitees gibt.

Seine spezielle Zielsetzung ist es, die innenpolitischen Konsequenzen der „Pohle-Affäre" westdeutsche Agententätigkeit sowie polizeiliche Amtsanmaßung, Duldung der die griechischen Hoheitsrechte verletzenden Verhaftungspraxis der Interpol seitens der griechischen Behörden und der sehr gefährliche Versuch, politische Handlungen als gemeine Straftaten zu behandeln, was sie an die Juntazeit erinnert (!), aufzudekken.

Die Athener Medizinstudenten des 6. Jahrgangs verabschiedeten eine Resolution, in der sie eine Auslieferung Pohles als eine „Beleidigung der demokratischen Empfindungen" des griechischen Volkes charakterisierten. („El.", 29.7. 76)

Griechenland/Türkei-Kommission

Linke Massenparteien mit Pohle solidarisch

Außer der revolutionären Linken erklären sich in Griechenland die beiden großen linken Massenparteien, die linkssozialistische PASOK (Papandreou) und die revisionistische KKE mit Pohle als einem antifaschistischen und antiimperialisten Kämpfer solidarisch und fordern für ihn politisches Asylrecht oder seine „Abschiebung" in ein Land seiner Wahl (Angola).

Das offizielle Organ der PASOK (Papandreou), „Exormisi", gab zu den Ereignissen um Rolf Pohle u.a. folgende Stellungnahme ab:

„Die Vergehen des Anti-Imperialisten (!) Pohle sind politisch!

Über jede Parteigrenze hinaus ... unabhängig davon, ob wir mit den konkreten Aktionsmethoden, die der deutsche „Terrorist" R.L. Pohle verfolgt, übereinstimmen oder nicht, ist es am wenigsten unehrenhaft, angesichts der systematischen Verdrehung der Wahrheit, zu schweigen, die die rechte Presse unseres Landes einstimmig betreibt".

Auch die griechischen Behörden seien von „deutschen diplomatischen Kreisen" unter Druck gesetzt worden, den deutschen Antiimperialisten gegen jede Prozeßordnung so schnell wie möglich rauszurücken.

„Die Aktivitäten, für die Pohle angeklagt wird, ist sein antiimperialistischer Kampf und die Frontalangriffe seiner Gruppe gegen die amerikanischen Einrichtungen und „Hauptquartiere" in seiner Heimat.

...Unter Ausnutzung der Angst, die das Wort „Terrorist" oder irgend ein ähnliches Adjektiv hervorrufen, versucht man seine Auslieferung an Westdeutschland zu erreichen, was seiner Verurteilung zum Tode gleichkommt . . .

...Aber die Vergehen, für die Pohle angeklagt wird, sind rein politisch, und seine Auslieferung ist nicht zu rechtfertigen, und deshalb wurden auch fortschrifttliche Elemente unseres Landes aktiv, um diese zu verhindern.

...In dem Augenblick, wo die Italiener den Obergangster Aslanidhis (-ein Junta-Faschist- AK-Red.) nicht ausliefern, warum sollen wir da einen Kämpfer in den Rachen des Löwen werfen!... (Ex. 91, 30.7.76)

Schließlich unterstützt auch die revisionistische Partei (Bruderpartei der hiesigen DKP!) KKE in ihrem Organ „Avji" die Kampagne zur Freilassung Pohles seit dem 29.7.76!

Sie schreibt, es wäre „*ein Völkerrechtsbruch, wenn Pohle politisches Asyl verweigert würde*" und „*eine Schande für das Griechenland nach der Diktatur, wenn es mit der Auslieferung des Antifaschisten (!) Pohle die internationalen Grundsätze verrete, die griechische Kämpfer gegen die Diktatur schützen*" („Tagesspiegel, 29.7.76)

SOFORTIGE FREILASSUNG UND POLITISCHES ASYL FÜR DEN ANTIFASCHISTEN UND ANTIIMPERIALISTEN POHLE !

Vietnam in Italien

Fortsetzung von Seite 1

nicht bloß die Arbeitskräfte billiger sind, sondern vor allem, weil Sicherheitsvorschriften praktisch kaum bestehen. Das geltende „Sicherheits"gesetz für chemische Betriebe ist von 1934! Obwohl irgendwann eine „Panne" und ein massives Ausströmen von TCDD zu befürchten war, hatte man sich weder im Werk noch bei den Behörden jemals mit den möglichen Folgen oder gar mit Vorkehrungen dagegen beschäftigt. So meldete die Fabrikleitung die „Panne" offiziell überhaupt erst mehrere Tage, nachdem sie passiert war. Fünf Tage lang ließ sie sogar noch die Produktion weiterlaufen! Die Behörden begnügten sich nach dem Bekanntwerden der „Panne" zunächst mit Warnungen vor dem Verzehr von Obst, Gemüse und Fleisch. Noch am 18. Juli (die Panne hatte sich am 10. Juli ereignet!) beruhigte der Bürgermeister von Seveso: „*Die Techniker der ICMESA haben nach genauen Analysen versichert, daß die Giftwolken keine tödlichen Folgen haben können und in Auflösung begriffen sind*". Es folgten neue Ermahnungen zur „Hygiene" und „Vorsicht". Wenige Stunden später begann ein Massensterben der Haus-



Absperrung der geräumten Zone

tiere. Die ersten Kinder mußten mit schweren Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Erst jetzt entschloß man sich zögernd, die ersten Evakuierungen vorzunehmen! Da niemand genau angeben konnte, wieweit der Umkreis der möglichen Gefährdung reicht, wurden Ende Juli/Anfang August (!) wiederum einige hundert Menschen evakuiert – „vorsorglich", wie es hieß.

Jetzt endlich (!!) entschlossen sich die Behörden auch, einen Spezialisten aus Vietnam kommen zu lassen, – der erste Mensch, der überhaupt etwas Genaueres zu den Gefährdungen sagen konnte, da das vietnamesische Volk mit diesen „Segnungen der Zivilisation" eine jahrelange leidvolle Erfahrung hinter sich hat. Offenkundig hatte der bürgerliche italienische Staat bis zum Äußersten gezögert, einen vietnamesischen Spezialisten zu konsultieren, um nach Möglichkeit den Zusammenhang zwischen dem „Unglück" in Italien und dem Völkermord in Vietnam nicht derart deutlich werden zu lassen.

Inzwischen drängen die Beratungsstellen und andere Gremien darauf, daß der Staat endlich die Genehmigung zur Vornahme von Abtreibungen erteilt, da es sonst für die fortgeschrittenen Fälle der Schwangerschaft bald nicht mehr möglich sein wird.

Ein anderer Aspekt der aktuellen Situation ist, daß bisher insgesamt nur ein begrenzter Teil der Bevölkerung des betroffenen Gebietes evakuiert worden ist. Dies liegt zum einen daran, daß überhaupt unklar war (und ist), wie groß ungefähr die vergiftete Zone ist, und liegt zum anderen daran, daß sich der bürgerliche



Einwohner Seweso's bei einer Demonstration–sie fordern volle Aufklärung über den Ernst der Lage

Staat sehr schwer tut, Unterkünfte in der eigentlich dringend nötigen Zahl – insbesondere für die Kinder, die am meisten gefährdet sind – endlich bereit zu stellen. So spielen heute noch die Kinder teilweise an Orten, wo zumindest der V e r d a c h t der Verseuchung besteht!!

Besonder makaber ist vor diesem Hintergrund, daß an der Börse derzeit darauf orientiert wird, wegen der Folgen des Unglücks von Seveso in der Öffentlichkeit, Hoffmann-La Roche-Aktien abzustoßen – zumal der Verdacht besteht, daß das gleichfalls von diesem Konzern produzierte „Beruhigungsmittel" Valium bei schwangeren Frauen möglicherweise zu Mißgeburten führt. Die Börse rät, die Hoffmann-La Roche-Aktien lieber in Nestle-Aktien umzutauschen! ... Nestle hat zwar den üblen Geruch an sich, mit seinem Trockenmilch-Programm Baby-Mord in der „Dritten Welt" zu betreiben, aber als Geldanlage scheint es etwas sicherer zu sein ...

In diesen Rahmen paßt die Meldung, daß in der ICMESA ein weiteres Giftgas bzw. dessen Grundstoff produziert wurde, das mit dem Code-Namen SP 121 bezeichnet wird und mit dem derzeit „Experimente" für eine militärische Verwendung gemacht werden. Und zwar insbesondere in der BRD, wo westdeutsche und US-amerikaniche Spezialeinheiten mit diesem Teufelszeug „arbeiten". In der Türkei soll es eine Fabrik geben, in der gleichfalls SP 121 produziert wird. Die Produktion bei der ICMESA lief unter strengster Geheimhaltung ab („quotidiano dei lavoratori", 4.8.).

Portugal

Eine Provokation gegen die Arbeiterklasse
Soares legt Regierungsprogramm vor

Verbrämt mit demagogischen Phrasen wie „Wir widersetzen uns einer Widerherstellung des Kapitalismus" legte Soares am 2. August dem portugiesischen Parlament seine Regierungserklärung vor, die über 260 Seiten nichts anderes versucht, als kapitalistische Krisenpolitik als „soziali-
tugiesischen Parlament seine Regierungserklärung vor, die über 260 Seiten nichts anderes versucht, als kapitalistische Krisenpolitik als „soziali-
stischen Aufbau" zu tarnen.

Ausgehend von der Feststellung, in Portugal seien heute 60% der Industrie verstaatlicht, entwickelt Soares seine Politik der „Anreize" und „Stimulation" für den privaten Sektor.

Im Klartext ist es das Ziel der neuen portugiesischen Regierung, aus der Arbeiterklasse und aus dem Kapital der verstaatlichten Betriebe so viel Geld herauszupressen, daß nicht nur die enteigneten Kapitalisten großzügig „entschädigt" werden können, sondern neben den ausländischen Krediten noch beträchtliche Summen aufgebracht werden können, um die privatkapitalistische Industrie zu finanzieren.

Während den Angestellten und Selbständigen der Mittelschichten und den selbständigen Bauern großzügige Verbesserungen versprochen werden, richtet sich die ganze Wucht sozialdemokratischen „Reformeifers" gegen die Arbeiterklasse. Dabei setzt Soares stark auf das Mittel der Spaltung, wenn er in einem Interview ausführt: „*Die Revolution hat fast nichts für die Bauern getan, während sie sehr viel für die Arbeiter, insbesondere der Industrieregionen von Lissabon und Porto, getan hat ... Gewisse Sektoren der Mittelschichten, insbesondere die kleinen Beamten, gehören ebenfalls zu den Opfern. In diesem Sinne ist unser Programm ein Akt der Wiedergutmachung gegenüber diesen Portugiesen, die übrigens die Mehrheit der aktiven Bevölkerung bilden*" (‚Le Monde', 6.8.76).

Es wäre natürlich ein Irrtum, wollte man glauben, Soares meine mit den Bauern, denen er helfen will, die armen Kleinbauern, die tatsächlich kaum das Existenzminimum haben; sondern diese „Wiedergutmachung" soll gegenüber den Großbauern erfol-
armen Kleinbauern, die tatsächlich kaum das Existenzminimum haben; sondern diese „Wiedergutmachung" soll gegenüber den Großbauern erfol-
gen. Im selben Zusammenhang heißt es nämlich, die Regierung werde die „Mißbräuche bei der Agrarreform prüfen" und Landrückgaben an enteignete Grundbesitzer durchführen!

Gegen die Arbeiter will Soares mit schärfsten Maßnahmen vorgehen. So soll es Lohnerhöhungen nicht mehr geben, soll der gerade erkämpfte 13. Monatslohn als „Staatsanleihe" festgelegt und der Verfügung der Arbeiter entzogen werden, will die Regierung dafür kämpfen, daß der Streik „nur als letztes Mittel eingesetzt wird".

Einen besonderen Absatz widmet die Regierung dem Kampf gegen die Gewerkschaften. Unter der Parole „Kampf gegen die gewerkschaftliche Guerilla" und der Aufforderung zur „Konzertierten Aktion der Sozialpartner" visiert Soares ein wesentliches Ziel der portugiesischen Bourgeoisie an, die Übernahme der Einheitsgewerkschaft durch die Sozialdemokratie.

Im bereits zitierten Interview formuliert Soares seine Kampfansage an die Arbeiterklasse so: „*Tatsächlich mußte ich einige Mißbräuche der Arbeiter hervorheben: die hohen Fehlquoten in der verstaatlichten Industrie, Forderungen, die mit den Notwendigkeiten unserer Wirtschaft nicht vereinbar sind, fehlende Arbeitsdisziplin.*

Andererseits hat die Arbeiterklasse, die Klasse, die politisch am weitesten entwickelt ist, verschiedene Kampfformen eingeführt, die wir als illegal betrachten: das Einsperren von Leitungspersonal, die Beschlagnahme gewisser Güter, die Zerstörung von Räumen und Waren. Ich sage ganz klar: wir werden das nicht länger hinnehmen!".

Daß diese Politik auf die offene Konfrontation mit der Arbeiterklas-
ganz klar: wir werden das nicht länger hinnehmen!".
Daß diese Politik auf die offene Konfrontation mit der Arbeiterklas-
se steuert, ist offensichtlich. Gerade für den westdeutschen Betrachter ist deutlich, daß die Hand, die Herrn Soares die Feder geführt hat, aus Bonn herübergelangt hat.

Allerdings hat die Regierung Soares es mit der portugiesischen Arbeiterklasse als Gegner zu tun – einer Arbeiterklasse, die in den vergangenen zwei Jahren die größten Fortschritte der europäischen Arbeiterbewegung gemacht hat.

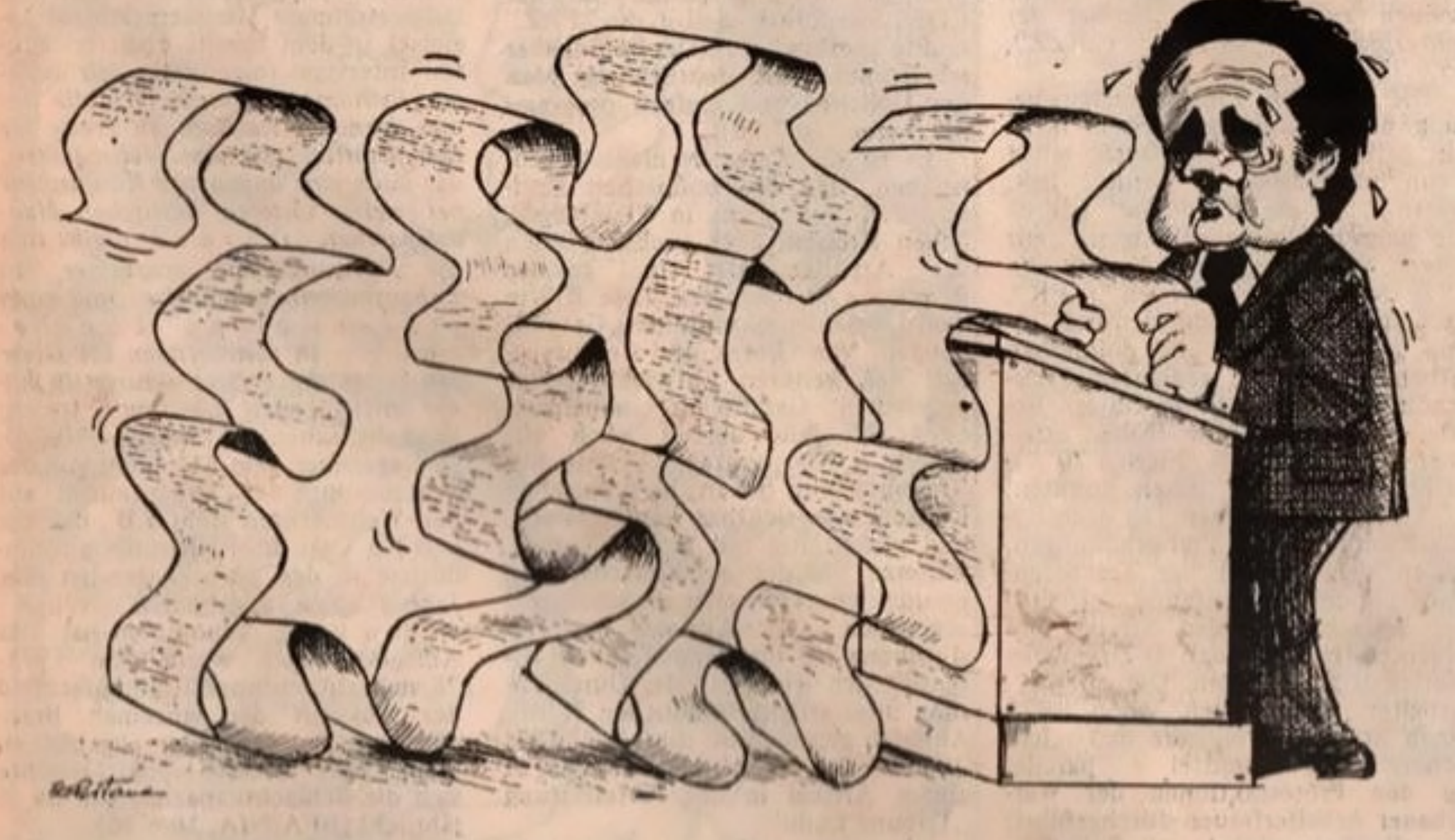
Eine Arbeiterklasse, die gerade in der Präsidentenwahl gezeigt hat, daß der Rechtsputsch vom 25. November 1975 ihr keineswegs das Rückgrat gebrochen hat.

Es dürfte auch einem Soares klar sein, daß in dieser Situation das bißchen sozialdemokratischer Schnickschnack, das ihm seine SPD-Freunde beigesteuert haben, untauglich ist.

In Wahrheit stützt sich die portugiesiche Bourgeoisie denn auch weniger auf die PS- Demagogien, als auf die Schnellfeuergewehre und Panzer des Staatspräsidenten Eanes.

Das konnte auch die 260-Seiten-Erklärung von Mario Soares nicht ver vernebeln. Die Arbeiterklasse ist gewarnt.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Soares verliest die Regierungserklärung – Karikatur aus „A Capital"

Der neueste Dreh

In ihrem Bestreben, die demokratische Entwicklung der vergangenen zwei Jahre zurückzuschrauben, haben sich die in Portugal herrschenden Militärs eine neue Lüge einfallen lassen: Eine militärische „Untersuchungskommission" legte dem Präsidenten am 3. August einen „Bericht" vor, in dem angebliche Folterungen an „politischen Gefangenen" (Faschisten!) in der Zeit zwischen 25.April '74 und 25. Novermber '75 „aufgedeckt" werden.

Danach sollen insbesondere in den Kasernen der Militärpolizei von Lissabon und im RALIS die gefangengenommenen Geheimpolizisten der PIDE sowie die verantwortlichen Offiziere der rechten Putschversuche vom 28. September '74 und 11. März '75 „gefoltert" worden sein.

Die portugiesische Rechtspresse hat auch bereits angegeben, gegen wen sich diese Anschuldigungen richten : Vasco Gonçalvez, Rosa Coutinho und natürlich Otelo, dem ja möglichst schnell der Prozeß gemacht werden soll.

Zum Ankläger gegen diese fortschrittlichen Offiziere, die maßgeblich am Sturz des Faschismus mitgewirkt haben, spielt sich natürlich der Präsident und General Eanes auf, der nie an irgendeiner antifaschistischen Aktion weder vor noch nach dem 25.April beteiligt war. Eanes verkündete: „In den meisten neuen Revolutionären steckt ein unbewußter Faschist!", und kündigte rigorose Bestrafung an.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß nach dem 25. November mehr als 150 fortschrittliche Offiziere, darunter auch Otelo, von den neuen (und alten) militärischen Machthabern inhaftiert und in den Militärgefängnissen Custoias und Santarem unter menschenunwürdigen Haftbedingungen festgehalten wurden. Teilweise wurden sie wochenlang isoliert, durften nicht einmal von ihren Familien Besuch empfangen und konnten auch von ihren Anwälten nicht besucht werden.

Verantwortlich für diese Maßnahmen war der heutige Staatspräsident Eanes, der einer ganzen Reihe von Offizieren am 25. November ehrenwörtlich zugesichert hatte, sie würden nicht verhaftet werden, geschweige denn ihrer militärischen Kommandos enthoben.

Otelo hat wiederholt in öffentlichen Erklärungen dargelegt, wie kurz so ein „Ehrenwort"des Präsidenten Eanes ist ...

Darüberhinaus wurde in diesen Tagen in Portugal ausgerechnet von einer Gruppe von PS- Abgeordneten dagegen protestiert, daß bis heute kein einziger Prozeß gegen einen Faschisten des Caetano- Regimes stattgefunden hat. Die schlimmsten Folterer der PIDE, die jahrzehntelang das portugiesische Volk terrorisiert haben, befinden sich heute auf freiem Fuß, während die Justiz Prozesse gegen antifaschistische Offiziere des 25. April vorbereitet.

Verantwortlich dafür sind allerdings nicht nur die herrschenden Militärkreise um Eanes, sondern mindestens ebenso die „Sozialistische Partei" von Bonner Gnaden.

Gerade die PS hat ein Lebensinteresse am Aufbau der arbeiterfeindlichen Legende, wonach „rechts gleich links" sein soll. Nach Bonner Vorbild dient diese demagogische Formel den portugiesichen sozialdemokratischen Führern dazu, aus ihrer Partei ein kompromißlos gegen die Arbeiterinteressen gerichtetes Kampfinstrument zu schmieden. Ein Teil der PS- Wähler hat dies bereists erkannt: bei den Präsidentenwahlen haben etwa 10% der PS- Wähler für Otelo gestimmt und weitere 14% für Azevedo und damit ebenfalls gegen den von der PS- Führung aufgezwungegen profaschistischen General Eanes.

Portugal- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 17.000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Polen nach den Arbeiterkämpfen:

Mit Terrorurteilen und Scheindemokratie gegen die Arbeiterklasse!

Nach der kämpferischen Zurückschlagung der von den polnischen Revisionisten im Juni dieses Jahres verkündeten Preiserhöhung von durchschnittlich nahezu 60 % (Fleisch: 70 %, Zucker gar 100 % !) für landwirtschafltiche Lebensmittel, rollt während der letzten Wochen eine Welle von Prozessen gegen die „Rädelsführer" der Streiks und Demonstrationen, die gleich nach Bekanntwerden der Erhöhung von polnischen Arbeitern im ganzen Land organisiert wurden. Im Schnellverfahren wurden wenige Tage nach Ausbruch der Kämpfe in Warschau und Radom insgesamt 13 Personen in zwei Prozessen – darunter fünf Arbeiter der Warschauer Traktorenfabrik „Ursus", die zum Zeichen des Protestes den D-Zug Paris-Warschau gestoppt hatten – zu brutalen „Strafen" zwischen drei und zehn (!) Jahren Gefängnis verurteilt. Nach den vorliegenden Informationen sind bislang nach diesen Abschreckungs-Prozessen noch insgesamt 53 (!) weitere Personen wegen angeblichem „Diebstahl", „Einbruch" etc. abgeurteilt worden. Die Höhe der „Strafen" ist nicht bekannt, da die Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Ein Sprecher der polnischen Regierung teilte auf einer Pressekonferenz darüberhinaus mit, daß zwar keine Gruppenverfahren mehr geplant seien, weitere Prozesse gegen Einzelpersonen aber noch ausstehen („FR"; 30.7.76).



1970 – Werftarbeiter bei einer Protestversammlung

Zehn Jahre Gefängnis in einem politischen Prozeß hat es mindestens seit 1956 nach den uns vorliegenden Informationen in Polen nicht mehr gegeben. Selbst in den Prozessen nach den teils konterrevolutionär gefärbten, blutigen Auseinandersetzungen in Posen von 1956, kamen die Angeklagten mit weit geringeren Strafen davon. 1970, als die Arbeiter sich erstmals gegen die Politik der polnischen revisionistischen Führer erhoben, traute sich die „neue Bourgeoisie", nachdem sie unter den kämpfenden Massen ein Blutbad mit ca. 180 Toten (Nach Aussagen der Gdansker Werftarbeiter in „Rote Fahnen über Polen", Trikont Verlag, 1973, S. 142) angerichtet hatte, nicht mehr, auch noch Prozesse gegen die „Rädelsführer" anzustrengen. Die polnischen Revisionisten wollen mit den jetzt gefällten Terrorurteilen offenbar ein drastisches Exempel statuieren. Sie begeifern die vermeintlichen Organisatoren gerade der für die Rücknahme der geplanten Preiserhöhungen entscheidenden Aktionen, die am entschlossensten kämpfenden Arbeiter als *„schmarotzer- und rowdyhafte, kriminelle und antisozialistische Elemente"* (so der Stadtpräsident von Radom, Karwicki, auf einer Massenkundgebung, „FAZ", 2.7.76); die Aktionen selbst bezeichnen sie als *„Akte der Anarchie und des Vandalismus"*, in denen *„betrunkene Jugendliche und h y s t e r i s c h e Frauen*(!) *den Ton angegeben"* hätten („die tat", 2.7.76)! Andererseits aber versuchen die polnischen Revisionisten mit der Organisierung von Massenkundgebungen und Betriebsversammlungen zur „Konsultation" des Volkes, „sozialistische Demokratie" vorzutäuschen, in der Absicht, auf diesem Wege für ihre Politik die „Zustimmung" des Volkes einzuholen.

Abgelenkt werden soll von der Tatsache, daß sich die polnische Arbeiterklasse seit dem offenen Ausbruch des Unwillens über die Folgen der revisionistischen Politik 1970, seit dem (angeblichen!) Einfrieren der Preise und der ständigen Versuche der polnischen Führung, dies rückgängig zu machen, im permanten Kleinkrieg mit der „neuen Bourgeoisie" befindet. Während der ganzen zurückliegenden Jahre hat es – teils heftige – Kämpfe einzelner Belegschaften, von Frauen u.a. gegeben.

Vor diesem Hintergrund muß der jetzige Versuch von Gierek und Co. gesehen werden, als Lehre aus der blutigen Niederschlagung der Aufstände 1970 durch Gomulka, nunmehr mit einer ausgefeilteren Kombination von Knute und pseudo-„demokratischem" Geplänkel die Proteste zu ersticken.

Daß die polnischen Revisionisten sich inzwischen schon wieder ziemlich sicher fühlen, zeigt die Tatsache, daß schon am 13.7., also gut zwei Wochen nach den Kämpfen, das Politbüro der PVAP einen von Ministerpräsident Jaroszewicz vorgelegten Neu-Entwurf über Preiserhöhungen gebilligt hat, der vorsieht, die Preise für Fleisch, Geflügel und Fleischprodukte um durchschnittlich 35 % zu erhöhen!

Das, nachdem der gleiche Jaroszewicz auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in einer Fernsehansprache beschwichtigend erklärte, die Preiserhöhungen zunächst einmal über einen Zeitraum von „mehreren Monaten" diskutieren und überarbeiten zu lassen.

Der Entwurf sieht weiterhin die auch schon im ersten Konzept enthaltene Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte zwischen 20 und 50 % vor, wovor man sich eine „Stimulierung" der überwiegend privaten, zersplitterten Landwirtschaft verspricht (Radio Warschau, 13.7.76).

Seit 1970 – offene Klassenkämpfe in Polen

1970 waren Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, z.B. Fleisch um 20-35 %, Teigwaren und Mehl um 16 % sowie die allgemein mangelhafte Versorgung mit ausreichenden Lebensmitteln der Anlaß für die polnische Arbeiterklasse, zu Zehntausenden zu demonstrieren und zu streiken. Obwohl der anschließend ausgewechselte damalige Parteivorsitzende Gomulka gegen die kämpfenden Arbeiter Polizei und Miliz auffahren ließ, die vielfach skrupellos in die Massen schossen, gelang es zunächst nicht, die Kämpfe der Arbeiter und ihre Forderungen zu ersticken. Über zwei Monate war Polen Schauplatz von Protestaktionen, bis schließlich am 16. Februar 1971 die Parteispitze mit Wirkung vom 1.3.71 die Preise wieder auf den Stand vom 13.12.70 „einfror". (Alle nicht anders gekennzeichneten Angaben aus „Rote Fahnen über Polen", Trikont-Verlag München, 1972.)

Von hervorragender Bedeutung war bei diesem Erfolg der Streik der Textilarbeiterinnen in Lodz, der als einziger vom Ausbruch der Kämpfe bis zur endgültigen Rücknahme der Preiserhöhungen nicht unterbrochen wurde.

Im Mai 1975 kam es in Warschau erneut zu einer Protestaktion von Frauen gegen Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit. In der Schuhfabrik „Radoskor" wurden später 150 Frauen als „Anführerinnen" festgenommen, allerdings wenige Stunden später wieder freigelassen („Spiegel", 31.5.75). Auch die Arbeiter in den Betrieben sind seit 1970, sozusagen als „Ausgleich" für die eingefrorenen Preise, Angriffen auf ihren Lohn und ihre vorgegebenen Arbeitsnormen ausgesetzt und haben sich teilweise mit Kamptmaßnahmen dagegen zur Wehr gesetzt. So behauptet z.B. die polnische Führung in ihrer derzeit laufenden Propagandakampagne für die „Berechtigung" der Preissteigerungen, daß die Löhne der Arbeiter schließlich seit 1970 um ca. 40 % gestiegen seien. Tatsächlich aber wurde – und das ist natürlich in dem Zusammenhang nicht erwähnt – 1974 ein neues Lohnsystem eingeführt, das die Hafenarbeiter in Gdansk und Gdingen dazu veranlaßte, im September 1974 in einen mehrtägigen Bummelstreik zu treten.

„Der Grund des Bummelstreiks

fenarbeiter in Gdansk und Gdingen
dazu veranlaßte, im September 1974 in einen mehrtägigen Bummelstreik zu treten.

„Der Grund des Bummelstreiks

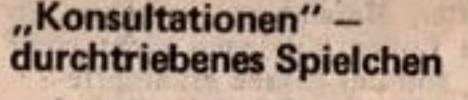
lag beim neuen Lohnsystem. Dieses sieht eine geringfügige Anhebung der festen Löhne bei gleichzeitiger Reduzierung der Akkordprämien vor. Aber gerade letzteres sichert vielen Dockern hohe Verdienstmöglichkeiten" („NZZ", 1.9.74).

Die Docker gehören zu dem Teil der polnischen Arbeiterschaft, der auch jetzt wieder durch die Preiserhöhungen – ursprünglich durchschnittlich 60 %, gegenüber durchschnittlich 17,8 % von 1970 ! – am stärksten getroffen werden sollte.

Diese, etwa fünf Millionen starke Industriearbeiterschicht, hat ein durchschnittliches Monatseinkommen von 3.500 Sloty – davon beträgt der Mehrverdienst seit 1970 berechnet nach den offiziellen Angaben 1,200 Sloty. *„Davon entfällt aber nur ein Viertel auf tariflich festgelegte Anhebungen; drei Viertel ergeben sich aus Prämien für Mehrarbeit, Sonderleistungen und höhere Qualifikationen der Arbeitnehmer. Dieses Mehr wird nicht etwa im 8-Stunden-Rhytmus verdient, sondern während der Überstunden"* („Welt", 26.6.76). Mit dem neuen Lohnsystem hat sich so der Anteil der Überstunden an der Gesamtarbeit und die Arbeitshetze verschärft. Zuvor schon, 1973, wurde „ ... *ein Bonussystem eingeführt, das individuell gehandhabt wird. Mangelhafte Arbeitsdisziplin, ungenügende Arbeitsproduktivität oder Fernbleiben vom Arbeitsplatz werden mit Abzügen von Prämien bestraft. Mehr als zwei Tage unentschuldigtes Fehlen können zum völligen Verlust der Jahresprämie führen"* („NZZ", 25.7.73).

Die r e a l e Einkommenssteigerung beträgt also bei weitem nicht die offiziellen 40 %. Doch selbst wenn man diese zu Grunde legt, wären „ ... *die Reallöhne"* (durch die jüngsten Preiserhöhungen) *„mit einem Schlag auf das Niveau von 1970 zurückgestuft worden"* („FR", 26.6.76). Es ist wohl deutlich genug geworden, daß die polnischen Arbeiter sich die geplanten Preiserhöhungen, die z.B. in einigen Bereichen astronomische Höhen erreichen (Zucker 100 %, Fleisch 70 %), nicht mehr bieten lassen konnten.

Am 25. Juni, einen Tag nach Bekanntwerden der Preiserhöhungen, traten die Arbeiter der Traktoren- und Landmaschinenfabrik „Ursus" bei Warschau in den Streik – und brachten zugleich den D-Zug Paris-Warschau zum Halten. Die „Ursus"-Arbeiter hatten auch schon 1975 einen Streik für billigere und reichlichere Nahrungsmittel – parallel zu den Protestaktionen der Warschauer Arbeiterfrauen durchgeführt, der allerdings damals mit Polizeigewalt gebrochen werden konnte („Spiegel", 31.5.75). Ihnen gleich taten es die 10.000 überwiegend weiblichen Textilarbeiter in Lodz und die Arbeiter der Metallwerke "General Walter" in Radom. In Warschau und Radom fanden Demonstrationen statt, in deren Verlauf teilweise Barrikaden gebaut wurden. Darüber hinaus bildeten sich vor den Lebensmittelläden im ganzen Land lange Schlangen von Käufern, die die noch verbleibenden zwei Tage bis zum geplanten Inkrafttreten der Preiserhöhungen nutzen wollten. Hier kam es verschiedentlich zu Plünderungskationen und heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere, da nicht selten die Ladeninhaber



Preiserhöhungen nutzen wollten. Hier kam es verschiedentlich zu Plünderungskationen und heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere, da nicht selten die Ladeninhaber

rechtzeitig die Regale von den verteuerten Waren (Fleisch und Zucker vor allem) geräumt hatten, um diese zwei Tage später für das doppelte verkaufen zu können.

„Konsultationen" – durchtriebenes Spielchen

Noch am Abend des 25. Juni erklärte der polnische Ministerpräsident Jaroszewicz, „ ... *daß der Ministerrat die Beibehaltung der bisherigen Einzelhandelspreise für Lebensmittel angeordnet hat ..."* und daß man die Frage „ ... *noch einmal gründlich prüfen"* wolle, was „ ... *mehrere Monate dauern ..."* werde („Welt", 26./27.6.76).

Offensichtlich wollten die polnischen Revisionisten mit diesem taktischen Rückzug die weitere Ausweitung der Kämpfe verhindern, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Breite von 1970 erreicht hatten.

In den folgenden Tagen operierten die polnischen Revisionisten zweigleisig: zum einen wurden zahlreiche „Rädelsführer" verhaftet – denen inszwischen (siehe oben) der Prozeß gemacht wird – und eine wütende Verteufelungskampagne in Gang gebracht; zum anderen aber ließ man „Verständnis" für den Unwillen der breiten Volksmassen durchblikken und ging daran, in sämtlichen Betrieben die in der neuen polnischen Verfassung verankerten „Konsultationen" zu organisieren, sowie in den großen Städten Polens Massenkundgebungen der „Sympathie" mit der Regierungspolitik. Selbst die „FAZ" mußte anerkennen: **„Der Beifall überschritt am Ende deutlich das Maß des Üblichen und einfach programmierbaren"** (6.7.76).

Es ist die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß die polnischen Revisionisten vor allem in kleinbürgerlichen Kreisen, aber auch in Teilen der Arbeiterschaft eine gewisse B a s i s haben, daß diese Kräfte dem (sozialdemokratischen) Gesamtkonzept von Gierek und Co. bezüglich der weiteren Entwicklung der polnischen Gesellschaft anhängen, oder jedenfalls derzeit noch auf Gierek & Co. vertrauen. Diese Zustimmung nun haben die polnischen Revisionisten sichtbar werden lassen, und gleichzeitig mit ihren „Konsultationen" in der Arbeiterschaft ein pseudo-demokratisches Schauspiel abgezogen. Das Ausmaß der Zustimmung hat ihnen noch zudem offensichtlich wieder in der Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Politik Auftrieb gegeben. So tönte schon am 28.6.76 das ZK-Mitglied Wojna in einem Artikel in der Parteizeitung „Tribuna Ludu":

„Im Leben zählt nur die Arbeit. Nur durch Arbeit kann man Wohlstand schaffen ... Und noch eins: Diskussionen über das Wohl des Vaterlandes, der Nation, des Staates, kann man nur führen, wenn man arbeitet ... " („FAZ", 28.6.76).

Mit unverschämter Offenheit legt z.B. der stellvertretende Ministerpräsident Jagielski in einem Interview mit dem „Stern" dar, daß es bei den gegenwärtig laufenden „Konsultationen" sowieso nicht darum geht, die Politik der polnischen Revisionisten etwa i m G r u n d s a t z zu diskutieren, sondern: *„Die gegenwärtigen Diskussionen gehen n i c h t um die Frage, o b die Lebensmittelpreise erhöht werden sollen, sondern auf welche Art und*

s a t z zu diskutieren, sondern: *„Die gegenwärtigen Diskussionen gehen n i c h t um die Frage, o b die Lebensmittelpreise erhöht werden sollen, sondern auf welche Art und*

in welchen Ausmaßen sie erhöht werden sollen" („Stern", 30/76).

Ganz in diesem Sinne konnte dann kürzlich Ministerpräsident Jaroszewicz die „wichtigsten Tendenzen" in den Änderungsvorschlägen „der Bevölkerung" verkünden. Demnach werde „in der Mehrheit" vorgeschlagen, die Preise für Fleischwaren, Fisch und Zucker nicht so drastisch zu erhöhen wie ursprünglich geplant, dafür aber auch Brot und Backwaren, deren Preise unverändert bleiben sollten, ebenfalls zu verteuern! *„Vielfach gefordert worden sei auch, daß man einen ständig wirkenden Mechanismus einführe, der, bei Garantierung eines Reallohnzuwachses, für alljährliche mäßige Preisanpassung sorge, um in Zukunft drastische Preissprünge nach langem Einfrieren zu verhindern"* („FAZ", 7.7.76).

Die revisionistische Wirtschaftspolitik – Ursache für die Preissteigerungen

Als Ursache für die Notwendigkeit von Preissteigerungen geben die polnischen Revisionisten an, daß der Staat allein 1975 mit Subventionen in Höhe von mehr als 100 Mrd. Sloty (12,5 Mrd DM) die Preise stabilisiert habe. Angeblich seien diese Subventionen jährlich seit 1970 um 20-40 % gestiegen (24.6.76, „Handelsblatt").

Zu den Gründen für die Preiserhöhungen, die diese enormen Staatssubventionen erforderten, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Jagielski in dem bereits oben erwähnten Interview folgendes: *„Mit äußeren Bedingungen meine ich die immer schneller wachsenden Preise für Lebensmittel auf den Weltmärkten, wie auch eine ungünstige Konjunktur bei vielen unserer westlichen Handelspartner. D a r a u s ergibt sich die Notwendigkeit, sparsamer mit Lebensmitteln umzugehen und einer s t u f e n w e i s e n A n n ä h e r u n g – in vernünftigen* (?) *Grenzen – an die Preisstrukturen in höher entwickelten Ländern"*, sprich: kapitalistischen! („Stern", 30/76).

Gegenüber dem Argument von der Verteuerung der Lebensmittel auf den Weltmärkten steht z.B., daß die p o l n i s c h e Nahrungsmittelindustrie in den zurückliegenden fünf Jahren einen ungeheuren A u f s c h w u n g genommen hat. Das Anlagevermögen wurde von 1971-75 nahezu verdoppelt, entsprechend der Auswurf der einzelnen Branchen erhöht – bei der angeblichen Mangelware Fleisch z.B. erhöhte sich die Schlachtkapazität um 59 % jährlich! (BFA/NfA, 16.6.76).

Daraus folgt, daß nur zum Teil die Weltmarktpreise für Lebensmittel



1970 – Der revisionistische Staatsapparat geht mit Militärgewalt gegen die Arbeiter vor.

Polen nach den Arbeiterkämpfen

Fortsetzung von Seite 4

ausschlaggebend für den Preisauftrieb sind, bzw. daß sie es i n d e m M a ß e werden, wie die polnischen Revisionisten ihre eigenen Lebensmittel e x p o r t i e r e n (z.B. in die BRD, um den gigantischen Schuldenberg von derzeit 4,225 Mrd. DM – „Stern", 30/76 – abzutragen) und dann gezwungen sind, auf anderen westlichen Märkten das nötigste für den inländischen Markt zu besorgen! Angesichts der enormen Zuwachsraten der Lebensmittelindustrie einerseits und des Devisenmangels andererseits, drängt sich zudem der Verdacht auf, daß die Revisionisten durch gezielte Preiserhöhungen z.B. bei Fleisch und Geflügel, und dadurch Senkung des inländischen Verbrauches, weitere Exportkapazitäten freisetzen wollen – Fakt ist jedenfalls, daß j e t z t s c h o n der Fleischexport von 100.000 t 1974 auf 206.100 t 1975 gesteigert worden ist, daß der Anteil der Lebensmittelexporte 9,1 % des Gesamtexports ausmacht sowie die Importe bei Lebensmitteln nahezu entsprechend 8,6 % ! („Handelsblatt", Polen-Beilage, 4./5.6.76).

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist der Zustand der Landwirtschaft. Diese ist zu 85% der Anbaufläche in privater Hand, die Anbaufläche ist z.B. im Vergleich mit der Nutzung der Anbaufläche des kapitalistischen Frankreich in doppelt so viele Einzelgehöfte zersplittert („Spiegel", 24/76). Mit den Preiserhöhungen war gleichzeitig eine Anhebung der Erzeugerpreise um 20 - 50% gekoppelt, die nach den jüngsten Vorschlägen des Politbüros immer noch in voller Höhe realisiert werden soll. Über die wirtschaftliche Macht der Privatbauern, die ihre Produkte auch über private Märkte absetzen können, sagt beispielsweise das „Handelsblatt": *„Die Ernte beginnt in Kürze. Es wäre naiv zu glauben, die Bauern würden ihr Getreide zu niedrigeren Preisen liefern, nachdem man ihnen bereits höhere versprochen hat"* („Handelsblatt", 5.7.76).

Es ist also ziemlich eindeutig, daß die Wirtschaftspolitik der polnischen Revisionisten insgesamt, ihre Orientierung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere mit den kapitalistischen Staaten, der daraus bislang resultierende Schuldenberg von ca. 20 Milliarden DM (alle Auslandsschulden – BfA/NfA, 1.6. 76) etc., der Motor für alle ihre offenen und verdeckten Ambitionen ist, der polnischen Arbeiterklasse den Gürtel enger zu schnallen. Der oben schon zitierte Jagielski sagt das deutlich genug: *„Wir haben die Einkünfte der Bevölkerung schnell gesteigert und realisieren das breite Investitionsprogramm. Wir intensivieren die Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Diesen Weg gehen wir weiter".* (Eben d a s steht bei den gegenwärtigen „Konsultationen" n i c h t zur „Diskussion"!) *„Das erfordert die Überwindung von Schwierigkeiten, und dazu gehört auch die bisher nicht angemessene Preisstruktur"* („Stern", 30/76).

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



DKP zu Arbeiterkämpfen in Polen:

Wer sind die „Helden für Springer" ?

Wie nicht anders zu erwarten, stimmte die westdeutsche DKP in der Kommentierung der Arbeiterkämpfe in Polen in den von den dortigen Führern angestrengten Hetz-Chor mit ein, wonach die „Ausschreitungen" auf „Provokationen" von „Rowdys", „hysterischen Frauen", „Gewohnheitsverbrechern" und dergleichen zurückzuführen seien. Am 29.6. erschien in der „UZ" unter der Überschrift „Helden für Springer" folgender Kommentar: *„Wenn eine Handvoll Rowdys in Polen Schienen herausreißt und Geschäfte plündert, dann können sie sicher sein, daß sie von der Presse des Großkapitals in unserem Land als Helden gefeiert werden."* So wie in diesem Kommentar das einzige „Argument" gegen die kämpfenden polnischen Arbeiter blieb, daß Springer und Co *„ihr Herz für ‚Polnische Arbeiter' entdeckten"*, so war die DKP denn auch in ihrer ganzen Berichterstattung bemüht, mittels plumper Tricks, Verdrehungen usw. vorbehaltlos die Politik der polnischen Revisionisten zu unterstützen und die Arbeiter und ihre Streiks und Demonstrationen zu verteufeln. In dem ersten Artikel, am Tag der Bekanntmachung der geplanten Erhöhung, wurde glattweg behauptet: *„Die Preisänderungen werden von Zuschüssen zu den Löhnen, Renten und Pensionen sowie erhöhten Familienzuschüssen a u s g e g l i c h e n "*(UZ, 26.6.76). Das trifft natürlich ersteinmal nur für die untere Einkommensschicht, und in diesem Rahmen lediglich teilweise zu. Was soll auch eine Preiserhöhung, die mit Versorgungsengpässen, Getreideimporten, Verschuldung etc. begründet wird, wenn sie in voller Höhe wieder durch Lohnerhöhungen ausgegelichen würde, wie die DKP glauben machen will! Tatsächlich findet man in der „UZ" keinen weiteren Satz als den oben zitierten zu dem angeblichen „Ausgleich" – tunlichst haben natürlich die DKP-Revisionisten überdies vermieden, zu diesem Punkt konkrete Zahlen und Daten zu veröffentlichen. Daß dieses Vorgehen kein Einzelfall, sondern Methode ist, zeigt auch ein weiterer Artikel zum selben Thema in der „UZ" vom 2.7.76. Nachdem dort zunächst einige Zahlen über die angebliche Steigerung des Konsums (Fleischverbrauch etc.) angeführt werden, entblödet sich die DKP nicht, zu behaupten: *„Das Ziel der vorgeschlagenen Änderungen ist jedoch nicht Verbraucherbeschränkung (??!!), sondern die Schaffung günstiger Entwicklungsbedingungen für die Landwirtschaft und die Herstellung ökonomischer Relationen..."*! Einmal abgesehen davon, daß dieser prächtige Erguß ein Widerspruch in sich ist, liest man nur ein paar Zeilen weiter, daß die „Anpassung" der Preise in Polen *„nicht einfach..."* sei, u.a. da *„sich auch gewisse Konsumgewohnheiten herausgebildet haben"*. Garniert wird das Ganze dann noch mit nicht allzu geschickten Tricks. So lautet z.B. eine Zwischenüberschrift desselben Artikels: **„Zwei Dollar für ein Kilo Rindsfilet"**, womit suggeriert werden soll, daß Rindfleisch in Polen bislang sozusagen zu Schleuderpreisen verramscht wurde, was schließlich eine so geringfügige „Korrektur" wie 70 % (ursprünglich geplant) „berechtigt" erscheinen lassen soll ...!

„Vergessen" hat die DKP bei dieser Milchmädchen-Rechnung allerdings, den Rindfleisch-Preis ins Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen zu setzen – dann sieht die Sache schon etwas anders aus: zwei Dollar umgerechnet sind nach dem Touristen-Wechselkurs 70 Sloty, die einem durchschnittlichen Einkommen von etwa 2.500-3.000 Sloty gegenüberstehen – das entspricht im Vergleich bei 1.300 DM Verdienst in der BRD einem Rindfleisch-Preis von ca. 30 DM pro Kilo – billig ist in der Tat was anderes!

Als nun schließlich wenige Tage nach dem polnischen Debakel auch noch mit Ungarn ein weiteres Land des „krisenfesten Sozialismus" die Preise für Fleisch und Fleischprodukte um 30-35 % erhöhte, da fiel der bös geforderten DKP noch ein weiteres „Argument" ein: Nachdem der „UZ"-Leser erstmal über 25 Zeilen mit einem Berg von Planzielen Ungarns vollgeknallt wird (Wohnungs-, Kindergarten-, Klassenraumbau, Krankenhausbetten etc. p.p.), schlicht und ergreifend:

„Mit alledem hat nicht zuletzt auch die bevorstehende Fleischpreiserhöhung zu tun, weil all das, was Staat, Unternehmen und Betriebe einnehmen, nicht in Form von Profiten in wenige Taschen fließt, sondern im Sozialismus der Gesamtbevölkerung zu Gute kommt ..." („UZ", 7.7.76). Na denn, noch so einen ...

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß die DKP sich zu den Prozessen, den Verfolgungen der Aktivisten der Arbeiterkämpfe, ausgeschwiegen hat – hatte sie doch schon genug Mühe, ihren Lesern die „Notwendigkeit" von Preiserhöhungen im „krisenfesten Sozialismus" zu verklickern!

Immerhin sind die Revisionisten, als im Frühjahr dieses Jahres die chinesischen Massen Deng Hsiao Ping zum Teufel jagten, nicht so schüchtern gewesen. So schrieben sie z.B. über die konterrevolutionäre Demonstration auf dem Pekinger „Platz des himmlischen Friedens":

„Erst nachts konnten die Behörden ... nach Zusammenziehung zehntausender Mann Militär, Polizei und Volkswehr die mehr als 100.000 Demonstranten zerstreuen und Massenverhaftungen vornehmen. Einige Verhaftete wurden im Eilverfahren zum Tode verurteilt" („UZ", 24.6.76).

Tatsächlich hat es damals allgemein A u f s e h e n erregt, daß die chinesische Miliz unbewaffnet (!!) und mit äußerster Zurückhaltung vorgegangen ist, es eben keine Massenverhaftungen, geschweige denn Todesurteile, gegeben hat! Aber offenbar weiß die DKP – wenn es um Lügen gegen die VR China geht – mit welchen Methoden man nicht gerade Werbung für den Sozialismus macht ... Alles in allem muß gesagt werden, daß die DKP -Revisionisten in verlogener Manier und mit Verdrehungen bzw. Unterschlagung von Informationen etc. versuchen, die Politik der polnischen Revisionisten zu verteidigen und die berechtigten Kampfmaßnahmen der Arbeiter als „Rowdytum" zu diskreditieren.

Es ist eben diese Haltung, die es der reaktionären Presse der BRD nur allzu oft leicht macht, „die Kommunisten" zu verteufeln; es ist auch nicht zuletzt der Terror der polnischen Revisionisten gegen die Arbeiter gewesen, der es der bürgerlichen Presse erlaubte, ihr übelriechendes Süppchen auf den Kämpfen in Polen zu kochen ... Wer also sind die wirklichen „Helden für Springer" ... ?



RGW-Kommission
KB /Gruppe Hamburg

Fortschrittliche Filmer sollen vom WDR ruiniert werden

„Die Arbeiter reden zuviel"

Die Spitze der derzeit sich verstärkenden Zensureingriffe leistete sich in jüngster Zeit der WDR anläßlich eines Filmbeitrags über die Kämpfe der Belegschaft bei LIP in Frankreich. Der Redakteur R. Hoffmann schloß mit den freien Mitarbeitern Edith Schmidt und David Wittenberg, die schon jahrelang Dokumentationen zu Arbeitskämpfen hergestellt hatten, einen Arbeitsvertrag für einen Film über die berühmt gewordenen Kämpfe der Frauen und Männer der Uhrenfirma LIP.

In der daraufhin erstellten Dokumentation wird (wie vereinbart) ausführlich der Ablauf des Kampfes gegen Massenentlassung und Teilstillegung gezeigt. Die Arbeiter selbst kommen breit zu Wort; für den Redakteur Hoffmann zu ausführlich und selbstbewußt, wie sich herausstellen sollte. Bei der Vorführung der Dokumentation äußerte er zunächst unbestimmt aber desto heftiger sein Mißfallen: Bild und Text seien *„nicht diskutabel"*. Nach genauerer Nachfrage wurde er konkreter: *„Die Arbeiter reden zuviel"*, *„die Originaltöne sind unerträglich"* und *„ich diskutiere nicht"*.

Daraufhin beantwortete der Redakteur die Briefe, die ihm die Produzenten schrieben, nicht mehr. Der Film sollte offensichtlich ganz aus dem Programm. Nach der Verhinderung einer erneuten Diskussion um den Film, kam der WDR dann gegenüber den Autoren mit dem Hammer heraus, der Ablieferungstermin sei überschritten worden, und man verweigere daher die Abnahme des Filmes.

Damit beging der WDR nicht nur eindeutig Vertragsbruch, er ging in seinem darauffolgenden Schritt sogar so weit, zwei Raten der vertragsmäßig zur Herstellung der Dokumentation verwendeten Summe Geldes zurückzufordern. Der WDR bekam diese Summe auch prompt; allerdings nicht von den Autoren, sondern von der Bank, die die Bürgschaft gestellt hatte. Nun fordert die Bank von den Filmproduzenten ihrerseits das Geld (60.000 DM) zurück. Der WDR verlangt außerdem noch Zinsen.

Zusätzlich zu politischer Zensur und Vertragsbruch, die sich der „Rotfunk" WDR hier offen leistet, sollen linke Filmemacher, die die Arbeiter selbst zu Wort kommen lassen – was in den Medien und der Presse der BRD ein höchst seltenes Ereignis ist – jetzt auch noch finanziell ruiniert werden, indem sie zu langwierigen kostspieligen Prozessen gezwungen werden. Die Autoren klagen, unterstützt von der Gewerkschaft RFFU seit Juli 1975 gegen den WDR. Sie verdienen Solidarität. Diese kann in Form von Protestunterschriften an Wolfgang Rieland, 6 Ffm., Auf der Körnerwiese 6, gehen.

Medienkommission

WDR-Verwaltungsrat gegen linke Sendung

Im November 73 strahlte das 3. Fernsehen eine fortschrittliche Sendung mit dem Thema „Lieder gegen rechts" aus. Hierbei wurden mehrere Songgruppen vorgestellt, die unter anderem Lieder von Brecht und Eisler spielten.

Es dauerte keine zwei Wochen, bis die ersten Beschwerden beim Verwaltungsrat eintrafen. Federführend für die Beschwerde war eine „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit", die dadurch bekannt ist, daß einer ihrer führenden Vorstandsmitglieder mit zahlreichen ähnlichen Institutionen eine Kampagne gegen die SPD/FDP-Regierung im Wahljahr 72 leitete. Zu dieser Beschwerde fühlte sich dann auch noch ein Bundesminister a.D. und andere „Persönlichkeiten" berufen.

Der Verwaltungsrat sah sich so unter „Druck" gesetzt, daß er nachträglich erklärte, die Sendung habe gegen § 4 des WDR-Status verstoßen und bedauerte die Ausstrahlung der Sendung, da sie nicht ausgewogen (!) gewesen sei.

Der verantwortliche Redakteur ist nun mit Hilfe der Rundfunk-Fernseh-Union (RFFU) im DGB vors Gericht gezogen, um zu klären, ob die Sendung gegen das Gesetz des Rundfunksenders verstoßen hat.

Ein weiteres Beispiel dafür, mit welchen Mitteln fortschrittliche Sendungen aus dem Programm geschmissen werden sollen.

Broschek Zelle/KB Hamburg

Westberlin

Erstmals Zensur

Ein für internationale Filmfestspiele beispielloses Stück bot die West-Berliner Staatsanwaltschaft am 2. Juli.

In einem Festspieltheater wurde der japanische Spielfilm „Im Reich der Sinne" beschlagnahmt. Der „Grund": Verstoß gegen den Porno-Paragraphen 184.
(Uns soll hier weniger interessieren, welches der Inhalt des Filmes war). Fakt ist, daß die BRD und West-Berlin erstmals in der Geschichte internationaler Filmfestspiele einen Festspielbeitrag beschlagnahmen ließen. Selbst im faschistischen Spanien ist dies bisher noch nicht vorgekommen!

Dies zeigt, daß die Klassenjustiz in der BRD gewillt ist, im Rahmen des allgemeinen Angriffs auf die demokratischen Rechte, auch die Freiheit der Filmemacher einzuschränken.

Dazu heißt es in einer Presseerklärung: *„Wir sehen die Beschlagnahme im Zusammenhang mit einer Einschränkung der freien Film- und Pressearbeit in der BRD. In der letzten Zeit sind Gesetze erlassen worden (§§ 88a und 130), die weitere Angriffe auf die Filmarbeit ermöglichen und vorbereiten."*

Amnestie zum Kuhhandel gemacht?

Nachdem von der spanischen Regierung erklärt worden war, es gebe „nur" rund 630 politische Häftlinge in spanischen Gefängnissen – was sicher eine zu niedrige Angabe ist – sollen durch die Amnestie der neuen Suarez-Regierung der größte Teil derselben jetzt freigelassen werden. Die letzten Meldungen aus Presse und Rundfunk berichten von rund 500 politischen Gefangenen, die durch die Amnestie ihre Freiheit wiedererlangen sollen. Allerdings waren davon bis zum 7.8. erst etwa 40 entlassen worden. Weiter in Haft sollen all diejenigen Antifaschisten bleiben, die nach dem „Anti-Terror-Gesetz" verurteilt wurden, also Menschen, denen bewaffnete Aktionen gegen Faschisten vorgeworfen werden.

Immerhin kann die Freilassung von gut Zweidrittel der – angenommenen – politischen Gefangenen als eine „großzügige Amnestie" ausgelegt werden, zumal unter den Freigelassenen prominente Führer der spanischen revisionistischen Partei und Mitglieder revolutionärer Organisationen sind. Zu den bekannten PCE-Mitgliedern, die unter großem Jubel ihrer Angehörigen und Freunde das Gefängnis verlassen durften, gehört das Vorstandsmitglied Romero Marin, der zu 15 Jahren verurteilt werden sollte; Sanchez Montero, der schon 16 Jahre in Spaniens Gefängnissen gesessen hat und zu weiteren 18 verurteilt werden sollte; Santiago Alvarez, dem ebenfalls ein Prozeß bevorstand. Auch Luis Lobato, Vorstandsmitglied der PCE, der mit Unterbrechungen 25 Jahre in Francos Folterkammern verbracht hat, ist jetzt nach „Verbüßung" von sechs Jahren (jetziges Strafmaß für illegale Vereinigung) seiner letzten 21-jährigen Gefängnisstrafe frei.

Zu den Amnestierten gehören auch die 1975 wegen Verschwörung verurteilten acht Offiziere der „Demokratischen Militärunion". Allerdings können sie nicht mit einer Wiederaufnahme in die spanische Armee rechnen.

Die westdeutsche Presse berichtet ferner von der Freilassung mehrerer (angeblicher) Mitglieder der baskischen ETA, denen keine bewaffneten Aktionen vorgeworfen werden, sowie von drei Mitgliedern der linkssektiererischen FRAP, die ihre 18-jährigen Gefängnisstrafen wegen illegaler Vereinigung nicht absitzen müssen.

Die Amnestie der Suarez-Regierung, die vom König Juan Carlos „abgesegnet" wurde, stieß auf ein überwiegend positives Echo in den Reihen der spanischen Opposition.

Santiago Carrillo, Generalsekretär der spanischen revisionistischen KP, erklärte, die Amnestie könne als erster Schritt zur „Versöhnung der Spanier" betrachtet werden. Er glaube, daß damit günstige Voraussetzungen für Verhandlungen geschaffen werden, *„die den Weg zur Demokratie öffnen"*. Carrillo fand die Amnestie jedoch „unvollkommen". Solange sie nicht für alle gelte, *„dürfte es schwer sein, den Bürgerfrieden wiederherzustellen. Ich denke dabei besonders an das Baskenland"*, äußerte er („Frankfurter Rundschau", 2.8.76).

Ähnlich lauteten die Erklärungen anderer Oppositionsparteien einschließlich der bisher illegalen Gewerkschaften.

Die königliche Amnestie muß in erster Linie als ein Erfolg der Hunderttausende umfassenden Massenbewegung für die Freilassung aller politischen Gefangenen gesehen werden. Ohne die Demonstrationen tausender Spanier in allen Teilen des Landes in den letzten Wochen und Monaten wäre eine solche Amnestie nicht denkbar gewesen. Zwar wird auch von den noch illegalen politischen Parteien und wohl erst recht von den spanischen Massen die Auslese der Freigelassenen kritisiert, aber es dürfte sicher sein, daß der breiten Bewegung für Amnestie und politische Freiheiten zunächst einmal der politische Boden entzogen worden ist. Und das war auch die Berechnung der Regierung, die mit dieser Massenbewegung nicht mehr fertig werden konnte. Nun hofft man wohl, mit mehr Ruhe und „Windstille" die weiteren „Reformen" durchziehen zu können, einschließlich der geplanten Wahlen im kommenden Jahr.

Versöhnliche Töne der Opposition

Während die in der „Demokratischen Koordination" zusammengeschlossenen Gruppen und Parteien der Opposition bei Regierungsantritt von Suarez noch strenge Unversöhnlichkeit gemimt hatten, hat eine neue Erklärung der „46" (alles Mitglieder eben dieser „Coordinación Democrática") eine *„flexible und versöhnliche Haltung"* („FR", 29.7.76) erkennen lassen. Zwar werden auch in dieser Erklärung demokratische Grundfreiheiten, Gewerkschaftsfreiheit und die Anerkennung der „Persönlichkeit" der Völker Spaniens gefordert, doch die totale Bereitschaft zum „Dialog" mit der Regierung wird nachdrücklich kundgetan. Die in der „Demokratischen Koordination" beteiligten revolutionären Organisationen ORT, MC und PTE haben diesen Aufruf konsequenterweise nicht mit unterzeichnet.

Suarez, dem Regierungschef, ehemaliger Chef der faschistischen Einheitsbewegung, werden zur Zeit die Teppiche von sämtlichen Führern der Opposition durchgetreten. Zu vertraulichen Gesprächen fanden sich nicht nur die Christdemokraten, die beiden sozialdemokratischen Parteien PSOE und PSP, sondern auch „über Mittelsmänner" („FR", 29.7.76) die PCE bei ihm ein.

Daß sich insbesondere die spanischen Revisionisten ihrer Sache sehr sicher sind (nämlich der „Anerkennung" durch das nachfrankistische System), zeigt nicht zuletzt ihre öffentliche ZK-Tagung in Rom, auf der sämtliche in Spanien ansässigen ZK-Mitglieder offen auftraten (Ramón Tamames, Marcelino Camacho u.a.). Der Empfang der „kommunistischen" Parteiführung beim italienischen christdemokratischen Präsidenten Andreotti, der mit seinen „eigenen" Kommunisten offiziell nicht reden will, zeigt, daß der spanischen „KP" offenbar von dieser Seite noch mehr Vertrauen entgegengebracht wird. So wurde Santiago Carillo nicht müde, zu betonen, daß seine Partei keiner „internationalen Disziplin" unterliege und sich zum Mehrparteiensystem bekenne – alles ausdrückliche Bedingungen, um bei den anstehenden Wahlen in Spanien als Partei legalisiert zu werden.

Auf dieser Tagung kündigte die PCE an, daß sie in Spanien ab sofort nicht mehr geheim, sondern offen arbeiten will. In Fabriken und Wohngebieten sollen offizielle Parteigruppen, in allen größeren Städten Parteibüros gegründet werden.

Daß sowohl die Amnestie wie auch erwartungsgemäß alle kommenden Veränderungen der spanischen faschistischen Verfassung zum Handelsobjekt zwischen Regierung und Opposition geworden sind, ist offenkundig. Beide gleichermaßen sind daran interessiert, „mehr Ruhe" im Land zu bekommen und arbeiten daher immer deutlicher Hand in Hand. Die spanischen Revisionisten insbesondere erwarten sich davon eine Anerkennung ihrer Partei im politischen Kräftespiel und sind bereit, dafür alle weitergehenden Veränderungen als die einiger Schönheitskorrekturen des Regimes unter den Tisch fallen zu lassen.

Doch sie stoßen bei dieser rasanten Rechtsentwicklung auch auf erheblichen Widerstand in der eigenen Basis. Die spanischen Arbeiter sollten der revisionistischen Partei ihr Geschäft nicht so leicht machen.

Spanien-Kommission

Neun Frauen, Mitglieder von ETA bzw. FRAP haben im Carabanchel-Gefängnis in Madrid am 6.8. einen Hungerstreik begonnen, um gegen die begrenzte Amnestie zu protestieren. Vier von ihnen kletterten auf das Gefängnisdach, um die Passanten aufmerksam zu machen. Eine der Genossinnen war als FRAP-Mitglied wegen angeblicher Erschießung eines Bullen mit vier anderen FRAP-Mitgliedern zum Tode verurteilt und dann im Herbst '75 begnadigt worden. Am Hungerstreik beteiligte sich auch die Ärztin Genoveva Forest, die beschuldigt wird, an der „Himmelfahrt" des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco beteiligt gewesen zu sein. Die Genossinnen erklärten sich in einem Aufruf solidarisch mit der Forderung der „allgemeinen Gefangenen" nach Amnestie. Etwa 300 dieser „allgemeinen Gefangenen" hatten vor wenigen Tagen auf dem Dach des Carabanchel-Gefängnisses ebenfalls für ihre Freilassung demonstriert. Nun haben 200 dieser Männer, offenbar während eines Kirchenbesuches, eben diese Kirche besetzt und erklärt, sie würden sie nicht eher verlassen, bis der verschärfte Arrest gegen die protestierenden Gefangenen aufgehoben ist.



Demonstration für Amnestie und Freiheit, für ein Autonomiestatut und eine freie Arbeitergewerkschaft in Valencia (12.7.76)

Nachrichten

- Am 27. Juli protestierten mehrere tausend Menschen vor der Kaserne der Guardia Civil in Renteria (San Sebastian), um die Freilassung eines verhafteten Kollegen zu fordern, der auf einem Festival mit baskischen, galizischen und katalanischen Sängern festgenommen worden war („Süddeutsche Zeitung", 28.7.76).
- Tausende von Arbeitern streikten in Madrid bei Standard Electric, Chrysler und anderen Betrieben aus Protest gegen die schwere Verletzung eines Kollegen durch die Polizei. Altafar, ein junger Obmann bei Standard, war von den Bullen durch einen Kopfschuß schwer verletzt worden, als diese eine Demonstration, wie es in Spanien nach wie vor üblich ist, unter Schußwaffengebrauch auflösten. Die Bullen beschwerten sich, sie seien von der Bevölkerung in „aggressiver Haltung" bedroht worden, von den Balkonen sei mit Blumentöpfen und anderen Gegenständen geschmissen worden; („Laßt hundert Blumentöpfe blühen ..." („SZ", 1.8.76)
- Eduardo Maria Moreno, ein im südfranzösischen Exil lebendes führendes Mitglied der baskischen ETA, ist von Faschisten entführt und offenbar ermordet worden. Die Tat „beanspruchten" inzwischen zwei faschistische Terrorgruppen, die in Spanien derzeit wie Pilze aus dem Boden schießen: eine „Apostolische Antikommunistische Allianz", die sich als militärisch ausgebildete Guerilla-Gruppe bezeichnete und ein „Baskisch-spanisches Bataillon". Acht spanische Bullen sollen verletzt worden sein, als baskische Antifaschisten in San Sebastian gegen die Entführung Morenos demonstrierten („Frankfurter Rundschau", 2.8.76)!

Spanien-Kommission



10.000 Arbeiter von Vallecas (Madrid) solidarisieren sich mit entlassenen Kollegen des Multis Hutchinson, wo seit 2 Monaten gestreikt wird.

Türkei Auf dem Weg in einen neuen Faschismus

Den nachfolgenden Leserbrief bekamen wir von einem türkischen Genossen aus Westberlin zugeschickt.

Aufgrund der totalen Nachrichtensperre über die Faschisierung der Türkei und die Kämpfe der Arbeiterklasse, der Studenten und Bauern dagegen (so beteiligten sich ca. eine halbe Million Menschen unter der Parole „Tod dem Faschismus" an der 1.-Mai-Demonstration in Istanbul, die zudem noch illegal war) halten wir es für gerechtfertigt, diesen Brief in voller Länge hier abzudrucken. Dies auch, obwohl wir einige Einschätzungen über den Volkswiderstand und die aktuellen Möglichkeiten der Verhinderung des faschistischen Kurses der Demirel-Clique für etwas zu optimistisch halten.

Griechenland/Türkei-Kommission

Die Regierung der Nationalistischen Front, gebildet von den vier reaktionären Parteien, der Gerechtigkeitspartei, der Nationalen Heilspartei, der Republikanischen Vertrauenspartei und der faschistischen Nationalen Bewegungspartei, ist jetzt bestrebt, ein neues Gesetz zu verabschieden. Dieser Gesetzesentwurf sieht vor, die Staatssicherheitsgerichte neu zu institutionalisieren, da nach Beschluß des Verfassungsgerichtes diese als verfassungswidrig erklärt wurden, und die einjährige Frist zu ihrer Aufhebung in einigen Monaten abläuft.

Die Staatssicherheitsgerichte wurden errichtet, um die militärischen Notstandsgerichte zu ersetzen, d.h. sie sind nichts anderes als die Notstandsgerichte in ziviler Form, deren Richter hauptsächlich von der Regierung ernannt werden. Das bedeutet wiederum, daß die Gegner der Regierung von vornherein verurteilt werden.

Um dieses neue Gesetz im Parlament reibungslos durchbringen zu können, bedient sich die Regierung der üblichen Methoden: Erst erscheinen Meldungen in der ultrareaktionären Zeitung „Tercüman", die auf einem Bericht des Innenministeriums der BRD beruhen. Danach haben angeblich die linken türkischen Gruppen, die sich in der BRD organisiert haben, einen bewaffneten Aufstand in der Türkei vor. Gleich am folgenden Tag leitet die türkische Staatsanwaltschaft Untersuchungen ein und kurz danach kommt die Erschießung einiger Mitglieder der türkischen Volksbefreiungsarmee in Gaziantep bei einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Diese Entwicklung soll beweisen, daß „die Existenz des Staates in Gefahr sei" und aus diesem Grund die Gaziantep bei einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Diese Entwicklung soll beweisen, daß „die Existenz des Staates in Gefahr sei" und aus diesem Grund die Staatssicherheitsgerichte notwendig sind. Diese Entwicklung ist nicht zufällig – ganz im Gegenteil handelt es sich um eine Reihe von gezielten Provokationen. Dabei gibt die rechte Presse der Regierung mit Verleumdungen, falschen Nachrichten etc. volle Rückendeckung. Außerdem muß man betonen, daß die türkische Sozialdemokratie (Republikanische Volkspartei – CHP) auch ihren Beitrag geleistet hat. CHP ließ vor kurzem ihre Jugendorganisation einen „Geheim"bericht veröffentlichen (!). Dieser Bericht, der im Stil des türkischen Geheimdienstes verfaßt wurde, befaßt sich mit den linken Organisationen sowie ihren verschiedenen Beziehungen; er wurde fast von allen linken Kreisen schärfstens kritisiert und als „provokatorisch" bezeichnet. Bis jetzt ist auch keine Stellungnahme der CHP gegen diesen Gesetzentwurf bekannt. Man sollte sich nicht wundern, wenn die CHP dieses Gesetz stillschweigend hinnehmen würde. (Man erinnere sich an die Zeiten nach dem faschistischen Putsch am 12. März 1971; damals hatte CHP gegen die Änderung der relativ fortschrittlichen Verfassung kaum Widerstand geleistet.) Diese Haltung der CHP hat sogar bei der Führung der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften (DISK) Mißtrauen ausgelöst, die eigentlich die CHP voll unterstützt und stets versucht, die Arbeiterbewegung zu reformistischen Positionen zu bringen. Kemal Türkler, der Vorsitzende der DISK, hat CHP aufgefordert, sich gegen diesen Gesetzesentwurf zu äussern, und hat gedroht, daß DISK die CHP bei den nächsten Wahlen andernfalls nicht unterstützen werde („Cumhuriyet", 5.7.76).

Gleichzeitig wird der Druck auf Fortschrittliche, Linke und Revolutionäre vervielfacht. Die Ermordung von Revolutionären, Verhaftungen, Verbote linker Zeitungen und Zeitschriften sind an der Tagesordnung.

Ende Juni wurde der Generalsekretär der Sozialistischen Partei (SP), Cenan Bicakci, ein bekannter Gewerkschaftsführer, und zwei weitere Genossen von faschistischen Kommandos überfallen und mit Messerstichen verwundet. Wie bei allen Angriffen oder Mordanschlägen konnten die Täter frei davonkommen. Die Polizei unternahm gegen sie nichts, obwohl der Generalvorsitzende der SP bekannt gab, wo die Täter sich aufhalten.

Für den Verantwortlichen der Zeitung Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend) fordert die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts Ankara eine Haftstrafe über 500 (fünfhundert!) Jahre („Devrimci Gençlik", 24.6.76).

Dem Hochschulkulturverein Istanbul droht das Verbot. Viele kleine und größere Organisationen sind der Schließungsgefahr ausgesetzt. Mitglieder verschiedener linker Parteien und Organisationen werden verhaftet, oder es laufen Prozesse gegen sie.

Die Staatssicherheitsgerichte gehen in vielen Fällen vor, ohne eine gesetzliche Grundlage zu haben. Die 33 Gründer und leitende Genossen der Partei der Werktätigen der Türkei (TEP) werden angeklagt, im Programm und der Satzung der Partei gegen die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. (Diese Paragraphen sind aus dem faschistischen Italien Mussolinis gramm und der Satzung der Partei gegen die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. (Diese Paragraphen sind aus dem faschistischen Italien Mussolinis übernommen und richten sich hauptsächlich gegen kommunistische Propaganda. Obwohl der Artikel 57 der türkischen Verfassung ausdrücklich vorschreibt, daß „die Prozesse bezüglich der Parteiverbote vom Verfassungsgericht durchgeführt werden müssen", handelt das Staatssicherheitsgericht Istanbul verfassungswidrig und versucht, das Verbot der Partei der Werktätigen der Türkei zu erzwingen (Antrag der TEP vom 7.6.76). Der Generalvorsitzende dieser Partei, Genosse Mohri Belli, mußte zuvor sechs Monate im Gefängnis sitzen, da er die Unterlagen der Partei nicht ausgehändigt hatte und deswegen dem „Druck durch Inhaftierung" ausgesetzt wurde.



Widerstand der Bevölkerung von fünf Dörfern in Usak –. Das technische Agrardirektorium beabsichtigte, die Weideländereien zu bebauen. Die Bevölkerung besetzte daraufhin die Ländereien. Die Gendamerie griff gewaltsam an. Kinder und Greise, Frauen und Männer leisteten Widerstand.

Die Demirel-Regierung versucht ein faschistisches Regime zu errichten. Die Gründe sind offen: Das Außenhandelsdefizit nimmt rapide zu; es hat in fünf Monaten eine Milliarde Dollar erreicht („Cumhuriyet", 25.6.76). Es fehlen zwei Milliarden Dollar für die Einfuhr 1976, die insgesamt sechs Milliarden Dollar beträgt („Cumhuriyet", 3.7.76). Die Preise steigen ununterbrochen, so daß die Bevölkerung auf das nötigste verzichten muß, z.B. am 4.7. wurde Gas 75% teurer. Die beste Lösung, die Preissteigerungen durchzusetzen, die Lohnerhöhungen zu stoppen, die wachsende linke Bewegung zu zerschlagen und dem Imperialismus weitere Zugeständnisse zu machen, sieht die Demirel-Regierung darin, ein faschistisches Regime zu errichten.

Das wird ihr aber nicht gelingen. Die türkische Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung machen es ganz deutlich, daß sie diesmal nicht zulassen werden, den Faschismus zu errichten. Am 1. Mai dieses Jahres haben sie das Verbot des 1. Mai durchbrochen. Tausende von Arbeitern, Patrioten und Revolutionären feierten den 1. Mai wieder öffentlich – das erste Mal seit 51 Jahren. Nach verschiedenen Schätzungen beteiligten sich 300. bis 500.000 Personen an der Demonstration in Istanbul. Die Losungen „Unabhängige und Demokratische Türkei", „Tod dem Faschismus" bildeten den Hauptinhalt und die Stoßrichtung der Demonstration.

In vielen Städten des Landes führen Arbeiter verschiedener Betriebe erfolgreich Streiks durch, manche sogar über Monate. Es gelingt den faschistischen Kommandos nicht, mit bewaffneten Angriffen, Streiks zu brechen.

Es heißt in den Reihen der Sozialisten, den antifaschistischen Widerstand der demokratischen Kräfte zu organisieren, die antifaschistische Solidarität zu festigen. Nur in diesem Kampf wird es möglich werden, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, die Partei der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft aufzubauen, die alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, auf dem Wege zum Sozialismus zu der wahrhaft demokratischen und ganz unabhängigen Türkei führen wird. Vor allem gilt es jetzt für die fortschrittlichen Menschen anderer Länder, die Solidarität mit dem Kampf des türkischen Volkes zu konkretisieren, und das jetzt in erster Linie durch mehr Verbreitung von Informationen, um die Schweigemauer der bürgerlichen Presse zu zerschlagen. Stellt folgende Forderungen, wo immer ihr könnt:

Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei!
Die verfassungswidrigen Staatssicherheitsgerichte müssen aufgehoben werden!



Da der Arbeitgeber (Topkapi Glasindustrie in Istanbul) alle Forderungen der Gewerkschaft (Freie Glas-Gewerkschaft – Mitglied der DISK) bei den Tarifverhandlungen seit dem 6.3.76 ablehnt, streiken die Arbeiter seit dem 15.6. Am selben Tag fing auch der Streik in einer Nachbarfabrik an, deren Arbeiter auch in derselben Gewerkschaft organisiert sind. Im Bild Streikposten.

CIA sammelt sich in Athen

Der CIA ist seit einiger Zeit offenbar bestrebt, sich seine Zentrale für seine „Tätigkeiten" im Mittelmeer und Nahostgebiet in Athen aufzubauen. Dabei bietet die Regierung Karamanlis dem CIA und seinen griechischen Schützlingen (neofaschistische Unterwelt wie z.B. „4. August") jeden Freiraum, sich zu entfalten.

Der ehemalige Agent Winsbe Pek erklärte am 17.4.76 in einer griechischen Zeitung: „*Die Zentrale des CIA verfügt heute nicht nur über fünf Personen (wie früher), sondern über genau 170 Agenten. Athen wird heute als Kontrollzentrum des östlichen Mittelmeers benutzt. Für verschiedene zeitliche Abstände haben Beirut, Zypern und Tel Aviv die gleiche Rolle gespielt. Doch nur Athen bietet in diesem Moment dem CIA eine gesicherte Tätigkeit. Es gibt keine kriegerische Athmosphäre und es gibt keine Gefahr der Vertreibung seitens der griechischen Regierung. Andererseits bin ich fast sicher, daß die wichtigsten politischen Führer und die verschiedenen politischen Organisationen durchforscht wurden, so wie ich ebenfalls sicher bin, daß jedes im Zentrum vorhandene linke Element eng verfolgt wird. Die Polizei, wie auch der KYP* (offizielle griechische CIA-Ablage) *wird immer vom CIA kontrolliert. Ich verstehe, daß es aber Probleme mit der Armee gibt, weil sie es heute vorzieht, mit dem Pentagon zusammenzuarbeiten*".

Die CIA-Aktivitäten ziehen sich als blutiger Faden durch die griechische Arbeiterbewegung. Mit dem Ende des letzten Weltkrieges holten die rechten Kollaborateure die Amerikaner ins Land, um den „Banditenkrieg" (Befreiungskampf des griechischen Volkes) zu beenden. Der Kommunistenführer Nikos Belojanis und seine Genossen wurden nach einem Pseudo-Prozeß erschossen. Ihnen folgten viele bekannte und weniger bekannte Widerstandskämpfer, linke Persönlichkeiten.

Wie der Apparat des CIA in Athen aussieht, zeigt ein Bericht des „Rizospastis" (Organ der KKE) vom 1.6.76: „*Die Kontrolle der Situation des Landes ist eines der Ziele der Geheimdienste. Amerikaner, Griechen-Amerikaner und Griechen liefern den amerikanischen Nachrichtendiensten täglich Informationen über die politischen Entwicklungen des Landes. Beizeiten werden verschiedene Meinungsumfragen gestartet, um nützliche Ergebnisse für die Art des Vorgehens der amerikanischen Politik zu finden. Außerdem wird die Situation höchstwahrscheinlich von einem speziellen elektronischen System (SIGIND) kontrolliert. Dies ist ein System, das gleichzeitig eine große Anzahl von Telefongesprächen magnetisch aufnehmen kann. Mit dieser Maschinerie sind die Amerikaner in der Lage, ohne Ausnahme alle Gespräche der Botschaften und Behörden aufzuzeichnen*".

Die Wichtigkeit Athens für die CIA-Pläne zeigt auch die Verschickung von Wernon Walters und Callahan nach Athen.

Der erste war während des Putsches in Chile an der Spitze des CIA in Santiago, während der zweite ebenfalls während des Putsches an der Spitze der ITT in Santiago stand. Beide haben die gleichen Posten übernommen. Bloß nicht mehr in Santiago, sondern in Athen.

Es ist die altbekannte Sache: Während in den USA Republikaner und Demokraten das amerikanische Volk mit ihrem Gerede von einer „neuen Politik" oder von der „Notwendigkeit des Einzugs der Moral in die Politik" betrügen, plant der CIA anderswo gleichzeitig seine weiteren Anschläge gegen die demokratischen Bewegungen. Auch unter einem Präsidenten Carter würde sich das nicht ändern.

Ein griechischer Genosse der Griechenland/Türkei-Kommission

Erneutes Pokern um die Ägäis

Die Entsendung des türkischen Forschungsschiffes „Seismik" zum Zwecke seismographischer Untersuchungen löste erneute chauvinistische Kriegshetze in Griechenland und der Türkei aus.

Während die griechische Regierung die Türken vor den Folgen ihres „Willküraktes", in griechische Gewässer zu stoßen, warnte, konterte der türkische Ministerpräsident Demirel: „*Ein Schiff auf hoher See anzugreifen ist Piraterie. Mit Piraten wird kurzer Prozeß gemacht*" („Frankfurter Rundschau", 23.7.76.).

Gleichzeitig mit der Vorankündigung des Auslaufens des Schiffes und den damit verbundenen beiderseitigen Drohungen wurden sowohl von Griechenland als auch der Türkei Manöver abgehalten. Die Truppen beider Länder wurden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt und Ministerpräsident Karamanlis ließ sich demonstrativ Zustandsberichte seiner Truppen geben.

Dieses Gepoker hielt bis zum Auslaufen des Schiffes bzw. der Intervention der US- und BRD-Imperialisten an. Karamanlis setzte sich sogar in einer Nacht- und Nebelaktion ins Flugzeug und flog nach Paris, um den französischen Imperialismus für „*seine Belange zu gewinnen*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 1.7.76). Das Forschungsschiff selber berührte nicht griechische Gewässer und die Türken hatten ihre Anrechte auf die Ägäis und die dort vermuteten Erdölquellen deutlich gemacht. Man sollte allerdings nicht unterschätzen, daß der Streit um die Ressourcen die beiden Länder wieder zu kriegerischen Handlungen zwingen kann.

Griechenland/Türkei-Kommission



Frauen



„Reform" des § 218 – kaum besser als vorher!

In der BRD finden jährlich 500.000 bis zu 1 Million „illegaler" Abtreibungen statt. Durch das Indikationsmodell, das am 21.6. in Kraft getreten ist, wird den Frauen nun folgender Weg für eine legale Abtreibung geboten: Aufsuchen einer staatlich anerkannten Beratungsstelle, Ausstellen einer der vier erlaubten Indikationen durch einen Arzt, Durchführung der Abtreibung durch einen weiteren, zweiten Arzt.

Offensichtlich geht es jedoch in der Praxis nicht darum den Frauen Abtreibungen zu bewilligen, sondern diese zu verhindern. So schreibt z.B. die SPD in ihrer Broschüre zum § 218: *„Arzt und Berater haben die Pflicht, Wege und Hilfen aufzuzeigen, die es einer Frau leichter machen, ja zum Kind zu sagen..."*

Ähnlich lautet die Forderung der Kirchen, die die *„Ermutigung zur Freude am Kind fordern..."* („Süddeutsche Zeitung", 16.7.).

Der § 218 in der Praxis

Die zurückliegenden Wochen geben bereits ein Bild davon, wie die Umsetzung der Indikationenregelung abläuft: Die Beratungsstellen sind derart rar, daß es in einigen Gebieten für die Frauen gar keine Möglichkeit gibt, sich „beraten" zu lassen, weil es keine Beratungsstellen gibt, oder aber diese sind, wie z.B. in Frankfurt, total überfüllt, so daß eine Pro-Familia-Beraterin äußerte, daß *„die Situation verheerend sei"* und eine Überlastung der Mitarbeiter der Beratungsstelle voraussehbar sei („Frankfurter Rundschau", 13.7.). Daß ein Verfahren „nicht länger als vier Tage braucht", wie K. Focke behauptete, ist daher glatt gelogen. Viel eher droht den Frauen, daß sie nach dem „Marsch durch die Institutionen" am Ende die erlaubte Frist für die Abtreibung überschritten haben.

Noch schwieriger stellt sich die Situation dar, wenn die Frauen versuchen, einen Arzt und ein Krankenhaus zu finden, die die genehmigte Abtreibung auch durchführen, da die SPD/FDP die sog. „Gewissenfreiheit" der Ärzte und Krankenhäuser vollkommen unangetastet ließ.

Zwar wird angesichts der Weigerung vieler Ärzte und Krankenhäuser u.a. von Gesundheitsministerin Focke appelliert *„sich mit der neuen Lage positiv auseinanderzusetzen"* („Frankfurter Rundschau" vom 28. 6.), was die reaktionäre Gesinnung der allermeisten Ärzte jedoch kaum ändern dürfte.

– in Baden-Württemberg z.B. gibt es in mehreren Landkreisen keinen einzigen Arzt, der einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt („Welt", 14.7.).

– In Nordrhein-Westfalen gibt es lt. dem Arbeits- und Sozialministeriums ebenfalls einen starken Widerstand der Ärzteschaft gegen Abtreibungen,

– und selbst die „Hamburger Morgenpost" muß kleinlaut für Hamburg zugeben, daß es *„im Augenblick noch schwierig ist, Ärzte für eine Abtreibung zu finden..."* („Mopo", 23.6.).

Befragungen von Ärzten demonstrieren ganz klar ihre Haltung: *„Wir sind dazu da, Kinder auf die Welt zu bringen und nicht, um sie abzutreiben..."* (Chefarzt Piekarski in Bad Kissingen).

„...Man werde im Sinne des Gesetzes handeln..wobei offen bleiben muß, ob wir die genannte Indikation überprüfen und nicht anerkennen.." (Professor Olring, Chefarzt einer gynäkologischen Abteilung in Harlaching).

Diese frauenfeindliche Haltung ist jedoch nicht nur für den süddeutschen, vom katholischen Glauben stark durchzogenen Gegend – typisch. Die Antworten Hamburger Ärzte sind ähnlich reaktionär:

„Wir werden uns in jedem Falle – auch wenn die Patientin die Empfehlung zum Schwangerschaftsabbruch in der Tasche hat – die eigene Entscheidung vorbehalten und im gegegebenen Falle die Indikation schärfer fassen" (Dr. Körner, Heidberg-Krankenhaus) oder aber Dr. Rohrmann, Chef der Frauenklinik im Albertinenkrankenhaus, der offen zugibt, daß keine Frau ohne mehrstündige „Beratung" davonkommt, *„und ich habe viele Fälle erlebt, in denen Frauen – mit Genehmigung für die Schwangerschaftsunterbrechung in der Tasche – sich überzeugen ließen, das Kind zur Welt zu bringen..."* („Welt", 21.6.).

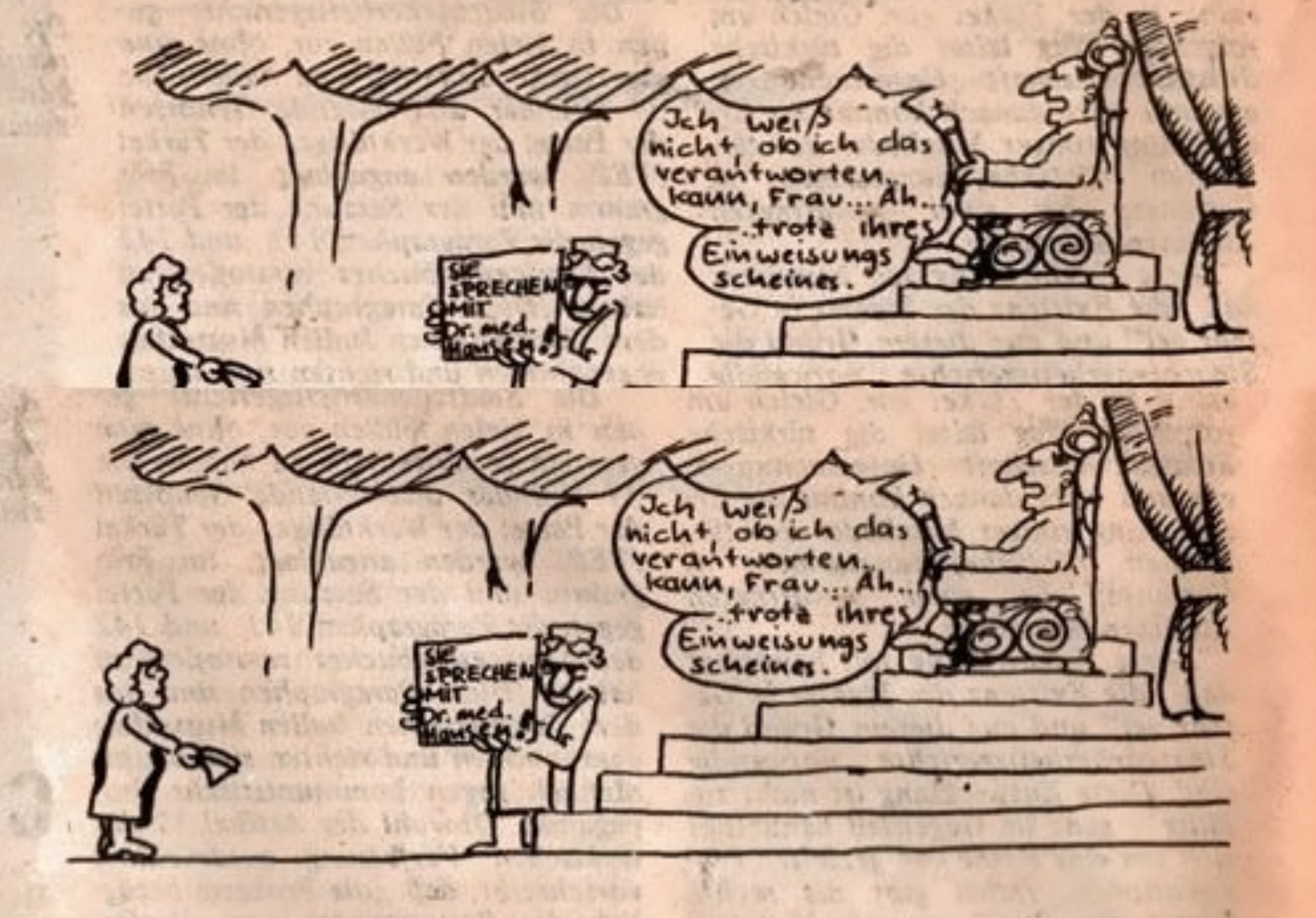
Der Vorstoß des bayrischen Arbeits- und Sozialministeriums sucht jedoch momentan noch seinesgleichen. Durch das Gesetz „zur Beratung werdender Mütter" soll festgelegt werden, daß von den Beratungsstellen und von den Ärzten der Name, die Adresse und das Alter der Frauen in eine Kartei aufgenommen werden und diese dann dem Gesundheitsamt gemeldet werden. Nur Beratungsstellen und Ärzte wiederum, die diesem Gesetz nachkommen, sollen staatlich anerkannt werden.

Jede Frau, die sich „beraten" läßt, wurde somit erfaßt; wird die Abtreibung abgelehnt, kann sie praktisch keine anderen Schritte mehr unternehmen, da registriert ist, daß später der „Familiennachwuchs" da zu sein hat – wenn nicht, muß sie mit Strafverfolgung rechnen.

Das Indikationsmodell, das sich sowieso schon über das Selbstbestimmungsrecht der Frauen dadurch hinwegsetzt, daß nur in vier Fällen eine Abtreibung legalisiert wird und den Frauen damit nur minimalste Rechte zugesteht, ist in der Anwendung noch untauglicher: So gut wie keine Beratungsstellen, massenhaft Ärzte, die kategorisch jede Abtreibung ablehnen, und halt in Bayern die Initiative, jede einzige legale Abtreibung von vornherein zu verhindern.

Jede „Euphorie" über das Indikationsmodell ist deshalb abzulehnen und niemand sollte auf die Sprüche der SPD von wegen „echte Hilfe für die Frauen" hereinfallen und ungeprüft Meldungen der bürgerlichen Presse übernehmen, die mal wieder den wunderbaren Fall von Frau X mit einer genehmigten Abtreibungsbescheinigung in der Tasche hochspielen, um das Elend und die Rechtlosigkeit der zig-tausend anderen Frauen vergessen zu machen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Frauen müssen weiter zu Kreuze kriechen

Wie sich die Situation für Frauen, die eine Abtreibung machen lassen wollen, derzeit vielfach darstellt, zeigen die hier abgedruckten Einzelberichte.

Was eine Münchner Arbeiterin erlebte, die in Bayern legal abtreiben wollte

Am Mittwoch, dem 7. Juli 1976 ging Maria B. um 8 Uhr morgens durch die Pforte des Städtischen Krankenhauses in Schwabing.

In der zuständigen Abteilung gab sie den Einweisungsschein ihrer Ärztin zur Schwangerschaftsunterbrechung und einen Brief ab, aus dem hervorging, daß Maria B. in sehr schlechten Wohnverhältnissen wohnt. Außerdem bestätigte der Brief der Ärztin, daß *„Frau B. nach Kenntnis der Schwangerschaft äußerst verzweifelt ist"* und *„nach einem längeren Gespräch Selbstmordabsichten geäußert hat"*.

Daraufhin hatte Maria B. nach langen und quälenden Verhören die Erlaubnis zur Abtreibung bekommen. Doch wer glaubt, daß nach dem Spießrutenlauf durch die Beratungsstellen der Weg frei ist, irrt.

Die erste Ärztin, der Maria B. im Krankenhaus den Einweisungsschein überreichte, wollte dies nicht allein entscheiden und holte einen anderen Arzt. Von diesem wurde sie wieder ausgequetscht – doch auch er hielt sich nicht für kompetent – und holte den Chefarzt.

Wieder die gleiche, entwürdigende Prozedur für die Frau, bis sich der Halbgott in Weiß äußerte:

„Es tut mir leid, die Verantwortung übernehme ich nicht". Direkt auf seine Weigerung angesprochen, äußerte sich dieser Chefarzt, Dr. Keller, wie folgt: „Prinzipiell ist meine Abteilung zu Schwangerschaftsunterbrechungen bereit, wenn die derzeitige gesetzliche Grundlage es erlaubt und die entsprechenden Bescheinigungen vorliegen... Wir fühlen uns aber auch verpflichtet, im einzelnen Fall die Situation der Schwangeren gewissenhaft zu prüfen". „Konkret", so Chefarzt Dr. Keller weiter, „habe ich der Patientin erklärt, daß wir vor diesem verhältnismäßig komplikationsreichen Eingriff ein zusätzliches nervenärztliches Fachgutachten benötigen... Daraufhin hat die Frau kommentarlos und spontan den Raum verlassen".

Danach irrte Maria B. völlig verstört durch München und sagte nach Aussagen einer Frau, die sie um Hilfe bat, nur einen Satz: „Das Kind bring ich nicht, das Kind bring ich nicht. Lieber bring ich mich um". Das Verhalten des Chefarztes kommt in ein noch übleres Licht, wenn man sich die dem Chefarzt bekannte soziale Situation der Frau anschaut.

So haben Maria B. und ihr Mann riesige Schulden. Die 37jährige Arbeiterin hat eine 16jährige Tochter, für die sie seit Monaten vergeblich einen Arbeitsplatz sucht. Ein weiteres Kind würde dazu führen, daß ihre Familie vom Schuldenberg erdrückt wird, denn dann könnte Frau B. auch nicht mehr arbeiten.

Am Nachmittag unternahm Maria B. einen weiteren Anlauf. Sie ging in die Frauenklinik rechts der Isar, zeigte wieder ihre Bescheinigungen vor, den ärztlichen Einweisungsschein und das Attest. Auch hier wurde Maria B. „untersucht" und wie eine Zitrone ausgequetscht; mit dem Ergebnis, daß sich auch in dieser Klinik kein Arzt bereit fand, die Schwangerschaft zu unterbrechen.

Nach den Gründen seiner Ablehnung befragt, äußerte sich der ärztliche Direktor Professor Dr. Waidl: „Ärzte aus ganz Oberbayern wollen uns plötzlich ihre Patientinnen zur Schwangerschaftsunterbrechung schicken...Wir haben aber überhaupt noch keine endgültigen Richtlinien. Wir sind die gynäkologische Abteilung einer Universitätsklinik, haben 120 Betten und 150 Studenten. Wenn wir die Betten vor allem mit Schwangerschaftsunterbrechungen belegen, dann stellen wir ja den Betrieb der Uniklinik in Frage. Sie müssen verstehen, daß wir Fälle, in denen die Indikation nicht ganz eindeutig ist, nicht aufnehmen können."

Am Abend dieses Gespräches schloß sich die Kollegin in ihrer Wohnung ein und wollte mit niemandem zusammen sein. Wenn nicht schon vor dem Aufsuchen der Beratungsstellen dem Selbstmord nahe, so werden die Frauen, die abtreiben wollen, dann in ihrem Spießrutenlauf durch Institutionen und Ärzte, durch Kliniken und Chefarztzimmer dem verzweifelten Selbstmord ein Stück näher getrieben.

Dank der Hilfe einer fortschrittlichen Frau fand Maria B. schließlich doch noch einen Arzt, der die Abtreibung vornahm.

KB/Gruppe Nürnberg

Für die Frauen reiner Hohn ist das Geschwätz von Indikation

Das mußte eine ausländische Kollegin in Flensburg am eigenen Leib erfahren. Ihre stadtbekannte frauenfeindliche Ärztin konnte die Schwangerschaft angeblich nicht feststellen und vertröstete sie auf eine Woche später, nachdem die Kollegin gesagt hatte, sie wolle kein Kind mehr. Sie hat bereits drei Kinder und arbeitet mit ihrem Mann in Wechselschicht. Sie ließ sich aber nicht abspeisen und verlangte eine Überweisung zu einem anderen Frauenarzt. Dies wurde ihr strikt verweigert. So ging die Kollegin zur Krankenkasse und bestand darauf, einen neuen Krankenschein zu erhalten. Die Dame am Schalter erkundigte sich sogleich bei der Ärztin, und erhielt die Auskunft, die Kollegin wolle wohl das Kind nicht haben (Das nennt sich ärztliche Schweigepflicht!). Da sich die Kollegin aber nicht weichmachen ließ, mußte sie schließlich den Krankenschein bekommen. Der Frauenarzt, den sie einige Stunden später aufsuchte, wußte bereits über alles Bescheid! Obwohl die Kollegin mehrere Berufsschäden und typische Frauenkrankheiten hat, war es ihm angeblich nicht „möglich", auf medizinische Indikation zu diagnostizieren. Stattdessen stellte er ihr einen Schein auf „soziale Indikation" aus und schickte sie, eine ausländische Arbeiterin los, sich selbst ein Krankenhaus zu suchen. Das katholische Krankenhaus führt Abtreibungen in keinem Fall durch. In der Diakonissenanstalt reichte den „Göttern in Weiß" die Misere der Frau nicht aus, um die „soziale Indikation" anzuerkennen. In der Klinik Ost zeigte man sich dann nicht abgeneigt, schickte die Kollegin aber wieder zum Arzt zurück, damit er ihr eine Anweisung ausstelle. Dieses Hin und Her zwischen Arzt und Krankenhaus ohne feste Zusage, daß die Abtreibung überhaupt durchgeführt werden würde, zog sich über drei Wochen hin.

Schließlich sollte es dann soweit sein: Nachdem ihr die Dame in der Krankenkasse nochmal Vorhaltungen gemacht hatte („Die jungen Leute wollen heutzutage alle keine Kinder mehr kriegen", ihre Großmutter hätte schließlich auch acht Kinder gehabt etc.), kam die Kollegin in die Klinik Ost, wo die Schwestern sogleich auf sie einredeten, sie könnte doch gut noch ein viertes Kind haben, das sei doch völlig normal. Aber die Kollegin ließ sich nicht einschüchtern.

Nachdem sie fünf Stunden – ohne etwas zu essen – gewartet hatte, wurde ihr schließlich mitgeteilt, daß man sich anders entschieden habe. Die Abtreibung werde nicht durchgeführt. Am Rande ihrer Kräfte mußte die Kollegin schließlich einen Kurpfuscher in einer anderen Stadt aufsuchen, wo sie dann unter lebensgefährlichen Bedingungen abgetrieben hat. In fünf Tagen mußte sie wieder zur Arbeit. Die ganze Schinderei war ihr „Urlaub"!

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

Ostholstein: Reform des § 218 hat nichts verändert

Die mit großem Propagandarummel im Juni verabschiedete Neuregelung des § 218 (soziale Indikation) – provokatorisch auch noch als „Reform" bezeichnet – hat in ostholsteinischen Krankenhäusern jedenfalls keine Gültigkeit.

So weigern sich z.B. Dr. H. Rinck und Dr. Martha Junge aus Neustadt, bei sozialer Notlage einer Frau, zu helfen. Dr. H. Meyenberg aus Oldenburg äußert arrogant und frauenfeindlich: *„Ich richte mich nicht pauschal nach dem Gutachten, mit dem die Frauen zu mir kommen, weil ich nicht jede soziale Indikation anerkenne"*. Und eine Notlage existiert für ihn erst, *„wenn eine Frau, die fünf Kinder, einen arbeitslosen Mann und eine Zwei-Zimmer-Wohnung hat, jetzt das sechste Kind bekommt und es nicht haben will"*.

Auch Prof. Jütting aus Eutin will nicht alle Bescheinigungen anerkennen, wenngleich er sich etwas liberaler gibt. Mit Genugtuung registrierte denn auch CDU-Landrat Dr. W. Clausen, *„daß zur Zeit die Ärzteschaft nur zu Eingriffen im Rahmen der medizinischen Indikation bereit sei, alle übrigen Eingriffe aber ablehne"*. *(Zitate aus „Stern" Nr. 31/76).*

KB/Gruppe Kiel

Zufluchtsstätte für junge Mütter aufgelöst

Der Hamburger Senat hat in letzter Zeit einige Sparmaßnahmen durchgezogen, die Mütter und Kinder hart treffen. So wurden Mütterberatungsstellen (z.B. in der Grundstraße und am Lattenkamp) geschlossen und zum 1.7.76 das Mutter-Kind-Heim Brödermannsweg. Das Heim war Zufluchtstätte für Mütter hauptsächlich vor und kurze Zeit nach der Entbindung. Diese jungen Frauen hatten weder bei ihren Eltern noch sonst Wohnmöglichkeiten oder fühlten sich einem Kind alleine nicht gewachsen.

Die Bedingungen, unter denen die Mütter hier leben mußten, waren nicht gerade ideal. Viele Mütter sollten sich im Heim erstmal „bewähren", d.h. sie wurden geprüft, ob sie „in der Lage" seien, ein Kind zu versorgen oder ob dies ins Heim oder zu Pflegeeltern kommt.

Die Mütter mußten zu zweit in einem Zimmer wohnen, wurden dauernd kontrolliert und lebten von ihren Kindern räumlich getrennt. Trotzdem waren viele Mütter darauf angewiesen, das Heim in Anspruch zu nehmen. Auch volljährige Mütter fanden im Heim Brödermannsweg Aufnahme, im Gegensatz zu zwei weiteren Heimen dieser Art, die zudem fernab am Stadtrand liegen.

Das Heimpersonal sowie die behördlichen Stellen, die das Heim als Hilfsangebot vermittelten, erfuhren erst in der letzten Minute von der Schließung.

Für die Mütter bleiben in Zukunft nur noch wenige Ausweichmöglichkeiten. Sie werden sich wohl in der Mehrzahl von ihren Kinder trennen oder ins Obdachlosenlager gehen müssen. Mit der Schließung ohne Ankündigung soll erreicht werden, daß die Frauen sich nicht wie im Frauenheim Uferstraße zur Wehr setzen, wo die Erhaltung des Heimes erreicht wurde und die Frauen Forderungen nach Selbstverwaltung aufgestellt haben.

KEINE SCHLIESSUNGEN VON EINRICHTUNGEN FÜR MÜTTER UND KINDER !

Zelle Sozialarbeit
KB/Gruppe Hamburg

Kiel: Kinder- und Frauenfeinde im Jugendamt!

Abenteuergarten Krusenkoppel – das war für drei Wochen in diesem Sommer der „Schlager" des Jugendamtes der Stadt Kiel.

In der gesamten Lokalpresse wurde den Kindern „der Besuch des Abenteuergartens ..., der von 10 angehenden Pädagogen betreut" werde, ans Herz gelegt, wurde systematisch der Eindruck erweckt, als hätte die Stadt endlich einmal ihr „Herz für die Kinder" entdeckt.

Allerdings verraten schon die Lage des „Abenteuergarten" (zwischen Landesregierung und Kiels Bourgeois-Viertel Düsternbrook) ebenso wie die begrenzte Öffnungszeit für lediglich drei Wochen, daß es mit ihrer „Sorge um die Kinder" doch nicht so weit her ist.

Dementsprechend fiel natürlich kein Sterbenswörtchen in der Presse z.B. über die Arbeitsbedingungen der „10 angehenden Pädagogen". Sich der Arbeitslosigkeit und des Andrangs auf Ferien-Jobs bewußt, „honorierte" die Stadt neun (und nicht zehn) Frauen, Schülerinnen, Studentinnen und Studenten mit lumpigen 15 DM am Tag! Vorgesehen war ein Arbeitstag von sechs Stunden, den sich die Mitarbeiter allerdings zu zweimal drei Stunden teilten.

Bereits nach einer Woche mußten zwei Mitarbeiterinnen entgegen vertraglicher Vereinbarung (!) zum Abenteuerspielplatz in Kiel-Mettenhof wechseln; blieben sieben übrig.

Einige Tage später orderte Stadtjugendpfleger Pape weitere Mitarbeiter nach Mettenhof. Es gelang ihm, eine Mitarbeiterin, die an jenem Tag krank gewesen war, zu erpressen: Entweder sie gehe nach Mettenhof, oder könne morgen gleich zuhause bleiben!

Bislang „erfolgreich" dabei, per Erpressung mehr Arbeitsbelastung auf so wenig wie möglich Leute zu drücken, erschien Pape zwei Tage darauf wieder: Es müßten noch vier (!) Mitarbeiter nach Mettenhof, ansonsten müßten alle volle sechs Stunden am Tag arbeiten. Unter der Bedingung, drei Stunden pro Tag, gab ein Mädchen schließlich nach. Diese Bedingung wurde von allen anderen ebenso zur Voraussetzung erhoben, überhaupt weiterzuarbeiten – mit Erfolg.

Stattdessen wurde nun eine Mitarbeiterin, die nach Mettenhof gewechselt war, trotzdem fristlos gefeuert: Sie hatte darauf bestanden, wie alle anderen drei Stunden am Tag statt fünf Stunden zu arbeiten.

Pape und der Betreuer D. des Spielplatzes in Mettenhof „sorgten" außerdem dafür, durch strotzende Frauenfeindlichkeit die Frauen zusätzlich zu belasten, ihnen die Arbeitsatmosphäre vollends zu vergiften. Sprüche wie:

- „Ach, die mit dem kurzen Rock",
- „Ach! Diese Frau!"
- „Du Muskelweib",
- „Willst Du mich nicht mal zum Duschen einladen?"

waren ihnen gegenüber an der Tagesordnung. Nicht zuletzt Papes „Empfehlung", D. solle „doch mal alle Frauen auf dem Spielplatz durchbumsen", zeigt die frauenfeindliche Arroganz dieser Typen. D. hat dafür als „Quittung" vorerst von einer Frau einen Tritt in den Arsch bekommen.

KB/Gruppe Kiel





Hamburg-Harburg:

Hamburg-Harburg:

„Frauentreff" der SPD

Am 2.8. fand in Harburg ein sogenannter „Frauentreff" der SPD statt. Marie Schlei (Parlamentarische Staatssekretärin und SPD-Rechte) und Herbert Wehner (Direktkandidat für Harburg) waren die Hauptredner. Besucht wurde diese Veranstaltung auch von Frauen, die dort ihren Protest gegen die frauenfeindliche und reaktionäre SPD-Politik zum Ausdruck bringen wollten, u.a. den Frauengruppen aus Harburg und Wilhelmsburg. Schon bevor es überhaupt losging, wurde ihnen das Freiheitsverständnis der SPD deutlich gemacht, indem ein SPD-Ordner einer Frau einen Stapel Flugblätter aus der Tasche klaute und damit verschwand. In dem Flugblatt hatten die Frauengruppen und der KB gegen die Frauenpolitik der SPD Stellung genommen.

Wer in den Saal reinwollte, mußte an einer Kette von SPD-Ordnern vorbei, die jeden Besucher filzten. „Verdächtige" Sachen wie Plastiktüten oder gar Fahrradpumpen wurden einem sofort abgenommen! Wir erfuhren später, daß die Ordner eigentlich von der ASF (SPD-Frauen) gestellt werden sollten, aber die SPD meinte, die Frauen würden das nicht allein schaffen, und so „ordneten" insgesamt ca. 40 SPD'ler diese Veranstaltung.

Der Saal war mit ca. 500 Besuchern fast voll, wovon der größte Teil geladene SPD'ler aus ganz Hamburg waren. Draußen vor der Tür wurden über 100 Menschen, die noch rein wollten, von einer Ordnerkette aufgehalten. Als besonders einige Frauen verlangten, reingelassen zu werden und dafür notfalls ein paar männliche SPD-Funktionäre aus dem „Frauentreff" rauszuholen, rückte auch noch Polizei an, um die Ordner zu verstärken.

Erstaunlich für alle Zuhörer, die die SPD-Politik in den letzten Jahren mit einigermaßen klarem Kopf verfolgt haben, war die Rede von Marie Schlei. In Märchentanten-Manier brachte sie es fertig, tausend Dinge aufzuzählen, die die SPD für die Frauen angeblich „erkämpft" habe. Als größte Reform für die Frau stellte sie das 1977 eventuell in Kraft tretende Ehe- und Scheidungsgesetz hin. Damit sei die alte Rollenteilung in der Ehe endlich abgeschafft, beide Partner seien jetzt gleich verantwortlich für die Familie, sie könnten frei entscheiden, wer die Hausarbeit macht, usw.

Daß die Schlei von der wirklichen Situation der Frauen, die sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert hat, nichts wissen wollte, wurde noch deutlicher, als sie zum § 218 kam. Diese „Rückwärtsreform" wollte sie damit verkaufen, daß von der SPD durch die jetztige Form des § 218 die „Würde der Frau erkämpft" sei, weil die Frau jetzt endlich das „Recht auf Beratung" habe! Nach der Rede sollte eine Diskussion stattfinden, die allerdings schon nach drei Redebeiträgen abgebrochen wurde, weil diese den Spezialdemokraten etwas zuviel Dampf unterm Hintern zu machen schienen. Dem ersten Redner wurde gleich das Mikrofon abgestellt, als er eine Resolution für das Verbot einer NPD-Großkundgebung in Hamburg abstimmen lassen wollte. (Obwohl dieser Redner einigen Beifall bekam, gingen weder Schlei noch Wehner später auf diese Frage ein!). Als dann zwei Frauen zum § 218 redeten, die ganz anderer Meinung waren als Schlei und aufzeigten, daß es heute aufgrund der verschärften Strafverfolgung schwieriger ist, eine Abtreibung machen zu lassen als vor der „Reform", wurde die Diskussion beendet, indem Marie Schlei den Frauen auf eine äußerst arrogante Art entgegnete, sie sollten „erstmal älter werden", dann verstünden sie mehr davon.

Wehner ging schließlich in seiner Rede schnell von der Frauenfrage zu plattesten Wahlversprechen wie Friedenssicherung und Vollbeschäftigung u.a. über. Durch Zwischenrufe wurde er aufgefordert, sich zur NPD-Veranstaltung und auch zu den Berufsverboten zu äußern. Die Reaktion war jedesmal, daß er eine dezente Pause in seiner Rede machte, während ein ganzer Schwung von Ordnern sich auf den Zwischenrufer stürzte .

Eine Genossin der BO Harburg
KB/Gruppe Hamburg

NEBEL! NEBEL!
DAMPF! DAMPF!
SPD- gut für FRAUEN!
ORDNER ORDNER ORDNER

Leserbrief

Kritik am Artikel „Polizei gegen lesbische Frauen" (AK 85)

In eurem Artikel schreibt ihr richtig, daß die Diskriminierung lesbischer Frauen als potentielle „Terroristen-Helferinnen" eine neue Qualität darstellt.

Ansonsten aber wird ziemlich vorbehaltlos die bürgerliche Ideologie in Bezug auf lesbische Frauen übernommen! So schreibt ihr z.B. in eurem Artikel: *„Da ihnen gar keine andere Möglichkeit (körperlicher) Kontakte bleibt – wegen des verbrecherischen, barbarischen Verbots ‚normaler' sexueller Kontakte in den Gefängnissen! – ist es in der Tat keine Sensation, wenn die Gefangenen lesbische Beziehungen zueinander unterhalten".*

Ja meint ihr denn, daß homosexuelle Beziehungen unter Frauen nur Ersatzbeziehungen (in Ermangelung eines „Besseren"), nicht aber eine Entscheidung f ü r die Frau sein können?

Und das „verbrecherische, barbarische Verbot" trifft doch nicht nur die „normalen" –gemeint sind wohl die heterosexuellen? – Kontakte, sondern genauso die homosexuellen Beziehungen; denn eine Frau kann zu ihrer Freundin auch keinen sexuellen Kontakt mehr haben, wenn sie eingesperrt ist! Schlimm ist doch nicht, daß der Knast homosexuelle Beziehungen fördert (die armen „normalen" Gefangenen in die „Abartigkeit" t r e i b t ?), sondern daß er generell befriedigende sexuelle Kontakte unter Menschen, die sich gern haben – auch bei Freundschaften im Knast selbst – unmöglich macht! Ihr schreibt weiter:

„Aber sei es wie es sei: Der Staat geht davon aus, daß er im Knast die Gefangenen zu homosexuellen Beziehungen treibt und unterstellt, daß daher ausgebrochene Gefangene halt in homosexuellen Kreisen Unterschlupf finden könnten. Hier zeigt sich wieder, wie der bürgerliche Staat die Zustände, die er zu bekämpfen vorgibt, permanent selbst produziert, um sie dann als Vorwand für den Ausbau des Polizei-Staates zu benutzen".

Ihr stellt die Homosexualität auf eine Stufe mit Kriminalität und anderen schlimmen Zuständen. Meint ihr vielleicht auch, daß es diese (genauso wie z.B. Zustände von Mißhandlungen an Frauen und an Kindern) zu bekämpfen gilt?? Meint ihr wirklich, daß der bürgerliche Staat nur v o r g i b t , sie zu bekämpfen? Und daß Homosexualität vom bürgerlichen Staat produziert wird (und somit das Übel ist)?

Der bürgerliche Staat produziert nicht homosexuelle Beziehungen, sondern die Ideologie (z.T. auch noch in euren Köpfen), die Homosexualität als unnatürlich, Ersatz, abartig, kriminell und jetzt dazu auch noch als potentiell „terroristisch" diskriminiert. Und der bürgerliche Staat braucht nicht die Homosexuellen als Vorwand für den Ausbau des Polizei-Staates, sondern die Diskriminierung der Homosexuellen, um z.B. politisch aktive Frauen als abartig („lesbisch") zu diffamieren, um mit diesem Etikett alle Frauen, die sich gegen die ihnen zugedachte reaktionäre Frauenrolle zur Wehr setzen, einzuschüchtern und zu diskriminieren. Daß hierin heute der Hauptzweck dieser Hetz-Propaganda liegt, zeigt sich auch daran, daß in Westberlin bisher kein Lesben-Lokal direkt durchsucht wurde.

Eine lesbische Genossin
KB/Gruppe Westberlin

Antwort der Redaktion

1. Es geht uns nicht darum, generell homosexuelle Beziehungen als sozusagen „minderwertige" Ersatzbeziehungen zu diffamieren. Wir gehen aber davon aus, daß es sich bei homosexuellen Beziehungen im K n a s t im allgemeinen nicht um eine freie Entscheidung für diese Form der Sexualität handelt, sondern um eine

Forts. nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

von den Verhältnissen erzwungene Ersatzbeziehung. Insofern halten wir in diesem Punkt unsere Aussagen aufrecht, daß der Staat die Gefangenen in die Homosexualität „treibt".

2. Völlig richtig ist natürlich, daß der Staat nicht nur „normale" sexuelle Beziehungen, sondern generell Beziehungen „unter Menschen, die sich gern haben" verbietet, also beispielsweise auch Beziehungen einer Frau im Knast zu ihrer Freundin „draußen".

3. Wir sind nicht der Meinung, daß es gilt, die Homosexualität zu „bekämpfen". Wir propagieren als Kommunisten weder „normale" sexuelle Beziehungen noch idealisieren wir „andersartige" Beziehungen.

4. Am Beispiel „Knast" (um nichts anderes ging es uns konkret) ist eindeutig, daß der bürgerliche Staat Homosexualität „produziert". Dasselbe gilt beispielsweise für das englische Internats-System.

5. Es hat Klassen-Gesellschaften gegeben, die völlig ohne Diskriminierung der Homosexualität auskamen. Daher teilen wir auch nicht die These, daß der Kapitalismus die Diskriminierung der Homosexualität zwingend „braucht". Im Allgemeinen gilt auch, daß der bürgerliche Staat die Homosexualität zwar diskriminiert, sie aber nicht bekämpft (abgesehen von faschistischen und besonders reaktionären Systemen). Innerhalb der Bourgeoisie selbst sowie in bestimmten von der Bourgeoisie abhängigen kleinbürgerlichen Schichten (Schauspieler u.ä.) wird die Homosexualität sogar wohlwollend toleriert. Es ist auch kaum ein Gerücht, daß in der faschistischen Führungsschicht der Anteil Homosexueller relativ groß war – während andererseits Tausende „Schwuler" in den KZ's ermordet wurden.

6. Wir sind sehr wohl weiterhin der Meinung, daß der Staat in diesem konkreten Fall („Fahndung" nach den ausgebrochenen Genossinnen) einen Vorwand für den Ausbau des Polizei-Apparats aufgebaut hat, und daß es ihm jedenfalls nicht n u r um die Diskriminierung lesbischer Frauen ging. Dies wird überhaupt nicht dadurch widerlegt, daß bisher kein Lesben-Lokal direkt durchsucht wurde. Der Zweck ist für die Bourgeoisie bereits damit erreicht, mit einem Schlag eine relativ große Gruppe der Bevölkerung als „potentiell verdächtig" darzustellen (wir sind überzeugt, daß es auch konkrete Polizeimaßnahmen, zumindest in Form von „Überwachungen", Telefon-Abhören usw. gegeben hat). Daß dabei auch eine neue Qualität in der Diskriminierung der Homosexualität erreicht wurde, bleibt unbestritten. Gerade die Tatsache, daß der betreffende Vorgang (Ausdehnung der „Fahndung" auf die Lesben-Clubs) in der bürgerlichen Presse eher „klein" abgehandelt wurde, läßt aber unserer Meinung nach den Schluß zu, daß der propagandistische Effekt dabei eine Nebenseite darstellte. Dennoch gilt es natürlich, auch in diese Richtung wachsam zu bleiben.

7. Was die Theorien über die „Funktion" der Diskriminierung der Homosexualität im Kapitalismus angeht – speziell die auch von der Westberliner Genossin vertretene These, die Diskriminierung der Homosexualität diene in erster Linie der Aufrechterhaltung der reaktionären Frauenrolle – soll eine umfassendere Auseinandersetzung in einem späteren AK stattfinden.

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



„Armer Esel ..."

„Hamburgs Tierschutzverein läuft Sturm gegen ein pornographisches Kabarett, das in einem Lokal auf der Großen Freiheit (St. Pauli) geplant ist. Dort soll vor Gästen eine Frau mit einem Esel den Geschlechtsverkehr ausführen. Hamburgs oberster Tierschützer Otto Kertscher hat bereits bei Rosemarie Frommhold, Leiterin der Sittenpolizei, protestiert. Auch Nachtklub-Unternehmer haben die Behörden gebeten, die beabsichtigte Sodomie auf der Bühne zu verbieten" („Bild", 30.6.76).

Es ist bezeichnend für diese perverse Gesellschaft, daß als erstes der Tierschutzverein gegen diese Schweinerei protestierte!

Kinder



Flensburg

Wir wollen einen Abenteuer-Spielplatz!

Im Flensburger Stadtteil Engelsby haben sich 100 Schulkinder zusammengeschlossen, um einen Abenteuerspielplatz zu fordern: „Vom Fußballplatz werden wir von den Grossen verhagt, vom Kinderspielplatz von den Eltern".

Engelsby ist ein Beispiel für die kinder- und jugendfeindliche Städteplanung. Ohne Rücksicht auf Spielmöglichkeiten für alle Kinder und Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen ist hier in den letzten Jahren ein neuer Stadtteil von öden Mietskasernen aus dem Boden gestampft worden.

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, führten die Kinder eine Unterschriftensammlung durch. Fünf Jahre warten sie schon auf einen Abenteuerspielplatz. Und schon vor über einem Jahr verlangte das „Engelsbyer Bürgerforum" einen „Bolz- und Tummelplatz" für schulpflichtige Kinder.

Genügend freies Gelände war da – aber offensichtlich plant die Stadt dieses „gewinnbringender" zu nutzen.

Ein großer Aktenberg hat sich aufgehäuft, ohne daß etwas für die Kinder rausgekommen wäre.

Zugleich wird im „Flensburger Tageblatt" in letzter Zeit das „Rowdytum" von Jugendlichen in Flensburger Naherholungsgebieten breitgetreten. Es hat sich im Ostseebad – einer Villengegend – eine „Bürgeraktion Gemeinwohl" gebildet. Diese reaktionäre Vereinigung fordert mehr Polizeistaat gegen Jugendliche: *„ ... Eine bessere Ausschöpfung bestehender Gesetze, verstärkte Polizeistreifen und den im neuen Waldgesetz vorgesehenen Einsatz sog. Landschaftswärter als Hilfskräfte der Staatsanwaltschaft".* („FT", 20.7.).

Das hier angegriffene „Rowdytum" von Jugendlichen steht in direktem Zusammenhang mit den fehlenden Freizeitmöglichkeiten.

In der Kneipe oder Diskothek hocken oder abends am Strand rumhängen – das hat die Stadt den Flensburger Jugendlichen zu bieten. Denn ebenso wie Abenteuerspielplätze wird auch ein Jugendzentrum seit Jahren von der Stadt verweigert.

Die Ablehnung der Forderungen von Kindern und Jugendlichen und der Ruf der Reaktionäre nach mehr Polizei sind somit Kehrseiten derselben „Medaille" – der Kinder- und Jugendfeindlichkeit im Kapitalismus.

Jugendkommission
KB/Gruppe Flensburg

Vorherrschaft des Monopolkapitals

Vor kurzem veröffentlichte die vor zwei Jahren geschaffene „Monopolkommission" zum ersten Male einen Untersuchungsbericht über den Stand der Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft. Obwohl dies eine „offizielle", von der Bundesregierung eingesetzte, Kommission ist, der neben bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern auch Vertreter der bürgerlichen Parteien angehören, kommt sie doch nicht umhin, das gewaltige Ausmaß der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand weniger Konzerne festzustellen.
Unter dem illusionären Titel „Mehr Wettbewerb ist möglich", liefert der Kommissionsbericht einen anschaulichen Überblick über die wirtschaftlichen Verflechtungen.

Die Konzentration in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Im Monopolkommissions-Bericht wird zunächst auf die bestimmende Rolle der größten Konzerne in den einzelnen Wirtschaftsbereichen eingegangen. *„Im Durchschnitt erzielten die jeweils drei größten Unternehmen 1973 mehr als ein Viertel und die sechs größten Unternehmen mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes in den einzelnen Industriegruppen."*

Diese Prozentzahl erscheint auf den ersten Blick als nicht so übermäßig, doch ist hier der Durchschnitt aller Industriezweige zugrunde gelegt worden. Untersucht man die einzelnen Sektoren, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. *„Der Konzentrationsgrad schwankt im Vergleich der Industriezweige erheblich. Die Schwankungsbreite reicht von 3,3 % bis 82,9 % für den Anteil der drei größten Unternehmen am Umsatz der jeweiligen Industriegruppe"* (siehe hierzu das Schaubild).

Vor allem in den wichtigsten und profitabelsten Wirtschaftsbereichen herrschen sechs oder weniger Großunternehmen.

Die Kommission hat die Entwicklung der Konzentration in 30 Industriezweigen innerhalb der Jahre 1960 – 73 untersucht und festgestellt, daß in 24 Industriezweigen die Konzentration zugenommen hat.

Welche dominierende Position die Konzerne inzwischen erreicht haben, zeigt der Vergleich der Umsätze der zehn größten Unternehmen mit dem Durchschnitt der restlichen Unternehmen: Der Unterschied besträgt in den einzelnen Branchen im Höchstfall 184 : 1 (!!) und selbst im niedrigsten Fall noch 9 zu 1 !

Die 100 größten Unternehmen

Die einhundert größten Konzerne bestimmen heute maßgeblich das gesamte Wirtschaftsgeschehen in der Bundesrepublik. *„Die ‚100 Größten' erzielten 1972 (1974) Umsätze von rund 327 Mrd. DM (456 Mrd. DM) und trugen damit mit 21,7 % (24,6 %) zum Umsatz der Gesamtwirtschaft bei."*

Diese Zahlen zeigen schon, daß die Bedeutung der Großunternehmen in den vergangenen Jahren noch zugenommen hat. Auch wenn diese Konzerne heute erst etwa ein Viertel der Gesamtproduktion stellen, beherrschen sie die entscheidenen Produktionsbereiche fast vollständig.

„Innerhalb der Hundert sind die Unternehmen an der Spitze der Rangliste deutlich stärker gewachsen als am Ende; der Anteil der 25 Größten am Gesamtumsatz hat sch dadurch von 54,5 auf 56,8 erhöht."

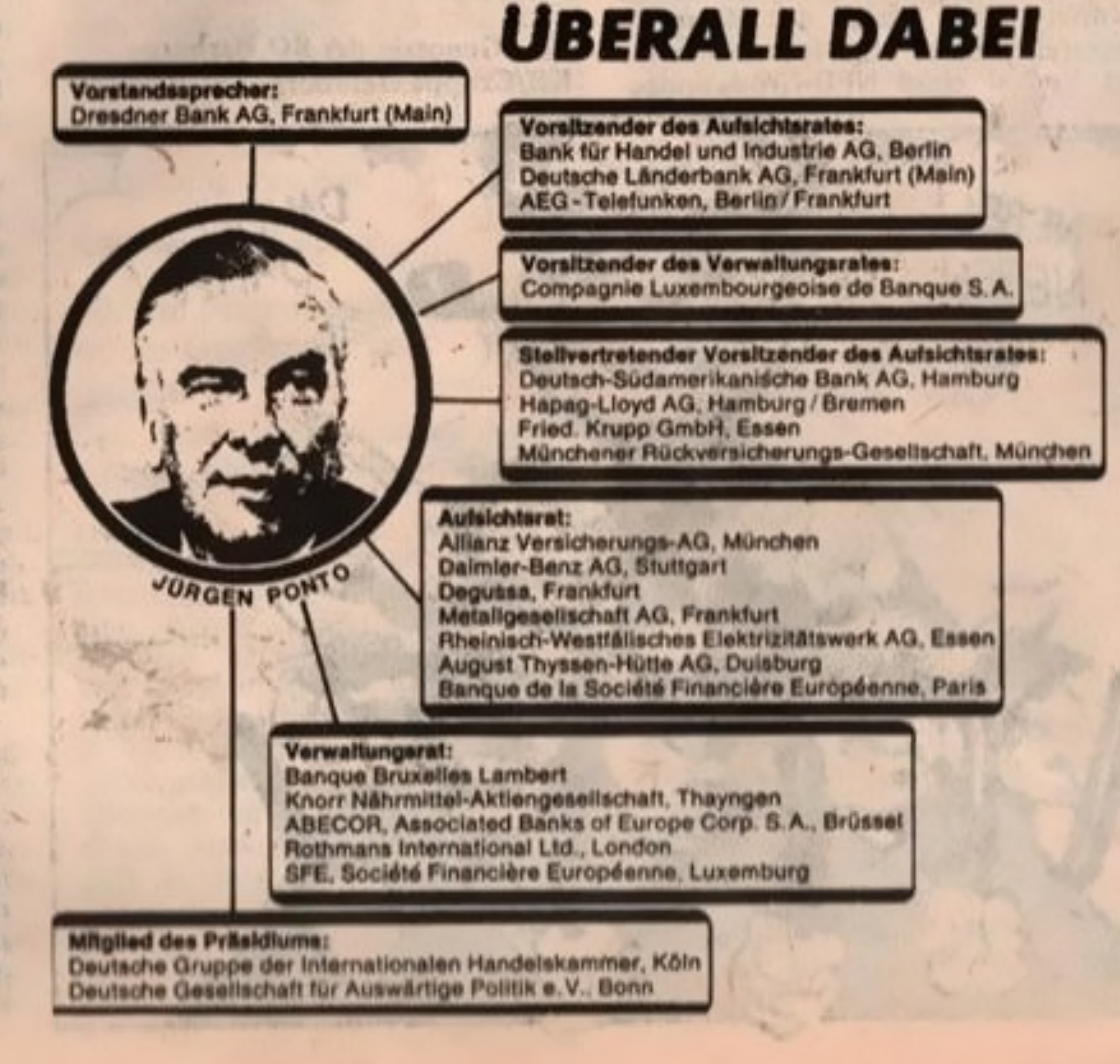
Die 100 größten Unternehmen wirken vor allem nur in wenigen Wirtschaftszweigen. Hierunter fallen der Straßenfahrzeugbau, die chemische Industrie, die Elektrotechnik, die Banken, die Stahlproduktion und -verarbeitung.

Insgesamt entfallen 85 % des Umsatzes der „100" auf nur 19 Industriesektoren. Diese zunächst etwas seltsam anmutende Tatsache bedeutet keineswegs, daß sich daher ihre Herrschaft nur auf einen Teil der Wirtschaft erstreckt, wohingegen sie in anderen Bereichen gar nicht oder kaum vertreten sind. Es handelt sich hier nämlich genau um die Bereiche, die den weitaus größten Beitrag zum Gesamtindustrieumsatz in der BRD leisten und deren Produkte (Stahl, Elektro, Chemie usw.) eine Voraussetzung für alle anderen Industriebranchen darstellen. Allein aus dieser letzten Tatsache erwächst diesen Konzernen gewissermaßen „automatisch" eine Machtposition gegenüber anderen Industriezweigen. Lenin hat in seiner Analyse des Imperialismus mehrmals darauf hingewiesen, daß die „Schwerindustrie" über alle anderen Wirtschaftsbereiche ein „Herrschaftsverhältnis" aufbaut. Heute kommt neben der Rohstoffindustrie vor allem der Elektro- und Chemieindustrie diese Rolle zu. In der oben angeführten Konzentration der Konzerne auf relativ wenige Branchen kommt zugleich eine andere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus zum Ausdruck: Die Kapitalien bewegen sich hauptsächlich in die profitträchtigsten, umsatzgrößten, wachstumsintensivsten Bereiche wie Chemie, Elektro, Automobilindustrie usw.

Daher werden diese Bereiche auch von den „100" maßgeblich bestimmt: *„In zehn Wirtschaftszweigen bringen Unternehmen aus dem Kreis der Hundert mehr als 50 % des Gesamtumsatzes auf."*

Ihre große Bedeutung belegt zudem die Exportquote. Sie ist mit 24 % (1974: 29,2 %) wesentlich höher als bei den anderen Unternehmen. So stellen sie 50 % des gesamten westdeutschen Exportes.

UBERALL DABEI



Die 100 führenden Konzerne haben den entscheidenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben Westdeutschlands. Sie bestimmen die Preise und setzen die Daten für technische Neuerungen. Die Besitzer und Manager der „Einhundert" sind die eigentlichen Herren in der BRD. Ihre Zahl reduziert sich noch, wenn man die Kapitalverflechtung innerhalb der 100 Konzerne mit einberechnet. Hier sind vor allem die Großbanken zu sehen, die in fast allen Großunternehmen vertreten sind.

Als Beispiel mag hier der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, gelten, der in über 20 verschiedenen Aufsichtsräten führender westdeutscher und europäischer Konzerne einen Sitz hat und zum Teil dort als Vorsitzender ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Unter anderem in solchen wichtigen Konzernen wie der AEG, Hapag-Lloyd, Krupp, Daimler-Benz, August Thyssen-Hütte (siehe Schaubild).

Aber weit über die anfangs genannten Zahlen geht der Einfluß der „Einhundert" in Wirklichkeit hinaus. Denn diese Konzerne sind an weiteren tausenden Unternehmen beteiligt.

„Die Untersuchung ergab rd. 4.300 Beteiligungen der ‚100 Größten' an anderen Unternehmen. Unter ihnen befinden sich 739 (17 %) Gemeinschaftsunternehmen ... Als Gemeinschaftsunternehmen werden Unternehmen gezählt, an denen mindestens 2 andere Unternehmen aus dem Kreis der ‚100 Größten' beteiligt sind."

Insbesondere in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Krise haben die Konzerne einen besonderen Eifer bewiesen, sich kleinere und mittlere Betriebe einzuverleiben oder sie vollständig von sich abhängig zu machen.

„An fast jedem zweiten dem Bundeskartellamt angezeigten Unternehmenszusammenschluß, nämlich in 46,2 % der Fälle, waren auf der Erwerberseite Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten beteiligt. Die Unternehmen am Anfang der Rangliste haben sich erheblich häufiger mit anderen Unternehmen zusammengeschlossen als diejenigen am Ende der Rangliste, die 25 größten Unternehmen waren an den

Fortsetzung Seite 11

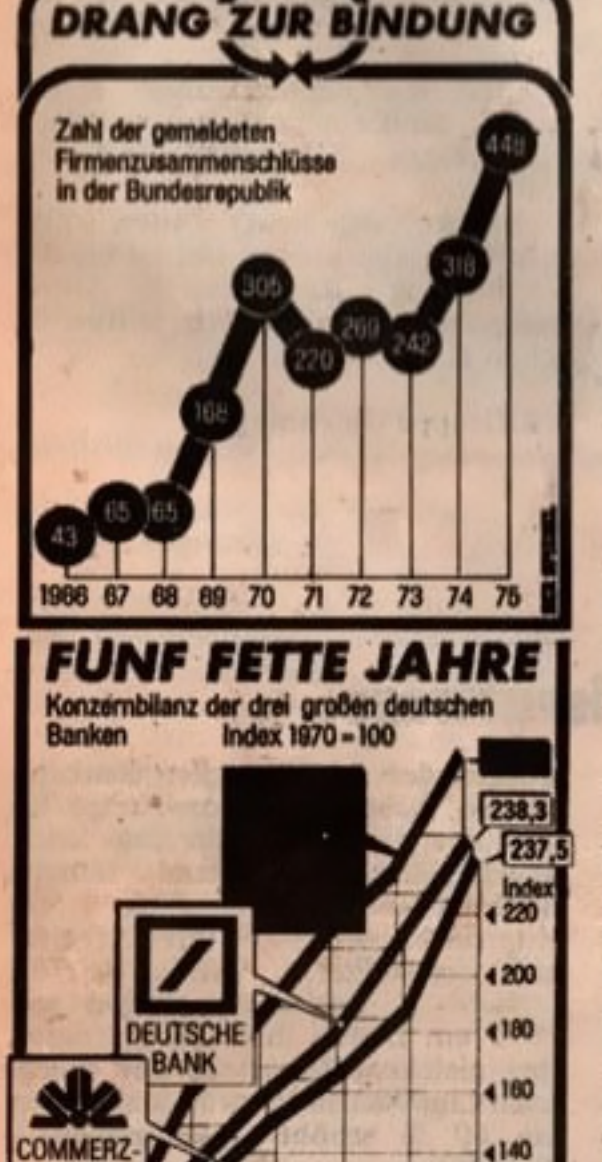
Fortsetzung von Seite 10

Zusammenschlüssen fast 7 mal so oft beteiligt wie die letzten 25 Unternehmen der 100 Größten."

Banken und Konzentration

Die ganze Dimension der Konzentration der westdeutschen Wirtschaft kann man aber erst dann wirklich erfassen, wenn man die besondere Rolle der Banken in die Untersuchung mit einbezieht. Diese sind durch vielfältige Bande, durch direkte Beteiligung an den führenden Konzernen, durch Personalunion (personelle Repräsentanz der Banken-Bosse in den Industrievorständen und umgekehrt) und durch andere Institutionen (z.B. Depotstimmrecht) mit den Monopolen verbunden; sie sind nach einem Ausdruck von Lenin mit der Industrie „verschmolzen oder verwachsen". Sie haben sich zu den Schaltzentralen der imperialistischen Wirtschaft entwickelt.

Die Monopolkommission beabsichtigte in ihrer Arbeit einen Überblick über die Beteiligungen der Banken an anderen industriellen Konzernen zu erstellen. Dies war ihr angeblich nicht möglich: *„Mit blauäugigen-durchsichtigen Fragebogenaktionen Auskunft über ihre Verfilzungen aus Beteiligungen, Aufsichtsratsmandaten und Depotstimmrechten zu erhalten und sich so die 'Macht der Banken' von den Betroffenen selbst bescheinigen zu lassen, ist sie freilich kalt abgeblitzt; die Angeschriebenen haben auf dieses Ansinnen gewiß mehr heiter als entrüstet reagiert"* („FR", 24.7.76).



Die Banken hielten es nicht für nötig, der Kommission Auskunft zu geben. Sie verwiesen darauf, daß im Bundeswirtschaftsministerium erst unlängst eine „Bankenstrukturkommission" gebildet worden sei. Die Banken konnten allerdings mit Hilfe der loyalen Unterstützung des Ministeriums ihre eigenen Vertreter in diesem Gremium postieren. Man erwartet für das kommende Jahr einen „entlastenden" Bericht dieser Regierungskommission.

Die Monopolkommission beschränkte sich in ihrem Bericht deshalb auf die direkte Tätigkeit der Banken und die Konzentration im Bankgeschäft. Laut ihrem Bericht waren im untersuchten Jahr 1974 in der Bundesrepublik 6.673 Kreditinstitute tätig. Sie teilen sich auf in reine Kreditinsititute, Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Welche herausragende Bedeutung auch im Bankgeschäft die größten Banken haben, zeigt die Aufstellung der Monopolkommission. Die Banken teilen sich auf in:

- 2.012 kleine Institute (Geschäftsvolumen unter 50 Mill. DM);
- 1.339 mittelgroße Institute (Geschäftsvolumen von 50 Mio. DM bis 1 Mrd. DM);
- 124 Großbanken (Geschäftsvolumen von 1 Mrd. DM und mehr).

Von diesen hatten 27 Banken ein Geschäftsvolumen von 5 Mrd. DM und mehr.

In den letzten Jahren ist der Anteil der Großbanken noch gewachsen. In den Jahren 1961 bis 1973 stieg der Anteil wie folgt:

- der Anteil der fünf Größten von 17,89 % um 0,8 % auf 18,04 %!
- der Anteil der zehn Größten von 28,08 % um 4,6 % auf 29,38 %.

Insgesamt ist der Hang zur Konzentration im Bakensektor besonders groß. Im Bereich der Geschäftsbanken sank die Zahl der Firmen in den Jahren 1960 bis 1974 um mehr als die Hälfte, nämlich von 12.861 auf 6.350.

Die drei größten Banken, die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank konnten ihre Konzernbilanz in den letzten fünf Jahren um das 2 1/2-fache steigern (siehe Schaubild).

Konzernbilanz in den letzten fünf Jahren um das 2 1/2-fache steigern (siehe Schaubild).

Monopol – ein Sinnbild des Imperialismus

Monopol – ein Sinnbild des Imperialismus

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Monopolisierung in der BRD in den letzten Jahren weiter zügig vorangeschritten ist. Fast die gesamte Wirtschaft wird beherrscht von wenigen Monopolen, deren Einfluß sich immer mehr ausweitet.

Die bürgerlichen Wissenschaftler bestätigen mit ihrem nun veröffentlichten Bericht – sicher ungewollt – die wissenschaftliche Erkenntnis Lenins, daß „die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ... der ökonomische Grundzug, das Wesen des Imperialismus (ist)." Sie können und wollen nicht sagen, daß „das aus dem Kapitalismus hervorwachsende Monopol ... bereits das Sterben des Kapitalismus, der Beginn seines Übergangs in den Sozialismus (ist)".

Es ist unsere (der Kommunisten) Aufgabe, diesen Zusammenhang zu enthüllen.

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg



Lübeck: Fahrpreise runter – Busse her. Sonst geben wir keine Ruhe mehr!

In Lübeck trat zum 1.8. eine Erhöhung der Bustarife um 20-25% in Kraft. Damit sind die Tarife in diesem Jahr insgesamt um 50% bzw. für Schüler um 140% angehoben worden!

Unmittelbar nach dem Beschluß der Bürgerschaft – drei Tage vor den Schulferien – hatte der Stadtschülerrat am 13.6. zu einer Demonstration aufgerufen, an der sich 250 Menschen beteiligt hatten (s. Bericht in AK 83, S.6).

Am 31.7. – also einen Tag vor der Fahrpreiserhöhung – zogen erneut mehr als 300 Demonstranten durch die Innenstadt.



Lübeck: FAHRPREISE RUNTER! Demonstration am 31.7.1976

Diese Demonstration war von einer Reihe unterschiedlichster Initiativen organisiert worden. Initiativen aus Lübecker Großbetrieben, Lübecker Frauengruppen und Schüler, eine Stadtteilinitiative hatte mit Unterschriftensammlungen, Aufklebern, Stelltafeln und einem Autokorso am Vortage der Demonstration zu dieser Demonstration mobilisiert.

Unsere Organisation, die anfangs der DKP weitgehend das Feld überlassen hatte, trug zu einem erheblichen Teil zu diesen Aktivitäten mit bei.

Die DKP, die sich vor einigen Wochen noch großkotzig als *„einzige Partei, die etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen unternimmt"*, hinzustellen versuchte, nachdem sie sich jahrelang im Dämmerschlaf befand, machte angesichts dieser Aktivitäten auch prompt einen Rückzieher.



Lübeck 31.7.1976 Demonstration gegen Fahrpreiserhöhung
Die CDU-Reklame verschwand im Gulli!

Trotz mehrfacher Aufforderung beteiligte sich die von ihnen ins Leben gerufene *„Initiative gegen die Fahrpreiserhöhung"* nicht an der Demonstration. Als bei einem Termin dieser Initiative 55 Menschen aus 10 verschiedenen anderen Initiativen erschienen und um Unterstützung bei ihren Aktivitäten nachsuchten, war da nur noch ein DKP-ler als „Privatperson" anwesend, der natürlich nur unverbindliches von sich geben konnte. Schließlich war die DKP mehr damit beschäftigt, ihre Mitglieder unter hanebüchenen Argumentationen von der Demonstration abzuhalten.

Die Demonstration wurde von der bürgerlichen Presse als von „wildgewordenen" und „kommunistisch geführten Haufen" angegriffen.

Gleichzeitig versuchte die Stadt durch entsprechende Auflagen, die Demonstration zu einem unsinnigen Spaziergang hinzudrehen.

Es sollten jeweils nur drei Demonstranten nebeneinandermarschieren dürfen, bzw. der Autokorso sollte nur ohne Lautsprecherwagen genehmigt werden. Dagegen wurde vor Gericht erfolgreich eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt durchgesetzt.

„Teure Heimat" in Braunschweig

Einen Monat nachdem sie die Neubau-Sozialwohnungen in der Braunschweiger Weststadt bezogen hatten, bühren seit Anfang 1975 nicht mehr erhöht worden seien (im Falle der Straßenreinigung seien sie sogar ge- men. Die NH hat dieses Abkommen aber gleich beim Einzugstermin gebrochen und -.23 pro qm über dem

„Teure Heimat" in Braunschweig

Einen Monat nachdem sie die Neubau-Sozialwohnungen in der Braunschweiger Weststadt bezogen hatten, flatterte einer Reihe von Mietern ein Schreiben ins Haus mit dem ihnen eine fast 10%ige Mieterhöhung, pauschal mit gestiegenen Kosten begründet, mitgeteilt wurde.

Insgesamt 166 Mietparteien, keine länger als drei Monate in der neuen Wohnung, sind von dieser Maßnahme der Neuen Heimat zu 100% in Gewerkschaftsbesitz betroffen.

Damit erhöht sich die monatliche Miete, wie einer der betroffenen Mieter feststellte, auf 500 Mark. 20–30% der Mieter wären bei den Preisen gar nicht erst eingezogen, so schildert ein anderer die Lage. Daß jetzt, nach den in die Hunderte gehenden Umzugskosten, keiner ans Ausziehen denkt, ist logisch. Die Entgegnung der NH gegenüber dem Vorwurf, sie habe die Mieterhöhung bewußt solange verschwiegen bis sie die Mieter in den Wohnungen hatte, ist eine glatte Provokation: *„Wenn wir so spekulieren würden, liefen uns alle Mieter davon."*

Inzwischen hat die Stadt erklärt, daß für Müll, Grundsteuer, Abwasser, Wasser und Straßenreinigung die Gebühren seit Anfang 1975 nicht mehr erhöht worden seien (im Falle der Straßenreinigung seien sie sogar gesenkt worden). Schon allein aus dem Grund haben die Mieter ein Interesse, eine genaue Aufstellung der gestiegenen Umlagen zu Gesicht zu bekommen und von einem vertrauenswürdigen Fachmann prüfen zu lassen. In der letzten Zeit hat es mehr als einen Fall gegeben, wo große Wohnungsbaugesellschaften unbefriedigende Profitlagen zum Anlaß genommen haben, unbegründete Forderungen zu erheben. Und es liegen eine Reihe von Fällen vor, wo Mietern nach gewonnenen Prozessen das gesamte Geld zurückerstattet werden mußte.

Die Mieterhöhung beim Einzug ist aber nicht das einzige Gaunerstückchen das sich die NH in Braunschweig geleistet hat.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Kuhbacher und der 1. Bürgermeister Wiswedel (FDP) machten bekannt, daß die NH sich gegenüber der Stadt verpflichtet hat die Miete ab Stichtag 22. Dezember 1975 für drei Jahre bei 4,50/qm einzufrieren. Unter dieser Bedingung hat sie von der Stadt einen „verlorenen Zuschuß" von 3.270.825 DM „geschenkt" bekommen. Die NH hat dieses Abkommen aber gleich beim Einzugstermin gebrochen und -.23 pro qm über dem vertraglich vereinbarten Preis verlangt. (Zusammen mit der neuen Erhöhung sind es inzwischen -.69/qm über dem Vertragspreis, das sind über 15%).

Die Mieter wären gut beraten, es nicht bei einem gemeinsamen Protestbrief mit 160 Unterschriften an die NH zu belassen. Immerhin hat der Bürgermeister höchstpersönlich davon abgeraten, Pauschalerhöhungen anzuerkennen – was auch einschließt, die Abbuchungsgenehmigung für die NH zurückzuziehen, die schon lustig begonnen hat, den erhöhten Mietbetrag einzuziehen. Darüberhinaus hat der Stadtamtsrat Müller auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Stadt ihren 3,3-Millionen-Zuschuß sperren könne, wenn die NH auf ihrer Mieterhöhung bestehe.

Solch einem starken Wort folgt bekanntlich nicht automatisch die Tat. Aber immerhin ist Wahlzeit, und das sollte Grund genug sein, die in der Stadt regierenden Sozialdemokraten und FDPler bei ihrem Wort zu nehmen.

Ein Ak-Verkäufer

Noch 'ne „Reform" a' la SPD
Das Abwasserabgabengesetz

Im Juni verabschiedete der Bundestag noch mehrere „Reform"-Werke der SPD, so auch das Abwasserabgabengesetz, daß – so die SPD – die Kapitalisten zwingen soll, ihre Abwässer nicht einfach in die Flüsse zu pumpen. Bemerkenswerterweise wurde dieses Gesetz von allen bürgerlichen Parteien befürwortet und stellt angeblich einen „Beitrag zum Umweltschutz" dar.

Das Gesetz sieht jedoch vor, daß die Kapitalisten ab 1981 (!) zwölf DM pro „Schadeinheit" zahlen müssen. Diese „Schadeinheiten" steigen dann bis 1986 auf 40 DM an. Ursprünglich enthielt dieser Gesetzentwurf den Vorschlag, die Kapitalisten mit 80 DM pro „Schadeinheit" zu berappen; das wären nach Berechnungen eines Sachverständigenrates 0,25% des Umsatzes! Festzustellen bleibt zunächst, daß die „Abgaben" sehr niedrig liegen und für die Kapitalisten kaum einen „Anreiz" bieten dürften, Kläranlagen zu bauen. Doch es kommt noch dikker: Ab 1981 müßten die Kapitalisten eigentlich zahlen – das heißt, fünf Jahre können sie weiterhin den Industriemüll in die Flüsse pumpen, was sie wohl auch tun werden. Weiterhin heißt es in diesem Gesetz, daß die Kapitalisten – wenn sie hoch und heilig versichern, eine „Abwasserbehandlungsanlage" zu bauen – bis 1989 (!!.) keinerlei Abgaben zu zahlen brauchen! Der angeblicn „gute Wille" genügt also!

Auf deutsch heißt das: Die Kapitalisten können mindestens weitere 13 Jahre ihre schmutzigen Abwässer und Chemikalien in die Flüsse leiten, ohne auch nur einen Pfennig dafür zahlen zu müssen! Danach werden „Umwelt-Gebühren" dann auf den Endverbraucher abgewälzt und munter weiter vergiftet. (Nach: „UZ" und „FR", 1. und 2.7.76).

Chemie-Komitee

„Es gibt keinen innerparteilichen Terror in der SPD"!

Zur Zeit sind die SPD-Führer fleißig dabei, jeden SPD'ler auszuschließen, der es wagt, die Tatsache, daß es Beberufsverbote in der BRD gibt, auch nur öffentlich auszusprechen.

Auf Antrag des Bezirksvorstands Franken wurde ein Mitglied der Erlanger Juso-Hochschulgruppe wegen *„ungeheurer und unerträglicher Diffamierung"* der SPD aus der Partei ausgeschlossen.

Der Ausgeschlossene war presserechtlich Verantwortlicher für eine Erlanger Hochschulzeitung der Jusos, die in einem Artikel aufzeigte, daß sich auch Sozialdemokraten aktiv an der Treibjagd gegen die Linke und an der Berufsverbotepraxis beteiligen.

Der Juso-Unterbezirksvorstand in Ansbach wurde jetzt abgesetzt, weil er kürzlich auf einer Juso-Konferenz einen Nürnberger SPD-Lehrer zu Wort kommen ließ, der selbst vom Berufsverbot betroffen ist. Der Lehrer hatte die *„Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik und insbesondere im CSU-Freistaat Bayern"* kritisiert, also noch nicht einmal die besondere Rolle der SPD, die vielfach den Vorreiter gegen Links gemacht hat, hervorgehoben.

Bei der Absetzung des Juso-Vorstandes erlaubten sich die SPD-Führer den Hinweis, *„daß es den Jusos ausdrücklich verboten worden war, den Kampf gegen die Berufsverbote – von denen in Bayern etliche Sozialdemokraten betroffen sind – zum 'Wahlkampfthema' zu machen"* („Extra-Dienst", 6.8.76)!

In der Begründung für ihren Schrit[t] erklärten die SPD-Führer, die Juso[s] hätten gegen die „Grundsätze für di[e] Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften verstoßen, die einen „ *'Einverneh[…]mungsprozeß für die Öffentlichkeit[s]arbeit' der Jusos beinhalten"* (eben da). Das heißt nichts anderes, als da[ß] die SPD-Führer dabei sind, ihre prov[o]katorische Linie „Es gibt keine B[e]rufsverbote" statutenmäßig in der g[e]samten SPD durchzusetzen. Da „[e]s keine Berufsverbote gibt", darf [e]s auch keinen Protest weder auf Pa[r]tei-Konferenzen noch in der Öffen[t]lichkeit geben, insbesondere nich[t] von den SPD-Mitgliedern, die selb[st] vom Berufsverbot betroffen sind.

Jusos, was nun?

KB/Gruppe Nürnberg
und SPD-Kommission

Renten-Pleite ?

In jüngster Zeit häufen sich die Meldungen, daß die Leistungen der Rentenversicherung in absehbarer Zeit nicht mehr finanzierbar seien. Bundesarbeitsminister Arendt hat inzwischen zugegeben, daß bei der Rentenversicherung 1976 mit einem Defizit von sieben Milliarden Mark und im Jahr 1977 mit einem Defizit von acht Milliarden Mark gerechnet werden muß. Rechnet man die vorgeschriebene Liquiditätsreserve von 3,8 Milliarden hinzu, dann ergibt sich für Ende 1977 ein von 43 Milliarden auf 24 Milliarden Mark reduzierter Vermögensbestand („*SZ*", 22.7.).

Konkret bedeutet dies, daß die Zahlung der Renten für Millionen im Ruhestand lebender Arbeiter und Arbeiterinnen gegenwärtig nicht gesichert ist. Darüberhinaus ist bereits heute absehbar, daß sich die Finanzierungsschwierigkeiten der Renten in den nächsten Jahren weiter erhöhen werden.

Für die Arbeiterklasse ist dies in der Tat in zweierlei Hinsicht eine unheilvolle Entwicklung: Erstens ist damit zu rechnen, daß zukünftig die Rentenbezüge noch weiter eingefroren werden (sie werden ohnehin nur alle drei Jahre angehoben); zweitens besteht die Gefahr, daß die noch in der Produktion befindliche Arbeiterklasse erneut zur Kasse gebeten wird und höhere Rentenversicherungsbeiträge zahlen muß.

Daran ändern letztlich auch Beteuerungen Bundesminister Arendt's nichts, „*der Bürger sei nicht höher belastbar*" und die Ankündigung, die Bundesregierung werde Ende Oktober (also nach der Wahl) eine Rentenerhöhung für 1977 um 10% vorschlagen (nach „SZ", 22.7.76).

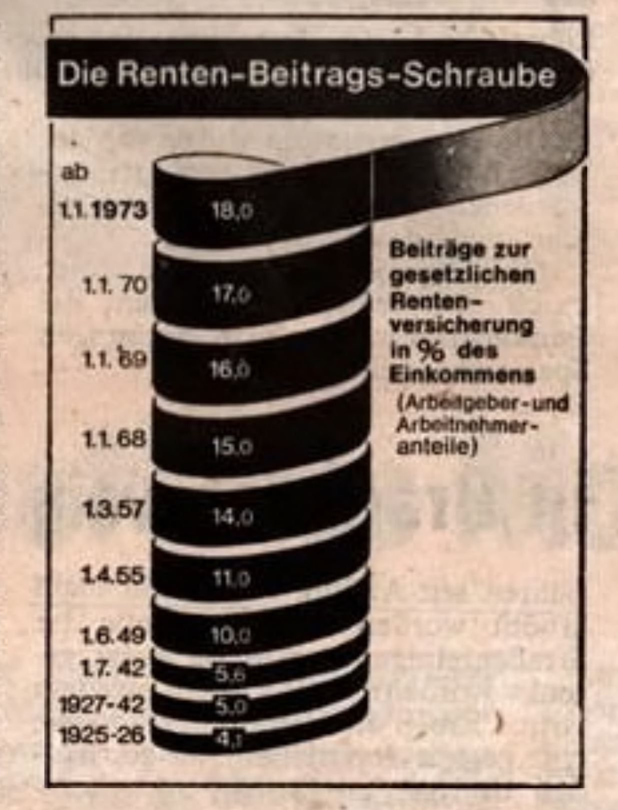
Derartige Beschwichtigungsversuche, die über die tatsächlichen Absichten der SPD/FDP-Bundesregierung hinwegtäuschen sollen, müssen allein im Zeichen des Bundestagswahlkampfes gesehen werden. Keine Partei könnte es sich bei einem Wählerreservoir von Millionen Rentnern und Rentenversicherungszahlern derzeit leisten, o f f e n ein Einfrieren der Renten (und damit – angesichts der Inflation – eine Rentensenkung!) und eine Erhöhung der von der Arbeiterklasse zu zahlenden Beiträge zu fordern.

Zunächst völlig absurd erscheint das für die nächsten Jahre akut werdende Finanzierungsdefizit in Höhe von mehreren Milliarden DM jährlich, wenn man bedenkt, daß die Rentenversicherungsträger derzeit über eine Vermögensreserve von über 40 Milliarden DM verfügen. Damit ließe sich zumindest theoretisch spielend leicht in den nächsten Jahren jedes Defizit vermeiden. Der Haken ist allerdings der, daß dieses Geld nicht liquide (d.h. flüssig) gemacht werden kann, da es langfristig auf dem Kapitalmarkt angelegt ist!

De facto bedeutet dies nichts anderes, als daß die Beitragsgelder der Arbeiter zur Rentenversicherung ihnen nicht zur Verfügung gestellt werden können, weil es als Kapital für die westdeutschen Kapitalisten arbeitet!

In den „Selbstverwaltungsgremien" der Rentenversicherung sitzen als sog. „Sozialpartner" auch Vertreter des Kapitals. Begründet wird dies damit, daß die Rentenversicherung zu gleichen Teilen von der Arbeiterklasse und den Kapitalisten finanziert wird (wobei natürlich die Gelder der Kapitalisten in Wirklichkeit nichts anderes darstellen, als Teile des von den Arbeitern produzierten Mehrwerts).

Die Kapitalisten nutzen ihren Einfluß in den „Selbstverwaltungsgremien" der Rentenversicherung, damit ihnen diese riesigen Milliardenbeträge direkt (z.B. für die Pharmazeutische Industrie, Ärzte, Apotheker) oder indirekt (Darlehen, Kredite, Konjunkturprogramme) wieder zufließen. Am 30. Juni 1975 befanden sich beispielsweise allein 23,5 Milliarden DM der Rentenversicherung als Schuldverschreibungen, Darlehen oder in anderer Form in der Verfügung des Bundes und anderer Institutionen des Staates („UZ", 2.8.76).



Die Arbeiter sollen wieder zahlen!

Seitdem die zukünftigen Defizite in der Rentenversicherung nicht mehr wegzureden sind, werden erneut Überlegungen zur Finanzierung dieser Defizite diskutiert. Zahlen sollen in jedem Fall die Arbeiter und Angestellten. Eine Finanzierung der Defizite durch den Staat erscheint ausgeschlossen, da sich hier insbesondere die FDP (bei der CDU versteht sich das ohnehin von selbst) querstellt („FR", 3.8.76). In der Konsequenz würde allerdings auch dies bedeuten, daß letztlich wieder die Arbeiterklasse über die von ihr gezahlten Steuern zahlen muß (ganz davon abzusehen, daß eine derartige Finanzierung heute automatisch bei anderen Sozialausgaben Kürzungen zur Folge hätte).

Erwogen wird offensichtlich auch, Anleihen bei der Arbeitslosenversicherung aufzunehmen, was allerdings nur kurzfristig die größten Finanzierungslücken stopfen könnte. Auch hier werden letztlich wieder die Gelder der Werktätigen in Anspruch genommen. Die SPD hat nunmehr das gesamte bisherige System der Rentenversicherung in Frage gestellt. Erste konkretere Vorstellungen, in welche Richtung dieses System entwickelt werden soll, existieren offensichtlich: „*Im Mittelpunkt der Überlegungen steht dabei, das derzeitige mehrfach abgeänderte Kapitaldeckungsverfahren (wie oben beschrieben – d.Red.) durch ein zeitnahes Umlageverfahren zu ersetzen*" („SZ", 31.7.76).

Hier liegt der Hase im Pfeffer begraben. Denn ein Umlageverfahren würde bedeuten, daß die Arbeiter nicht mehr einen festen Betrag ihres Lohnes (derzeit 18%) entrichten müßten, sondern jeweils nach dem Bedarf (bestimmt durch die Höhe und Zahl der Rentenzahlungen). „*Nach den in Regierungskreisen erörterten Denkmodellen könnte das für die Rentenleistungen und Anpassungen (Erhöhungen – d.Red.) nötige Geldvolumen durch Beitragszahlungen beschafft werden, die je nach Finanzbedarf nach oben oder unten (?) schwanken, also durch ein realwirtschaftlich begründetes Umlageverfahren*" („SZ"). Die Möglichkeit eines Schwankens der Beiträge „nach unten" existiert natürlich bei diesem System nur theoretisch. Praktisch, das zeigen einfach die nackten Zahlen, wird das zu entrichtende Rentenaufkommen immer größer.

Dieses neue „Umlageverfahren" wird, sollte es eingeführt werden, ständig zu immer höheren Rentenbeitragszahlungen der Arbeiter führen. Dieses neue System ist ein neuer staatlich gelenkter Ausplünderungsversuch gegen die westdeutsche Arbeiterklasse.

Wirtschaftskommission
KB-Gruppe Hamburg

Oldenburg:

Erpressung auf dem Arbeitsamt

Am 26.7.76 führte das Oldenburger Arbeitsamt eine „Arbeitsvermittlung" durch, deren erpresserischer und skrupelloser Charakter über die fortschreitende Entrechtung der Arbeitslosen Bände spricht. Allerdings handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall: Mit der gleichen Methode waren die Arbeitsämter im Bezirk Oldenburg dem Vernehmen nach bereits mehrfach „erfolgreich".

Um 9.30 Uhr – nach halbstündiger Wartezeit – wurden im Sitzungssaal ca. 40 Arbeitslose (Ledige und Familienväter, Arbeiter und Angestellte) zusammengetrommelt. Dort wurde ihnen erklärt, sie hätten am 3.8. (also eine Woche später!) ihren neuen Arbeitsplatz in der Osnabrücker (!) Automobilindustrie anzutreten. „Leichte Schichtarbeit" bei Karmann am Band, DM 8.60 die Stunde, kein Akkord, krisensicherer (?) Arbeitsplatz usw. In Osnabrück herrsche Wohnungsknappheit, man werde wohl im Werkswohnheim Vier-Mann-Zimmer beziehen müssen, zu je DM 100.- pro Person.

Als große Unzufriedenheit herrschte und ca. 25 Leute zu erkennen gaben, das nicht mitmachen zu wollen, kamen die Drohungen: Wer ablehnt, bekomme eine Sperrfrist von vier Wochen aufgebrummt (d.h. vier Wochen kein Arbeitslosengeld oder -hilfe). Der Widerspruch sei bei Gerichten möglich, habe aber keine aufschiebende Wirkung. Nach der Sperrzeit würde dieselbe Arbeit noch einmal (!) angeboten werden.

Diese Drohungen führten auch zum gewünschten Ergebnis: Nur noch vier Leute weigerten sich, das „Vermittlungsangebot" anzunehmen. Das ist nicht verwunderlich, denn in der ohnehin schon bedrückenden Situation der Arbeitslosigkeit haben diese gemeinen Hunde vom Arbeitsamt relativ leichtes Spiel, bei vielen Kollegen das Gefühl hilflosen Ausgeliefertseins hervorzurufen. Meistens ist die Information über die wenigen Rechte, die Arbeitslose noch haben, sowieso „dünn" und es gibt keine korrekte Aufklärung darüber durch das Arbeitsamt. Eine vierwöchige Sperrfrist können sich die meisten auch nicht leisten (und ein Gerichtsverfahren würde erst viel später zum Ergebnis kommen). Besonders unverschämt ist die Drohung, dasselbe nach vier Wochen gleich noch mal durchzuziehen.

Die „Zumutbarkeits"regelung, die in den letzten Monaten noch stärker der Interpretation der Arbeitsämter unterworfen wurde, wird in diesem Fall derart schikanös ausgelegt, daß es den Kollegen zugemutet wird, binnen weniger Tage mit Sack und Pack, mit Kind und Kegel (bzw. auch ohne: Werksheim!) über 100 km umzuziehen.

„Wie ist es denn gelaufen?" fragte anschließend ein „Arbeitsvermittler" den anderen. „Sehr gut!" war dessen Antwort.

Bei Anbruch neuer Zeiten sollte man diese engagierten Herren bei der Vermittlung „zumutbarer" Arbeit besonders bedenken. Wir hätten da schon einige Ideen ...

KB/Gruppe Oldenburg

Bauindustrie

Immer mehr Auslandsaufträge

Während die Umsätze der Bauindustrie im Inland stagnieren, expandieren die Auslandsaufträge. Hatten sie 1973 noch ein Volumen von 1,3 Mrd. DM, so stiegen sie 1974 auf 5,2 und 1975 auf 7,3 Mrd. DM. Ein Grund hierfür sind die gestiegenen Einnahmen der Opec-Länder seit der Ölkrise; auf diese Länder entfallen 90 % der Aufträge.

Der Auslands-Bau ist jedoch weitgehend monopolisiert. Elf der größten Baufirmen realisieren 90 % aller Aufträge. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind Saudi-Arabien (1,9 Mrd. DM), Iran und Nigeria (je 1,5 Mrd. DM), gefolgt vom Irak, Algerien und Libyen („Handelsblatt", 24.5. 1976).

Gebaut werden Straßen, Häfen, Kern- und Großkraftwerke, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser.

Die NEUE HEIMAT, seit Jahren
Kern- und Großkraftwerke, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser.

Die NEUE HEIMAT, seit Jahren schon im Auslandsbau in über 15 Ländern aktiv, plant für dieses Jahr noch eine deutsch-portugiesische und eine deutsch-sudanesische Gesellschaft für die Entwicklung des Wohnungsbaus in den jeweiligen Ländern zu gründen („Süddeutsche Zeitung", 13.7.76).

Hochtief und Holzmann, die größten der westdeutschen Baukapitalisten, haben Auslandsaufträge für rund drei Jahre, was allerdings keine Arbeitsplätze im Inland sichert. Hochtief entließ 1975 allein 1.500 Mitarbeiter, d.h. 10 % ihrer Arbeiter und Angestellten („FAZ", 19.6.76).

Held & Francke entließen seit 1973 ein Drittel ihrer Beschäftigten (bei gleichem Umsatz!). Die Belegschaft im Ausland wurde inzwischen um 60 % erhöht („Handelsblatt", 20.7.76).

In den wenigsten Fällen dienen Auslandsaufträge der Entwicklung der Wirtschaft der Auftragsländer oder der Beschäftigung ihrer Arbeiter. Für einen Großauftrag von 1 Mrd. DM, den die westberliner Baugruppe Pegel & Sohn zum Ausbau der saudiarabischen Hauptstadt Riad erhielt, werden selbst die Wohnbaracken für die Arbeiter aus der BRD geliefert. Die 500 notwendigen Mana-

der saudiarabischen Hauptstadt Riad erhielt, werden selbst die Wohnbaracken für die Arbeiter aus der BRD geliefert. Die 500 notwendigen Mana-

ger und Ingenieure kommen ebenfalls aus der BRD, während die etwa 3.000 Arbeiter aus Taiwan und Südkorea angeworben wurden („Welt", 12.6.1976).

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Tel: 040/45 38 91

Leitung des KB
ARBEITERKAMPF-Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin; Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone/ Hoher Weg

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr.
11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Hessen

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr
Gaststätte Störtebeker,
Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Stuttgart
Jutta Blum
Filderstr. 53 B
7 Stuttgart 1

Bayern

Landshut
83 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Nürnberg/Erlangen
Thomas Gradl
85 Nürnberg
Postfach 16 03 63

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Mehr als 200 Millionen Menschen leben in Slums!

Schätzungsweise ein Drittel aller Städter auf der Welt leben heute in Slums, in den Ländern der „Dritten Welt" sind es bis zur Hälfte der Stadtbevölkerung. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation leben eine Milliarde Menschen heute in Behausungen, denen es an Grundvoraussetzungen wie z.B. Trinkwasser mangelt („Frankfurter Rundschau", 2.6.). Allein in der BRD wird selbst nach offiziellen Angaben der Bundesregierung die Zahl der Obdachlosen auf über 500.000 geschätzt („Hamburger Abendblatt", 28.7.76).

Bei einer Bevölkerungsentwicklung von vier auf sieben Milliarden Menschen bis zum Ende des Jahrhunderts werden dann Dreiviertel aller Städter in Slums wohnen („FR", 16.6.). Diese Entwicklung wurde auf der UN-Konferenz „Habitat" deutlich, die Anfang Juni in Vancouver/Kanada mit Vertretern von 134 Staaten stattfand.

Die Situation vieler Städte ist schon heute nur noch als katastrophal zu kennzeichnen.

Seit 1950 sind etwa 250 Millionen Menschen vom Land in die Städte „geflohen" und leben meist in wild gebauten Siedlungen, die weder Strom- und Wasserversorgung, noch Kanalisation besitzen. Ein Wasserhahn für 20.000 Menschen ist keine Seltenheit, die fehlende Kanalisation führt ständig zu Seuchen und zu hoher Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Da Transportsysteme fehlen, müssen die Slumbewohner in den Millionenstädten durchschnittlich fünf Kilometer täglich zu Fuß zur Arbeitsstelle laufen – sofern sie überhaupt Arbeit haben.

Die Antwort vieler Regierungen auf diese Zustände: Statt für Wohnungen oder wenigstens für Wasser und Strom zu sorgen, werden die Slums regelmäßig von Planierraupen niedergewalzt, was das Elend der Bevölkerung nur noch vergrößert.

Um den Wohnungsbedarf auch nur annähernd zu decken, müßten in den nächsten 30 Jahren 600 Mio Wohnungen gebaut werden – das sind mehr, als heute auf der ganzen Welt vorhanden sind.

Außer Appellen gegen die Bodenspekulation, für die Reinhaltung der Gewässer und für mehr Wohnungsbau konnte die UN-Konferenz die Wohnmisere lediglich registrieren, aber keine Ansätze zur Veränderung geben.

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Warner Springs – „Amerikas Dachau"

Das offensichtliche Vorbild der in jüngster Zeit bekanntgewordenen Folterlehrgänge in der Bundeswehr ist die jetzt ruchbar gewordene Ausbildung im Navy-Camp Warner Springs in Kalifornien.

Bei der Schadenersatzklage eines Marine-Fliegers, dem bei der Ausbildung Rippen gebrochen und schwere Rückenverletzungen zugefügt wurden, wurden einige Einzelheiten des geheimen Ausbildungsprogramms SERE (Survival, Evasion, Resistance and Escape – Überleben, Ausweichen, Widerstand und Flucht) bekannt:

Wie jetzt ebenfalls enthüllt wurde, gibt es derartige Camps in den USA bereits seit über 15 Jahren. Kein Journalist hatte bisher Zutritt, Soldaten werden mit Kriegsgericht-Androhungen und unehrenhafter Entlassung, also Vorbestrafung zum Schweigen gezwungen.

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß bisher lediglich zwei Todesfälle aus den Camps bekannt wurden: 1961 erstickte ein Soldat im „Tigerkäfig", 1967 starb ein Soldat während eines Überlebenstrainings in der Wüste.

Blanker Zynismus ist es, wenn der



So drillt der US-Imperialismus seine Killer für den Völkermord

- das Verzehren von Eidechsen;
- Überlebenstraining im „Tigerkäfig": In einem 0,5 qm kleinen Verschlag müssen die Soldaten mehrere Tage überleben, für Exkremente steht eine Kaffeekanne in dem Loch;
- die „Wasserschaukel": Der Soldat wird mit dem Kopf nach unten auf ein schräges Brett gefesselt, dann bekommt er ein Handtuch vor den Mund gebunden und dann pausenlos kaltes Wasser ins Gesicht geschüttet, bis er bewußtlos ist; ein Arzt überwacht, daß niemand ertrinkt;
- stundenlanges Prügeln mit Fäusten, Füßen und Handkantenschlägen;
- vor den Ausbildern auf die amerikanische Flagge urinieren und exkrementieren;
- vor den Ausbildern onanieren;
- zu homosexuellen Kontakten mit Ausbildern gezwungen werden.

Ähnlich wie in Warner Springs, das der jetzt klagende Marine-Offizier als „Dachau von heute" vor Gericht bezeichnete, werden Soldaten der US-Marine in einem weiteren Camp im US-Staat Maine gefoltert.

Sprecher der US-Navy zu den Vorwürfen lediglich bemerkte, sie seien ein *„Abklatsch der Realität"* und in Wirklichkeit nicht so gefährlich wie es den Anschein habe („Spiegel", 17/76).

Es bleibt abzuwarten, was über die Ausbildungsmethoden der US-Navy noch ans Licht gebracht wird, inzwischen haben sich mehrere Soldaten gemeldet, die jetzt bereit sind, über *„noch viel scheußlichere Auswüchse"* („Spiegel", 17/76) zu sprechen.

Auf der anderen Seite läßt die Navy offensichtlich nichts unversucht, die ganze Angelegenheit als Spinnerei einzelner abzutun: Der klagende Marine-Offizier wird derzeit umfangreichen Psycho-Tests unterzogen! Überprüfungen des Ausbildungsprogramms sind bisher vom Militärausschuß ebenfalls als nicht notwendig zurückgewiesen worden. Die Herren werden wissen, warum!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Camp im US-Staat Maine gefoltert. KB/Gruppe Kiel

Wissenschaft der Imperialisten

Spionage und Aggression gegen die „Dritte Welt"

Daß die bürgerliche Wissenschaft in den imperialistischen Staaten die Wissenschaft der Imperialisten ist, ist allgemein bekannt.

Weniger bekannt ist, wie diese „Wissenschaft" und „Forschung" als Spionageinstrument in der „3. Welt" zur Bekämpfung von Unabhängigkeitsbestrebungen und Befreiungskampf eingesetzt wird.

So wurden erst kürzlich in der BRD Dokumente enthüllt, die die „wissenschaftliche Forschungsarbeit" (nämlich Wühlarbeit) der US-Imperialisten im südlichen Afrika offenlegt.

- Bereits seit Ende der 40-er Jahre werden regelmäßig US-„Wissenschaftler" nach Südafrika geschickt. Dort erhalten sie dann „ganz interessante" Forschungsaufträge: 1948-„Untersuchung" über die afrikanische Befreiungsbewegung ANC; 1956 eine „Analyse" über die südafrikanische KP; 1963 dasselbe über die schwarzafrikanische Organisation PAC usw.
- Alle diese „Forschungsobjekte" und „Wissenschaftler" wurden und werden bezahlt von der Rockefeller-Stiftung und der Ford-Stiftung (Rockefeller und Ford-Motor-Company gehören zu den größten US-Investoren in der RSA). Den „Forschungs"-Ergebnissen folgte dann stets der (physische) Liquidierungsversuch dieser Organisationen durch die Rassisten.
- Die „Wissenschaftler" selber kommen in ihrer Mehrheit von der amerikanischen Columbia-Universität. Dieser Hort der Wissenschaft ist bekannt für Arbeiten, die dann den direkten Weg zum CIA oder Pentagon (das US-Kriegsministerium) gehen!
- Auch die „Qualität der Wissenschaftler" spricht für sich. Beide Projektleiter ANC waren zuvor Angestellte des US-Außenministeriums. In der RSA traten sie dann als „unabhängige Wissenschaftler" auf!
  Die Assistenten waren dann meistens direkt mit der US- oder RSA-Regierung liiert. So arbeitete eine dieser Figuren gleichzeitig für die „S-A-Foundation", einer grossen Apartheid-Propaganda-Organisation!

Das waren aber nur die Anfänge „wissenschaftlicher Arbeit" der Imperialisten im südlichen Afrika.

Während es der US-Imperialismus in der RSA damit noch relativ einfach hatte, wurde es in schwarzafrikanischen Ländern schon schwieriger. Für die Imperialisten bestand gerade in den 60er Jahren die erhöhte Notwendigkeit, auch hier bestimmte Projekte anlaufen zu lassen. War doch der Befreiungskampf im Aufschwung begriffen (Kongo, Angola, Mozambique etc.).

Als Hauptquartier suchten sich die Imperialisten Sambia (!) aus.

Hier versuchten sie die Universität zu infiltrieren, um ganz offiziell ihre „Forschungsprojekte" zu starten.

- Mindestens zwei Dozenten der Universität wurden jetzt als CIA-Agenten entlarvt. Der eine war Ökonom, der andere für politische Wissenschaften zuständig.
- Andere „wissenschaftliche" Agenten waren Angestellte der US-Botschaft in Sambia.
  Hier gab es dann eine strenge Aufgabenteilung. Z.B. wurde einer als „Lehrer" nach Zimbabwe geschickt. Dort nahm er Verbindungen zu schwarzen Oppositionellen auf, die heute noch fortbestehen. Ein anderer war für die Finanzierung und den Aufbau einer konterrevolutionären Armee (COREMO) in Mozambique zuständig.
- In Lusaka (Hauptstadt Sambias) wurde vom CIA das *„Nkumbi-International-College"* gegründet. Hier wurden viele Angehörige afrikanischer „Befreiungsbewegungen" unterrichtet.
- Über die Universität Sambia versuchte der US-Geheimdienst mehrfach *„Forschungsprojekte über die Mentalität und die Taktik der afrikanischen Befreiungsbewegungen"* in Gang zu bringen.
  Ein CIA-„Wissenschaftler" dazu: *„Wir wollen etwas über die Strategie und Taktik von Befreiungsbewegungen erfahren, denn damit gewinnen wir Erkenntnisse über begrenzte innere und äußere Kriege und auch darüber, wie diese begonnen, eingedämmt oder verhindert werden können." (!!)*
- Als der CIA hier „direkt" nicht landen konnte (einige fortschrittliche Dozenten rochen den Braten), versuchte er es über einige korrumpierte afrikanische Professoren. So stellte ein ugandischer Professor in Tansania den Antrag, *„über die bewaffneten Streitkräfte in den afrikanischen Gesellschaften Untersuchungen anstellen zu dürfen".*
  Dieser saubere „Wissenschaftler" hatte gerade vorher einen 70.000 Dollar-Job in den USA erhalten. Auch war klar, daß seine „Untersuchung" von den USA finanziert werden sollte.
  Auch das wurde nichts, weil es zu durchsichtig war.
- Einer der übelsten Versuche der „CIA-Wissenschaftler", Erkenntnisse über die Befreiungsbewegungen zu gewinnen, war es, sich auszugeben als „Projektforscher" über das Flüchtlingselend der politischen Flüchtlinge in Sambia und Tansania.
  Durch eine solche „Untersuchung" wären diese Herren zwangsläufig in die Befreiungsbewegungen eingedrungen. Denn in beiden Ländern halten sich fast ausschließlichFlüchtlinge aus Namibia, Zimbabwe, RSA und (damals -1974-) auch noch aus Angola und Mozambique auf. Ebenfalls befanden und befinden sich in diesen Ländern die Hauptquartiere verschiedener Widerstandsorganisationen.
  Dieses „Projekt" scheiterte deshalb, weil der Leiter hierfür als CIA-Mann bekannt wurde.

Diese Beispiele – sie ließen sich noch fortsetzen – zeigen klar und eindeutig, daß die Hure „bürgerliche Wissenschaft" an allen Orten der Welt im Dienst ihrer imperialistischen Auftraggeber steht und Stütze der imperialistischen Aggressions-Strategie gegen die Völker der „3. Welt" steht, selbst dann, wenn sie als „Human-Forschung", „Forschung an Flüchtlings-Problemen" etc. deklariert ist. Nicht anders ist auch die Arbeit der „Friedrich-Ebert-Stiftung" (SPD) u.a. im Ausland zu beurteilen.

Neben der direkten Aggression versuchen so die Imperialisten, die Befreiungsbewegungen nicht nur im südlichen Afrika zu unterwandern (eigenes CIA-College) und auszukundschaften (Forschung).

Daß in den geschilderten Beispielen die Versuche häufig fehlschlugen, ist oftmals nur dem Zufall zu verdanken und führte eben zu ihrem Bekanntwerden. Man darf sicher sein, daß der CIA oder andere imperialistische Geheimdienste in anderen Fällen wesentlich mehr „Erfolg" hatte. (Nach ED 55 - 57/76)

Afrika-Kommission

Streiks in den USA

Gegenwärtig befinden sich mehrere hunderttausend Industriearbeiter in den USA im Ausstand. In allen Streikkämpfen der Arbeiter geht es um die Verbesserung ihrer Entlohnung und der Arbeitsbedingungen (von den US-Kapitalisten wurde die wirtschaftliche Krise der vergangenen Jahre rücksichtslos dazu genutzt, die Lebenslage von Millionen Arbeitern drastisch zu verschlechtern). Zu berücksichtigen ist, daß die amerikanischen Arbeiter noch viel weniger als z.B. die westdeutschen durch irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen vor der Willkür der Bosse geschützt sind. Entsprechend schneller und schlagartiger ist der Übergang vom relativen „Wohlstand" zum Elendsdasein eines Lumpenproletariers.

Der Kampf der Gummiarbeiter

Am 21. April (!) traten 67.000 Gummiarbeiter in den Streik. Letzte Meldungen zeigen, daß der Streik noch läuft. Er richtete sich gegen die „großen Vier" – Goodyear, Goodrich, Uniroyal und Firestone. Es geht um allgemeine Lohnerhöhungen, um eine Verbesserung der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung, um die Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen einzelnen Betrieben und Regionen sowie um die Begrenzung der Überstundenzahl.

Bisher haben sich die Unternehmen wenig vehandlungsbereit gezeigt. Man will diesen Streik offensichtlich dazu nutzen, einen Eckstein für künftige Zeiten im Lohnabbau zu setzen.

Dabei haben die „großen Vier" ohnehin auf Kosten der Gummiarbeiter in der Vergangenheit riesige Profite scheffeln können: Allein im Rezessionsjahr 1975 haben die „großen Vier" einen Profit von 500 Mio. Dollar erwirtschaftet. Dieses Jahr soll's nicht schlechter aussehen; das „Wall-Street Journal" vom 16. April schrieb dazu, daß *„ein starker Vorwärtstrend bei den Reifenherstellern die letzten sechs Monate"* zu verzeichnen gewesen sei. Eben hier will man noch mehr rausholen, indem man kräftig an den Löhnen streicht.



Streikende Grubenarbeiter in den USA

Die Kollegen wollen sich dies aber nicht länger bieten lassen, so mußte sogar der URW (Gewerkschafts-) Präsident Peter Bommerito zugeben, *„so eine Begeisterung, so eine Kampfstimmung noch nie erlebt"* zu haben.

Der Kampf der Grubenarbeiter

Alle verfügbaren Informationen aus den USA deuten darauf hin, daß sich der Streik der Grubenarbeiter inzwischen auf fast alle Bergwerke ausgedehnt hat. Dies ist nicht zuletzt daraus zu erklären, daß die Kapitalisten hier in den vergangenen Jahren Riesenprofite machten: 1973 stiegen die Kohlepreise in den USA um 67%, in der ersten Hälfte 1974 waren die Profite der zehn größten Kohleproduzenten um sage und schreibe 181% höher als im selben Vorjahreszeitraum. Heute fordert diese Proftgier der Kapitalisten täglich ein Menschenleben in den Gruben.

Die Forderungen der Streikenden beziehen sich daher wesentlich auf

beziehen sich daher wesentlich auf

die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die die amerikanischen Gewerkschaftsführer bisher nicht einen Finger krumm gemacht haben.

Die Autoindustrie

Hier sieht es nicht so aus, als ob massive Streiks auf der Tagesordnung stünden. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung": *„Woodcock, der als erster Labor-Führer den demokratischen Präsidenten-Anwärter Carter unterstützt hat und beste Aussichten für einen Kabinettsposten in der Carter-Administration hätte, möchte einen Streik vermeiden, der dem Kandidaten Carter peinlich wäre"* („SZ", 27.7.76).

Dennoch kam es zu einem Streik bei der Cryslerfiliale in Trenton, New Jersey. Anfang Juli traten hier 4.400 Arbeiter in den Streik. Grund waren hier mangelnde Sicherheitsvorkehrungen.

Die Elektroindustrie

Rund 30.000 Beschäftige des Elektrokonzerns Westinghouse traten am 11.7. in Streik, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen.

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Indianer in den USA kämpfen um's Überleben!

Zur Zeit leben etwa 850.000 Indianer verschiedener Stämme in den USA. Sie gehören zu den entrechtetsten und verelendetsten Teilen der nordamerikanischen Bevölkerung. 40% aller Indianer sind arbeitslos, das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt 1.500 Dollar und ist somit nur die Hälfte dessen, was die US-Regierung als „nationale Armutsgrenze" definiert. Die Lebenserwartung der Indianer beträgt 45 Jahre im Gegensatz zu 71 Jahren im US-Durchschnitt. 95% aller Wohnungen der in Reservaten lebenden Indianer sind Behelfsunterkünfte: Wellblechhütten, ausrangierte Eisenbahnwaggons usw. In den Reservationen gibt es keine Gesundheitsfürsorge, unzureichende sanitäre Anlagen, kein fließendes Wasser. Die Kindersterblichkeit liegt um 50% höher als im übrigen Amerika, die Selbstmordquote ist 15 mal so hoch. In einigen Reservaten herrscht Unterernährung.

Seit Beginn der Kolonialisierung Nordamerikas wurde gegenüber der indianischen Urbevölkerung eine Politik der systematischen Ausrottung betrieben. In den Indianerkriegen zwischen 1790 und 1891 wurden 400.000 Indianer abgeschlachtet, die es gewagt hatten, sich gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage durch die ins Land strömenden Siedler und Einwanderer zur Wehr zu setzen: Diese nahmen den Indianern ihre Ländereien, rodeten die Wälder, vernichteten die Büffelherden völlig und versuchten — im Namen der „Überlegenheit der weißen Rasse" — ihnen ihren Glauben und ihre Kultur zu verbieten. Waren sie nicht willig, wurden regelrechte Kopfprämien ausgesetzt für die Tötung oder Gefangennahme von Indianern. Immer wieder wurden von den weißen Siedlern die geschlossenen Verträge über das den Indianern zugebilligte Land gebrochen und die Reservatsgebiete verringert. Insgesamt mindestens 371 mal.

In den Reservaten wurden die Indianer zusammengepfercht und ihrer sämtlichen Rechte beraubt. Die Ausübung der eigenen Religion wird scharf bekämpft. Kinder im schulpflichtigen Alter werden von ihren Eltern getrennt und kommen in überwiegend weiße Schulen außerhalb der Reservation, wo das Sprechen ihrer eigenen Sprache mit Arrest und Prügel bestraft wird. Die Zahl der Reservatsschulen, in denen auch indianisch gesprochen wird, ist verschwindend gering.

Die Reservate werden heute von Angestellten des „Büros für indianische Angelegenheiten" (BIA) verwaltet, die zu 55% Indianer sind. Es handelt sich hierbei um korrumpierte und zur Zusammenarbeit mit der US-Regierung bereite Indianer (ein BIA-Indianer verdient im Jahr bis zu 18.000 Dollar), die als Vollstrecker der verbrecherischen Indianer-Politik der US-Imperialisten eingesetzt werden und in den Reservaten absolute Vollmachten haben. Sie leiten die Arbeitsvermittlung, Wohnungsvermittlung, Sozialämter usw., sie entscheiden, welche Kinder außerhalb der Reservate zur Schule gehen und welche innerhalb, sind Rechtsberater der Indianer usw.usf.

Das BIA rührt ständig die Werbetrommel für eine Abwanderung der Indianer in die Großstädte. In diesem Falle organisiert das BIA Ausbildungskurse für bestimmte Berufe wie Schweißer, Mechaniker, Friseur, Krankenschwester und versorgt die abreisewilligen Indianer mit einer Gratisfahrkarte — ohne Rückfahrmöglichkeit. In den Großstädten — Los Angeles, Oklahoma City und San Francisco sind die Städte mit den meisten Stadtindianern — erwartet sie dann ein noch elenderes Dasein in den Slums.

Der Widerstand wird brutal unterdrückt

Immer wieder versuchen die Indianer durch Protestdemonstrationen, Landbesetzungen usw. auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen:



Schon im Sommer 1972 demonstrierten Indianer vor dem Büro für indianische Angelegenheiten in Washington.

— Im November 1969 besetzten sie die Insel Alcatraz, die ehemals als Gefängnis gedient hatte, seit 1962 jedoch nicht mehr benutzt wird. Gestützt auf einen Vertrag von 1868, in dem festgelegt wurde, daß von der Regierung nicht mehr benötigtes Land an die Ureinwohner zurückfällt, forderten die Indianer die Insel Alcatraz zurück. Die Besatzer hatten vor, auf der Insel ein Zentrum für indianische Studien, indianische Ausbildungsstätten usw. zu errichten. Die Aktion fand in den ganzen USA große Zustimmung. In 19monatigen erfolglosen Verhandlungen zermürbte die US-Regierung jedoch die Kampffront soweit, daß die Räumung der Insel im Juni 1971 durch schwerbewaffnete Polizei das Ende der Besetzung nur noch besiegelte.

— Im Oktober 1972 führten Indianer verschiedener Stämme einen Sternmarsch („Trail of broken treaties" — „Pfad der gebrochenen Verträge") nach Washington durch, um der Regierung ein 20-Punkte-Forderungsprogramm „zur Sicherung der indianischen Zukunft" vorzulegen. In Washington nahm die Regierung keine Notiz von den Delegationen. Sie besetzten daraufhin das Washingtoner Büro des BIA, worauf die Regierung, die kurz vor den Wahlen keine Scherereien haben wollte, ihnen zusicherte, eine Untersuchungskommission einzusetzen und den Indianern Geld für die Rückfahrt gab; ausserdem wurde allen an der Besetzung Beteiligten Straffreiheit zugesichert. Wenige Stunden nach der Abreise erklärte ein Regierungssprecher, *„daß alle Schuldigen voll zur Verantwortung gezogen würden."*

— Am 27.2.73 besetzten 120 Indianer Wounded Knee, einen Ort in der Pine-Ridge-Reservation in South Dakota. Das Reservat war ursprünglich 9 Mio. Acre groß, wurde durch immer neue Verträge bis 1889 auf ein Drittel eingeschränkt, wovon die US-Regierung den fruchtbarsten Teil an weiße Farmer verpachtet hat. Die Besatzer forderten jetzt die Wiederherstellung der ursprünglichen Reservation und die Absetzung der von der US-Regierung eingesetzten Stammesräte und stattdessen demokratisch gewählte Stammesregierungen. Die Besetzung dauerte bis zum 8. Mai und wurde von den Indianern verzweifelt und z.T. mit Waffengewalt verteidigt gegen eine Übermacht von FBI-Agenten, Polizei und Militär. In Feuergefechten wurden zwei Indianer getötet. Schließlich gaben sie die Belagerung auf und lieferten ihre Waffen unter Zusicherung auf freies Geleit ab.

Die Führer des Indianer-Widerstandes werden von der US-Regierung durch immer neue Anklagen verfolgt und kriminalisiert. Obgleich Zeugen, nachdem sie sich gegenseitig widersprochen hatten, zugeben mußten, nicht tätlich belästigt worden zu sein, wurde ein angeklagter Indianer zu elf Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt wegen „Anstiftung zur Gewalt und Behinderung eines Bundesbeamten bei der Ausübung seines Amtes" in Zusammenhang mit der Besetzung von Wounded Knee. Ein anderer wurde wegen Aufruhrs zu vier Jahren Gefängnis verurteilt — aufgrund eines Gesetzes von 1877, das seit 1971 nicht mehr in Kraft ist.

(Alle Informationen nach: Claus Biegert, Seit 200 Jahren ohne Verfassung, rororo aktuell).

Eine Genossin der BO Eimsbüttel

Großgrundbesitzer gegen fortschrittliche Indianer

In der letzten Zeit wurden in Mexico immer wieder fortschrittliche Indianer von Viehzüchtern und Großgrundbesitzern ermordet, die damit der wachsenden Militanz der Einge-
ner von Viehzüchtern und Großgrundbesitzern ermordet, die damit der wachsenden Militanz der Eingeborenen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen wollen. Dazu einige Beispiele:

— In Mexico-City, im Ministerium für Agrarreform, klagt eine Gruppe von Mazuhua-Indianern die Ermordung von sechs ihrer Sprecher an. Die Erschossenen hatten dagegen protestiert, daß der Gemeindewald des Indianerdorfes Crescencio Morales von Weißen und Mestizen (Mischlinge) ausgebeutet wird, ohne daß die Eingeborenen auch nur einen Centavo für das abgefahrene Holz erhalten.

— Der für „Erziehung" in den Indianer-Gebieten zuständige mexikanische Staatssekretär gab zwei weitere Morde bekannt, bei denen ebenfalls die Mörder nicht gefaßt wurden.

— Zwei eingeborene Lehrer in einem Dorf der Trique-Indianer im Bundesstaat Oaxaca, die bei mehreren Auseinandersetzungen mit Großgrundbesitzern als Sprecher aufgetreten waren, wurden erschlagen aufgefunden.

— Der Indianerführer Batolome Martinez Villatoro aus dem Dorf Ve-
gen aufgefunden.

— Der Indianerführer Batolome Martinez Villatoro aus dem Dorf Venustiano Carranza, der sich für die amtliche Bestätigung des Gemeindelandes eingesetzt hatte, wurde auf einer einsamen Landstraße erschossen aufgefunden.

— Im August vergangenen Jahres wurden sechs Nahva-Indianer im Büro ihrer Bauern-Organisation in der zentralmexikanischen Stadt Hidalgo ermordet.

Die Mörder dieser Opfer sind eindeutig in den Kreisen der Viehzüchter und Großgrundbesitzer zu suchen. Diese haben mittlerweile den Kreis ihrer Opfer erheblich erweitert: Neuerdings werden sogar Beamte beschuldigt, den Indianer durch Erziehung und Schulbildung „die Augen geöffnet" zu haben, wodurch sie schwerer als früher auszubeuten wären!

USA-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Protestdemonstrationen am 4. Juli

Anläßlich des 200-Jahr-Rummels kam es in mehreren Großstädten der USA zu Protestdemonstrationen unter der Hauptparole „Freiheit für alle unterdrückten Völker" - so in Los Angeles, San Francisco, San Antonio, Philadelphia, New York. Die mit Abstand größte Demonstration und Kundgebung fand in Philadelphia mit 50.000 Menschen statt. Man hatte sich für die Staaten des Ostens, Mittleren Westens und Südens auf diese Stadt als zentralen Ort geeinigt, da Ford hier auftrat. Getragen wurden die Demonstrationen von der „July 4 Coalition", einer Aktionseinheit von ca. 400 Organisationen. Die entscheidende Initiative ging vom „American Indian Movement" und der „Puerto Rico Socialist Party" aus. Das Demonstrationsbild in Philadelphia wurde beherrscht von den starken Blöcken der Schwarzen, Indianer und Puerto Ricaner. In Sprechchören und auf Transparenten forderten sie „Freiheit für Puerto Rico - sofort", „Nationale Unabhängigkeit für die einheimische Schwarze Kolonie", „Freiheit für alle afrikanischen Kriegsgefangenen". Die Indianer waren in einer „Karawane" nach Philadelphia gezogen, um ihrer Forderung nach Selbstbestimmung Nachdruck zu verleihen. Sie forderten: Schluß mit den Vertragsbrüchen, Anerkennung ihrer Landrechte, Auflösung des „Büros für indianische Angelegenheiten", Religionsfreiheit, Arbeit, menschenwürdige Wohnungen, die Errichtung einer „Vereinigten Nationalen Regierung der amerikanischen Indianer". Als Symbol der Ausrottung der Indianerstämme, jahrzehntelanger Verfolgung und Landraub durch den US-Imperialismus trugen sie eine seitenverkehrte US-Flagge mit sich. Ausserdem gab es auf der Demonstration starke Blöcke der Frauen und Homosexuellen sowie Blöcke, die verschiedene Städte repräsentierten. So wurden im New Yorker Block Transparente getragen wie „Arbeiter von New York City — vereinigt im Kampf", „Kindertagesstätten sind unser Recht, kein Privileg". Sie richteten sich gegen die brutale „Spar"politik in New York — „Einsparungen" bei Krankenhäusern und Lehrern, Schließung von Kindertagesstätten.

In New York liefen zur 200-Jahr-Feier Schiffe aus aller Welt ein. Darunter auch das chilenische Folterschiff Esmeralda, das nach dem Putsch als KZ gedient hatte. Ca. 600 Genossen bauten vor dem Schiff ein Transparent auf „Warnung: Geht nicht auf die Esmeralda - es ist B l u t auf dem Deck". So gelang es ihnen, viele Menschen von der Besichtigung abzuhalten. Für einige Minuten konnten die Genossen sogar die MIR-Fahne hissen.

KB/Gruppe Flensburg



Das fortschrittliche Amerika demonstriert — gegen 200 Jahre Entrechtung, Ausrottung, Unterdrückung und Ausbeutung

Sterilisation indianischer Frauen

In den USA steigt die Zahl der Sterilisationen nicht-weißer Frauen ständig: Eine von sieben Frauen ist davon betroffen. In Puerto Rico wurde sogar jede dritte Frau im geburtsfähigen Alter sterilisiert. Bei den meisten Frauen wird dieser Eingriff ohne ihre Einwilligung und ohne ihr Wissen gemacht.

So wurden in Alberta (Kanada) indianische Frauen gezwungen, Formulare in einer ihnen fremden Sprache zu unterschreiben. Sie gaben den Ärzten damit das „Recht" Sterilisationen vorzunehmen, den Frauen wurde dabei nicht mitgeteilt, welcher Art der bei ihnen vorgenommene Eingriff war!

Im US-Bundesstaat Pennsylvania klagt Frau Norma Jean Serena, eine Creek-Shawnee-Indianerin, gegen die Wohlfahrts- und Gemeindebehörde, weil man sie zwangsweise sterilisierte und ihr illegal drei ihrer Kinder wegnahm. Erst nach drei Jahren bekam sie ihre Kinder zurück, nachdem das zuständige Gericht das Urteil auf Eis „auf Eis gelegt" hatte, um die Sache zu verzögern.

Mrs. Serenas Fall ist nicht ungewöhnlich bei indianischen Familien: fast ein Drittel aller Kinder werden von ihren Eltern getrennt und zur Adoption freigegeben, wie die „Association on Indian Affairs" in einer Untersuchung festtellte. Senator James Abourezk nannte diese Vorgänge *„mißbräuchliche Taktiken, um indianische Familien zu zerstören"*. Weiter sagte er dazu: *„Es scheint, daß dies auf einen weiteren Versuch hinausläuft, das Indianerproblem zu lösen, indem man indianische Kinder zu Weißen macht."*

Durchweg werden als Rechtfertigung für die Sterilisationen der Frauen Gründe „sozio-ökonomischer" Art angegeben. Die Indianerkinder werden von ihren Eltern meistens unter dem Vorwand getrennt, sie seien ernsthaft krank (obwohl sie gesund sind) und die Mütter seien nicht in der Lage, sich um sie zu kümmern (was ebenfalls nicht stimmt).

Diese Maßnahmen sind nichts anderes als der systematische Versuch der „Endlösung" des Indianerproblems in Nordamerika, bei dem das gesamte indianische Volk ausgerottet werden soll!

Die Indianer fordern deshalb:
- Kontrolle über das Leben ihrer Kinder
- ein Ende dieses erneuten Versuchs des Völkermords an ihrem Volk.

(nach „Informationsdienst", 10.4.76).

USA-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Auswertung der Studentenparlamentswahlen in der BRD

Gute Chancen für linke Politik

Im vergangenen Semester fanden wieder an vielen westdeutschen und Westberliner Hochschulen Wahlen zu Studentenparlamenten statt, deren Ergebnisse uns allerdings nur zu einem Teil, darunter von den wichtigsten Hochschulen, vorliegen. Aus diesen Ergebnissen lassen sich Verschiebungen im Kräfteverhältnis der verschiedenen Strömungen in der Studentenbewegung ablesen, wenn auch nicht in jedem Fall alle Veränderungen bis zum letzten erklärt werden können, da außerdem noch Faktoren, wie besondere örtliche Bedingungen, Wahlrecht etc. in die Ergebnisse eingehen.

Für MSB und SHB, die nach wie vor die größte Anzahl von ASten bilden, ist besonders bemerkenswert, daß sie an ihren beiden größten „Hochburgen", den Unis Hamburg und Marburg, ihre jahrelang unangefochtene absolute Mehrheit im SP verloren und daher (evtl. bei der Bildung von Minderheits-ASten) auf die Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen sind. In beiden Unis verloren MSB/SHB vor allem an die Jusos, wobei es vor allem der SHB war, der Federn lassen mußte. Auch an anderen Hochschulen (z.B. Uni Köln, TH Darmstadt, FHS Emden) verlor der SHB stärker als der MSB, der z.T. Verluste des SHB noch auffangen konnte. Daß MSB/SHB vor allem an die Jusos verlieren, zeigt, wie hier die Rechnung der SPD-Führer aufgeht, über den Aufbau der Juso-Hochschulgruppen sozialdemokrati-
hier die Rechnung der SPD-Führer aufgeht, über den Aufbau der Juso-Hochschulgruppen sozialdemokrati-
sche Studenten zurückzugewinnen. In geringerem Ausmaß verlieren MSB/SHB an Listen, die sich als linke Alternative präsentieren. Eine (erfreuliche) Ausnahme bildet die PH Westberlin, wo die neugebildete „LAUS" (linke Unorganisierte, vgl. AK 83) auf Anhieb die SEW-nahe ADS von 70 auf 35 Prozent reduzierte und damit erstmals aus dem ASta werfen konnte. Hier hatte sich der ADS-AStA durch seine bornierte Parteiladen- und Machtpolitik während der Streiks besonders verhaßt gemacht.

Gewinne verbuchen MSB/SHB vor allem an kleineren Hochschulen, z.T. zu Lasten des KBW (PH Freiburg), z.T. einfach weil alte Basisgruppen-ASten nicht mehr kandidierten (Uni Trier).

Die Jusos gewinnen überall dort, wo sie neu auftreten, auf Anhieb große Stimmanteile meist aus dem Reservoir von SHB und LHV, weniger vom MSB. Auch dort, wo sie trotz einer gewissen Stärke es ablehnen, sich an der AStA-Verantwortung zu beteiligen wie z.B. in Hamburg, können sie weiterhin gewinnen. Müssen die Jusos aber erst einmal in den ASten selbst Farbe bekennen, büßen sie große Teile ihrer Angangserfolge rasch wieder ein (Uni Frankfurt, PH Göttingen, HfSS Bremen, PH Heidelberg wie schon im vorherigen Semester an den Unis Göttingen und Heidelberg).

Stimmen verlieren die Jusos zu einem beträchtlichen Teil an Basisgruppen- und Spontilisten, wie auch an Listen, die von KB-Sympathisanten getragen werden (Uni und PH Göttingen, HfSS Bremen).

Insgesamt sind sie jedoch noch immer in der Phase der Ausdehnung, zumal an vielen Hochschulen Juso-Gruppen noch im Aufbau begriffen sind.

Dabei treten die Jusos je nach örtlichen Gegebenheiten sehr verschieden auf. Während sie in Hamburg MSB/SHB von rechts kritisieren (z.B. indem sie sich zum Fürsprecher eines Rederechts des RCDS auf Uni-VV s machen, was vom MSB zeitweise abgelehnt worden war), treten sie in Marburg (ebenfalls MSB-Bastion) als „linke Alternative" (Juso-Flugblatt zur Wahlauswertung) auf.
Je nach den örtlichen Bedingungen verstehen es die Jusos durchaus, von der Empörung über die Parteiladenpolitik des MSB zu profitieren und linke Proteststimmen auf sich zu ziehen, wenn eine wirkliche sozialistische bzw. kommunistische Alternative fehlt. Wenn dieses Potential allerdings durch starke linke Gruppen abgedeckt ist, treten sie als offene Sozialdemokraten einschließlich „gemäßigter" antikommunistischer Propaganda (für intellektuelle Konsumenten) auf. Daß es dabei im allgemeinen weder bedeutendere Auseinandersetzungen innerhalb der Jusos, noch ernste Konflikte mit der SPD gibt (wie zu Zeiten des alten SDS oder auch beim SHB üblich), beweist am deutlichsten, daß es sich hierbei um ein mit der SPD abgesprochenes flexibles Vorgehen handelt.

Im Gefolge der Jusos befindet sich zumeist auch der LHV, der wie im VDS auch an den meisten Hochschulen von den Jusos kaum zu unterscheiden ist. Offenbar verliert der LHV einen großen Teil seiner Wähler jetzt an die Jusos dort, wo er in der Vergangenheit „Juso-Platzhalter" war. Eine gewisse Ausnahme bildet hier Hamburg, wo der LHV eher Gruppen wie dem RCDS und SLH (rechte „sozialliberale" Gruppierung, die mit dem RCDS zusammenarbeitet, aber von SPD und FDP nicht anerkannt wird) ähnelt. Insgesamt spielt der LHV keine eigenständige Rolle.

Basisgruppen im Vormarsch

Basisgruppen im Vormarsch

Der Aufschwung der Studentenbewegung hat sich bei den Wahlen an den meisten Hochschulen in Gewinnen für solche Listen niedergeschlagen, die sich als „linke Alternative" zur Wahl stellten. Nur durch die Gewinne der Basisgruppen bzw. „Fachschaftsliste" konnten die RCDS/SLH-AStEN in Aachen und Bochum gekippt werden. Besonders stark sind die Gewinne der Linken an solchen Hochschulen, wo es im vergangenen Semester heftige Auseinandersetzungen mit Hochschulbürokratie und Staatsapparat gegeben hat (Unis Frankfurt, Tübingen, PHs Göttingen, Heidelberg, Westberlin). Diese Stimmen stammen z. T. von ehemaligen KBW-Wählern, z.T. aus dem Abwirtschaften der alten AStEN, die sich in den Kämpfen durch Spaltung und Abwiegelei auszeichneten (Jusos und MSB/ SHB) oder gar als offene Gegner solcher Kämpfe auftraten (RCDS/SLH).

Die linken Listen setzen sich meistens aus verschiedenen Strömungen zusammen, häufig getragen von Basisgruppen ohne einheitliche politische Linie. Dort wo solche Bündnislisten neu auftreten -- oft noch mit dem Attribut „undogmatisch" bzw. „unorganisiert" versehen – gelingen ihnen häufig beträchtliche Anfangserfolge (Heidelberg, Westberlin, Bochom).

Die Symphatisanten des KB haben – mit Ausnahme leichter Einbußen an der Uni Hamburg – ebenfalls überall Stimmen hinzugewonnen (Göttingen, Emden, Bremen). KB-Symphatisanten arbeiteten im vergangenen Semester in fünf AStEN mit. Die Stimmen stammen weitgehend aus dem gleichen Potential wie die der BG-Listen. Dort, wo wie in Emden eine BG-Liste und Symphatisanten des KB gleichzeitig kandidierten, erzielte die BG-Liste weit mehr Stimmen. Gewonnen wurden die Stimmen wesentlich durch eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung mit den anderen Strömungen, vor allem KBW, Jusos und MSB und das Aufzeigen einer praktischen Alternative.

KBW versucht Taktikwechsel

Der rasche Abschwung des KBW hat sich im vergangenen Semester fortgesetzt. Er verlor weitere zwei AStEN (Uni Osnabrück, PH Freiburg), ist allerdings trotz weiterer Verluste wieder als Juniorpartner der „LiLi" in den AStA der Heidelberger Uni zurückgekehrt.

Früher hatten die KBW-Studenten noch einen arroganten „Alleinvertretungsanspruch" auf linke Hochschulpolitik erhoben. D.h. sie lehnten Aktionseinheiten, gemeinsame Wahllisten mit anderen Gruppen etc. von vornherein ab, in dem sie die Anerkennung ihrer schwachsinnigen Programm-Forderungen (Wahl von allem möglichen durch das Volk) zur Vorbedingungen machten.

Unter dem Druck der nicht mehr wegzuleugnenden Niederlagen ist es damit natürlich aus, und der KBW versucht jetzt, in linke Listen einzusteigen (Bochum oder FB-Wahlen Westberlin), oder als „Fachbereichsliste", „Liste Aktionseinheit" etc. zu kandidieren. Dadurch versucht der KBW, nicht ganz erfolglos, seinen akuten Niedergang etwas abzubremsen.

Dort, wo Linke dieser Taktik des KBW auf den Leim gingen, machten sie kurz darauf die gleichen Erfahrungen wie viele andere demokratische Gruppen, Komitees u.ä. Die KBW'ler verbuchten die Erfolge solcher Listen als glanzvollen „Sieg" ihrer Linie in der „KVZ", sprengten in Bochum die „Fachschaftsliste" kurz nach der Wahl, oder benutzten die Ergebnisse der FU-Wahlen in Westberlin, um sie in Zustimmung zur KBW-Skandal-Politik bei den
die Ergebnisse der FU-Wahlen in Westberlin, um sie in Zustimmung zur KBW-Skandal-Politik bei den
Präsidentenwahlen (wo sie totalen Schiffbruch unter den Studenten erlitten hatten) umzulügen.

Die betroffenen linken Mitkandidaten reagierten mit Empörung gegen diese Manöver (und teilweise gegen „Organisierte" überhaupt).

Den KBW freilich stört das wenig (der „KVZ"-Leser erfährt sowieso nichts davon), solange er darauf bauen kann, daß in der demokratischen Bewegung keine umfassenden Konsequenzen gegen dieses Vorgehen gezogen werden. Bis zu den nächsten Wahlen (wo der KBW diese Taktik verstärkt anwenden wird) kommt es darauf an, über dessen provokatorische, unkommunistische Praktiken noch intensiver aufzuklären und darauf hinzuweisen, daß jedes derartige Zusammengehen mit dem KBW zukünftig nicht mehr mit Gutgläubigkeit entschuldigt werden kann. Kein Verständnis haben wir für diejenigen, die sich trotz vorheriger Warnungen erneut die Finger mit dem KBW verbrennen, um nachher als Super-„Undogmatische" mit dem Verweis auf den KBW demagogisch jede Zusammenarbeit mit „Organisierten" abzulehnen.

Die offenen Vaterlandsverteidiger, „KSV" und „KSB/ML", haben bereits den Bankrott angemeldet. Besonders der „KSV", noch vor zwei Jahren die lautstärkste aller Hochschulgruppen, ist durch die reaktionäre Linie seiner „Partei" fast völlig zerstört. Seine Stimmenanteile liegen zwischen 0,7 und 2 %. Selbst in Westberlin, wo er einmal die mit Abstand größte Organisation der Linken war, erhielt er an der PH noch gerade drei Prozent, wobei ein Teil der ehemaligen KSV-Wähler zum KBW geht und dadurch dessen Niedergang noch etwas verschleiert.

Ungerührt weiß die „Rote Fahne" der „KPD" jedoch von immer neuen tollen Erfolgen zu berichten (was offenbar weniger für inländische Leser bestimmt ist): Die „patriotische Front" unter den Studentenmassen wächst und gedeiht, der Zusammenschluß gegen den „Sozialimperialismus" wird immer breiter usw.

Die rechte „Tendenzwende" – Ein Wunschtraum der Bourgeoisie

Ernüchtert müssen die Kapitalisten-Blätter „Handelsblatt", „Welt" und „FAZ" registrieren, daß der von ihnen herbeigeschriebene Umschwung zugunsten „gemäßigter" Gruppen (sprich die offenen Reaktionäre von RCDS und SLH) ausbleibt. Besonders der SLH, der sich gegenüber dem RCDS immer als etwas weniger provokatorische Gruppe der „Mitte" zu profilieren versucht, verliert kräftig vor allem an Jusos. Da die SPD-Führer zur Zeit (siehe oben) mit den Jusos versuchen, die Studentenbewegung „von innen" zu nehmen, fällt dem SLH die Berufung auf die „sozialliberale" Politik der Bundesregierung immer schwerer.

Der RCDS ist demgegenüber stabiler. Leichte Gewinne und Verluste gleichen sie insgesamt etwa aus. Durch die Verluste des SLH flog aber auch er von Bochum und Aachen aus dem AStA.

Verschiebung der Kräfte in den VDS

Nach unserem Überblick hat sich das Kräfteverhältnis in den VDS bisher so verschoben:

	Juli 76	April 76
MSB/SHB	283	275
Juso/LHV	194	214
Basisgruppen	186	167
KBW	17	27
RCDS/SLH	12	30

KBW 17 27
RCDS/SLH 12 30

Allerdings kann der MSB über 34 Stimmen (Hamburg und Marburg) nur begrenzt verfügen. Ca. 20 Stimmen für den neuaufzunehmenden Bochumer AStA sind noch nicht eingerechnet.

Hier ist eventuell damit zu rechnen, daß die „Fachschaftsliste" der kleineren MSB-Fraktion aus Unerfahrenheit oder Desinteresse an den VDS Einfluß auf die Stimmenführung überläßt.

Durch örtliche Koalitionsvereinbarungen über die Stimmabgabe auf der Mitgliederversammlung kann sich dieses Bild weiter noch erheblich verschieben. Bis zur MV 77 wird sich sowieso noch einiges tun.

Wachsende Verantwortung der Linken

Verglichen mit den anderen Strömungen bieten die Basisgruppen das politisch uneinheitlichste Bild. Das Spektrum, das in den VDS die BG-Fraktion bildet, reicht von linkssozial demokratischen Tendenzen (wie bei manchen SB-Gruppen) über kleinere trotzkistische Gruppen (wie z.B. innerhalb der Heidelberger „LiLi"), Spontigruppen, den KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes") bis zu KB-Symphatisanten. Darin sind auch solche Basisgruppen enthalten, die überhaupt keiner Strömung zuzurechnen sind, und die in ihrer Politik meist auf den Rahmen der Bereichspolitik und Handwerkelei beschränkt bleiben.

Was die Basisgruppen miteinander verbindet, ist die Ablehnung einer Politik der Unterordung unter die SPD (Jusos) bzw. die DGB-Führung („gewerkschaftliche Orientierung" von MSB/SHB). Ebenso gehört der Protest gegen Machtpolitik, Unvereinbarkeitsbeschlüsse und das Eintreten für solidarische, demokratische Prinzipien (z.B. Solidarität mit a l l e n vom Berufsverbot Betroffenen) zum „gemeinsamen Nenner" der BGen. Hinzu kommt natürlich die Forderung nach selbständigen Aktionen der Studenten statt Mauschelpolitik in den Gremien. Last not least trifft der KBW (der in dem VDS eine eigene Fraktion bildet) auf starke Ablehnung, meist aufgrund praktischer Erfahrungen mit seiner Politik. Zusammenfassend muß man feststellen, daß die BG-Fraktion derzeit in erster Linie durch die (unterschiedlich motivierte) Ablehnung der anderen in den VDS vertretenen Organisationen zusammengehalten wird. Daher kommt es auch außerhalb der VDS kaum zu gemeinsamen Aktivitäten (z. B. Kampagnen) der Basisgruppen insgesamt, eher schon zu Ansätzen einer regionalen Zusammenarbeit.
pagnen) der Basisgruppen insgesamt, eher schon zu Ansätzen einer regionalen Zusammenarbeit.

Innerhalb der Basisgruppen versuchen der KHB („Arbeiterbund"-Symphatisanten) und KB-Symphatisanten (letztere allerdings erst seit kurzer Zeit) als Gruppen mit kommunistischem Selbstverständnis organisiert Einfluß zu nehmen. Viele andere Gruppen sind wenig initiativ, teils aus Unerfahrenheit, teils aus Desinteresse, weil für sie nur ihre lokale Arbeit wichtig erscheint. Aufgrund dieser Bedingungen hat der KHB relativ starken Einfluß auf die „Fraktionsführung", was jedoch nicht gleichzusetzen ist mit politischer Verankerung in den Basisgruppen selbst. Hinzu kommt, daß der KHB im Gegensatz etwa zu uns schon ziemlich lange in der BG-Fraktion arbeitet, und daß seine Politik opportunistischen Tendenzen in den BGen entgegenkommt.

Der KHB nimmt ähnlich wie der „Arbeiterbund" demagogische „Aktionseinheits"-Bekundungen der Revisionisten zum Anlaß, beim MSB eine „Änderung" der Politik zu entdecken und diesen mit Bündnisangeboten zu umwerben. Allerdings hat der MSB nie ein Hehl daraus gemacht, daß „Maoisten", zu denen er auch den KHB zählt, nach wie vor von Bündnissen auszuschließen seien.



Dennoch ist der KHB bereit, zugunsten der angestrebten Zusammenarbeit weitgehend auf eine Auseinandersetzung mit der konkreten Politik des MSB und dessen Sabotage gegenüber den Kämpfen der Studenten zu verzichten – ohne daß die Revisionisten freilich zu einer ähnlichen „Gegenleistung" bereit wären.

Daß diese Politik schnurstracks zur Unterordnung unter die Revisionisten führt, läßt sich an den VDS deutlich beweisen. So rief der KHB zur Bonner Sternmarsch-Demonstration der VDS im Sommersemester auf, obwohl diese von den BGen noch auf der VDS-MV einmütig abgelehnt worden war, weil diese „zentralen Massenaktionen" den Studenten nur vortäuschen, man könne genügend „Druck auf die Politiker" ausüben, um von der „Novellierung des HRG" bis zu Bafög-Erhöhungen alles mögliche durchsetzen, wenn man nur einmal im Semester nach Bonn fährt.

Es ist klar, daß ein solcher Zusammenschluß wie die Basisgruppen-Fraktion, der hauptsächlich durch die Abgrenzung von anderen Organisationen, kaum jedoch durch vereinheitlichte Vorstellungen über eine sozialistische Hochschulpolitik zusammengehalten wird, keine langfristige Perspektive hat. Die opportunistische Anbiederung des KHB an die Revisionisten ist im Grunde bereits als Auflösungserscheinung zu werten. Die BG-Fraktion in den VDS spiegelt jedoch nur die Situation in der westdeutschen studentischen Linken mit ihrer Zersplitterung, lokalen Beschränktheit und mangelnden politischen Vereinheitlichung wider.

Zur Überwindung dieser Situation ist es notwendig, die bestehenden Differenzen unter den Linken bewußt zu machen, darüber eine offene Diskussion zu führen und sich zu den brennenden Fragen der Studentenbewegung Standpunkte zu erarbeiten, wie sie teilweise schon vorliegen: Einschätzung des konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und seiner Entwicklung, Perspektive der gegenwärtigen studentischen Kämpfe, Bündnispolitik und Gewerkschaften, Organisationsfrage usw. Dabei sollte auch das Ziel dieser Diskussion klar angegeben werden: Der Zusammenschluß der revolutionären Linken an den Hochschulen zu einer sozialistischen Organisation. Es ist notwendig, diese Frage überhaupt wieder stärker ins Bewußtsein der studentischen Linken zu rücken.

Für diese Aufgaben sind die gelegentlichen, unverbindlichen und häufig sogar schlecht besuchten Basisgruppen-Treffen (Seminare) ziemlich ungeeignet, obwohl diese Diskussion auch in der BG-Fraktion geführt werden sollte. Nur über die linke Presse sind hier Fortschritte möglich. Daher plädieren wir dafür, die linken Zeitungen verstärkt für diese Auseinandersetzung zu nutzen, und dabei nicht nur das „eigene Zentralorgan" zu verfolgen, sondern auch die Vorschläge der anderen Gruppen und Organisationen zu diskutieren.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Bochum:

MSB auf Erpresserkurs – KBW gibt Schützenhilfe

Wie in AK 84 berichtet, gingen bei den diesjährigen SP-Wahlen an der Ruhruniversität Bochum (RUB) erstmals die Linken mit einer 34 : 20 Mehrheit gegenüber RCDS (CDU-Studentenverband) und SLH (rechtssozialdemokratischer Verband) als Gewinner hervor. Eindeutiger Gewinner war dabei die „Fachschaftsliste" (FSL), die allein 16 Mandate gewann (demgegenüber erzielten SHB fünf, Jusos fünf, MSB vier, LHV ein, Unabhängige drei, RCDS zwölf, SLH acht).

Damit wurde zum ersten Mal an der RUB die Bildung eines linken AStA möglich. Dazu war allerdings die Einigung des gesamten linken Lagers notwendig, da weder die FSL noch Jusos, SHB, MSB oder LHV allein den AStA stellen konnten.

Der sogenannte VDS-Block (Jusos, MSB, SHB und LHV) vereinigt 16 Mandate, die FSL 18 auf sich (durch Hinzufügung von einem bzw. zwei Mandaten der Unabhängigen). In den öffentlichen Verhandlungen versuchte nun der VDS-Block, verlorenes Terrain wieder gut zu machen, wobei sich insbesondere der Wahlverlierer MSB (300 Stimmen verloren) hervortat: VDS-Boß Uwe Knickrehm (MSB), der eigens für die Verhandlungen angereist war, schwang die großen Reden, als sei er der große Wahlsieger. Als unabdingbare „Minimalforderungen" wurden von ihm präsentiert: Verpflichtung auf das Grundgesetz, Zusammenarbeit mit der DGB-Führung und Verpflichtung der verfaßten Studentenschaft auf Gremienarbeit. Abgelehnt wurde vom VDS-Block die von der FSL geforderte Verpflichtung auf das imperative Mandat der Vollversammlung.

Damit hatte der MSB zwar seine ursprüngliche Haltung, jede Zusammenarbeit mit der FSL abzulehnen (da auf ihr Mitglieder des KBW kandidiert hatten), geändert, aber die Zielsetzung war doch eindeutig: ihnen lag nicht an einer ehrlichen Zusammenarbeit mit der FSL, um einen linken AStA möglich zu machen, sondern ihnen ging es um die Erpressung möglichst weitgehender Zugeständnisse von der FSL. Jedes Abrücken von ihren unübernehmbaren Positionen wollten sie so als „Kompromißbereitschaft" verkaufen, um der FSL den schwarzen Peter zuzuschieben.

Die Forderungen der FSL an einen gemeinsamen AStA waren so gehalten, daß ihnen auch der VDS-Block hätte zustimmen können (im
gehalten, daß ihnen auch der VDS-Block hätte zustimmen können (im
wesentlichen Forderungen nach verfaßter Studentenschaft mit Politischem Mandat, für freie politische Betätigung, Einstellung aller Lehrer, Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen, gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften). In den Verhandlungen selbst konnte dann erreicht werden, daß der VDS-Block weitgehend von seinen Maximalforderungen abrückte. Verbal erkannten sie das imperative Mandat für alle Gremienvertreter an, sprachen sich gegen „Mitbestimmungsillusionen" aus und rückten sogar von einem grundsätzlichen Bündnis mit der DGB-Führung ab.

Da von vornherein klar war, daß dieser AStA nur auf Kompromißbasis zustande kommen würde, sprach sich die FSL für einen gemeinsamen AStA auf dieser Grundlage aus.

Jetzt aber kam der große Coup des KBW!

Mit vier Kandidaten war er über die FSL ins SP eingezogen. In der „KVZ" vom 22.7. konnte man noch lesen, daß dies ein bedeutender Sieg der Studentenbewegung sei, wobei unter der Hand der Eindruck erweckt wurde, das Ergebnis der FSL sei wesentlich auf die Teilnahme des KBW zurückzuführen.

10 Minuten vor der AStA-Wahl im SP schwenkten die KBW-Studenten plötzlich auf die „Alles oder Nichts"-Linie ein, die der KBW schon in Westberlin bei der Wahl des Universitätspräsidenten vertreten hatte. Eine Einigung mit dem VDS-Block war für ihn jetzt die *„Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat"*. Die Mitglieder des KHI (KBW) wurden verpflichtet, gegen diesen AStA zu stimmen. Verbrämt wurde das ganze
stimmen. Verbrämt wurde das ganze
mit einem Artikel in der „KVZ" vom 29.7., in dem die KHI kritisiert wurde, weil *„auch die Kommunisten in der FSL der opportunistischen Strömung auf Einheit auf bürgerlicher Grundlage nicht mehr stand (hielten)"*, aber dann *„ihre Einheit im Kampf um die Politik der Studenten auf revolutionärer Linie zurückgewinnen konnten"*. Kein Wort in diesem Artikel davon, daß hierbei immerhin die Bildung eines linken AStA s (nach drei Jahren RCDS-AStA) auf dem Spiel stand.

Mit diesem Vorgehen hat es der KBW den Jusos und dem MSB ermöglicht, von der FSL noch weitergehende Zugeständnisse zu erpressen, da diese sich dann in einer Minderheitenposition gegenüber dem VDS-Block befand. Insbesondere die Übertragung der Stimmführung auf den VDS-Block für die nächste VDS-Mitgliederversammlung geht auf das Konto des KBW.

Als Alibi für diese Harakiritaktik mußte für die „KVZ" ein Artikel der „FR" vom 15.7. herhalten, in dem schon angekündigt wurde, daß *„es nur eine Frage der Zeit sei, wann der Spaltungsblitz zum erstenmal in dieses labile politische Kartenhaus einschlagen wird"*. Mit diesem Zitat der „FR" wird von der „KVZ" zu beweisen versucht, daß der Ausstieg des KBW eine heroische Tat gegen die bürgerliche Linie gewesen sei. Verschwiegen wird allerdings von der „KVZ", daß die „FR" die größten Befürchtungen darüber äusserte, daß mit der Wahl der FSL *„die Koalitionsweichen gar in Richtung auf einen klar kommunistisch beeinflußten AStA"* gestellt würden. Weiterhin verschwiegen wird von der „KVZ", daß die FSL mit dem klaren Ziel angetreten war, die rechte Mehr-
Ziel angetreten war, die rechte Mehr-
heit zu brechen und dies auch in der AStA-Bildung zum Ausdruck kommen zu lassen.

Daß es gerade der KBW sein würde, der aus dieser Koalition herausgehen würde, konnte die „FR" gar nicht ahnen, hatte sie ihren Artikel doch in Richtung auf die Jusos geschrieben, um diese aufzufordern, die Einheit mit der FSL nicht zu weit gehen zu lassen.

So aber hat es der KBW geschafft, einen linken AStA unter Vorherrschaft von Jusos und MSB zustandezubringen, was seine wahre Stellung, nämlich rechtes Bein der Reformisten und Revisionisten zu sein, nur allzu deutlich zum Ausdruck bringt.

Nach einem Bericht der
KB/Gruppe Bochum



München:

Harter Schlag für RCDS & Co. Studenten wählten Linke

Nach Köln, Aachen und Bochum erlitt der RCDS in München eine weitere entscheidende Schlappe. Bei den Gremienwahlen an der Uni München und der Technischen Uni errangen fortschrittliche Listen die Mehrheit.
errangen fortschrittliche Listen die Mehrheit.

An der Ludwig-Maximilian-Uni (LMU) erreichte die „Liste des AStA und der Fachschaften" , wesentlich getragen von MSB und SHB , zehn von 27 Sitzen im studentischen Konvent. Der RCDS konnte lediglich fünf Sitze gewinnen (Angaben nach „die tat", 30. Juli). Die übrigen Mandate werden von „unabhängigen" Listen gehalten, teilweise von mit dem RCDS symphatisierenden Gruppen, teilweise von Gruppen, die eine „kritische Solidarität" gegenüber der „Liste des AStA . . ." vertreten (nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" vom 13.7. Acht RCDS-Symphatisanten, vier mit dem AStA gehende; nach Angaben von „die tat" vom 30.7. wurden die übrigen Sitze *„zum großen Teil von Kandidaten errungen, die eine Politik der ‚kritischen Solidarität' gegenüber dem AStA vertreten'"*).

Bei den Wahlen an der Technischen Uni fiel die Entscheidung noch eindeutiger aus. 17 von 24 Mandaten wurden von der „Liste der verfaßten Studentenschaft" (MSB und SHB) und den „Fachschaftslisten" gewonnen (an den Bereichen kandidierende linke Listen).

Diese Ergebnisse sind um so bedeutender, als in Bayern mit der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft versucht wurde, die linke Repräsentanz in den Vertretungsorganen zu zerschlagen.

Anstelle von Studentenparlament und AStA wurden der Konvent und der Sprecherrat eingesetzt, die keine unabhängigen Organe, sondern vergleichbar den studentischen Fraktionen in den Selbstverwaltungsgremien an den übrigen westdeutschen Hochschulen sind. Gewählt werden sie per Briefwahl, wovon sich die staatlichen Organe die Mobilisierung der sogenannten „schweigenden Mehrheit" erhofften. Aber schon bei den erstmals im letzten Jahr stattfindenden Wahlen wurden diese Hoffnungen betrogen.

An der LMU beteiligten sich lediglich 23,8% der Studenten, an der TU 38,3%, da sämtliche linken Gruppen zum Boykott aufgerufen hatten. Bei den diesjährigen Wahlen beteiligten sich an der LMU 31,5% und an der TU 49%.

Diese Wahlen haben somit bewiesen, daß es auch der CSU mit ihrem Kurs nicht gelungen ist, die Studentenbewegung in den Griff zu bekommen und zu der von ihnen erhofften
tenbewegung in den Griff zu bekommen und zu der von ihnen erhofften
„kleinen Minderheit" zu machen. Auch wenn sich nach der brutalen Durchsetzung des bayrischen Hochschulgesetzes zeitweilig resignative Strömungen innerhalb der demokratischen Studentenbewegung durchsetzten, so bedeuten diese Wahlen eine eindeutige Stärkung.

Der RCDS reagierte auf diesen Ausgang in schon bekannter Manier: Gegenüber der „SZ" erklärte er, *„vielen Wählern sei nicht bewußt gewesen, welch radikale Kräfte sich hinter diesen Listen* (gemeint sind die „Listen des AStA und der Fachschaften", - AK.-Red.) *verbergen"*.

Für die Abfuhr an die eigene reaktionäre Linie muß eine weiteres Mal die Behauptung herhalten, die Linken hätten nicht ihre wahren Absichten zur Wahl gestellt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Denn nur wenige Wochen vor dieser Wahl hatte der Unipräsident gegen eine Versammlung des AStA Polizei aufmarschieren lassen, die eine ganze Versammlung mit 500 Teilnehmer vorläufig festnahm und erkennungsdienstlich behandelte. Daß die den „illegalen" AStA stellenden Gruppen die gleichen sind, die auch wesentlich die „Listen der AStA und der Fachschaften" bildeten, wurde auch vom RCDS in der Wahlpropaganda herausgestellt. Deshalb kann dieses Wahlergebnis sogar als eine eindeutiges Votum für die verfaßte Studentenschaft mit Politischem Mandat (das von diesen Listen gefordert wird) angesehen werden.

Damit zeigt der Münchner Wahlausgang, daß der Kampf um die verfaßte Studentenschaft mit Politischem Mandat auch unter weitaus schwierigeren Bedingungen als sie heute an den übrigen westdeutschen Hochschulen bestehen, eine breite Basis innerhalb der Studentenschaft findet. Diese Lehre hat deshalb besonderes Gewicht, weil durch die Hochschulgesetznovellierungen im kommenden Semester auch an den übrigen Hochschulen erschwerte Bedingungen auf die Studentenschaft zukommen.

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

„Zivile Verteidigung" Bürgerkriegsstrategie gegen die Arbeiterklasse

Seit 1966 gibt es in Bonn-Bad Godesberg eine „Akademie für Zivile Verteidigung". Sie wurde im Zuge der Vorbereitung der Notstandsgesetze geschaffen und hat die Aufgabe, die zivile Seite der militärischen „Verteidigung" im Notstands- und Spannungsfall sicherzustellen.
Der Polizei kommt bei dieser Aufgabe eine zentrale Aufgabe zu: die Aufrechterhaltung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung".
Hinter den Planungen der „zivilen Verteidigung" verbirgt sich ein wesentlicher Teil der Bürgerkriegsstrategie der Bourgeoisie.

(Grundlagen dieses Artikels sind: „Mitwirkung der Polizei in der Zivilen Verteidigung" von Polizeioberrat Siegfried Bleck, Polizei-Führungsakademie Hiltrup, in: „Die Polizei", Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie, Heft 8/74; „Grundfragen der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland 1975" von Heinz Schwarz, Innenminister Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminster und -senatoren der Bundesländer, in: „Die Polizei", Heft 1/75; „Öffentliche Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall" von Regierungs-Direktor Wolfgang Siedschlag, Akademie für zivile Verteidigung, in: „Die Polizei", Heft 1/76 und „Die Grundlagen der zivilen Verteidigung" von Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung in Bonn-Bad-Godesberg, in: „Die Polizei", Heft 1/76.)

Absicherung der Expansion des BRD-Imperialismus

In einem Aufsatz über die „Grundlagen der zivilen Verteidigung" beschreibt der Chef der „Akademie für zivile Verteidigung" die Bedeutung der zivilen Verteidigung. Wegen der Klarheit seiner Aussagen soll hier die wesentliche Passage seines Aufsatzes zitiert werden:

„Kein Staat der Welt, dessen innere Strukturen labil oder zerrüttet sind, kann eine wirksame Außenpolitik betreiben und eine effektive Verteidigung aufbauen. Schwäche im Innern bedeutet stets auch Ohnmacht nach außen. Die innere Stabilität ist von einer Reihe von Faktoren abhängig:
1. An erster Stelle ist hier die politische Stabilität zu nennen.
2. An zweiter Stelle steht die psychologische Stabilität.
Ihr Kernproblem ist die Entwicklung eines echten Selbstbehauptungswillens. ... Die bloße Absage an staatsfeindliche Tendenzen reicht heute nicht mehr aus. Angesichts einer Reihe bedenklicher Prozesse liegt hier eine große Aufgabe, vor allen für unser Erziehungs- und Bildungswesen vor uns.
3. An dritter Stelle steht die wirtschaftliche Stabilität.
4. An vierter Stelle ist die soziale Stabilität zu nennen.
... Es bedarf keiner näheren Begründung, daß Rückschläge in der Wirtschaft zu Arbeitslosigkeit und damit leicht zu sozialer Unzufriedenheit führen, die ihrerseits den Keim zur politischen Radikalisierung in sich birgt. Die durch die augenblickliche Wirtschaftsrezession bedingte Arbeitslosigkeit bereitet uns daher Sorgen.
5. Als fünfter und letzter Faktor ist die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung und die Wahrung von Gesetz und Recht zu nennen.
Kein Staat, der von inneren Unruhen, von sozialen Kämpfen, von revolutionären Umtrieben oder von Terror und Gewaltkriminalität geschüttelt wird, verfügt über eine solide Basis für seine Sicherheitspolitik".

Der eigentliche Feind: die Arbeiter!

Soweit also die Ausführungen dieses Bürgerkriegsstrategen: Sie machen deutlich, daß die Faschisierungsmaßnahmen, die in der öffentlichen Propaganda als Antwort auf den „Terror der Anarchisten" ausgegeben werden, in Wahrheit ganz andere Erklärungen haben. Die Hetze gegen die „Terroristen" dient nur dazu, die „psychologische Stabilität" der Bevölkerung zu stärken, d.h. sie für die ohnehin geplanten und durchgeführten Maßnahmen zu gewinnen.

Das Konzept der „zivilen Verteidigung" geht davon aus, daß die Bedrohung der Herrschaft des Kapitals von der Bevölkerung und den Kommunisten, keinesfalls von einigen wenigen „Terroristen" ausgeht:

„Außerdem haben wir in Krisenlagen eine erhebliche Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch
- Demonstrationen und Agitation gegen unseren Verteidigungswillen,
- wilde Streiks (!) zur Beeinträchtigung der Versorgung,
- verstärkte Spionage,
- beginnende Sabotage, insbesondere gegen Anlagen der Versorgungswirtschaft, des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens,
- Terror und Gewaltkriminalität zu erwarten".

Ein anderer Polizeistratege konkretisiert diese Vorausschau besonders unter dem Gesichtspunkt, was von den Linken und den Arbeitern erwartet wird:

„Das Rezept der Gegenseite, die Verteidigungsanstrengungen in der BRD zu beeinträchtigen, heißt Subversion...
Dabei ist sowohl mit scheinbar (!) legalen wie mit illegalen, mit gewaltlosen, wie mit gewaltsamen Aktionen zu rechnen. So ist mit Beginn einer Krise eine intensive agitatorische und propagandistische Aktivität zu erwarten, während später die Gewaltanwendung in den Vordergrund rücken wird.
Als subversive Praktiken sind hervorzuheben:
- Agitation und Propaganda,
- Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen mit entsprechender Zielsetzung,
- wilde Streiks,
- verschärfte Infiltration und Spionage,
- Sabotage und
- Terror.
Agitation und Propaganda gehören zu den wichtigsten Mitteln der Subversion. Gelänge es der Gegenseite, damit den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung zu untergraben, das Vertrauen in unsere politische Führung durch Diffamierung zu erschüttern und letztlich jede Verteidigung als sinnlos darzustellen, so hätte sie bereits ein wesentliches Ziel erreicht. ...
Wilde Streiks sind eine sehr wirkungsvolle subversive Methode. Die geschickte Verbindung von sozialen mit politischen Forderungen kann die Grundlage für Solidarisierungen bilden. In dieser Hinsicht dürften die vielen ausländischen Arbeiter besonders leicht zu beeinflussen sein. ... Angesichts der komplizierten Technik, die heute unser Leben bestimmt, sind Sabotageakte mit relativ kleinem Aufwand aus den Betrieben heraus ohne allzu große Schwierigkeiten möglich.
Agitation und Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen, sind in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund entsprechender Gesetze prinzipiell erlaubt (sehr zum Leidwesen des Autors offenbar, Anm.)."

...und die Linken

Außer der Erschütterung der „Inneren Sicherheit" durch Kämpfe der Arbeiterklasse bereitet den Konterrevolutionären noch ein anderer Zweig der revolutionären Arbeit einiges Kopfzerbrechen: *„die nahezu unbegrenzten Möglichkeiten des terroristischen Untergrundkampfes".* Dementsprechend geht die Polizeiführung von folgender Einschätzung aus:

„Es bestehen jedoch keinerlei Zweifel, daß mit der subversiven Tätigkeit und mit dem Untergrundkampf der Guerilla spezielle Deliktsformen in Erscheinung treten, von denen nachstehend einige aufgeführt werden sollen:
Hochverrat, Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot, verfassungsfeindliche Sabotage, kriminelle Vereinigung (die Aufzählung ist nicht vollständig, Anm. AK)...
Außer der Anwendung von Schußwaffen nach den Waffengebrauchsbestimmungen der Polizeigesetze der Länder dürften noch folgende Einzelmaßnahmen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Verteidigungsfall in Betracht kommen:
- die Personalienfeststellung,
- die Ingewahrsamnahme (= Verhaftung),
- die Durchsuchung von Personen,
- die Sicherstellung von Gegenständen (= Beschlagnahme) und erkennungsdienstliche Maßnahmen".

Dies sind genau die Bereiche, in denen durch die neuen Polizeigesetze der Länder, die unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung" durchgesetzt werden, erhebliche Verschärfungen durchgesetzt werden sollen, wie z.B. auch der Todesschuß.

Staatsschutzstrategie: Faschisierung der Gesellschaft, Kriminalisierung der Linken

Als zentrales Gegenmittel, um auf den „Spannungs- und Verteidigungsfall" vorbereitet zu sein, propagiert die Bourgeoisie, die „Abwehrkraft der Bevölkerung" zu stärken: *„Der Schwerpunkt künftiger Bemühungen um die innere Sicherheit liegt aber nicht bei der Gesetzgebung. Vielmehr geht es um die Verbesserung der Effizienz polizeilicher Tätigkeit. ... Die Polizei kann nur dann effektiv in ihrer Arbeit sein, wenn sie das Vertrauen der Bürger hat und diese zur Kooperation bereit sind".*

Die gesamte Pressehetze gegen die Linke seit mehreren Jahren stellt sich vor diesem Hintergrund als gezielte Schaffung eines „neuen Staatsbewußtseins" dar, das den Widerstand gegen die langfristigen Ausbeutungspläne des BRD-Imperialismus im Keim ersticken soll: *„Die Maßnahmen im Sicherheitsbereich können nicht erst in einer Krise improvisiert werden. Sie wollen gründlich vorbereitet sein. Dies ist nur in enger Zusammenarbeit aller betroffenen Stellen möglich. ...*
Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall zugute. Manche Probleme sind aber noch nicht zufriedenstellend gelöst. Sie sollten entschlossen angepackt werden, damit eine mögliche Krise nicht deshalb für uns zum Verhängnis wird, weil die notwendigen Vorbereitungen für ihre Bewältigung unterblieben."

IKAH („Arbeiterhilfe") Hamburg

Die Nazitradition wird fortgesetzt

Verpflichtungsgesetz und Sonderstrafrecht

Zur gleichen Zeit, da die SPD demagogisch von „Irrtum" und „Versehen" faselte, um der Kritik an der politischen Entrechtung die Spitze abzubrechen, erging an alle Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte (HiWis) der Frankfurter Uni die Aufforderung, sich zwecks *„Verpflichtung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten"* (Brief des Kanzlers, 29.4.76) in der Personalabteilung einzufinden.

„Weiterbeschäftigung und Neueinstellung sind künftig nur möglich, wenn vorher eine förmliche Verpflichtung stattgefunden hat" (s.o.). Der Zwang zur „förmlichen Verpflichtung" stellt den jüngsten Höhepunkt der gesamten faschistoiden Praktiken gegenüber den Universitätsbediensteten dar.

Zunächst wurde von den wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren die Angabe der Wohnsitze in den letzten fünf, bei ehemaligen DDR-Bewohnern der letzten zehn (!) Jahre verlangt. Seit Anwendung eines Geheimerlasses vom 7. Oktober 1974 wurden sodann „alle an der Universität Tätigen auf Anordnung des Kultusministers politisch überprüft". Ebenfalls seit dieser Zeit ist das Uni-Sekretariat verpflichtet, dem Verfassungsschutz gegenüber Amtshilfe zu leisten. Diese bezieht sich auf Informationen zu: Wohnsitz, Uni-Laufbahn und Lebenslauf.

Mit dem nun in Kraft gesetzten Verpflichtungsgesetz werden alle Tutoren und HiWis einem Sonderstrafrecht unterstellt, was bisher „nur" für Beamte galt. Laut Durchführungsverordnung sind den zu Verpflichtenden die Strafvorschriften über „Verwahrungsbruch", „Verletzung von Privatgeheimnissen", „Verletzung des Dienstgeheimnisses", „Verletzung des Steuergeheimnisses", „Verwertung fremder Geheimnisse" und „Gefangenenbefreiung" genauestens bekannt zu geben. Durch die zu leistende Unterschrift sollen alle im Öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter, Tutoren und HiWis zu „b e s o n d e r s V e r p f l i c h t e t e n" gegenüber dem Staat werden, die besonderen Strafbestimmungen und erhöhten Strafmaßnahmen unterworfen werden, die ansonsten nur für „Amtsträger" gelten.

Wie aus den oben angegebenen Bestimmungen ersichtlich, bezieht sich die sog. „förmliche Verpflichtung" vorrangig auf solche Strafbestimmungen, die die Geheimhaltung betreffen. Um ein Beispiel der Gesetzesbestimmungen zu nennen:

„§ 201, (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den Öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt".

„§ 203 (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart, das ihm als 1. Amtsträger, 2. für den Öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist...".

Mit den beliebig auslegbaren Geheimhaltungsverpflichtungen kann praktisch j e d e Aussage eines Tutors, jede Angabe über fachbereichsinterne Probleme, über Nebentätigkeiten von Professoren, über Industrie- und Staatsaufträge, über geplante Stellenstreichungen usw. als „Geheimnisverrat" ausgelegt und bestraft werden. Bei „besonders schweren Fällen" droht lebenslange Haftstrafe!

„Auf diese Weise kann an der Universität der gesamte Wissenschafts- und Forschungsbetrieb mit dem Mantel der Geheimhaltung zugedeckt werden". (Personalrat Kernbereich, Uni-Report, Nr. 9).

Das Verpflichtungsgesetz, das seit dem 1.1.1975 in der jetzigen Form in Kraft ist und erstmals Ende letzten Jahres am Frankfurter Sigmund-Freud-Institut angewandt werden sollte, was jedoch erfolgreich verhindert werden konnte, findet eine einzigartige Parallele in der faschistischen „Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen in der Fassung vom 22. Mai 1943 (RGBl I, S. 393)", das bis zum 1.1.1975 (!!!) in Kraft war.

Doch dieses faschistische Gesetz der SPD-Regierung wirklich nur als Vorbild – sie hat es skrupellos geschafft, es sogar zu verschärfen! So ist das neue Verpflichtungsgesetz auf alle im Öffentlichen Dienst Beschäftigten ausgedehnt, namentlich heißt es sogar *„Hierzu gehören Schreibkräfte, Bürokräfte, Boten, Reinemachefrauen und ähnliche Personengruppen, die ohne öffentliche Aufgaben wahrzunehmen, in einem Beschäftigungsverhältnis zu der Behörde stehen ..."* (BGBL. I S. 469).

Hinzu kommt, daß in der „Reichsverordnung" die Verpflichtung als „Kann-Bestimmung" vorgesehen ist, während sie nach dem Verpflichtungsgesetz ein „muß" darstellt!!

Außerdem erklärt sich der zu Verpflichtende mit seiner Unterschrift einverstanden mit dem Verpflichtungsgesetz „in der jeweils geltenden Fassung" – d.h. dem Staat wird eine Blanco-Vollmacht für j e d e weitere Verschärfung und politische Knebelung erteilt – und das alles mit dem erpreßten Einverständnis der Betroffenen!

Angesichts der Tatsache, daß mit dem Verpflichtungsgesetz der Personenkreis derer, die Sonderstrafgesetzen unterworfen werden, weiter vergrößert und die Basis für totale politische Knebelung und staatliche Willkürmaßnahmen verbreitert wird, ist es notwendig, eine breite Abwehrfront dagegen aufzubauen. Bisher wurde bereits von Tutoreninitiativen, Fachbereichsgruppen und der ÖTV-Betriebsgruppe Flugblätter und Veranstaltungen initiiert und an die Tutoren Aufforderungen zur Unterschriftverweigerung verschickt.

Weg mit dem Verpflichtungsgesetz! Weg mit der Gesinnungsschnüffelei!

KB-Uni-Gruppe/Frankfurt

Verdunkelungsgefahr

Seit fast zehn Jahren weigert sich die Bundesregierung, das größte Archiv von NS-Dokumenten zur Auswertung von den USA zu übernehmen: die Aktensammlung des sogenannten „Berlin Document Center" der Alliierten, derzeit mitten in Westberlin noch unter US-Aufsicht. Ebenso konsequent verweigert man der DDR-Staatsanwaltschaft Einblick in die Akten. Allzu Peinliches könnte offensichtlich für den BRD-Staat dabei herauskommen. Denn im „Document Center" lagern u.a.:

- 28 biographische Einzelsammlungen der NS-Spitze;
- 909 Mikrofilme über NS-Offiziere;
- 101 Mikrofilme über NS-Richter;
- 447 Mikrofilme über den Volksgerichtshof;
- 10 Millionen NSDAP-Mitgliedskarten (90% der Mitgliederkartei);
- 1,5 Millionen Blatt Parteikorrespondenzen;
- 250.000 Personalunterlagen der SS, Waffen-SS und der SA (mit Lichtbildern und Laufbahnunterlagen);
- 238.600 Dossiers des Rasse- und Siedlungshauptamtes (nach „Spiegel" 17/76).

In diesem Jahr erklärte der SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischnewski, auf Anfrage: *„Die Bundesregierung hält es zur Zeit nicht für opportun, die Verhandlungen in dieser Sache konkret fortzuführen".*

Opportunität gegenüber der faschistischen Vergangenheit, wohlwollende Sorge um Nazis im BRD-Staatsapparat, Freisprüche in NS-Prozessen, Verharmlosung der sich neu entwickelnden faschistischen Terrorszene und Bullenschutz für Faschisten-Zusammenrottungen, das ist die ganz spezielle „Vergangenheitsbewältigung" des deutschen Imperialismus!

Antifa-Kommission KB/Kiel



Berlin Document Center

Faschistische Propaganda-Filme im Fernsehen

Das Fernsehen hat noch nie Skrupel gezeigt, seinem Publikum Filme aus der Nazizeit zu präsentieren. In der Vergangenheit hat es sich dabei um Filme gehandelt, die von den bürgerlichen Filmwissenschaftlern als „politisch ungefährlich" eingestuft worden sind und noch nie einem Vorführungsverbot unterlagen. Die übelsten Propagandastreifen hielt bisher das Koblenzer Filmbundesarchiv unter Verschluß.

Jetzt holt das Fernsehen (Südwestfunk) auch diese Hetzfilme aus dem „Giftschrank", um sie, angeblich zu „Aufklärungszwecken", im III. Programm zu zeigen. Darunter befinden sich solche berüchtigten NS-Stücke wie: „Jud Süß", „Ohm Krüger", „Stukas", „Hitlerjunge Quex".

In Testvorführungen will der Sender erkundet haben, wie die Rassen- und Kriegshetzfilme auf Jugendliche wirken. SWF-Redakteur Gig Malzacher dazu: *„Politisch sagt denen das gar nichts; die gucken sich das an wie Abenteuerfilme"* („Spiegel", 29/76).

Damit meint der SWF wohl einen Persilschein für die Vorführung solcher Filme zu haben! Diese Filme, tatsächlich gedreht wie spannende „Abenteuerfilme", sind produziert worden, um politisch unwissende Menschen zu verhetzen und spielten in der Propaganda der Faschisten eine große Rolle. Politisch „sagen" diese Filme:

Juden sind gewissenlose Blutsauger des deutschen Volkes, die den Tod verdienen – („Jud Süß") – Kommunisten sind Mörder, die auch nicht davor zurückschrecken, Kinder umzubringen – („Hitlerjunge Quex") – In dem Film „Ohm Krüger" wird der nationalistische Burenführer Ohm Krüger verherrlicht, in „Stukas" wird der Luftkrieg gegen England propagiert und das Fliegerleben (Stuka = Sturzkampfflieger) glorifiziert.



Übrigens haben auch die Nazis ihre „Testvorführungen" mit diesen Filmen veranstaltet und könnten über die von ihnen beabsichtigte Wirkung voll befriedigt sein: *„Die Zuschauer folgten der Filmhandlung zumeist mit ergriffenem Schweigen und spürbarer Erschütterung, die in für einen Film außergewöhnlichem Maße auch nach der Vorstellung noch nachwirkte ... Die Kriegsstimmung gegen England werde wesentlich gesteigert und vertieft ... vor allem jüngeren Besuchern sei erst durch den Film ein klares Bild vom Untergang des Burenvolkes vermittelt worden"* (zur Aufnahme des Films „Ohm Krüger", zitiert aus „Film im III. Reich", Dokumentation, Köln 74).

Auch der Film „Jud Süß" erfüllte seinen Zweck voll und ganz. Gedreht von dem faschistischen „Meisterregisseur" Veit Harlan zählt er zu den widerwärtigsten Machwerken auf diesem Gebiet:

„Übereinstimmend wird gemeldet, daß bei diesem Film ... in erster Linie die schauspielerischen Leistungen hervorgehoben und besprochen werden, die ... beängstigend echt seien, soweit sie die Darstellung von Juden betreffen. ... Unter den Szenen, die von der Bevölkerung besonders beachtet werden, wird – außer der Vergewaltigungsszene – der Einzug der Juden mit Sack und Pack in die Stadt Stuttgart genannt. Im Anschluß gerade an diese Szene ist es wiederholt während der Vorführung des Films zu offenen Demonstrationen gegen das Judentum gekommen. So kam es z.B. in Berlin zu Ausrufen wie ‚Vertreibt die Juden vom Kurfürstendamm! Raus mit den letzten Juden aus Deutschland!'" (Ebenda).

Besonders makaber bei diesem Film ist, daß er nach einem an sich aufklärerischen Roman über die Situation der deutschen Juden im 18. Jahrhundert von dem fortschrittlichen Schriftsteller Lion Feuchtwanger, der, selber Jude, im III. Reich emigrieren mußte, gedreht worden ist. Im Film werden die Absichten des Schriftstellers ins Gegenteil verkehrt.

Nach der anfangs zitierten Aussage des SWF-Redakteurs darf man vom Fernsehen wohl nicht erwarten, daß es die Gefährlichkeit dieser Filme aufdeckt, sondern sie verharmlost und damit der faschistischen Propaganda erneut Tür und Tor öffnet.

Eine Genossin aus Hamburg-Altona

Bild-Zeitung

„Hü" und „Hott" Hauptsache es kann gehetzt werden

Die Pläne des internationalen Imperialismus enthüllte (teilweise) Bundeskanzler Schmidt, als er erklärte, Italien könne im Falle einer „kommunistischen" Regierungsbeteiligung nicht mehr mit Krediten rechnen.

Die „Bild"-Zeitung demonstrierte daraufhin innerhalb von zwei Tagen ihre totale Skrupellosigkeit und Wahllosigkeit bei der Hetze gegen die SPD. Der Wahlk(r)ampf ist offensichtlich voll eröffnet. So hetzte die „Bild" am 20.7., die SPD lasse *„ihren eigenen Mann hängen"* (weil Schmidt nicht gebührend von der SPD unterstützt wurde), während sie am 22.7. dem Kanzler sein Ungeschick mit *„zerbrechlichem politischem Porzellan"* vorwarf (siehe Kasten).

Obwohl absolut klar ist, daß die von Schmidt vorgebrachten imperialistischen Erpressungen astrein den Vorstellungen Springers und seiner Hintermämmer entsprechen (siehe auch den „Bild"-Kommentar vom 20.7.), begab sich am 25.7. in der „Bild am Sonntag" auch noch Oberhetzer Boenisch persönlich an die Dreckschleuder:

Schmidt habe *„einen Makkaroni-Komplex. Vielleicht hat man ihn als Kind zuviel damit gefüttert". „Wenn Schmidt nicht gegen die Italiener mosern kann, ganz gleich, ob es sich um DC oder KP oder um italienische Panzer handelt ... dann fühlt sich Bonns Marschall Vorwärts nicht wohl ... Mit Schmidt gegen Oliven, Nudeln und Papagallis. Neapolitaner, schneidet euch die Haare kürzer, sonst kürzt Schmidt den deutschen Fremdenverkehr".*

Und in diesem dümmlichen Stil (man hat immer den Eindruck, Boenisch hätte sich vorher eine ordentliche Portion „geschossen"!) ging es noch einige Absätze weiter.

So verhöhnen die Schreiberlinge des Großkapitals auch noch dessen eigene Agenten. Für uns sind diese Anpinkeleien zwischen den 'Leitenden Angestellten' der Bourgeoisie insofern von Bedeutung, daß sie uns besser ermöglichen, im Gespräch mit Kollegen usw. beispielsweise solche Widersprüchlichkeiten und Dümmlichkeiten in der Springer-Presse als Anknüpfungspunkt zu benutzen. Gelegenheit dafür bietet vor allem die „Bild" täglich.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Warum schweigen die Genossen?

Europas vereinigte Linke ist empört über die Absicht von vier westlichen Regierungschefs, Italien die Kredite zu sperren, falls Kommunisten an der Regierung in Rom beteiligt werden.

Die Empörung der Roten ist verständlich.

Es wäre ja auch zu schön. Der böse kapitalistische Westen gibt Milliarden-Kredite, damit die Kommunisten bald sagen können: Wir haben Italiens Wirtschaft wieder flottgemacht!

Kritisiert wird vor allem Bundeskanzler Schmidt. Er hat vertraulich die Wahrheit ausgesprochen. Das Vertrauen wurde gebrochen. Schmidt in der Luft zerrissen. Und die SPD schweigt dazu.

Läßt sie ihren eigenen Mann hängen?

BILD-Kommentar

22.7.76

Etwas zuviel Schnauze

Die CDU/CSU sei ein Sicherheitsrisiko — Deutschland würde, wenn sie die Wahlen gewinnt, in der Welt isoliert: Worte des SPD-Vorsitzenden Brandt.

Tatsächlich, im Ausland hört man in diesen Tagen kaum Gutes über uns Deutsche.

Liegt's an der CDU, wie Brandt meinte? Nein: Es liegt an Brandts Parteifreund, dem schneidigen Kanzler Schmidt, der den fast vergessenen Spitznamen „Schmidt-Schnauze" wieder mit Leben erfüllt.

Etwas weniger Schnauze, etwas mehr Herz, vor allem: Behutsamkeit auf internationalem Parkett — das ist gefragt, wenn es um zerbrechliches politisches Porzellan geht.

Zum Teufel mit der Kirche: Aberglaube fordert wieder ein Todesopfer

Am 1. Juli starb in der fränkischen Kleinstadt Klingenberg die 23jährige Studentin Anneliese Michel. Das Mädchen war buchstäblich verhungert – sie wog kaum noch 70 Pfund und hatte in den letzten Wochen vor ihrem Tod keine Nahrung mehr zu sich genommen.

Anneliese Michel litt seit 1970 an krampfartigen Anfällen, war seit 1973 in nervenärztlicher Behandlung, war im letzten Jahr auf Epilepsie diagnostiziert worden. Soweit eine traurige, aber keineswegs zum Tode führende Geschichte ...

... Wenn das Mädchen nicht, aus einer religiös verbohrten Familie kommend, mit Haut und Haaren dem Aberglauben verfallen gewesen wäre! So aber kam es zur Tragödie: Als Theologiestudentin im tiefschwarzen Würzburg fiel der Kranken das wahrhaft teuflische Machwerk des heute 70jährigen Jesuitenpaters Adolf Rodewyk über die „Teufel" in die Hände. Das Mädchen bildete sich daraufhin allen Ernstes ein, sie sei „vom Teufel besessen".

Somit kam die Kirche immer stärker in der „Behandlung" der Unglücklichen zum Zuge. Rodewyk persönlich „analysierte" den Fall und verordnete eine „Teufelsaustreibung" nach allen Regeln der Schwarzen Kunst. Dieses geschieht nach dem sogenannten „Rituale Romanum" aus dem Jahr 1614! „Hexen"verbrennungen zur Ergänzung der Therapie waren damals an der Tagesordnung.

So ungeheuerlich es klingt: Dieser Wahnwitz gehört heute noch zur offiziellen Lehre der katholischen Kirche! So gab Josef Stangl, Bischof von Würzburg, seinen „Segen" für die „Teufelsaustreibung", die vom Pater Arnold Renz alsbald in Angriff genommen wurde. Weihrauchdünste, Kerzengeflacker, Flüche und Gebete beherrschten fortan die Szene.





Seit Anfang des Jahres wurde dem Opfer jede medizinische Behandlung entzogen. Da dies nicht reichte, um die Kranke umzubringen, wurde ihr zusätzlich eine Hunger„kur" verordnet: Seit Karfreitag dieses Jahres, das war der 16. April, hatte die wahrhaft „Besessene" sich zu Tode gehungert – unter kirchlichem Beistand!!

Dazu erklärte kaltschnäuzig der Pater Friedbert Branz, der im selben Kloster wohnt wie der „Exorzist" Adolf Renz: ***„Die junge Frau mußte ja hungern, sonst hätte sie die Herrschaft der bösen Geister ja anerkannt"*** („FAZ", 26.7.) ! Nicht nur der unterlassenen Hilfeleistung (weswegen jetzt die Staatsanwaltschaft ermittelt) ist also diese Verbrecherbande anzuklagen, sondern sogar des kaltblütigen und geplanten Mordes. Was diese Bande mit der Kranken sonst noch angestellt hat, kann man sich nur ausmalen!

Immerhin wird berichtet, daß das Mädchen bei den stundenlangen Quälereien, die von Renz minutiös auf dem Tonband festgehalten wurden, auch deftige Beschimpfungen und Flüche gegen Bischof Stangl ausgestoßen haben soll. Was Renz und seine Bande als Beweis der „Besessenheit" werteten, kann man vernunftsmäßig wohl nur als ein letztes tragisches Aufbäumen der Unglücklichen gegen ihre Peiniger und Mörder werten!

Daß Renz überdies behauptete, der „Teufel", von dem angeblich die Kranke „besessen" war, habe sich als ‚Adolf Hitler' vorgestellt, zeigt zusätzlich, aus welcher Ecke diese perversen und verbrecherischen Phantasien kommen.

Anneliese Michel wurde vom Klerus ermordet. Im 20. Jahrhundert, aber doch im selben Ungeist, mit dem in früheren Jahrhunderten zigtausende als „Hexen" oder „Ketzer" lebend ins Feuer geworfen wurden.



Bischof Stangl – mit seinem „Segen" fand die „Teufelsaustreibung" statt

Und zweifellos wird letzten Endes dieser kaltblütige, vom Bischof abgesegnete Mord von keinem bürgerlichen Gericht bestraft werden. Und doch haben wir hier nicht mehr als ein Zipfelchen von dem gesamten ungeheuren Unheil in der Hand, das die Kirchen heute noch mit ihrer Verdummung und ihren Verbrechen über die Menschheit bringen.

„Erst wenn wir sie begraben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!"

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschistische „Bevölkerungstheorie" als Lehrfach?

Unter der Überschrift „Bevölkerungsaufbau und Bewegung" im Rahmen einer Vorlesung des Unterrichtsfachs Hygiene an der Lehranstalt für Medizinisch-Technische Assistentinnen am Krankenhaus St. Georg wurde uns in der Schule das Konzept der Nationalsozialisten, über „Lebensborn" und andere arische Zuchtanstalten den deutschen „Volksbestand" zu sichern, indirekt empfohlen. Zu der entsprechenden Vorlesung wurde ein Skript verteilt, das sich deutlich der Sprache der Faschisten bedient.

Unter dem Stichwort *„Strukturwandlungen des deutschen Volkskörpers"* wird die Bevölkerungszunahme bis 1910 beschrieben. Kinder, die damals noch Mitverdiener waren, seien durch die allgemeine Schulpflicht und die Einschränkung der Kinderarbeit zum „Kostenfaktor" geworden. Unter *„Wirkung des 1. Weltkrieges und die Zeit bis 1939"* wird trocken festgestellt, diese Zeit habe qualitativ und quantitativ *„schwere Einbußen"* bedeutet. Der Geburtenausfall in dieser Zeit habe *„die tiefste Einkerbung im Lebensbaum... unseres Volkes"* bewirkt. Durch das „Versailler Diktat" (im Skript ohne Anführungsstriche!) seien durch Gebietsverlust weitere Millionen „verlorengegangen". Dann wird deutlich bedauernd die Aufsplitterung der „Deutschen in Mitteleuropa" in 15 Staaten angemerkt. Für 1932 wird festgestellt, daß die „Bestanderhaltung" keineswegs gewährleistet gewesen sei.

Als „bevölkerungspolitische Maßnahmen" des NS-Staates werden sodann kommentarlos genannt: Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, die *„Beseitigung der Arbeitslosigkeit"*; dies und der *„Rückgang der Abtreibungen"* (eine wahrlich milde Umschreibung des Terrors gegen die ungewollt schwangere Frau mittels eines brutalen Abtreibungsverbots) hätten seit 1933 einen Geburtenanstieg bewirkt. Ohne Kommentar steht weiter: *„Während des 2. Weltkrieges konnte durch planmäßige Beurlaubungspolitik zunächst der starke Geburtenausfall des 1. Weltkrieges gemieden werden"*.

Nach neuerlicher Beklagung allein der deutschen Opfer (einschließlich der *„Bevölkerung der Ostgebiete, der Siedlungsgebiete der Auslandsdeutschen, der Verluste der Verschleppung"* wird die *„Entwurzelung und Heimatlosigkeit"* der *„Heimatvertriebenen"* als eine der *„großen Nöte unserer Zeit"* bejammert. Die faschistischen Überfälle und Annexionen gegenüber anderen Völkern erscheinen als *„Eroberungen"*. In der Folge seien *„Fremdarbeiter"* (im Skript ohne Anführungszeichen) angeworben worden. Es muß sich dabei um ganz „lebensunwertes Material" gehandelt haben, denn *„die von den Siegermächten 1943 ins Leben gerufene UNRRA bewahrte uns durch den sofortigen Abtransport der in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen wie auch durch die Repatriierung der Massen der Fremdarbeiter vor dem drohenden Chaos"*.

Es folgen Klagen über den aktuellen „Bevölkerungsschwund" (mit Hinweis auf Wirkungen der Pille und der *„Lebens- und Weltauffassungen"*!) Das statistische Bundesamt habe deshalb ein „Geburtensoll" (der Gebärmaschine Frau) zur *„Sicherung der Bestandserhaltung"* mit bestimmten notwendigen *„Fortpflanzungsverhältnissen"* errechnet (wann bekommen wir denn nun endlich unseren Zusatzurlaub, damit - dies besser klappt?!).

Für die gesamte Erde wird die für die Zukunft berechenbare „Überbevölkerung" mit der theatralischen Formel *„Wir werden es erleben"* als Angstfaktor in den Raum gestellt. Dies drohe besonders wegen den Entwicklungen in den „Entwicklungsländern". Ohne Übergang wird die Unterernährung von Zweidrittel der Weltbevölkerung sowie Gefahren für das friedliche Zusammenleben durch die „Überbevölkerung" heraufbeschworen – daran sind dann offenbar die die *„weibliche Fruchtbarkeit völlig ausschöpfenden"* Frauen der „Entwicklungsländer" schuld?!! Unter der Rubrik „Überbevölkerung als soziales Problem" folgt die Frage *„Ist weiteres Wachstum erstrebenswert, selbst wenn es gelingt, diese Menschenmassen zu ernähren? Ist ‚Vermassung' unser Schicksal oder nicht auch unsere Schuld?"* (der Typ scheint also auch mal wieder Christ zu sein!).

Den Schluß bildet die Klage, daß in der BRD heute (in „Deutschland", versteht sich) ein starker Bevölkerungsschwund zu verzeichnen ist.

Die Erwartung, daß diese Methode, faschistisches Gedankengut wieder salonfähig zu machen, nun doch zu plump sei und von den Schülern sicher empört zurückgewiesen werde, erwies sich leider als Irrtum. Argumente wie „Die Worte sind eben in dieser Wissenschaft so definiert", „Der hat es eben nicht anders gelernt", „Der meint das doch gar nicht so", leugneten zwar nicht die Parallelen zur faschistischen Propaganda, wohl aber die Gefährlichkeit solcher Typen. Man nimmt das einfach z.T. auch nicht für voll. Hier wird es darauf ankommen, die Sensibilität zu entwickeln.

Zu erwähnen ist noch, daß es sich bei dem Urheber dieses Drecks nicht etwa um einen x-beliebigen Arzt handelt, sondern um den Direktor des Hygienischen Instituts, das für die Kontrolle hygienischer Verhältnisse einschließlich der Kontrolle der Betriebe zuständig ist: Prof. Dr. med H. Ostertag!

Eine Genossin an der MTA-Schule St. Georg (Hamburg)

Gisela I. freigelassen!

Am 29. Juli wurde die Krankenschwesterschülerin Gisela I. nach über zweiwöchiger Haft wieder freigelassen. Gisela war beschuldigt worden, bei einer Demonstration am 10. Mai in Frankfurt einen Brandsatz geworfen zu haben, durch den ein Polizist verletzt worden war – die gleiche Beschuldigung, mit der bereits am 14. Mai Gerhard Strecker verhaftet worden war und ebenfalls nach zwei Wochen willkürlichen Knast-Aufenthalts wieder entlassen werden mußte.

Die Polizei hatte ihre Beschuldigung gegen Gisela mit Hilfe einer einzigen „Zeugin" konstruiert, die Gisela angeblich auf einem Film über die „Vorfälle" am 10. Mai und dann in einer Lichtbildmappe der Polizei „wiedererkannt" haben wollte: die direkte Gegenüberstellung zwischen „Zeugin" und Beschuldigter erfolgte auch hier (wie vorher schon im „Fall Strecker"), n a c h d e m die Presse bereits ein Foto von Gisela als „Tatverdächtige" veröffentlicht hatte. Richter Dimde, der Gisela am 15. Juli in den Knast schickte, hatte es nicht einmal für nötig gehalten, die von der Verteidigung aufgebotenen Entlastungszeugen überhaupt anzuhören und bezeichnete es schlicht als „nicht üblich", daß die Verkündung des Haftbefehls sich auf eine Beweisaufnahme stützen müsse.

Richter Gebhard, der die von der Verteidigung beantragte erneute Haftprüfung durchführte, schaute sich nun selbst das „Beweisstück" der Polizei, den Film, an. Dabei stellte sich heraus, daß dieser Film überhaupt k e i n e r l e i Personenidentifizierung möglich macht! Nach Angaben von Gebhard sieht man auf diesem Filmstreifen *„einen hellen Gegenstand durch die Luft fliegen, im weiteren Ablauf dann Rauch aufsteigen und gleichzeitig eine Gruppe von Personen, die sich am Tatort abwendet und auf das Aufnahmeteam zuläuft"*. Des weiteren sei besonders noch *„eine Frau"* zu sehen, *„die nicht mit dieser Gruppe wegläuft, sondern die mit einer Jacke im Arm nach rechts wegspringt und sich auf das Autohaus Ford-Jacobi an der Ecke Junghofstraße zubewegt"* („Frankfurter Neue Presse", FNP, 29.7.).

Richter Gebhard erläuterte dann dazu, daß diese auf dem Film zu sehende Frau kleiner sei und eine andere Statur als Gisela I. habe. Außerdem stimmt ihre Bekleidung überhaupt nicht mit der überein, die Gisela am 10. Mai trug.

Aus den Angaben von Richter Gebhard ist aber darüber hinaus zu schließen, daß dieser Film gegen n i e m a n d e n ein „Beweisstück" sein kann: nirgendwo ist gesagt worden, daß dieser Film z e i g t, wie eine bestimmte Person einen Brandsatz w i r f t. Es ist reichlich hergeholt, die Tatsache, daß da Personen „weglaufen", damit zu „begründen", daß d i e s e einen Brandsatz geworfen hätten. Die Angaben von Richter Gebhard bestätigen daher unsere Einschätzung, warum Polizeipräsident Müller entgegen mehrfacher Ankündigung diesen Filmstreifen bislang n i c h t ö f f e n t l i c h vorgelegt hat: weil er eben kein „Beweisstück" ist! Polizeipräsident Müller, der diesen Film ja kannte, hat damit also bewußte Irreführung betrieben – und man darf daher auch gespannt sein, wie seine Anzeige gegen Cohn-Bendit ausgeht, der Müller und Justizstaatssekretär Werner (Chef der Sonderkommission) auf der seinerzeitigen Demonstration zur Freilassung von Gerhard Strecker vor 6.000 Leuten „gangsterhafte" Methoden nachgewiesen und erklärt hatte, daß Müller und Werner bei ihren Beschuldigungen im Fernsehen „wußten, daß sie lügen".

Der Freilassung von Gisela I. war am 24.7. eine Demonstration mit rund 1.500 Teilnehmern vorausgegen (der KBW hatte sich übrigens geweigert, an dieser Demonstration teilzunehmen, weil sie angeblich „desorientieren" würde!). Einen Tag vorher, am 23. 7., hatten rund 100 Genossen für kurze Zeit das SPD-Haus besetzt und ein Transparent aus dem Fenster gehängt, auf dem die Freilassung von Gisela gefordert wurde.

Insgesamt ist davon auszugehen, daß auch nach der Freilassung von Gisela die Verfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Demonstration vom 10. Mai weitergehen werden. Wie gegen Gerhard Strecker halten Polizei und Staatsanwaltschaft auch gegen Gisela I. ihre Beschuldigungen aufrecht. Beide müssen weiterhin mit einem Prozeß und erneuter Verhaftung rechnen. Darüberhinaus scheint die Polizei gewillt zu sein, wie aus Äußerungen des Sonderkommissions-Chefs Werner hervorgeht (siehe letzter AK), auch noch gegen weitere Genossen den Vorwurf des „Mordversuchs" zu erheben. Es wäre unseres Erachtens leichtfertig, die Freilassung von Gisela lediglich als „zweite Schlappe" der Polizei zu verstehen. Abgesehen davon, daß die Beschuldigungen wie gesagt weiter aufrechterhalten werden, scheinen solche „Schlappen" durchaus ein kalkulierter Bestandteil des polizeilichen Vorgehens zu sein: nämlich die Linke mit solchen ständigen Repressionen und Verfolgungsmaßnahmen zu zermürben und zu demoralisieren. Wieweit diese Polizeitaktik Erfolg haben wird, wird davon abhängen, wieweit es der Linken umgekehrt gelingt, eine breite Front gegen die wachsende Polizei- und Justizwillkür insgesamt aufzubauen, und nicht erst die nächste Verhaftung „abzuwarten", um erneut dagegen zu mobilisieren.

KB/Gruppe Frankfurt

Gegen Aufpreis mit Blutrinne



Der Waffenhandel unter den westeuropäischen Faschisten und Militaristen floriert wie nie zuvor: Fast jedes Wochenende finden mehrere Waffenbörsen statt. So liefen vor kurzem an einem Wochenende:

- die 2. Waffenbörse von Paris;
- die 5. Waffen- und Antiquitätenschau Rhein-Main in Seligenstadt;
- die „Militarama '76" in Harrogate (England);
- die 1. Braunauer Waffenbörse im Geburtsort Hitlers.

Geboten wird alles, was sich als Mordinstrument verwenden läßt – vom französischen Fallschirmjägermesser mit besonders breiter Blutrinne bis zum hochmodernsten Maschinengewehr. Weiterhin über Nazi-Orden, SS-Totenköpfe, Armbinden z.B. des „Jagdgeschwaders Schlageter", Volkssturm-Armbinden und Nazi-Flaggen alles, was an Deutschlands faschistischer Vergangenheit in irgendeiner Weise erinnert, Führerbild mit handschriftlicher Widmung eingeschlossen.

Neben den allwöchentlichen „Waffenbörsen" schießen Militaria-Shops wie die Pilze aus dem Boden, wird der Inserats-Teil in einschlägigen Zeitschriften wie dem „Deutschen Waffenjournal" und der „Waffen-Revue" immer umfangreicher. Von „Original-Führer-Reden" auf Platte bis zum „gebrauchsfähigen Zieleinstellgerät für 8-cm-Flak-Geschütze" wird angeboten und gesucht, was dieser und jener „Sammler" zur Vervollständigung seiner Waffensammlung braucht.

Und damit niemand unnötig Angst bekommt, lockt einer, der es wissen muß, der Waffenhändler H. Freiberg aus Rheinbach mit dem Hinweis: *„Achtung! Bei mir werden keine Kundenkarteien geführt!"* („Stern", 23/76).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel



Hoffmann-Prozeß: Mal was anderes

Nach siebentätiger Verhandlung wurde der Nürnberger militante Faschistenführer Karl Heinz Hoffmann in der Berufungsinstanz zu 8.000 DM Geldstrafe verurteilt. Hoffmann war letztes Jahr in der gleichen Sache (Unbefugtes Tragen von Uniformen als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung) in erster Instanz freigesprochen worden.

War das Tragen von Uniformen (schwarze SS-Hemden, Tarnanzüge und Stahlhelm) einwandfrei bewiesen worden, so drehte es sich im Prozeß um die Frage, „ob dahinter gemeinsame politische Gesinnung steht oder nicht".

Schließlich mußte das Gericht angesichts des erdrückenden Beweismaterials auf gemeinsame politische Gesinnung schließen. So mußten die Soldaten Hoffmanns bei Exerzierübungen auf des „Führers" Frage: „Wer sind wir?" „Schwarze Legionäre!" brüllen. Und weiter: „Gegen wen kämpfen wir?" „Gegen Bolschewismus und Kapital!" (gegen letzteres wohl weniger!). Weiterhin wurde ein „Manifest", von Hoffmann höchstpersönlich erstellt, Flugblätter und Fotos herbeigeschafft, die eindeutig beweisen, welche Brut sich da wieder zusammengetan hat.

DEN FASCHISTEN KEINEN FUSSBREIT!

KB/Gruppe Nürnberg



Nach dem Brandanschlag gehen die Drohungen gegen Wallraff weiter

Der „Westberliner Extra-Dienst" vom 9.7.76 gab Günther Wallraff Gelegenheit, über die Repressionen zu berichten, die von faschistischen Gruppen bzw. Einzelpersonen seit seiner Enthüllung von Spinolas Putschabsichten in Portugal gegen ihn stattfinden und gegen die die Polizei bis heute nicht das geringste unternommen hat.

Der Verdacht liegt auf der Hand, daß der Brand im Dachstuhl von Wallraffs Haus nicht durch eine „brennende Zigarette", sondern durch Brandstiftung verursacht wurde. Zur Tatzeit hielt sich nur eine Kollegin von Wallraff in dem Haus auf, die nachweislich nicht geraucht hat.

Die Polizei ignorierte bei ihren Ermittlungen den Hinweis, daß ein Fremder zu der Zeit, wo sich Wallraff noch in Portugal aufhielt, in dessen Post und Privatsachen herumgeschnüffelt hat. Bei dem Brand sind etwa zwei Drittel des Archivs vernichtet worden: Zehn Jahre Untersuchungsarbeit über Betriebsschweinereien, Gesetzesverstöße, illegale Machenschaften sowie Beweismaterial und wichtige Zeugenaussagen für die anstehende Revision im Gerling-Prozeß. Die Polizei sah natürlich keinen Zusammenhang zwischen dem Brand, bei dem für gewisse Kreise unangenehmes Belastungsmaterial ausgemerzt wurde und dem zunehmenden Terror gegen Wallraff und seine Familie.

Die jüngsten Drohungen, von einem „Deutschen Bund, Sektion Hamburg", lauteten folgendermaßen: *„Wir haben mit Abscheu von Ihrer ekelhaften Agententätigkeit im Falle Spinola Kenntnis genommen. Wir glauben, daß Sie es noch bedauern werden, sich auf diesen Parkettboden begeben zu haben. Das sollten Sie lieber berufeneren Stellen überlassen."*

Aus Lausanne, wo Spinola zahlreiche Geheimtreffen mit ehemaligen Putschoffizieren, mit einem Vertreter von ITT sowie mit dem CIA hatte, kam ein Schreiben, worin stand, Wallraff habe mit der *„Affäre Spinola"* sein *„Todesurteil gezeichnet"*. Nachts häufen sich Störaktionen rechtsradikaler Typen, die sich der Tonart der Hausdurchsuchungen von Bullenfahndungen bedienen, besonders, seit die Zeitschrift „Quick" und der ZDF-Moderator Löwenthal ihre braune Gesinnung mal wieder durch die Veröffentlichung von Wallraffs Privatadresse (vor dem Brand!) unter Beweis stellten. Aufgrund dieses rechtsradikalen Terrors, der von der reaktionären Presse und der Polizei faktisch unterstützt wird, ist Wallraff jetzt gezwungen, seinen Aufenthaltsort ständig zu wechseln, um die Arbeiten an seinem Portugal-Buch beenden zu können.

Medien-Kommission

Kapitalisten finanzieren Nazis

Faschistenblätter in der BRD, auch die mit hoher Auflage, sind normalerweise schwach auf der Brust, was Anzeigen betrifft. Das gilt auch für die NPD-Blätter „National Zeitung" und „Deutsche Wochen Zeitung". Üblich sind jeweils eine halbe Seite Annoncen, in denen der profaschistische Sumpf der Waldblütenhonig- und Waffensammler sich neben „Stahlhelm" und „Volkstreuer Jugend" ausbreitet. Die größten Anzeigen – d.h. alles was über Kleinannoncen hinausgeht – bestreiten die Blätter durch Eigenwerbung (vor allem mit ihren Buchdiensten, in denen Faschistenlektüre angepriesen wird).

Seit einiger Zeit aber – denkwürdigerweise in Wahlkampfzeiten – wird die „Deutsche Wochen-Zeitung" (die die Nazi-Propaganda salonfähiger anbietet als die „National Zeitung") auffällig mit großen Anzeigen großer und größter Kapitalisten ausgestattet (Ankündigungen von Hauptversammlungen und Bilanzen – siehe Kasten). Rang und Namen des Industrie- und Finanzkapitals unterstützen das Faschistenblatt auf diese Weise offen. Zum großen Teil handelt es sich dabei um dieselben Namen, die schon vor 1933 als Finanziers der Hitlerschen NSDAP auftraten, z.B. Hoechst und BASF (IG-Farben-Nachfolger), AEG und Telefunken. Zwar fließt die Hauptunterstützung des Kapitals eindeutig den großen bügerlichen Parteien, voran der CDU/CSU zu.

Heute aber scheuen sie sich nicht, auch wieder offene Faschisten (wie die „DWZ" mit ihren Verbindungen zur NPD und vielen anderen Faschistenzirkeln) zu unterstützen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Einige Kapitalistenanzeigen im Faschistenblatt „Deutsche Wochen-Zeitung" 1976

Nr.	Monat	Firma	Größe
Nr. 3	Januar	Süddeutsche Zucker AG, Mannheim	knapp 1/4 Seite
Nr. 8	Februar	Siemens	1/2 Seite
Nr. 15	April	Rheinische Hypothekenbank	1/3 Seite
Nr. 18	April	BBC	1/8 Seite
Nr. 21	Mai	Schering AG	1/8 Seite
		Burbach-Kaliwerke AG, Kassel	1/8 Seite
Nr. 22	Mai	Felten & Guilleaume Carlswerk AG	1/8 Seite
Nr. 23	Mai	Dresdner Bank	1/4 Seite
		BASF	1/4 Seite
Nr. 31	Juli	Bilfinger + Berger Bau AG, Mannheim	1/5 Seite
		Hoechst	3/4 Seite
		Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund	1 Seite
Nr. 32	Juli	Pfaff	1/8 Seite
		Lastenausgleichsbank	1/4 Seite
		AEG-Telefunken	1/4 Seite
		Buderus	1/4 Seite



Der unermeßliche Rohstoff-Reichtum Südafrikas – eine Zukunftsgarantie für die rohstoffarmen Industriestaaten

Polizist – ein „gefahrvoller Beruf"?

Die massiv betriebene Aufrüstung der Polizei wird häufig mit der angeblich steigenden Kriminalität gerechtfertigt. Der Beruf Polizist wird als gefährlicher Job dargestellt, was mit Zahlen über die in Ausübung ihres Berufes getöteten Bullen „untermauert" wird.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Metall", vom 13.7.76, Ergebnisse einer interessanten Studie: in vier Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württhemberg, Hessen und Schleswig-Holstein) wurden zwischen 1962 und 1973 17 Polizisten während ihrer Arbeit getötet, gegenüber 73 (!) Menschen, die im gleichen Zeitraum durch Polizeikugeln starben. Aufgedeckt wurde: *„Auf 100.000 Polizeibeamte kamen 1974 17,8 Todesfälle, während in der Seeschiffahrt es vergleichsweise bei gleicher Beschäftigten-Anzahl zu 157 Unfällen und Erkrankungen mit Todesfolge und im Bergbau zu 103 Todesfällen kam."* Kommentar der „Metall" zu diesen Zahlen: *„Die größeren Verbrecher sind die, die Menschen durch einen gefährlichen Arbeitsplatz umbringen."*

Wie wahr, nur daß es gerade die SPD-FDP-Regierung ist, die die Faschisierung des Polizeiapparates mit Riesenschritten vorantreibt, wird von der Gewerkschaftszeitung dezent verschwiegen.

KB / Gruppe Braunschweig

Oldenburg:

Ordnungsamt treibt Gesinnungs–schnüffelei

Beim telefonischen Anmelden eines Informationsstandes der „Frauengruppe" in der Innenstadt (nach „Oldenburger Recht" notwendig) am 20. 7. wollte der zuständige Herr Wilken der Verkehrsabteilung des Ordnungsamtes wissen, ob die Frauengruppe „politisch" sei. Die Antwort „Nichts ist unpolitisch" reichte ihm nicht: „Wenn ich Frauengruppe höre, ist das für mich erstmal unpolitisch. Aber nachher kommen da hundert k r e i s c h e n d e F r a u e n an..."! Und weitergebohrt: „Ich muß ja wissen, ob ich Sie z.B. neben die NPD stellen kann". Auf die zurückhaltende Antwort „Nicht so gerne...": „Ja, das ist ja immerhin schon etwas"! (Gilt man dann schon als links?!). Die Schnüffelei ging weiter: „Also – sind Sie jetzt für SPD, KPD oder NPD?! Seien Sie doch nicht so schüchtern!... Ich muß ja wissen, um was es sich handelt. Sie haben wahrscheinlich schon mal vom Verfassungsschutz gehört. Dem muß ich ja etwas sagen können. Und Sie sind neu für mich. Das nächste Mal frage ich Sie nicht wieder".

GEGEN DIE BESPITZELUNG VON FRAUENGRUPPEN!

Genossinnen des KB/Oldenburg



Bremer Bullen prügeln weiter

„Dafür werden wir mit bezahlt!"

Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF 83 berichteten, häufen sich in der letzten Zeit in Bremen wieder die Überfälle von Bullen auf Verkäufer kommunistischer Zeitungen und andere fortschrittliche Menschen. Im Gegensatz zum letzten Jahr, als vor den Bürgerschaftswahlen ein solches Vorgehen der Bullen trotz gleicher Brutalität ohne Echo in der bürgerlichen Presse blieb, wird diesmal zaghafte Kritik laut. In der Regel empfehlen bürgerliche Politiker und die ihnen nahestehende Presse den Bullen ein geschickteres Vorgehen, da befürchtet wird, daß Knüppeleinsätze und beißwütige Bullenhunde in der Öffentlichkeit Kritik an der „Rechtsstaatlichkeit" solcher Einsätze laut werden lassen.

Die Bremer SPD-Polizeiführung stellt sich allerdings bedingungslos hinter die prügelnden Bullen. So erklärte Polizeipräsident Ernst Diekmann in einem Interview mit dem „Weser-Kurier"(24.7.76): *„Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Vorgehens einzelner Beamter wird, wenn eine Anzeige wegen Widerstandes gegen Vollzugsbeamte vorliegt, von den Gerichten geklärt. Bisher sind wir noch nie hinten runter gefallen".* Nachträglich rechtfertigt Diekmann auch noch das Vorgehen der Bullen gegen ein NDR-Fernsehteam, dem ein Film über prügelnde Bremer Bullen entwendet werden sollte: *„Ich weiß, wie sehr das ausgeschlachtet wird, mit welcher entstellenden und gezielten Absicht. Herr Krawinkel, der Leiter der Schutzpolizei, und ich sind mit solchen Fotos schon diffamiert worden".*

Im weiteren Verlauf des Interviews kündigte Diekmann an, daß sich die Bullen jetzt eine neue Taktik überlegen wollen. Bis dahin wollen die Bullen erst einmal „die Augen zudrücken" (Diekmann im „WK"). Wie dieses „Augen zudrücken" aussieht, bekam ein Passant zu spüren, der zum Zeitpunkt, als Diekmann sich im „Weser-Kurier" auskotzte, noch im Krankenhaus lag. Er hatte als Unbeteiligter Prügeleien von Bremer Bullen gegen eine angemeldete Wahlkundgebung der EAP auf dem Marktplatz fotografiert. Als er sich weigerte, den Film herauszugeben, wurde er festgenommen und zusammengeschlagen. Dazu erklärten Zeugen im „Weser-Kurier" am 17./18. 7.: Der Mann sei *„ziemlich brutal in den Polizei-Einsatzwagen geschleudert"* worden. Und weiter: *„Ich dachte, der Mann bricht sich dabei die Rippen"!* Mit dem Mann wurde seine hochschwangere Ehefrau festgenommen. Sie erlitt einen Schock, als sie erleben mußte, wie die Bullen ihren Mann behandelten. Diekmann entschuldigt solches Vorgehen: *„Nicht jeder ist an jedem Tag gleich gut in Form. Gereiztheit gibt es überall mal".*

Weiterhin gibt Diekmann zu, daß bereits Pläne geschmiedet wurden, eine besonders geschulte Spezialtruppe zu bilden, die der Aufgabe der Kommunistenbekämpfung besser gewachsen sein soll. Diekmann: *„Wir sind dann wieder davon abgekommen, weil das nicht zu realisieren ist. Im übrigen verfügt gerade das 6. Revier über eine Reihe von Beamten, die durchaus in der Lage sind, auch Ausnahmesituationen zu meistern".* Damit spielt er offensichtlich auf die MEK-Bullen an, die heute schon bei fast allen Bulleneinsätzen kräftig „mitmischen".

Im übrigen scheut Diekmann sich nicht, offen zuzugeben, daß diese Einsätze gezielt gegen Kommunisten gestartet werden. Gerade zur Zeit des Wahlkampfs kommt es ihm darauf an, die Straße für die bürgerlichen Parteien frei zu halten: *„Die Situation spitzt sich noch wegen der bevorstehenden Bundestagswahl zu"* (Diekmann). Und an anderer Stelle: *„Daher ist mit den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien ein Gespräch über die Rechtslage geführt worden. Unser Anliegen war, uns nicht in die Verlegenheit zu setzen, die drei großen Parteien in einer Situation zu erwischen, in der wir gegen sie tätig werden müssen"!*

Mit Diekmann haben die Kapitalisten und ihre bürgerlichen Politiker offensichtlich einen würdigen Büttel in den Posten des Polizeipräsidenten gehievt!

KB/Gruppe Bremen



Erneuter brutaler Überfall der Bremer Bullen gegen kommunistische Zeitungsverkäufer (links im Bild: Polizeihund)



Bremen's SPD-Polizeipräsident Diekmann am 24. Juli im „Weser-Kurier"

Darmstadt

Die Polizei als „Freund und Helfer"

In der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" (HNA) vom 19.7.1976 wird berichtet, daß im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Darmstadt drei Bullen von ihrem Revierdienst befreit wurden und ausschließlich nach dem Vorbild des früheren „Schutzmanns an der Ecke" in drei ausgesuchten Neubaugebieten die Herzen der Bewohner gewinnen sollen. Das Märchen „Die Polizei, dein Freund und Helfer" soll mit diesem Modellversuch massiv aufgewärmt werden. Die Beamten versehen ihren „Dienst" in Uniform und haben die Aufgabe, „sich um die Sorgen und Nöte der Bewohner zu kümmern". *„Die nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen im Polizeidienst*

Fortsetzung Seite 21

Forts. von S. 20

ausgewählten und besonders geschulten Beamten sollen die Bürger bei Hausbesuchen oder Visiten in Jugendclubs und Kindergärten sowie bei Einwohnerversammlungen kennenlernen. Auf Flugblättern an alle Haushaltungen werden die 'Kontaktbeamten' vorgestellt" („HNA" vom 19.7.76).

Die seit Jahren systematisch betriebene Gewöhnung der Bevölkerung an Uniformierte (oftmals sogar offen bewaffnete) und die Gewinnung der Bevölkerung zur a k t i v e n Mitarbeit bei polizeilichen Ermittlungen und die Aufforderung zur Denunziation („Sie können vielleicht ein Verbrechen verhindern") wird hiermit wieder ein Schrittchen vorangetrieben. Die Bevölkerung soll sich vertrauensvoll an den guten Onkel in Uniform wenden; die Besuche von Jugendclubs und Kindergärten sollen den Erfolg dieser Kampagne auch für die nächste Generation sichern.

KB/Gruppe Kassel

Bremer Zustände nun auch in Kiel?

Als wir am Samstag, 24.7., wie immer in der Holstenstraße mit Stellschildern den AK verkauften, kamen zwei Bullen an und forderten uns auf, die Stellschilder „sofort" abzubauen, „sonst machen wir es selbst". Ein Genosse hielt ihnen unser Recht auf freie Meinungsäußerung entgegen und berief sich dabei auch auf ein Grundsatzurteil aus Frankfurt, das das Aufstellen von Stellschildern als Ausdruck der freien Meinungsäußerung für nicht genehmigungspflichtig erklärt.

Der Bulle meinte dagegen, Kiel sei nicht Frankfurt, und forderte eine Genehmigung nach dem „schleswig-holsteinischen Wegegesetz". Auf die Frage, wie der entsprechende Paragraph denn laute, herrschte er uns an, das spiele keine Rolle und wir sollten nun endlich die Schilder abbauen, sonst würde er es machen. Als er dann bereits Hand anlegte, bauten wir selbst die Schilder ab. Als wir eine Beschwerde gegen sein rechtswidriges Verhalten ankündigten, entgegnete er selbstsicher, das stünde uns frei, sein Name sei Storm, Falkwache, „in ihren Kreisen bekannt". Diese Reaktion läßt darauf schließen, daß es sich hier nicht um einen Vorstoß eines übereifrigen Bullen handelt, sondern um einen längerfristig angelegten Angriff gegen den Vertrieb linker Presse, so daß wir auch in Zukunft mit weiteren Angriffen zu rechnen haben.

Neben juristischen Schritten (Dienstaufsichtsbeschwerde, Verwaltungsgerichtsklage) kommt es darauf an, durch vorbereitete Stell- und Umhängeschilder Passanten in die Diskussion über die Repressalien zu verwickeln und wenn möglich eine Front gegen die Bullenübergriffe aufzubauen.

KB/Gruppe Kiel

Bullen dürfen ungestraft schlagen

Die Flensburger Staatsanwaltschaft „ermittelt" gegen zwei Streifenbeamte wegen des Verdachts der Körperverletzung mit Todesfolge bzw. fahrlässiger Tötung.

Die beiden Bullen waren zu einer Kneipe gerufen worden, wo ein Streit zwischen dem Wirt und einem Mann über seine Zechenschulden im Gange war. Der Mann verweigerte seine Personalien und wurde deshalb „zum Zwecke der Personalienfeststellung und evtl. notwendiger Schutzmaßnahmen(?)" ins Polizeirevier geschleppt (Alle Zitate nach „Flensburger Tageblatt" vom 28.7.76).

„Unmittelbar nach Eintreffen eines zur Feststellung der Haftfähigkeit herbeigerufenen Arztes" starb der Mann – an den Folgen „äußerlicher Gewaltanwendung" laut Obduktionsbericht.

Da nach den Ermittlungen der Tote weder in der Kneipe noch auf dem Revier geschlagen wurde, führte die Spur zu den Funkstreifenbullen.

Aber weil nicht sein kann, was nicht sein darf, üben die beiden Bullen bis heute ihren Dienst ungeschoren aus. Laut Oberpolizeirat Hinz ist es gar „ein durchaus übliches Verfahren, daß sie (die beiden Bullen) in die Ermittlungen einbezogen (!) worden sind."

KB/Gruppe Flensburg



Erneutes Terrorurteil in den Heidelberger HSB-Prozessen!

Nach den drei Terrorurteilen gegen führende Genossen des KBW, bzw. der KHG (s. AK 85), die zu einer Freiheitsstrafe von jeweils über einem Jahr ohne Bewährung verurteilt wurden, hat das Gespann Wollentin (Richter)/ Johe (Staatsanwalt) ein weiteres Mal innerhalb weniger Wochen zugeschagen.

Hajo Hussmann, angeklagt wegen „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt", wurde zu einem Jahr und 2 Monaten ohne Bewährung verurteilt !

In regelrechten Straßenkämpfen ging die Polizei im Sommer 75 in Heidelberg gegen Demonstranten sowie gegen sonstige Passanten mit äußerster Brutalität vor, nachdem ersichtlich war, daß die Fahrpreiserhöhungen gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung nur mit ‚militärischen Mitteln durchgesetzt werden könnten.

H. Hussmann suchte damals vor einer anrückenden Polizeihorde in einer Passage Schutz. Völlig ohne Grund wurde er dann von einigen aufgehetzten Polizeischlägern willkürlich und brutal zusammengeschlagen, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Grund wurde er dann von einigen aufgehetzten Polizeischlägern willkürlich und brutal zusammengeschlagen, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

In einer Anklageschrift wurde ihm vorgeworfen, während der Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen, einen Stein sowie eine Tränengasbombe gegen Polizisten geworfen zu haben und sich bei seiner Festnahme widersetzt zu haben.

Die ganzen Vorwürfe sind jedoch erstunken und erlogen.

Das Verfahren gegen die wildwütenden Polizeischläger wurde, wie in allen anderen Fällen, von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Stattdessen traten bezeichnenderweise genau die Polizisten, die H. Husmann „faßten", als Zeugen der Anklage auf.

Trotz großer Mühe und vielen Hilfestellungen der Staatsanwaltschaft und des Richters, traten in denZeugenaussagen der Polizisten eklatante Widersprüche auf :

Aus dem einen Steinwurf in der Anklageschrift wurden plötzlich mehrere. Sowohl bei der Tatzeit als auch beim Tatort widersprachen sich die Zeugenaussagen.

Richter Wollentin jedoch wertete gerade diese Widersprüche als einen Beweis für die„Wahrheitsliebe der Beamten", die ja völlig natürlicherweise aufgrund der „schwierigen Situation" und dem zeitlichen Zwischenraum sich nicht mehr an alle Vorgänge zeitlich und örtlich erinnern könnten.

Durch die Prozeßführung wurde dem Angeklagten das Recht auf Verteidigung entschieden beschnitten. Anträge der Verteidigung wurden kategorisch abgelehnt, ebenso Entlastungszeugen. Rechtsanwalt Dr. Härdle war erneut ständig scharfen Angriffen ausgesetzt. – Aber auch

Anträge der Verteidigung wurden kategorisch abgelehnt, ebenso Entlastungszeugen. Rechtsanwalt Dr. Härdle war erneut ständig scharfen Angriffen ausgesetzt. – Aber auch

an der Öffentlichkeit im Gerichtssaal ging der Prozeß nicht spurlos vorüber. Scharfrichter Wollentin wurde auch diesmal seinem Ruf gerecht. Allein während der Urteilsverkündung verhängte er vier Ordnugsstrafen (2 mal 3 und 2 mal 4 Tage, „sofort vollstreckbar").

Freispruch aller HSB- Verurteilten !
Einstellung aller HSB- Prozesse !

KB/ Sympathisantengruppe Heidelberg

Drakonische Strafe für Ladendieb

Am 16. 7. verurteilte das Eutiner Amtsgericht einen Ahrensböker Bürger zu einer Strafe von 301,85 DM. Und zwar wegen Diebstahls einer kleinen Flasche Rum im Wert von 1,85 DM. Nach der kürzlich erfolgten Aufhebung der Straflosigkeit für sog. „Mundraub" sind derartige Terrorurteile jetzt möglich, die jeden abschrecken sollen, der sich am kapitalistischen Eigentum vergreift. Kleine „Preiskorrekturen" können drakonisch bestraft werden. Richter Harry Kurz erklärte das Urteil für sofort rechtskräftig. Selbstverständlich bestraft niemand die großen Diebe an der Spitze der Kaufhauskonzerne.

KB/Gruppe Eutin

Isolationshaft für alle politischen Gefangenen verordnet

Nach dem Ausbruch der vier weibli-

verordnet

Nach dem Ausbruch der vier weiblichen Gefangenen aus der Lehrter Straße wurden gegen alle Gefangenen, denen Taten mit politischen Motiven (!) vorgeworfen werden, in den Strafanstalten Tegel, Lehrter Straße und in der U-Haftanstalt Moabit folgende Maßnahmen ergriffen:

– Einzelhaft in der Zelle, wobei die Gefangenen rund um die Uhr eingeschlossen wurden. Sie durften an keinem Hofgang, keiner Freistunde und keinen Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen.
– Keine Besuche von Angehörigen und Bekannten, keine Gespräche mit Verteidigern (!);
– Entzug der eigenen Rundfunk- und Fernsehgeräte, soweit vorhanden, Abschaltung der Zellenlautsprecher für den Empfang des ausgewählten Programms der Gemeinschaftsrundfunkanlage, kein Empfang von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern; eingehende Post wurde aufbewahrt, aber nicht ausgehändigt (Informationen nach „Extradienst", 30.7.76).

Für die Gefangenen bedeutete das, daß sie 24 Stunden am Tag allein in ihrer Zelle saßen, nichts hörten, mit niemandem sprechen durften, und selbst das Lesen von Zeitungen ihnen verwehrt wurde. Teilweise waren davon Gefangene betroffen, die schon fünf Jahre und länger in Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis gesessen hatten.

Diese Maßnahmen können nur so gewertet werden , daß sie die Gefangenen physisch und psychisch zerstören sollen. Mit „Sicherheitsrisiko" kann man diese unmenschlichen Haftbedingungen tatsächlich nicht begründen.

Ein besonderer Skandal ist dabei die Anordnung, daß auch die Verteidiger die Gefangenen nicht besuchen dürfen. Hierfür fehlt (auch heute noch) jede Rechtsgrundlage und so mußten die Amtsrichter in jedem Fall diesen Teil der „Sicherungsmaßnahmen" wieder aufheben. Doch auch danach wurden in vielen Fällen die Verteidiger zu ihren Mandanten nicht vorgelassen.

Rechtsbrüche am laufenden Band – schon ein gewohntes Bild in bundesdeutschen Gefängnissen.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Braunschweig: Prozeß gegen Plakatkleber

Braunschweig: Prozeß gegen Plakatkleber

Vor einem Schöffengericht in Braunschweig läuft zur Zeit ein Verfahren gegen fünf Genossen, denen Urkundenfälschung, Sachbeschädigung und Beleidigung vorgeworfen wird. Der „Tatbestand": An 17 Stellen des Stadtgebietes sollen die Angeklagten Plakate geklebt haben, die das Stadtwappen, den Aufdruck „Rat der Stadt Braunschweig", „Bekanntmachung" und die Unterschrift von Oberbürgermeister Jaenicke trugen. Das Plakat enthielt Sätze wie: „... *tun wir wieder alles, um das notleidende Unternehmertum tatkräftig zu unterstützen ...*" und „...*jeglichen Widerstand gegen unsere Politik wird unsere schlagkräftige und teure Politik unterbinden ..*". Zu welchen Mitteln die Justiz greift, macht die Fahndung nach den „Tätern" deutlich. Zuerst wurde eine Druckerei durchgesucht, bei der KBW-Plakate gefunden wurden, deren Schrift, Papier und Druck mit der Bekanntmachung übereinstimmte. Dies war den Fahndern Grund genug, das KBW-Büro und eine Wohnung eines KBW-Genossen zu durchsuchen. Im KBW-Büro fanden die Bullen dann auch einen Stadtplan, in dem Plakatierbezirke eingezeichnet waren, die mit den Fundorten der Bekanntmachung übereinstimmten. Bei der Wohnungsdurchsuchung fanden sie dann andere (!) Plakate, „*die ebenfalls in bestimmten Plakatierbezirken aufgetaucht waren*" („Braunschweiger Zeitung" vom 22.7.). Das sind wahrlich rechts-staatliche Methoden, mit Wohnungsdurchsuchungen auf „Beleidigungen" zu reagieren. Ob die Justiz die Stirn hat, irgendwelche anderen Plakate in „bestimmten" Bezirken als Beweis gelten zu lassen, wird sich zeigen.

KB/Gruppe Braunschweig

Nachrichten aus dem Knast

Stammheim: Wie schon im letzten AK berichtet, wurden Bettina Vake und Beate Koloseike, die sich seit nunmehr über 10 Wochen im Hungerstreik befinden, Mitte Juli auf die Intensivstation von Stammheim verlegt. Nachdem sie die ersten Tage brutal angeschnallt zur Zwangsernährung geschleppt wurden, erklärten sie sich bereit, „freiwillig" zu gehen, um nicht täglich neue blaue und grüne Flecken zu bekommen. Außerdem hatte das den Vorteil, daß sie selbst regulieren konnten, wie schnell „die Pampe" in den Magen floß, was die Zwangsernährung etwas erleichterte. Hinter dieser „Großzügigkeit" sollte man allerdings keine übermäßig humanitären Absichten der Anstaltsleitung sehen, denn in den ersten 9 Tagen wurde die tägliche Kalorienzufuhr um das Vierfache von 480 auf 2200 gesteigert, aber nur, um dann mindestens 6 Tage lang gar nichts mehr zu geben.

Dabei hoffte man, daß das verstärkte Hungergefühl den Willen der Gefangenen brechen würde, wobei man sich bisher verrechnet hat!! Während dieser 2 Wochen sank Bettinas Gewicht um 9 kg.

Als Vergleich für die Taktik der Anstalt und der Justizbehörden bringt Beate in einem Brief einen Ausspruch des US-Völkermord-Generals Westmoreland: „*In der weiteren Strategie gegenüber den Kämpfenden (Nordvietnamesen) werden wir solange einen maximalen Druck ausüben, auf jede nur mögliche Weise, 'bis sie erkennen, daß sie bis an den Rand der Katastrophe ausgeblutet sind' – UND: ...ihre Haltung zu überprüfen gezwungen sein werden...*"

Wir hoffen sehr, daß die Menschenschinder, die in Stammheim (und anderswo) am Werk sind, ähnlich „belehrt" werden wie General Westmoreland!

IKAH Hamburg

FOLTERKELLER IN MOABIT

Die Terroristen sind unter uns. Allerdings: Ihr Konterfei pappt nicht an allen Litfaßsäulen, kein Fahndungsplakat fragt nach ihnen, für sie gibt's keine Fangprämie. Im Gegenteil: Sie werden vom Staat bezahlt. Die Terroristen sind über uns.

Daß die Methoden des Staates – dieses Stadtstaates Berlin (West) – teilweise schon die eines terroristischen Regimes sind, zeigt folgender Fall, der sich nicht irgendwo in einem chilenischen Folterlager oder einem südafrikanischen Zuchthaus zugetragen hat, sondern hier in dieser Stadt.

Die Vorgeschichte: Jürgen Bäcker, Häftling in Tegel, zieht sich eine schmerzhafte Verletzung an der Hüfte zu, vermutlich eine Zerrung im Hüftgelenk. Er ruft den Sanitäter. Der meint, es könne eine Blinddarmreizung sein. Der Gefangene weist zwar auf seine Hüftverletzung hin, doch zwei hinzugezogene Ärzte äußern ebenfalls den Verdacht auf Blinddarmreizung. Eine Verlegung ins Vollzugskrankenhaus Moabit zur Beobachtung ist unumgänglich.

Was dann folgte, schildert der Anwalt des Gefangenen, Rechtsanwalt Rainer Elfferding, in einem Bericht an die Staatsanwaltschaft so:

„Mein Mandant wurde dann am Freitag, dem 9.7.1976, in das Vollzugskrankenhaus Moabit verlegt. Er wurde dort zunächst in eine unbelegte Drei-Mann-Zelle in der Abteilung Chirurgie verlegt. Dort wurden die normalen Aufnahmeuntersuchungen durchgeführt. Diese Untersuchungen wurden von Frau Dr. Nickel selbst durchgeführt.

Etwa eine Stunde nach seiner Einlieferung in das Vollzugskrankenhaus Moabit erschienen in der Zelle meines Mandanten mehrere Pfleger, Polizeibeamte und zwei Vollzugsbeamte. Meinem Mandanten wurde mitgeteilt, er werde verlegt. Als er daraufhin beginnen wollte, seine Sachen zusammen zu packen, wurde ihm bedeutet, dies sei nicht notwendig, da er danach in diese Zelle zurückgebracht werden würde.



Mein Mandant wurde dann zum Fahrstuhl gebracht und mit dem Fahrstuhl in das Kellergeschoß des Vollzugskrankenhauses Moabit befördert. Nachdem mein Mandant noch in der Strafanstalt Tegel auf eine Bahre gelegt und auf dieser bis in sein Bett in seiner Zelle im Vollzugskrankenhaus Moabit befördert worden war, ließ man ihn zum Fahrstuhl und danach im Kellergeschoß des Vollzugskrankenhauses laufen. Es scheint also, daß man im Gegensatz zu den Ärzten in der Strafanstalt Tegel, im Vollzugskrankenhaus vom Verdacht einer ernsthaften Erkrankung meines Mandanten nicht mehr ausgegangen ist.

Nach Verlassen des Fahrstuhls im Kellergeschoß des Vollzugskrankenhauses ging mein Mandant mit seinen Begleitern links den Gang hinunter und an der Freitreppe vorbei. Sodann wurde ihm bedeutet, seine sämtlichen Kleidungsstücke bis auf eine Unterhose abzulegen, ferner alle Gegenstände, die er bei sich führte, insbesondere seine Brille und seine Uhr, abzugeben. Danach wurde, nach Erinnerung meines Mandanten, die letzte, auf der rechten Seite des Ganges gelegene Zelle aufgeschlossen. Ein Beamter bezeichnete diese Zelle als ‚die Nummer 5'.

Mein Mandant stand zunächst in der Zellentür und erlitt bereits durch den bloßen Anblick der Zelle einen Schock. Es handelt sich um eine etwa 8-9 m lange, etwa 2,5 m breite und etwa 3 m hohe Zelle, die an der Türseite trapezförmig zugeschnitten ist. In der linken, der Tür gegenüberliegenden Ecke befand sich ein zementierter Sockel, auf dem eine nicht bezogene Schaumgummimatratze lag, die verschmutzt war, sowie zwei ehemalige Becken, die sich durch eingetrocknete Reste von Blut, Kot und Erbrochenem auszeichneten. An der linken Wand standen zwei Plastikschüsseln. Weitere Einrichtungsgegenstände waren nicht vorhanden. An der der Tür gegenüberliegenden Stirnseite befand sich ein einem Aquarium ähnlicher Glaskasten aus Panzerglas, der in die Wand eingelassen war, in dem sich links und rechts jeweils zwei 20-Watt-Neonröhren und in der Mitte, an einem Stativ herabgelassen, eine Fernsehkamera, Fabrikat vermutlich ITC, befand, deren Objektiv, Marke Schneider-Kreuznach, in das Zelleninnere gerichtet war. Zwei weitere Fernsehkameras befanden sich etwa in der Mitte der Decke und über der Zellentür, jeweils in die Wand bzw. Decke eingelassen und mit Glasplatten abgedeckt. An der linken Wand neben der Tür befanden sich unten und oben zwei Siebe, hinter denen offensichtlich ein Exhaustor in Betrieb war, der einen ständigen, ununterbrochenen lauten Summton von sich gab. Die Wände waren mit grünpastellfarbener Klosettfarbe gestrichen.

Als mein Mandant, in der Zellentür stehend, dies alles noch gar nicht voll erfaßt hatte, bekam er einen Stoß in den Rücken, torkelte in die Zelle hinein und die Tür fiel dumpf schmetzend, ähnlich einer Kühlschranktür, zu. Mein Mandant vernahm noch das Schließgeräusch einer zweiten Tür. Danach herrschte in der Zelle, abgesehen von dem ständigen Summton des Exhaustors, tödliche Stille, daneben ein unbeschreiblicher Gestank. Mein Mandant, der, nachdem man ihm auf dem Kellerflur seine Kleidung abgenommen hatte und nachdem er in der Strafanstalt Tegel in dieser Woche noch nicht hatte baden dürfen, für kur-

31



CSU-Regierung in Bayern

Das Wort „Berufsverbot" für Radikale ist völlig fehl am Platze

Mit einer Anzeigenkampagne dieser Art versucht die CSU-Regierung in der letzten Zeit auf Kosten der Steuerzahler die Bevölkerung über das tatsächliche Ausmaß der Berufsverbote hinwegzutäuschen. Nicht zuletzt aufgrund des in der CSU herrschenden Verständnisses von „Radikalen" und „Grundgesetzfeinden" ist die Landesregierung Ziel heftiger Kritik im In- und Ausland geworden. Schaut man sich die Praxis der Berufsverbote in Bayern an, so muß man den Eindruck gewinnen, daß alle, die links von der CSU stehen, „extremistenverdächtig" sind.

Jüngstes Beispiel für die „freizügige" Auslegung des „Radikalenerlasses" und des Beamtengesetzes ist die Ablehnung der Übernahme von Charlotte Nieß in den Richterdienst. Frau Nieß ist Juso und Mitglied in der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ).

Im VDJ sind etwa 500 Rechtsanwälte, Richter etc. Da im Vorstand des VDJ auch einige DKP-Mitglieder sitzen, ist die Begründung der Ablehnung von Frau Nieß für die bayrische Landesregierung nicht schwierig – Mitgliedschaft in einer *„verfassungsfeindlichen kommunistischen Hilfsorganisation"*. So einfach ist das im Freistaat Bayern. Die CDU/CSU verspricht bei ihrem Wahlsieg im Oktober eine Ausweitung dieser „Freiheit" auf die ganze BRD.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

DGB-Führung nimmt den Kampf auf – gegen das „linke" Gespenst von den Berufsverboten

Wie schon im AK 84, berichtet, hat sich auch die DGB-Führung in die Diskussion um die Berufsverbote eingeschaltet, da *„mit Erschrecken festgestellt wurde, daß die Diskussion über den Radikalenerlaß zu einem gewissen Verlust an Ansehen und Vertrauen im gewerkschaftlichen Raum geführt hat"* („Welt der Arbeit",2.7.). Dabei machte sie von vornherein deutlich, auf welche Seite sie sich stellt, indem sie sich *„scharf gegen die Verwendung des Begriffs ‚Berufsverbot' im Zusammenhang mit der Handhabung des Extremistenerlasses"* aussprach (nach „Extradienst", 25.6.). Denn *„jeder an der Sicherheit der Demokratie interessierte Bürger"* müs-

Denn *„jeder an der Sicherheit der Demokratie interessierte Bürger"* müs-

se *„verstehen, daß Angehörige des Öffentlichen Dienstes, die ihr Amt oder ihre Funktion mißbrauchen, um verfassungswidrige Aktivitäten auszuüben, aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden müssen"* (GEW-Vorsitzender Frister in „W.d.A.", 23.7.76).

In der „W.d.A." vom 30.7. ging das geschäftsführende Vorstandsmitglied des DGB, Schmidt, sogar so weit, darzulegen, daß *„eine auf gerichtsverwertbare Tatsachen begründete Ablehnung eines Bewerbers für uns auch keine Diskriminierung oder gar ein Berufsverbot ist"*.

[illegible] für westdeutsche Gerichte allerhand „verwertbar" ist (z.B. die Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen" Organisation oder die Zusammenarbeit mit einer solchen oder ein nicht zu entkräftender Verdacht solcher Vergehen), gibt der DGB-Führer damit seine Pauschalzusage zu allen Berufsverbotefällen.

In selten zynischer Weise fordert er dann dazu auf, das ganze *„nicht so eng zu sehen"*, *„denn es gibt genügend Lehrer, die von vornherein nicht in den öffentlichen Schuldienst wollen"*; *„ein großer Teil der Juristen will nicht in den Staatsdienst, sondern Rechtsanwalt ... werden"* (wobei er verschweigt, daß es auch hier die ersten Berufsverbote gibt) *„und ein Förster muß ja auch nicht unbedingt im Staatsforst arbeiten"*.

Diese Verharmlosung der Auswirkungen der Berufsverbotepraxis wird von ihm noch weiter getrieben. Gibt er zu Beginn seiner Stellungnahme noch zu, daß sich *„in vielen Bereichen ... eine Atmosphäre von Besorgnis, von Angst, Anpassung, Duckmäusertum, politischem Desinteresse"* ausbreitet, fährt er dann fort: *„Objektiv läßt sich ... kein Grund ableiten für diese Atmosphäre, wie sie sich im Lande ausbreitet. Da haben bestimmte Gruppen mit ihrer Agitation*

im Lande ausbreitet. Da haben bestimmte Gruppen mit ihrer Agitation

ganze Arbeit geleistet" („W.d.A.", 30.7.).

War der „Radikalenerlaß" von staatlicher Seite aus gerade deshalb geschaffen worden, um ein Klima der Angst zu schaffen, um jeden Demokraten und Liberalen von einer (wenn auch noch so geringen) Zusammenarbeit mit Kommunisten abzuhalten, so werden von diesem Gewerkschaftsführer Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt: nicht eben diese staatlichen Organe haben dies Klima geschaffen, sondern die „Radikalen" mit ihrer „aufhetzerischen" Agitation. Diese Verdrehung kann als Glanzleistung sozialdemokratischer Politik angesehen werden, haben sie es doch wieder einmal geschafft, den gesamten „Schuldenberg" auf die „Radikalen" abzuladen.

Mit einiger Sicherheit kann man unter diesen Vorzeichen eine Stellungnahme erwarten, daß Kommunisten und andere Linksradikale gänzlich ausgeschaltet werden müßten, um diese „Atmosphäre der Angst" zu verscheuchen.

Mit den Gewerkschaftsausschlüssen geben die Gewerkschaftsführer dafür schon die Marschroute an.



Verfassungsrichter gegen Gesinnungsschnüffelei?

Am 1. August überraschte der Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch die Öffentlichkeit mit der Erklärung, *„die gegenwärtige Gesinnungsschnüffelei im Öffentlichen Dienst"* widerspreche *„ausdrücklich dem Urteil aus Karlsruhe"* (nach „FAZ", 2.8.).

Interessant ist an dieser Erklärung daß Hirsch selbst am Zustandekommen dieses Urteils beteiligt war und daß dieses Urteil damals e i n s t i m m i g gefaßt wurde. Sollte er sich damals etwa auch „geirrt haben"?

Schon von Anbeginn gab es zwischen SPD und CDU Auseinandersetzungen um die Interpretation dieses Urteils. Dabei ging es in erster Linie darum, ob die bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen" Organisation ein Berufsverbot rechtfertige.

Aber selbst die „FAZ" muß zugeben, daß aus dem Urteil beide Interpretationen möglich sind. Denn einerseits heißt es in dem Urteil, daß der Beamte verpflichtet sei, *„daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren"*, worauf sich die CDU beruft.

Andererseits stellt das Urteil fest, die Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen" Partei sei nur ein *„Stück des Verhaltens"* eines Beamten, nach dem dieser zu beurteilen sei, worauf sich die SPD beruft. Die „FAZ" versucht nun glauben zu machen, dies sei *„das Ergebnis eines mühsamen Kompromisses im Senat"* (2.8.).

Da die Berufsverbotepraxis aber beweist, daß es absolut keinen Unterschied zwischen SPD und CDU in der praktischen Handhabung dieses Urteils gibt, ist anzunehmen, daß diese Interpretationsmöglichkeiten bewußt eingebaut wurden, um einerseits der SPD die Möglichkeit zu geben, sich verbal für eine „liberale" Handhabung auszusprechen, während andererseits der CDU die Möglichkeit offengelassen wird, sich als „harte" Vertreter der Berufsverbote herauszuputzen.

Daß dieses Urteil grundsätzlich beide Interpretationen zuläßt, geht schon daraus hervor, daß drei der Verfassungsrichter ein Sondervotum abgaben. In diesem Sondervotum stellten sie schon damals fest, daß für sie die bloße Mitgliedschaft allein nicht ausreicht, um ein Berufsverbot auszusprechen, womit die Täuschung über scheinbare Differenzen schon im Urteil angelegt war.

Auf diesem Klavier versucht nun auch das ehemalige SPD-Mitglied Hirsch (bei Übernahme des Verfassungsrichteramtes scheiden sie aus den Parteien aus) zu spielen. Da er bei der Verkündung des Urteils sogar auf ein Sondervotum verzichtete, wird nur allzu deutlich, daß es sich bei seinen jetzigen Erklärungen allein um einen Wahlbeitrag für die SPD handelt. Die „FAZ" erblickt in diesem Vorgehen eine große Gefahr. Sie empfiehlt denn auch, daß *„ein Bundesverfassungsrichter gut daran tut, sich öffentlich nicht zu politisch umstrittenen Fragen zu äußern ... Wie sähe es mit der Autorität des Bundesverfassungsgerichtes aus, wenn jetzt auch die anderen sieben Richter öffentlich verkünden, wie der Beschluß zu verstehen sei, sich gar darüber in die Haare gerieten?"* (2.8.).

Denn darin würde die Gefahr bestehen, daß allzu deutlich wird, daß das Grundgesetz keine feststehende Größe ist, sondern ganz im Sinne der herrschenden Klasse und ihrer regierenden Parteien interpretiert wird, und daß die Verfassungsrichter die Aufgabe haben, den jeweils bestimmten Kurs „verfassungsmäßig" abzusichern.

EG-„Sozialisten" drehen ab –

EG-„Sozialisten" drehen ab – Keine Kritik mehr bis zur Wahl

Hatten insbesondere die Stellungnahmen der sozialdemokratischen und „sozialistischen" Parteien Westeuropas in der letzten Zeit zu einer Verbreiterung der Kritik an der Berufsverbotepraxis in der BRD geführt, so wird jetzt immer deutlicher, daß es diesen Parteien nie um eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse in der BRD ging. Vielmehr versuchten sie, sich an die Spitze des zunehmenden Protestes in ihren Ländern zu setzen, um ihn so in bewährter sozialdemokratischer Manier im Sande verlaufen zu lassen. So verwundert es denn auch kaum, daß die SPD-Führung nach dem letzten EG-„Sozialisten"-Treff verkünden konnte, daß *„die Bruderparteien zugesagt haben, vor den Bundestagswahlen von sich aus nicht mehr in die deutsche Diskussion eingreifen zu wollen"* („FR", 3.8.).

Um allerdings nicht ganz aus dem Geschäft zu geraten, ließen einige Parteien verlauten (Frankreich, Niederlande), daß sie mit den bisherigen Auskünften nicht zufrieden seien. Die Vertreter der französischen PS erklärten darüber hinaus, *„nach den eintätigen Gesprächen mit der SPD-Führung würde in Paris erst noch darüber zu sprechen sein, ob dieses Komitee* (gemeint ist das „Mitterand-Komitee") *aktiv werden solle oder nicht"* („Extradienst", 30.7.76).

Interessant hieran ist, daß dieses Komitee, mit dem soviel „Aufruhr" erzeugt wurde, bisher lediglich in den Spalten der bürgerlichen Presse existierte.

Noch eindeutiger nahm die PS Mitterands nach einer gemeinsamen Sitzung mit der SPD-Führung am 21.7. Stellung.

In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es: *„Die Vertreter der PSF brachten ihre Sorge zum Ausdruck, daß wegen der besonderen Rechtsverhältnisse in der Bundesrepublik im Ausland die Meinung entstehen kann (!), daß die Rechte der Bürger nicht zur Anwendung kommen würden, und baten ihre deutschen Freunde, in ihrem Bemühen im Sinne der Beschlüsse der SPD weiterzuarbeiten (!) und keine administrativen Fehler zuzulassen"* (nach „SZ", 23. 7.76).

Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht! War in früheren Stellungnahmen noch eindeutig auch die SPD angegriffen worden, so soll sie jetzt als Garant gegen antidemokratische Verhältnisse aufgebaut werden. Damit hat die PSF, bei weiterer Aufrechterhaltung von „Zweifeln", die Linie der SPD übernommen, die die gesamte Diskussion dazu nutzte, einerseits die „Rechtsstaatlichkeit" der Berufsverbote herauszukehren (*„es gibt keine Berufsverbote, sondern nur die Nichteinstellung von Radikalen"* – alles abgesichert durch das Grundgesetz) und sich andererseits als Gralshüter der Verfassung aufzuspielen. Damit ist die „demokratische" Maske der SPD für die Bundestagswahlen gesichert.

Die EG-„Sozialisten" werden mit diesem „Erfolg" in ihren Ländern hausieren gehen, um den entstandenen Protest zu beruhigen. Daß ihnen dies bisher nicht gelungen ist, zeigt sich darin, daß sie verbal immer noch Zweifel anmelden und der Aufforderung der SPD-Führung nach Auflösung der unter sozialdemokratischer Führung stehenden „Berufsverbotekomitees" nicht nachgekommen sind. Und da der BRD-Imperialismus und seine Vertreter mit ihrem Herrschaftsanspruch über ganz Westeuropa genügend weitere Anlässe schaffen wird, wird sich dieser Protest auch nicht mit diesen Versprechungen der sozialdemokratischen Führer abspeisen lassen.



Spezialdemokraten konferieren über die Berufsverbote
Schmidt: Im Falle eines Verkehrs mit Kommunisten hört unsere Zusammenarbeit sofort auf, Herr Moro!
Si, si, das kenne ich gut: Berufsverbot. („Information", 21.7.76)

Sogar spanische Presse warnt vor Rechtsentwicklung in der BRD!

„Die alten Gespenster kehren wieder" – unter diesem Titel lernen die spanischen Leser der bürgerlichen Wochenzeitung „Triunfo" zwei Begriffe des bundesrepublikanischen politischen Alltags kennen: „Verfassungsfeind" und „Berufsverbot":

„Verfassungsfeind" (es folgt spanische Übersetzung des Begriffs – AK). *„Das Wort erhält in letzter Zeit in der BRD eine ebenso gefährliche wie wachsende Bedeutung. Wenn man dieses Wort bis vor kurzem häufig von christdemokratischen Lippen gegen Kommunisten, Anarchisten und Linksradikale hörte, so bekommt heute jeder diesen Stempel aufgedrückt, der das System kritisiert. Die neue Hexenjagd hat zwar erst angefangen. Allerdings sind die Symptome ebenso eindeutig wie beunruhigend".*

Es folgen einzelne Beispiele für die Hexenjagd gegen Antifaschisten wie die Verhinderung von Gedichtelesungen im Rundfunk der beiden schon von den Nazis verfolgten Schriftsteller Alfred Andersch und Erich Kästner; die Kampagne gegen den „Rotsender Südwestfunk", dessen Mitarbeiter zum Teil wegen angeblicher Baader-Meinhof-Kontakte von der Staatsanwaltschaft verfolgt wurden; die Vandalenaktion von CDU/CSU-Abgeordneten in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, die scharfe Kritik Genschers 1974 an einer Staeck-Austellung in London; die Streichung öffentlicher Gelder für die Theatergruppe „Rote Rübe" wegen eines Stückes gegen das faschistische Regime in Chile, das auf einem Festival in Nancy gezeigt werden sollte.

„Triunfo" kommt zu dem Schluß, daß diese erwähnten Beispiele *„entlarvend genug für den derzeitigen Stand der Dinge"* seien, allerdings *„fast bedeutungslos im Vergleich zu der Kampagne – die zunächst verdeckt, nun aber immer dreister geführt wird – gegen die Beschäftigung von Personen im Öffentlichen Dienst, die der 'Feindseligkeit' zum System verdächtigt werden."* Im weiteren wird insbesondere auf die Berufsverbote gegen DKP-Anhänger und Sympathisanten eingegangen, wobei festgestellt wird, daß die Repressionsmaßnahmen gegen diese Partei in keinem Verhältnis zu ihrem realen Einfluß stehen, (was für die Repression gegen alle Antifaschisten und die revolutionäre Linke ebenso zutrifft, wie wir meinen).

Zum Schluß heißt es in dem Artikel: *„.... und wo ein bedeutendes Mitglied des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe (...) derselbe ist, der 1941 den Nichtariern den Journalistenberuf mit den Worten verbot: 'Das Dekret hat mit einem Schlag den mächtigen und schädlichen Einfluß für die Rasse und den kulturell zerstörenden Einfluß der Juden in der Presse ausgeschaltet'; wo all dies ungestraft passiert, da erscheinen die letzten Zeilen des verbotenen Gedichts von Andersch ('Ein Geruch breitet sich aus/ der Geruch einer Maschine/ aus der Gas strömt') keineswegs verfehlt."* („Triunfo", 24. Juli '76).

Es ist schon bezeichnend, daß eine Pressestimme aus einem noch faschistischen Land in dieser Weise mit der SPD/FDP-Regierungspolitik ins Gericht geht. Es zeigt erneut, daß die Empfindlichkeit und die Angst vor dem alten deutschen Imperialismus und Faschismus in diesen Ländern ausgeprägter ist, als leider in der BRD selbst. Schließlich ist gerade für das spanische Volk der Hitler-Faschismus und seine militärische Hilfe für die Franco-Truppen im spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 39) der entscheidende Wendepunkt für die Niederlage der Republik und die folgenden 40 Jahre Faschismus gewesen.

Spanien-Kommission



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



US-Streitkräfte in der BRD

Nach einem Bericht über die in der BRD stationierte 7. amerikanische Armee habe *„ein Aggressor keine Chance, nach Westen durchzubrechen".* So wurden die amerikanischen Verbände ständig modernisiert: *„Das gepanzerte Kavallerieregiment kann den Kampfpanzer Cobra-Tow einsetzen. Die Tow ist eine Raketenwaffe, die auf 3.500 Meter aus der Luft tödlich genau trifft. Den 1.700 amerikanischen M-60-Panzern sind vor einigen Monaten Kampfwagen beigegeben worden, die mit Raketen bestückt sind und... sowjetische T-62-Panzer auf einer Distanz von 3 km ausschalten"* könnten. („FAZ", 29.7.76). Nach dem Bericht heißt es weiter, daß die *„7. amerikanische Armee die Thesen des Heeres der Bundeswehr zur Grundlage ihrer Abwehrplanung gemacht"* habe. Der Panzer bleibe *„das Rückgrat des beweglichen Abwehrkampfes ... und ihm ist eine moderne Abwehrfamilie zugeteilt, deren Kern wiederum die Präzisionswaffen bilden."* Die US-Generäle gehen davon aus, daß *„wir außerordentlich erfolgreich operieren können. Abschußzahlen, bei denen der Gegner 16 Panzer, wir im Vergleich dazu nur einen Panzer verlieren, halten wir für möglich".* Die Kampfmittel seien in den letzten zwei Jahren um 20 % erhöht worden, was einen amerikanischen Offizier zu der Bemerkung verleitete: *„Ich zweifle nicht, daß bei einem Angriff des Warschauer Paktes unsere Männer die ersten Treffer des Feindes aufreiben werden. Wir werden die Front in einen Friedhof für die anderen verwandeln"* („FAZ", ebenda.).

Daß der Imperialismus sich bei einer militärischen Auseindandersetzung

Speerspitze gegen RGW-Länder

keinesfalls auf die „Verteidigung" beschränkt, sondern entsprechende Einheiten besitzt, die militärische Eroberungen vornehmen sollen, beweist das Panzerbataillon „Roter Löwe": *„In dieser Einheit ist das taktische Denken ganz auf Angriff (!!!) abgestellt; auf den operativen Gegenangriff innerhalb der strategischen Defensive natürlich".* Das genannte Panzerbataillon *„begreift sich und die ihr zugeteilte Infanterie als den dicken Stock (!) der Siebten Armee. Der Kommandeur ... versteht seinen Kampfauftrag als ... eine Kette ständiger Bewegungen, von Vorstößen, Ausweichmanövern, erneuten Vorstößen. Er hat seine Truppe für eine elastische Reaktion geschult".* Ein amerikanischer Offizier erklärte in einem Interview, der *„Roten Armee würde es so ergehen wie Ägypten am Mitla-Paß"* (dort sind die zionistischen Truppen durchgebrochen und haben den Suez-Kanal überquert).

Die Erklärungen amerikanischer Offiziere beweisen, daß die amerikanischen Einheiten in einem bewaffneten Konflikt neben dem Nachschub auch in der gesamten Konzeption mit den Verbänden der Bundeswehr zusammenarbeiten und die Soldaten voll auf einen A n g r i f f programmiert werden.



Immer zur Stelle: Der US-Imperialismus

Protest gegen Munitionsdepot

Die Bundeswehr plant ein Munitionsdepot ganz in der Nähe der Ennepetalsperre, nur vier Kilometer von der Staumauer entfernt. Im Falle einer Explosion ist ein Bruch der Staumauer und die Verseuchung des Trinkwassers der Talsperre sehr wahrscheinlich. 400 Einwohner der Stadt Hagen haben bis jetzt in einer Unterschriftenliste gegen dieses geplante Munitionsdepot protestiert (nach „die tat", 23.7.76).

Fristlose Entlassung zweier Wehrpflichtiger durch Gerichtsbeschluß aufgehoben

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat die fristlose Entlassung der beiden Soldaten Pomorin und Pultmann in einem endgültig rechtskräftigen Urteil aufgehoben. Beide hatten die DKP-Erklärung „Soldat '74" unterschrieben und sollten dadurch angeblich die militärische Ordnung gefährdet haben. Der Tenor der Urteilsbegründung lautet: Es ist rechtswidrig, wenn sich die Bundeswehr demokratisch engagierter oder unbequemer Soldaten durch fristlose Entlassung entledigt. Schon in einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist einmal festgestellt worden, daß es der Bundeswehr mit Rücksicht auf den Zweck der allgemeinen Wehrpflicht nicht erlaubt sei, sich unbequemer oder aggressiver (!) Soldaten ohne zwingenden Grund zu entledigen. Dieses Urteil stand bei dem neuen Urteil von Gelsenkirchen dahinter. Das Resultat aus dem Urteil ist also: Die Bundeswehr darf solche Soldaten nicht entlassen, sondern sie muß sie zügeln! (nach „die tat" vom 23.7.76)

Militärpropaganda der SPD
Großmachtchauvinismus

Nachdem die gesamte Propagandamaschinerie in der BRD immer vor der „wachsenden Rüstung", der „Überlegenheit" des „Ostens" usw. warnte, stellen vor allem die Militär„experten" der SPD die eigene Stärke des Imperialismus und insbesondere des BRD-Imperialismus heraus. So bezeichnete der SPD-Abgeordnete Buchstaller die angebliche Überlegenheit des Warschauer Paktes als *„puren Unsinn"* („Extra-Dienst", 4.8.76). In einer Rede des Staatssekretärs im westdeutschen Verteidigungsministerium, Schmidt-Würgendorf, vor der WEU (Westeuropäische Union) meinte dieser SPD-Rüstungs„experte": *„Es besteht kein Anlaß, die militärische Stärke der Nato herunterzuspielen .. Wer ständig auf Asymmetrien im konventionellen Kräfteverhältnis hinweist, sollte auch dazusagen, daß die Strategie des westlichen Bündnisses diesen Tatsachen Rechnung trägt... In vielen Jahren, in denen der Osten stärker gewachsen ist, ist der Westen nicht etwa schwächer geworden, sondern auch gewachsen. Es ist ... objektiv falsch, sich auf der einen Seite einen ... starken Osten und auf unserer Seite einen ... dekadenten ... Westen vorzumalen. Wer so handelt, macht die Verteidigungsausgaben in den Augen unserer Bevölkerung sinnlos und untergräbt den Verteidigungswillen (!) unserer Bevölkerung. Er züchtet fälschlicherweise ein Unterlegenheitsgefühl und betreibe damit fahrlässig die Geschäfte des Gegeners"* („Frankfurter Rundschau", 15.7.76). Da liegt also der Hase begraben! Während CDU/CSU von „militärischer Sicherheit" lieber erst dann sprechen wollen, wenn die BRD-Imperialisten bis ins letzte Knopfloch hinein bewaffnet sind, möchte die SPD lieber schon heute chauvinistische „Überlegenheit" ihres „Modell Deutschland" propagieren.

So rühmte dann auch Schmidt-Würgendorf, daß *„mein Land ernst damit meint, wenn es den höchsten Pro-Kopf-Beitrag von allen europäischen Verbündeten für die Verteidigung aufbringt".*

Faschisten in der Bundeswehr

– Im (Nachfolge)-SS-Organ „Der Freiwillige" (Juli 1976) wird berichtet, daß der *„Kommandeur des Verteidigungskreiskommandos Wetzlar, Oberstleutnant Behnke, Grüße der Bundeswehr beim Frühlingsball der ehemaligen Waffen-SS in Reiskirchen"* übersendet hat („die tat", 23.7.76).

– Zwei SS-Henker der ehemaligen SS-Division „Totenkopf" – es handelt sich um die beiden Wächter der KZ's Dachau und Buchenwald! – nahmen in Arolsen an der Vereidigung von zwei Ausbildungskompanien der Bundeswehr teil („die tat", ebenda).

– Das genannte Faschistenblatt „Der Freiwillige" berichtete stolz, daß in Sonthofen *„ein Hauptmann der Bundeswehr gemeinsam mit einem Kameraden der HIAG die Ehrenwache"* hielten.

Man sieht, daß in der Bundeswehr nicht nur die faschistische Ideologie weiter gedeiht und wächst, sondern sogar der personelle Kontakt mit den Schergen der Faschisten-Armee intensivst gepflegt wird!

Frankreich zieht Soldaten aus der BRD ab

Von 60.000 in der BRD stationierten französischen Soldaten werden 3.000 abgezogen. Das französische Verteidigungsministerium begründete den Truppenabzug aus der BRD mit der *„Notwendigkeit, die aktiven Bodenstreitkräfte neu zu organisieren"* (nach „FR", 29.7.76).

Zwei der drei abgezogenen Regimenter werden in den Elsaß zurückgezogen und an den dort stationierten taktischen Pluton-Atom-Raketen ausgebildet. Nach der Ausbildung werden die mit Pluton-Raketen ausgerüsteten Regimenter neue Standorte beziehen, und zwar an der belgischen Grenze in Laon und nahe der deutschen Grenze in Oberhofen (nach „Welt", 30.7.76).

Es ist damit zu rechnen, daß in naher Zukunft weitere französische Militärverbände reorganisiert werden. Begründet ist diese Annahme durch das Fallenlassen der „de Gaulle-Doktrin", die die Wahrung der nationalen Souveränität in der Verteidigungs- und Europa-Politik zum Gegenstand hatte. Abweichend von dieser Doktrin verlangte der französische Generalstabschef Mery vor kurzem eine führende Rolle der französischen Armee an der Ostgrenze der BRD und zwar im Sinne der Nato-Strategie der Vorwärtsverteidigung.

Die Umstrukturierung der französischen Landstreitkräfte zielt darauf ab, kleinere, moderne Kampfbrigaden aufzubauen – nach dem Vorbild der Nato-Brigaden.

Damit hat der französische Imperialismus auch auf diesem Gebiet eine gewisse Annäherung an die Nato vollzogen.

Bundeswehr bildet auch künftig lateinamerikanische Offiziere aus

Im „Lehrgang für Truppenführung" an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, der im Oktober beginnt, nehmen auch wieder Offiziere aus lateinamerikanischen Ländern teil: Ein argentinischer und ein brasilianischer Offizier sind neben Offizieren aus Südkorea, dem Iran, Indonesien, Japan, Nepal, Pakistan, den Philippinen, der Schweiz, Thailand und dem Sudan geladen worden („Welt", 29.7.76). Auf einen chilenischen Offizier hat die Führungsakademie verzichtet, nachdem Oberstleutnant Kraushaar's Lobeshymne auf die chilenische Blutdiktatur allzu bekannt wurde.

Elbe-Seitenkanal als Panzersperre?

Während der Elbe-Seitenkanal so hingepfuscht wurde, daß er nach vier Wochen bereits auslief, ist seine militärische Funktion voll durchgeplant. Dazu schrieb die „Welt": *„Nach Erprobungen der Panzerkampfschule in Munster wurde ein günstiger Neigungswinkel für die Uferböschung gefunden, der es Panzern unmöglich macht, nach dem Durchwaten des Kanals am westlichen Ufer wieder heraufzuklettern".* Andererseits ist von den Nato-Generalstäblern vorgesehen, den Kanal bei „einem potentiellen Panzerangriff" entweder zu zerstören oder auslaufen zu lassen (alle Angaben nach „Welt", 21.7.76). Vielleicht war der Unfall am Kanal für die Nato ein „Übungsfall"?!

Werkschutz wird zur Nahkampftruppe

Einen *„leistungsstarken, bewaffneten Werkschutz"* hat jetzt das bayrische Umweltministerium für alle Kernkraftwerke angeordnet. Begründung: *„Die Maßnahme ist im Hinblick auf die derzeitige weltpolitische Lage zur Erhöhung des Schutzes kerntechnischer Anlagen gegen Sabotage und Terror nötig."* Die Werkschutztruppen sollen im Nahkampf ausgebildet werden, denn sie müßten in der Lage sein, etwaigen Angreifern erst hinhaltenden Widerstand zu leisten.

(nach „Extra-Dienst" vom 23.7.76)



Mitbestimmungs-Kapriolen

Die Mitbestimmung soll nach Angaben der Gewerkschaftsführer der verstärkten Mitwirkung, Einflußnahme und Beteiligung der „Arbeitnehmer" an der Produktion dienen und die Willkür der Unternehmer einschränken. Die folgenden Beispiele der jüngsten Vorbereitung auf die Pöstchen in Aufsichtsräten nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz zeigen, daß die Mitbestimmung nicht nur der verstärkten Bindung der Arbeiterklasse an die Interessen des Kapitals dient, sondern auch der Bestechung und Korrumpierung eines kleinen Teils der Arbeiter. Diese bestochenen Elemente wiederum sind die Hauptträger und Verbreiter der Partnerschaft mit den Kapitalisten und der Klassenzusammenarbeit. Wir finden sie heute vor allem an führender Stelle in den Gewerkschaften.

IGM - Empfehlungen

Die IG Metall-Führung hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die die Aufsichtsratsposten für die Gewerkschaftsführer sichern sollen:

– für die Wahl der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten sollen in erster Linie hauptamtliche (d.h.: aus Gewerkschaftsbeiträgen bezahlte) Vertreter der IGM vorgeschlagen werden. Damit die Hauptamtlichen nicht völlig ihre Aufgabe als Gewerkschaftsführer vergessen, dürfen sie „nur" in maximal zwei Aufsichtsräten Mandate übernehmen.

Um ihre Aufsichtsratsmitglieder vor zu starker Korrumpierung zu „schützen", um sie nicht in Gewissenskonflikte wegen ihrer Treue zum Unternehmen (sprich: Kapitalisten) zu bringen, hat die IGM-Führung eine Reihe von Empfehlungen zum „Schutz" ihrer Aufsichtsratsmitglieder beschlossen:

– ein Gewerkschaftsvertreter soll nicht gleichzeitig im Aufsichtsrat zweier miteinander konkurrierender Unternehmen sitzen;

– Leiter der IGM-Verwaltungsstellen sollen möglichst nicht in Aufsichtsräten von Betrieben ihres Verwaltungsstellenbezirks sitzen, da sie bei Arbeitskämpfen in *„Konflikt mit ihrer Treuepflicht gegenüber dem Unternehmen"* geraten könnten;

»Na, mein lieber Riediger,
gehen wir vor dem Essen
– für die Wahl der Gewerkschaftsver- *ternehmen"* geraten könnten;

– wird kein Hauptamtlicher, sondern ein noch Arbeitender als Gewerkschaftsvertreter für einen Aufsichtsrat vorgeschlagen, so soll er möglichst nicht den Posten in einem Betrieb übernehmen, der in Konkurrenz steht zu dem, in dem er beschäftigt ist (alle Angaben nach „Handelsblatt", 12.7.).

Man sieht, es ist nicht leicht, sich als sogenannter Gewerkschafter durch die miteinander konkurrierenden Interessen der Kapitalisten durchzuschlängeln und gleichzeitig dabei auch noch immer daran denken zu müssen, daß man ja den Kollegen gegenüber erklären muß, man vertrete ihre Interessen. Wie sagte doch die „Welt der Arbeit" (DGB-Führer-Organ): Wir brauchen *„Kluge Köpfe für den Aufsichtsrat"* (30.7.).

Arbeitsdirektoren

Bereits im AK 84 berichteten wir, daß der Hauptkampf der Gewerkschaftsführer zur Zeit darum geführt wird, die Posten der sogenannten „Arbeitsdirektoren" (eine Art Personalchef), der gutbezahltes Vorstandsmitglied ist, mit Gewerkschaftsvertretern zu besetzen und nicht mit den von Kapitalisten ausgesuchten Managern.

Mittlerweile sind einige Fälle be-
beitsdirektoren" (eine Art Personalchef), der gutbezahltes Vorstandsmitglied ist, mit Gewerkschaftsvertretern zu besetzen und nicht mit den von Kapitalisten ausgesuchten Managern.

Mittlerweile sind einige Fälle bekannt geworden, in denen sich das Problem bereits von selbst gelöst hat: in einer Reihe von Unternehmen, die in Bundesbesitz sind, sollen die Betriebsratsvorsitzenden diesen Managerposten besetzen. Unerwartete Schützenhilfe leistete auch die CSU.

Bei der Bayernwerk AG (zu 60 % im Besitz des „Freistaats Bayern") soll ebenfalls der Betriebsratsvorsitzende Arbeitsdirektor werden. Die Zustimmung dazu hat der Aufsichtsrat unter Vorsitz des bayrischen CSU-Finanzministers Huber bereits gegeben:

Gegen dieses Vorgehen haben mittlerweile die FDP und ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Graf Lambsdorff protestiert. Die FDP, die sich bereits bei der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes für die Leitenden Angestellten stark machte, sieht die Interessen der „eigentlichen" Manager durch die gewerkschaftlichen Ersatzmanager gefährdet und erreichte, daß Bundeskanzler Schmidt für alle Bundesunternehmen anordnete, daß Arbeitsdirektoren erst dann ernannt werden dürfen, wenn die Aufsichtsräte nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz gewählt sind. Da aber noch nicht einmal die Wahlordnung hierzu verabschiedet ist, müssen sich nun einige besonders korrupte Herren in den Betriebsräten mindestens noch Jahr gedulden, bevor ihnen als Verdienst für ihren Verrat an den Arbeiterinteressen dieser Posten dann wohl doch noch angeboten wird (Angaben: „Handelsblatt", 14.7.).

Kapitalistische Experten gesucht

Was tun, wenn auf der „anderen Seite" in den Aufsichtsräten *„100 Semester Jura und Wirtschaftswissenschaften"* sitzen, diese Frage stellt die „Welt der Arbeit" (30.7.). Die Antwort ist ganz einfach: nacheifern.

In Lehrgängen für „Arbeitnehmervertreter" soll neben der sowieso vorausgesetzten jahrelangen Erfahrung als Gewerkschaftsführer und führender Betriebsrat *„zusätzliche Qualifikationen (vermittelt werden), um den speziellen rechtlichen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Anforderungen der Aufsichtsratstätigkeit zu genügen"*.

KB/Gruppe Bremen



Eles — endgültig dicht!

Am 30. Juni hat Eles-Boß Szor die letzten 90 Kollegen mit einer Abfindungssumme von 94.000 DM vor die Tür gesetzt. Die hessischen Textilkollegen hatten im letzten Winter einen hartnäckigen Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen geführt (vgl. Berichte im AK).

Als „Sozialplan" wurde zwischen Gewerkschaftsführung und Geschäftsleitung ein Betrag von 17,77 DM pro Beschäftigungsmonat ausgehandelt, obwohl die ausländischen Kollegen, die oftmals noch nicht so lange wie die deutschen im Betrieb waren, aber andererseits vom Verlust ihres Arbeitsplatzes wesentlich härter betroffen sind, einen Grundbetrag von 800,- DM gefordert und auch von der Gewerkschaftsführung zugesichert bekommen hatten. Der Betriebsrat weigerte sich jedoch, den Sozialplan zu unterschreiben, ehe nicht der Grundbetrag wieder eingesetzt war, und setzte sich damit durch.

METALL

METALL

Göppingen
Brutaler Abbau von Sozialleistungen

In der „Welt der Arbeit" vom 23.7. ist ein Bericht des Bevollmächtigten der IG Metall in Göppingen abgedruckt, der einen Überblick gibt, wie rigoros und rücksichtslos die Kapitalisten während der Krise innerbetriebliche freiwillige Sozialleistungen abbauten.

Betroffen von derartigen Maßnahmen waren Kollegen aus 33 Betrieben. Spitzenreiter in dieser Liste ist die Firma Schuler. Hier wurden nicht weniger als 16 Sozialleistungen gestrichen. Weg fielen u.a. der Jahresausflug, das Wochenseminar für Lehrlinge, das Werkessen für Nachtschichtarbeiter, der Schichtbusverkehr, die Fahrgeldzuschüsse sowie das Weihnachtsgeld. Außerdem wurden zahlreiche Werkswohnungen verkauft und der neue Vermieter erhöhte sofort die Miete.

Die Schichtarbeiter der Firma Zinser verloren ihre 20% Schichtzulage. Firma Hörauf stellte ihr Urlaubswerk ein. Bisher konnten hier die Arbeiter auf Kosten des Betriebes ihren Urlaub im dreijährigen Turnus verbringen.

In fast allen Betrieben wurden die Essenspreise erhöht.

Diese für den Raum Göppingen vorgelegte Untersuchung schildert keinen Ausnahmefall. Mit der gleichen Brutalität wurden überall Sozialleistungen abgebaut.

Gegen Hitzefolgen — Meldungen

Am 7. Juli setzten die Kollegen von Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln auf einer Betriebsversammlung ihre Forderung nach einer Hitzepause durch. Ab der Spätschicht wurde die Pause um eine halbe Stunde verlängert.

■

Bei Pierburg in Neuss wurden 20 Minuten zusätzliche Pause vereinbart.

■

Bei Ford in Köln wurden zwei zusätzliche Pausen von je 10 Minuten pro Schicht vereinbart. Das gilt für Außentemperaturen ab 23 Grad.

■

Am 10./11. Juli streikten die Stahlarbeiter einiger Werke des Röchling-Konzerns in Burbach und Völklingen für eine Hitzezulage. Wegen einer Neubewertung der Arbeitsplätze forderten sie auch 46 Pfennig mehr Lohn.

Warnstreik im Motorenprüffeld

Am 2. Juli standen im Motorenprüffeld bei Daimler in Untertürkheim die Motoren still. Die Kollegen verließen die Arbeitsplätze und gingen ins Freie. Im Frühjahr und im Juni hatte die Geschäftsleitung Akkorderhöhungen zuerst an den 6-Zylinder-Prüfständen und dann an den 4-Zylinder-Prüfständen beschlossen. Als am Freitag bekannt wurde, daß zusätzlicher Urlaub, zusätzliche Hitzepausen und Überstundenabbau während der Hitzewelle abgelehnt worden waren, hatten die Kollegen endgültig die Schnauze voll!

Die Werkstatt für Behinderte: Brutalste Ausbeutung

Im § 55 des Schwerbehindertengesetzes ist festgelegt, daß die Bundesregierung per Rechtsverordnung *„die fachlichen Anforderungen der Werkstatt für Behinderte"* bestimmt. Die in nächster Zeit wohl erlassene Verordnung wird, wie vor kurzem bekannt wurde, gleichsam offiziell bestätigen, daß die Werkstätten für Behinderte (WfB) nichts anderes sind als Instrumente der Kapitalisten zur brutalsten Ausbeutung der Behinderten.

Schon seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß immer mehr Leichtbehinderte in die Werkstätten aufgenommen werden. Sogar Behinderten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung wird vom Arbeitsamt „empfohlen", in WfBs zu gehen – so geschehen in Braunschweig, bei einem querschnittgelähmten Feinmechaniker und in Osterode, bei einer Weißnäherin mit Polio. Sehr zustatten kommt dem Arbeitsamt dabei die hohe Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten und die oft an den Haaren herbeigezogene Behauptung, der Betreffende stünde der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung. Ziel der ganzen Aktion ist offensichtlich, das Leistungs- (sprich Produktions-Niveau) der Werkstätten zu heben. „In der Anordnung Reha vom 31. Juli 1975 heißt es, daß der Behinderte eine Arbeitsleistung von mindestens einem Drittel der Leistung eines Nichtbehinderten in vergleichbarer Funktion haben muß" („Die Zeit", 16.7.76). Im Klartext heißt das, daß vor allem geistig und mehrfach-Behinderte, für die ursprünglich die beschützenden Werkstätten gedacht waren, unten rausfallen, und für sie praktisch nur noch die Aufbewahrung (im wahrsten Sinne des Wortes) in irgendwelchen Heimen zu erwarten ist. Dieser Regelung – „die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen" – soll auch die demnächst zu erwartende Rechtsverordnung der Bundesregierung dienen. *„Danach will man Behinderte drei Monate in einer Eingangsstufe und dann zwei Jahre, zumindest aber ein Jahr, in einer Trainingsstufe aussortieren. Bare Leistungen der Werkstatt an die Behinderten sollen während dieser Zeit nicht gewährt werden (!), um die Behinderten zu motivieren, möglichst bald die nächste Stufe zu erreichen"* („Die Zeit", ebenda).

Auch hier wird praktisch schon Vorhandenes nur noch offiziell abgesegnet. Die Trainingsstufe, wo die Einteilung in für die Produktion Brauchbare und Unbrauchbare erfolgt, gibt es schon seit einiger Zeit in der WfB Salzgitter. In der WfB Osterode erhalten die Beschäftigten zumindest in den ersten drei Monaten keinerlei Lohn.

Vorteile des WfBs gibt es nur für die Kapitalisten. Die extrem niedrige Bezahlung der Behinderten sichert den Profit, die totale Rechtlosigkeit der WfB-Beschäftigten (die WfBs sind ausdrücklich von den Regelungen des Schwerbehindertengesetzes ausgenommen) garantiert ein „ruhiges Arbeitsklima" und „hohe Arbeitsmoral". Aufträge an die WfBs sind für die Kapitalisten durchaus keine Verlustgeschäfte, wie sie selbst der Öffentlichkeit immer einreden wollen. *„Da sie* (die WfB) *die Prämien für die Behinderten selbst festsetzt, kann sie arbeitsintensive Produkte herstellen, deren Produktion für normale Industriebetriebe wegen der hohen Personalkosten zu unrentabel wäre"* (aus einer Untersuchung des Instituts für Sozialrecht an der Ruhr-Universität Bochum).

KB-Sympathisant aus Salzgitter

Olympia-Werke

Die Olympia-Werke AG Wilhelmshaven wollen ihr Zweigwerk in Schwei (Landkreis Westermark) in der Nähe von Wilhelmshaven schließen. Das wurde den 218 Kolleginnen und Kollegen, in der Mehrheit Frauen auf einer Betriebsversammlung mitgeteilt.

Blohm KG
Lohn auf Pump

283 Kollegen der Schleifmaschinenfabrik Robert Blohm KG in Hamburg-Bergedorf, darunter 20 Lehrlinge, bekommen ihren Juli-Lohn auf Pump von der Bank für Gemeinwirtschaft. Dafür treten sie ihre ausstehenden Löhne an die Bank ab.

Obwohl die Firma ihren Umsatz steigern konnte und noch ein Auftragspolster von 10 Mio. DM da ist, ist kein Geld mehr da. Die Geschäftsleitung verhandelt mit dem Hamburger Senat über eine Bürgschaft von 4 Mio. DM, um den Betrieb weiterzuführen. Seit 1974 wurde schon über die Hälfte der Kollegen auf die Straße geworfen.

Siemens, Erlangen

Nur 10 Monate Funktionsverbot für rechte Spalter

Bei den letzten Betriebsratswahlen hatte es bei den Angestellten vier verschiedene Listen gegeben. Neben einer offiziellen IG-Metall-Liste gab es noch je eine von DAG, CSU und „Unabhängigen" – letztere auf stramm antigewerkschaftlichem Kurs. Auf sämtlichen Listen kandidierten auch IGM-Mitglieder.

Nachdem bereits 1972 eine gemeinsame IG-Metall-Liste an den alteingesessenen IGM-Funktionären gescheitert war, wurde diesmal ein gemeinsames Auftreten gar nicht erst versucht, sondern gleich eigene Listen aufgestellt. Der Grund lag wohl darin, daß sie wegen ihres Desinteresses an der Arbeit des Vertrauenskörpers (sie haben kaum eine besucht) wenig Chancen sahen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz aufgestellt zu werden. Außerdem fürchteten sie, daß ein offizielles Auftreten als IG-Metaller ihre Wahlchancen bei den Angestellten erheblich mindern würde.

Mauscheleien nach innen...

Obwohl die IG-Metall-Listen bei Arbeitern und Angestellten zusammen die stärkste Gruppe im neuen Betriebsrat stellten, taten sich DAG, CSU und „Unabhängige" einschließlich „ihrer" IG-Metall-Mitglieder zusammen und verteilten die Pöstchen fast ausschließlich unter sich. Vorsitzender wurde ein „Unabhängiger", Stellvertreter ein Mitglied der bei den Arbeitern klar unterlegenen CSU-Liste.

Diese Mehrheit bestimmt bis heute die Politik im Betriebsrat.

So hielten sie es nicht für nötig, Angestellte über Umorganisierungen zu informieren, sondern stellten sie auf der Abteilungsversammlung vor vollendete Tatsachen.

Erwähnt seien noch zwei Betriebsvereinbarungen, in denen der Betriebsrat auf ein eigenständiges Informationsrecht verzichtete. So verpflichtete er sich bei der gleitenden Arbeitszeit, die Betroffenen nur in Absprache und gemeinsam mit der Geschäftsleitung anzusprechen. Informationen über die Personalplanung wolle er sich ausschließlich über die Abteilungsleitungen beschaffen.

All dies konnte im Betriebsrat durchgesetzt werden, obwohl rein zahlenmäßig die IG-Metall-Mitglieder aller Listen eine eindeutige Mehrheit im Betriebsrat hatten.

...Geheimhaltung nach außen

Doch das war nicht alles. IG-Metall-Kollegen, die dieses Spielchen nicht mitmachen wollten und Stellungnahmen des Betriebsrates auf eigene Faust nach außen trugen, wurden massiv unter Druck gesetzt. Eine Kollegin wurde deshalb sogar vor einen Untersuchungsausschuß (!) des Betriebsrates zitiert und mit dem Ausschluß aus dem Betriebsrat bedroht – „leider" vergeblich.

IG-Metall-Führung rechtsblind

Inzwischen hatten jedoch schon mehrere Vertrauensleute einen Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens wegen Kandidatur auf rechten Spalterlisten gestellt. Außerdem hatte der Vertrauenskörper in einer fast einstimmig gefaßten Resolution an den Hauptvorstand den Ausschluß dieser Kollegen gefordert. In der Begründung hatte es unter anderem geheißen, daß eine glaubwürdige gewerkschaftliche Interessenvertretung solange kaum durchzusetzen sei, wie Gewerkschaftsmitglieder wesentliche Träger der arbeitnehmerfeindlichen Politik des Betriebsrates seien.

Vor Beginn des Untersuchungsverfahrens waren zwei „Kollegen" bereits „freiwillig" ausgetreten. Einem dritten konnte trotz beharrlichen Leugnens seine Mitgliedschaft im „Christlichen Gewerkschaftsbund" nachgewiesen werden. Vor dem Untersuchungsausschuß wurden dann den verbliebenen „Kollegen" noch goldene Brücken gebaut: Ob sie bereit wären, bei den nächsten Wahlen auf einer zweiten (!) IG-Metall-Liste zu kandidieren? Der Ausschuß empfahl dann ein zweijähriges Funktionsverbot, und das, obwohl einer der Kollegen zugab, die Aufstellung der CSU-Liste selbst erst initiiert zu haben. Das bedeutet, daß diese Herren nicht nur weiter Mitglied in der IG-Metall sind, sondern daß sie bei der nächsten Wahl – diesmal ganz offiziell – auf einer zweiten IG-Metall-Liste ihre unternehmerfreundliche Politik weiterführen.

Die Empörung der Kollegen wuchs jedoch noch mehr, als sie erfuhren, daß der Hauptvorstand noch unter dieser „Empfehlung" des Untersuchungsausschusses blieb und das Funktionsverbot auf zehn Monate beschränkte!

Angesichts der eindeutigen Stellungnahme des Vertrauensleutekörpers kann das nur als bewußter Schlag ins Gesicht aller fortschrittlichen Gewerkschaftskollegen gewertet werden. Zumal, wenn man bedenkt, mit welcher Konsequenz Gewerkschaftsausschlüsse gegen solche Kollegen verfügt werden, die sich „zu sehr" für die Interessen der Kollegen eingesetzt haben.

Zelle Betrieb und Gewerkschaft
KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

IGM-Führer mit „schwarzen Listen" und Hetze gegen kämpferische Kollegen

Wieder einmal wurde in der Westberliner Beilage der „Metall" eine Liste von „in jüngster Zeit" aus der IG Metall ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen veröffentlicht. Insgesamt 24 Kolleg(inn)en wurden mit vollem Namen, Geburtsdatum und mit Angabe des Betriebes, wo sie bei Einleitung des Ausschlußverfahrens beschäftigt gewesen sind, aufgeführt.
Diese Praxis der stramm antikommunistisch ausgerichteten Westberliner IGM-Führer ist nicht neu: erstmals im August 1974 waren 37 Gewerkschafter(innen) auf einer derartigen Liste „der Öffentlichkeit" bekanntgegeben worden (vgl. AK 50).

Der Zweck dieser üblen Praktiken ist eindeutig: Es ist eine direkte Aufforderung an die Kapitalisten, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kolleg(inn)en auch noch aus dem Betrieb zu werfen; es ist ferner ein „Tip" für alle anderen Kapitalisten, diese Kollegen nach ihrer Kündigung in ihrem alten Betrieb nicht einzustellen. Letztendlich posaunen die Herren Gewerkschaftsführer recht unverhohlen aus, daß es ihnen auch darum geht, die „Staatsschutz"-Behörden auf diese Kollegen aufmerksam zu machen (wenn sie nicht schon eh ein Auge darauf hatten), damit mit ihnen bei „gegebener Zeit" eventuell kurzer Prozeß gemacht werden kann.

So findet sich in der „Metall" neben der Ausgeschlossenen-Liste folgender bemerkenswerter Kommentar: *„Die Chaoten der unterschiedlichen polit-abenteuerlichen kommunistischen Gruppierungen erlangten in der Berliner Metallindustrie niemals Bedeutung ... Jetzt scheinen diese Gruppen am Ende zu sein. Einer ihrer Anführer, der KPD-Vorsitzende Heinrich, der für manches vor den Metallbetrieben verteilte Schmutzblatt verantwortlich zeichnete, wurde kürzlich zu einem Jahr Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilt ... Dennoch gilt es, weiterhin die Radikalenszene aufmerksam zu verfolgen. Gerade der angeschlagene Gegner greift in seiner Wut nicht selten zu gewalttätigen Mitteln. Beispiele ihres Verhältnisses zur Gewalt gaben die Kriminellen unter den Chaoten schon oft."*

Mit diesem unverhohlenen Beifall für das Terrorurteil von einem Jahr Gefängnis für die „KPD"-Propaganda im Rahmen der Kampagne „Kinderpoliklinik in Bethanien" bekunden die Westberliner IGM-Führer, wie sie sich die weitere „Auseinandersetzung" mit den von ihnen ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen vorstellen ...

Angesichts dieser antikommunistischen Verbohrtheit ist es nicht weiter verwunderlich, daß die IGM-Führer im „Eifer des Gefechts" gegen links selbst die Grenzen des bürgerlichen Rechts überschreiten. So mußten sie in der Westberliner Beilage der „Metall" bereits folgende Gegendarstellung einer betroffenen Kollegin abdrucken:

„...Durch den Abdruck meines Namens auf einer Liste von ausgeschlossenen Kollegen hat die IG Metall meinem Ruf schweren Schaden zugefügt. Die Ausgeschlossenen werden als ‚Kriminelle', ‚Chaoten' und ‚Kommunisten' bezeichnet oder mit solchen gleichgestellt. Demgegenüber stelle ich folgendes fest:

1. *Ich habe keine Vorstrafen.*
2. *Ich gehöre keiner kommunistischen Partei oder Gruppe an.*
3. *Ich habe bisher auch keine Aktivitäten von derartigen Gruppen unterstützt oder gefördert.*
4. *Ich war Kandidat auf der Liste 3 der Betriebsratswahl bei Solex. Das ist das einzige, das mir vorgeworfen wurde.*
5. *Der Grund für die Kandidatur lag im Mangel von Aktivität von Seiten des alten Betriebsrats. Ferner in Zweifeln an der Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit eines freigestellten Betriebsratsmitglieds, das weit vorn auf der Metall-Liste stand.*
6. *Es war nie meine Absicht, dem Ansehen der IG Metall zu schaden. Dafür bürgt meine 14jährige Mitgliedschaft. Nach meiner Auffassung hat meine Kandidatur auf der Liste 3 der IG Metall auch keinen Schaden zugefügt."*

Zwei Kolleg(inn)en, die wegen ihrer Kandidatur auf der „2. Liste" zu den BR-Wahlen 1975 bei Krone ausgeschlossen worden sind, versuchten sich unter Zuhilfenahme des bürgerlichen Rechts vorbeugend gegen die denunziatorische und existenzgefährdende Veröffentlichung ihrer Namen in der „Metall" zur Wehr zu setzen. Daraufhin reagierten die IGM-Führer mit einem Extra-Artikel in der „Metall", in dem sie ihr dreckiges Geschäft zunächst einmal mit unglaublichem Zynismus rechtfertigten:

„METALL Berlin erfüllte Chronistenpflicht (!), wenn sie in regelmäßigen Abständen über Ausschlüsse aus der IG Metall informierte.

Diese Veröffentlichungen lösten in der Vergangenheit häufig den Unwillen (!) der Betroffenen und wahre Hetztiraden (!) in den Schmierblättern (?) der verschiedensten kommunistischen Gruppierungen aus. Man gewann den Eindruck, als fürchteten diese Gruppen nichts so sehr wie das Bekanntwerden ihrer Anhänger (!!)."

Dann wird gegen die „neue Masche" von Ausgeschlossenen vom Leder gezogen, die IGM-Führer über das Gericht daran zu hindern, *„die Mitglieder der IG Metall (?) darüber zu informieren (!?), wer aufgrund der Bestimmungen der Satzung der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde. Im Auftrag ihrer Mandanten Barbara J. und Harald G. (die Namen sind in der „Metall" ausgeschrieben) verlangt (eine Rechtsanwältin) innerhalb einer Woche, daß METALL die Namen der am 15.6.1976 durch den Vorstand ausgeschlossenen ehemaligen Mitglieder nicht veröffentlichen wird. METALL Berlin wird weiter über bedeutsame Vorgänge aus dem Organisationsleben (!) berichten."*

Überraschen kann diese Reaktion der IGM-Führer sicherlich nicht; aufschlußreich ist jedoch, wie unverfroren gelogen wird: So werden die beiden Krone-Kollegen mit angeblichen „Hetztiraden in den Schmierblättern der verschiedensten Gruppierungen" in Verbindung gebracht. Ausgeschlossen worden sind diese Kollegen jedoch nicht wegen „Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation", und schon gar nicht, weil sie für „Hetztiraden in Schmierblättern" verantwortlich gewesen wären, sondern wegen ihrer Kandidatur auf der oppositionellen Liste zu den Betriebsrätewahlen bei Krone im Frühjahr 1975, zu der sie sich gezwungen gesehen hatten, da ihnen die IGM-Führer eine Kandidatur auf der Gewerkschaftsliste verwehrt hatten: die IGM-Liste war dem Vertrauensleutekörper ohne vorherige Diskussion vorgelegt und in einem „Wahl"gang durchgepeitscht worden (vgl. AK 72).

Was die sogenannten „Hetztiraden in Schmierblättern" angeht, wären die IGM-Führer im übrigen besser beraten, die Autoren in ihren eigenen Reihen zu suchen. Denn mit ihrer Unterstützung (um es vorsichtig auszudrücken) waren während der BR-Wahl anonyme Hetzschriften, aufgemacht als Fälschungen der Sponti-Betriebszeitung „Klassenkampf", verbreitet worden, in denen die Kandidaten der „2. Liste" in Nazi-Manier als *„chinesisch-albanische Staatsbürger, deutscher Nation"*, *„Saboteure"*, die *„die Liste vollkommen undemokratisch und diktatorisch"* aufgestellt hätten und in *„Exekutiv-"* bzw. *„Schnallenkommunen"* leben würden usw. diffamiert wurden (vgl. AK 57).

Diese Hetzkampagne wird nun fortgesetzt im offiziellen Sprachrohr der IGM-Führer. Durch intensive Hetze und Diffamierungen sollen die klassenkämpferischen Kollegen eingeschüchtert und davon abgehalten werden, sich gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführer und deren systematische Denunziantentätigkeit zur Wehr zu setzen. Durch diese Rechnung muß ihnen ein Strich gemacht werden!

KB/Gruppe Westberlin

Siemens. Gladbek

Erfolg für linke Betriebsräte

Am 30. Juni wurde die Betriebsrätewahl bei Siemens in Gladbek wiederholt. Dazu war es gekommen, weil ein Betriebsratsfürst Wahlschiebung begangen hatte, indem er insbesondere ausländische Kolleginnen bei der Wahl „beraten" hatte. Oppositionelle Kollegen, die sich mit einer eigenen Liste zur Wahl gestellt hatten, fochten das Ergebnis mit Erfolg an. Das Arbeitsgericht in Hamm entschied, daß die Wahlen wiederholt werden müssen (vgl. auch Berichte im AK).

Das Ergebnis: 50,8% für die oppositionelle Liste (915 Stimmen), 886 für die IGM-Liste, 27 Enthaltungen, 104 ungültige Stimmen! Leider wird es trotzdem keine fortschrittliche Mehrheit im neuen Betriebsrat geben. Die oppositionellen Kollegen hatten wohl selbst nicht mit einem solchen Erfolg gerechnet und nicht genug Kandidaten aufgestellt, um jetzt alle ihnen zustehenden Sitze besetzen zu können.

Gegen sechs dieser Kollegen sind bereits von der IGM-Führung Ausschlußverfahren eingeleitet worden!

Solidarisiert euch mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen!

Kontaktadresse:
Gert Skerra
Blindschacht 59
4660 Gelsenkirchen-Buer

Gewerkschaftsführer „Menschlich" gesehen

Hans Mayr, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Metall, muß vor den Kadi! Grund: Letzten November fuhr er an der Raststätte Grundbergsee in der Gegenrichtung auf der Autobahn Hamburg-Bremen. Als die Bullen ihn mit drei Streifenwagen verfolgten, versuchte er abzuhauen (vielleicht aus Angst vor unseren schnellen Schützen?). Als die Bullen ihn eingekreist hatten, leistete er sogar noch kurz „Widerstand gegen die Staatsgewalt", was sonst überhaupt nicht zu seinen Angewohnheiten gehört. Aber es wurde dann festgestellt, daß er einen Kleinen in der Krone hatte, 0,66 Promille. Bis jetzt hatte ein freundlicher Amtsrichter aus Verden ihn vor der Schande eines Prozesses bewahrt, vielleicht aus Sorge um unsere Beiträge? Aber nun will das Landgericht ihn doch wegen „gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Widerstands gegen einen Vollstreckungsbeamten" vor seine Schranken zitieren.

Daß Hans Mayr und seine Freunde auf der Gegenfahrbahn fahren, wußten wir ja schon. Leider sind sie bis jetzt noch nie dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Aber in diesem Fall muß jeder aufrechte Gewerkschafter nun doch Protest einlegen. Wenn sie ihm nämlich seinen Lappen wegnehmen, müssen wir ihm auch noch den Chauffeur bezahlen. Und das, wo doch schon fast nie Geld für Flugblätter da ist, geschweige denn für Streiks.

Der Verkauf von Fichtel & Sachs hat begonnen

Trotz des Verbots des Kartellamtes, daß der britische Maschinenbaukonzern GKN 74,99% der Aktien der Sachs AG übernimmt, hat der Verkauf der Aktien begonnen. Das Kartellamt hatte den Verkauf wegen der Gefahr des „Aufbaus einer marktbeherrschenden Stellung" untersagt. Ende Juli übernahm GKN 24,98% des Grundkapitals zum Preis von 110 Mio. DM. Diese Transaktion war möglich, da der Erwerb einer Kapitalbeteiligung unter 25% nicht anmeldepflichtig ist.

Weiterhin planen Sachs AG und GKN die Übernahme von fast 75% der Sachs-Aktien. Mit dem jüngsten Verkauf ist der erste Schritt getan. Grünes Licht erhielten sie auch durch die Brüsseler EG-Kommission, die gegen die Übernahme durch GKN keine Bedenken hat („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.8.).

Für die über 16 000 Beschäftigten im Sachs-Konzern bedeutet das, daß jetzt auch die angekündigte schärfere Rationalisierung Wirklichkeit wird. Dabei konnte der Konzern bereits auf der Hauptversammlung am 22. Juli auf ein „stolzes" Ergebnis seiner Rationalisierung verweisen. An die Aktionäre wurden 20 Mill. DM ausgezahlt. Wesentlich dazu beigetragen hat die Steigerung des Umsatzes je Beschäftigten um 11%! („Handelsblatt", 26.7.).

KB/Gruppe Bremen

Kampf gegen Entlassungen

319 Arbeiter und 69 Angestellte der rund 1500 starken Belegschaft in Hamburg sollen aus den Bereichen Kesselbau/Stahlbau entlassen werden. Der Vorstand machte das großzügige Angebot, daß 23 Kollegen (!) in andere Werke der MAN versetzt werden können, dem Rest bot er einen „Sozialplan" an. Inzwischen sind schon Teile der Marinereperaturaufträge an Blohm und Voss verkauft. Insgesamt ist das ganze Werk gefährdet und man kann wohl dem IGM-Ortssekretär glauben, wenn er davon spricht, daß am Ende der Entwicklung nur noch ein reiner Service-Betrieb von ca. 250 Mann übrig bleiben wird.

Diese Rationalisierungsmaßnahmen der MAN-Kapitalisten müssen in Zusammenhang mit einer konzerninternen „Bereinigung" gesehen werden, in deren Verlauf die Produktion in wenigen Werken innerhalb der BRD konzentriert wird.

Breite Aufmerksamkeit schenkte die bürgerliche Presse MAN in diesen Tagen. Obwohl der Stillegungsbeschluß bereits endgültig feststand, schrieb „Bild": *„Für die meisten der 312 Arbeiter* (auch das ist noch eine falsche Zahl - d.Red.) *der von Stillegung bedrohten (?!) MAN-Kesselschmiede...gibt es neue Hoffnung (?!) auf die Erhaltung der Arbeitsplätze"* (5.8.).

Nach einer Betriebsversammlung am 5.8., auf der die MAN-Bosse den Kollegen noch einmal den Stillegungsbeschluß zu rechtfertigen (!) suchten, erschien die SPD-„Morpost" mit der Schlagzeile auf Seite 3: *„MAN-Arbeiter schrieb ein Gedicht: Da kamen sogar den Chefs die Tränen..."* (In dem Gedicht, das ein Kollege auf der Betriebsversammlung vortrug, hieß es u.a.: *„...das Leben muß und wird weitergeh'n/wenn uns auch beim Auseinandergeh'n/... Tränen in den Augen steh'n"*).

Den MAN-Bossen sind ihre Krokodilstränen sicherlich reichlich über die Backen geronnen – allerdings wohl mehr vor Freude. Denn das

Fortsetzung auf Seite 26

ist es, was sie erreichen wollen: Die tiefe Resignation, die Ergebenheit der Arbeiter in's „unabänderliche Schicksal", die in diesen Zeilen des Kollegen zum Ausdruck kommt.

Hier allerdings ist die Vorfreude der Kapitalisten nicht ganz unberechtigt. Zwar haben BR und IGM nach Bekanntwerden des Stillegungsbeschlusses Aktionen, die gegenüber den „Maßnahmen" des benachbarten HDW-BR (wo ebenfalls rund 1500 Kollegen wegrationalisiert werden sollen) als geradzu „revolutionär" verdächtigt werden könnten, eingeleitet:

- Am 23.7. wurden auf einer Versammlung mit ca. 1000 Kollegen sehr kämpferische Worte geschwungen (*„Jetzt muß jeder zum ständigen Prostest bereit sein."*).
- Am 28.7. forderte der IGM-Ortssekretär 200 Kollegen auf einer IGM-Mitgliederversammlung *„zum Widerstand mit allen legalen (!) Mitteln"* auf, wobei er allerdings zwischen den Zeilen den Streik ausschloß. Hier wurde auch das Wort „Solidarität" so oft bemüht, daß es heute auch schon jeder ausländische Kollege mühelos und akzentfrei aussprechen kann;
- Am 4.8. wurde ein Autokorso mit ca. 100 Kollegen zur Wirtschaftsbehörde Hamburgs organisiert;
- Am selben Tag mußten 250 Kollegen während der Arbeitszeit (!) eine dreiviertel Stunde warten, um sich dann ausrichten zu lassen, daß ihr BR keine Zeit habe!

All diese Aktionen, die ein guter Anfang für den Aufbau einer geschlossenen Kampffront unter den Kollegen sein könnten, erinnern allerdings in der Art und Weise ihrer praktischen Durchführung und Organisation durch BR und IGM viel zu sehr an den Hamburger Betrieb Heidenreich&Harbeck: Auch hier wurden zunächst „radikale" Sprüche geklopft, Aktionen durchgeführt, um sich letztlich mit den Kapitalisten auf die Stillegung und den „Sozialplan" zu einigen! So wurde beispielsweise bei MAN bei allen Aktionen regelmäßig nur ein T e i l der Kollegen informiert und mobilisiert, obwohl die IGM durch den Vertrauensleutekörper über einen entsprechenden Apparat verfügt, so wurde auch eine zunächst wortgewaltig angekündigte Demonstration vor das Werk mit anschließender Besetzung einer Straßenkreuzung sang- und klanglos und ohne ein Wort darüber zu verlieren, abgeblasen.

Alle bisherigen Erfahrungen mit der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beweisen, daß diese, trotz zeitweiliger „radikaler" Worte, nur immer dann zu einer b e s c h r ä n k t e n U n t e r s t ü t z u n g der Kollegen zu bewegen sind, wenn dies durch eine eigene und selbstständige Aktivität der Arbeiter und Angestellten e r z w u n g e n wird. In diesem Sinne gilt es, bei MAN die Gewerkschaftsführer beim Wort zu nehmen und ihre Worte in Taten der Kollegen zu verwandeln.

KEINE ENTLASSUNGEN BEI MAN! WIR SIND 1500 – WIR BLEIBEN 1500 !

Ein MAN-Genosse



„Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung" – MAN-Kollegen demonstrieren für ihre Arbeitsplätze (in der Mitte der BR-Vorsitzende Jansen).

BERGBAU

Wird die Haard zur Bergbauruine?

Die Haard ist ein 5000 Hektar grosses durchgehendes Waldgebiet (Naturpark) im Norden des Ruhrgebiets - zwischen Haltern und Recklinghausen. Für die 5 Millionen Einwohner des Ruhrgebiets ist es eines der wichtigsten Naherholungsgebiete.

In diesem Erholungsgebiet will nun die Ruhrkohle AG vier Wetter - und Seilfahrtschächte errichten, denn unter dem Boden der Haard lagern ca. 500 Millionen hochwertiger Kokskohle - zur Zeit etwa 6 Jahresförderungen des BRD-Steinkohlenbergbaus.

Gegen die Demontage dieses lebenswichtigen Frischluftreservoirs und Erholungsgebiets hat bisher nur die Aktion „Pro Grün" (ca. 50000 Mitglieder im Bundesgebiet) protestiert. Die IG Bergbau - Führung hat sich gleich auf die Seite der RAG - Kapitalisten geschlagen. In einem von ihr verbreiteten Flugblatt heißt es, daß es unbedingt notwendig sei, die vier Schächte in der Haard bis zum Ende der 80-er Jahre zu errichten. Nur so könnten die Förderung und 10000 Arbeitsplätze auf den Zechen „General Blumenthal" in Recklinghausen und „Ewald Fortsetzung" in Oer- Erkenschwick erhalten bleiben, deren bisherige Vorräte bald erschöpft seien.

Wenn diese Herren von „Sicherung der Arbeitsplätze" reden, kann man das nur als pure Demagogie bezeichnen. Welcher Zechenstillegung haben sie in den Aufsichtsräten der angeblich so sozialen und mitbestimmten Ruhrkohle AG (RAG) eigentlich nicht zugestimmt ? Ohne bisher überhaupt einen Finger für den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze im Bergbau krummgemacht zu haben, wollen sie dies jetzt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung am Erhalt der Erholungsgebiete ausspielen. Wie den RAG - Kapitalisten geht es auch ihnen nur um die Sicherung einer möglichst profitablen Kohlengewinnung - die Freizeitinteressen der Bevölkerung spielen da keine Rolle.

Die RAG führt zur „Verteidigung" an, daß die Bergbaugebäude angeblich nur einen kleinen Teil der Haardfläche beanspruchen würden.

Verschwiegen wird jedoch, daß zum Schichtwechsel mehrmals täglich ein Verkehr von Tausenden Kraftfahrzeugen durch den Erholungswald rollen würde (mit entsprechender „Luftverpestung"). Dafür müßten die RAG bzw. die „öffentliche Hand" (mit Steuermitteln versteht sich !) auch neue Straßen quer durch das Erholungsgebiet bauen.

Bisher hat die RAG versichert, nur die Wetter - und Seilfahrtschächte bauen zu wollen. Bergbautechnisch gesehen, ist der Bau von Wetter - schächten für die Erschließung der Haardkohlefelder notwendig, um den Abzug der „schlechten Wetter" und Zufuhr von Frischluft zu gewährleisten. Hinter der Errichtung der Seilfahrtschächte stecken jedoch nochmal spezielle Profitinteressen. So sparen die RAG- Kapitalisten nämlich die Anfahrtzeiten unter Tage (etwa von den bisherigen Schachtanlagen aus) der Bergleute, die natürlich als Arbeitszeit bezahlt werden und für die „Gedinge"-Berechnung (vergleichbar den Akkord- bzw. Leistungszulagen) außer Acht bleiben müssen. Fahren die Kumpels jedoch in unmittelbarer Nähe der Kohlevorkommen ein, so reduziert sich diese Anfahrtszeit natürlich beträchtlich. Für die betroffenen Kollegen bedeutet das dagegen größere Anfahrtwege zu den Seilschächten von ca. 10 km, die natürlich nicht bezahlt werden !

Daher ist die Behauptung des RAG - Vorstandsmitglieds Kleinherne auch ziemlich unglaubwürdig : *„An Förderschächte ist nicht gedacht worden. Es hat auch zu keiner Zeit Überlegungen gegeben, zu einem späteren Zeitpunkt auch noch ein Kohlekraftwerk in der Haard zu bauen."*

Bestehen die Wetter - und Förderschächte erst mal, dann werden die RAG - Kapitalisten natürlich auch daran denken, die Förderung der Kohle möglichst profitabel zu gestalten, also die Transportwege der gewonnenen Kohle zu den bisherigen Schachtanlagen einzusparen. Zu einer Weiterverarbeitung der gewonnenen Kohle (Kokerein, Kraftwerke usw.) möglichst in Fördernähe ist es dann nicht mehr weit !

Als pure Verdummung kann man nur die Behauptung der RAG bezeichnen, daß *„sich die Öffentlichkeit um eventuelle Bergschäden, die später in diesem Gebiet auftreten könnten, nicht zu sorgen brauche"*.

Man denke nur an das Schicksal des Emscherbruches (dies ist ein ehemaliges Waldgebiet nördlich der Emscher, also im Herzen des Ruhrgebiets, das in Resten noch als solches existiert). Seit dem Beginn der Kohleförderung im Emscherbruch ist dieses Gebiet um mehrere Meter abgesackt, der Wald völlig sauer geworden, das Gelände immer mehr versumpft und schließlich zum allgemeinen Müll - und Schuttabladeplatz degeneriert. Erst in den letzten Jahren wurden Teile davon (natürlich mit Steuergeldern !) wieder halbwegs saniert und als Erholungsgebiet wieder benutzbar.

Deshalb muß verhindert werden, das die Haard als Erholungsgebiet verloren geht.

DIE HAARD DARF KEINE BERGBAURUINE WERDEN !

KB/ Gruppe Bochum

GEW

Hamburg

Arbeitslosigkeit steigt – GEW-Führung stellt arbeitslose Lehrer ins Abseits

Von ca. 1700 Bewerbern für das Referendariat sind am 1.8.76 1200 abgelehnt worden, was einer Quote von 70% entspricht.

- Im Volks - und Realschulbereich wurden 600 von 900 Bewerbern nicht ins Studienseminar übernommen.
- Von 720 Bewerbern im Gymnasialbereich wurden 470 abgelehnt.
- Erstmalig wurden auch im Bereich der berufsbildenden Schulen 120 Anwärter nicht übernommen, nur 70 Stellen wurden besetzt.

Von den fertig ausgebildeten Kollegen, die im Juli ihr 2. Staatsexamen bestanden, sind dieses Mal noch alle Gymnasial - und Berufsschullehrer in den Schuldienst eingestellt worden. Laut „Bild" vom 5.8.76 arbeiten von 320 fertig ausgebildeten Volks - und Realschullehrern 189 nur mit halber Stundenzahl und halbem Gehalt (Teilzeitverträge). Ca. 40 Kollegen sind gezwungen, die niedrig bezahlten Jobs im Rahmen des „Arbeitsbeschaffungsprogramms" der Behörde anzunehmen, da ihnen sonst die Arbeitslosenhilfe gestrichen wird (vgl. Artikel dazu in diesem AK).

Daß nur relativ wenige Lehrer mit 2. Staatsexamen arbeitslos sind, ein großer Teil allerdings mit Teilzeitaufträgen, Lehraufträgen und Hausarbeitenhilfe zu diskriminierenden Bedingungen und schlechter Bezahlung abgespeist wird, ist lediglich der Imagepflege des Hamburger SPD-Senats für die Bundestagswahlen zu „verdanken". Dieses „Geschenk" wird mit Ablauf der Verträge am 31.1.77 ein Ende finden.

Offensichtlich ist die GEW -Führung nicht bereit, noch vor den Wahlen Kampfmaßnahmen einzuleiten, da sie damit der SPD schaden könnte. Ganz anders die GEW -Führung im CDU-regierten Schleswig-Holstein, die „landesweite Protestmaßnahmen gegen die Schulmisere" angekündigt hat („Hamburger Morgenpost", 4.8.76).

Man darf gespannt sein, wie der Hamburger GEW - Vorstand sein lädiertes Ansehen bei den arbeitslosen Kollegen wieder aufpolieren will.

Viel Verdienste wird er nicht mehr erwerben können. Denn die Kollegen, die auf die Aufnahme ins Referendariat warten, können nicht einmal Mitglieder der GEW werden. Nur wenn sie Lehraufträge an Schulen übernehmen, ist die außerordentliche Mitgliedschaft möglich, die bestenfalls Pflichten (Beitrag zahlen) aber keine Rechte (Stimmrecht) bringt.

Nach einem Beschluß des Hauptausschusses der GEW - Bund vom 26.1.76 können neuerdings auch arbeitslose Kollegen mit 2. Examen aus der GEW fliegen.

„Verdienen" sie mehr als 387,50 DM im Monat durch eine nicht in den Organisationsbereich der GEW fallende Tätigkeit, werden sie *„an die für die zuständige DGB - Gewerkschaft überwiesen"*.

Um dies festzustellen, *„werden die als arbeitslos geführten Mitglieder alle 3 Monate um Abgabe einer entsprechenden Erklärung gebeten, die sich auf die*
- derzeitige Beschäftigung und
- Höhe des derzeitigen Entgelds bezieht".

Mit dieser Regelung sollen die Kollegen, die als Übergang eine andere Beschäftigung annehmen, aus dem organisierten Zusammenhang mit den anderen arbeitslosen Lehrern herausgerissen werden, was ihre Möglichkeiten, überhaupt noch mal als Lehrer angestellt zu werden, weiter vermindert. Damit leistet die GEW - Führung einen „wertvollen" Beitrag dazu, den „Lehrerberg " „abzubauen".

Bei dieser Haltung der GEW - Führung bleibt für die arbeitslosen Referendare und Lehrer nur die Möglichkeit, sich eigenständig außerhalb der GEW zusammenzuschließen, um der Vereinzelung entgegenzutreten und einen organisierten Zusammenhang aufzubauen, wie dies in Hamburg schon seit längerer Zeit durch die „Intiativgruppe arbeitsloser Lehrer und Erzieher" praktiziert wird.

Lehrerkomitee, KB/ Gruppe Hamburg

GEW Hessen plant Warnstreik

Anfang Juni fand in Wiesbaden eine vom Landesverband Hessen der GEW organisierte Demonstration und Kundgebung statt. 5,000 Kollegen protestierten gegen Lehrerarbeitslosigkeit, Berufsverbote und die katastrophale Situation an den Schulen.

Auf Transparenten hieß es: **„Die Schulmisere nimmt überhand. Die Antwort lautet Widerstand!"**

Bei der anschließenden Kundgebung in der Rhein-Main-Halle waren Sprechchöre zu hören wie: **„Wir sind keine Mucker, wir streiken wie die Drucker."** und **„Gustav Ludwig, Gustav Ludwig (Landesvorsitzender von Hessen), schläfst du noch, hörst du nicht die Stimmen, Streik, Streik, Streik!"**

Nach den Sommerferien soll die Urabstimmung für einen Warnstreik vorbereitet werden.

Arbeitsdienst für arbeitslose Lehrer

Zu Beginn des neuen Schuljahres warteten das Arbeitsamt und der Hamburger Senat mit einem ganz besonderen Clou zur „Beseitigung" der Lehrerarbeitslosigkeit auf: vollausgebildete Lehrer und solche mit 1. Staatsexamen sollen im Rahmen sogenannter Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zur Arbeit zwangsverpflichtet werden, wobei die Bezahlung nicht einmal das Existenzminimum deckt. 140 Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, indem die Kollegen 20 Stunden wöchentlich im Vorschulprogramm bzw. 15 Stunden in der Hausarbeitenhilfe für Kinder ausländischer Kollegen eingesetzt werden.

Die Mittel für dieses Programm werden nun aber nicht etwa vom Hamburger Senat zusätzlich bewilligt, sondern sie werden aus dem Topf der Arbeitslosengelder geraubt, d.h. die Arbeitslosen bezahlen sich selbst!

Ja, der Oberschulrat dachte sich das schön. . . .

Um die Kollegen mit ihrem „pädagogischen" Auftrag vertraut zu machen, hatte das Amt für Schule am 2.8. alle diejenigen eingeladen, die für den Job „Hausarbeitenhilfe" vorgesehen waren. Der verantwortliche Oberschulrat, Schwenke, machte zunächst den Versuch, die Kollegen auf „pädagogischem" Wege zu gewinnen. Das Amt für Schule stehe diesen Maßnahmen

selbstverständlich „gespalten gegenüber": die pädagogische Förderung der Ausländerkinder sei ja positiv, lediglich die „nichtmotivierende Bezahlung" sei ungünstig. Insgesamt gesehen „müsse man diesen Maßnahmen allerdings positiv gegenüber stehen".

Mit der katastrophalen Lage der Ausländerkinder die arbeitslosen Lehrer erpressen zu wollen, eine Arbeit unter nicht annehmbaren Bedingungen aufzunehmen, ist eine besonders schweinische Methode. Die Kollegen bestanden aber darauf, zunächst die Arbeitsbedingungen zu erfahren. Dabei kamen folgende Hämmer zu Tage:

- Die Bezahlung ist in 8 verschiedene Kategorien aufgespalten: angefangen bei 11.34 DM für Lehrer mit 1. Staatsexamen im Volksschulbereich, bis hin zu 17.30 DM für Lehrer mit 2. Staatsexamen im Gymnasialbereich (normalerweise verdienen angestellte Lehrer zwischen 21 und 23 DM). Netto kommt dabei unterm Strich heraus: Zwischen 512.48 DM und 625.52 DM!
- Die erste Zahlung soll am 21.9. (!) erfolgen, Arbeitsbeginn ist der 2.8.
- Der Vertrag läuft über 26 Wochen.

Wer danach wieder arbeitslos wird (wofür die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist), dem wird das Arbeitslosengeld auf der Grundlage des letzten Gehalts berechnet (also 68 % von 512 bzs. 625 DM). Die Arbeitslosenhilfe, die Lehrer mit 2. Staatsexamen erhalten, bezieht sich auf das zu erwartende Lehrereinkommen (im Höchstfall allerdings 228,60 in der Woche), so daß ein Teil der Kollegen mehr Arbeitslosenhilfe erhält, als bei diesem Job zu verdienen ist.

- Eine Bezahlung der Ferienzeit gibt es nicht, stattdessen sollen die Kollegen verpflichtet werden, die Ferienzeit vorzuarbeiten.

Zu guter letzt noch die Drohung, daß wer es ablehnt unter diesen Bedingungen zu arbeiten, auch keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenhilfe hat, da dies als Verweigerung zumutbarer Arbeit angesehen wird.

Diese Arbeitsbedingungen sind unzumutbar

Auf diese Erpressung reagierten die anwesenden Kollegen einstimmig mit dem Beschluß, die Entscheidung auf den nächsten Tag zu vertagen, um die Situation gemeinsam beraten zu können.

In der anschließenden Diskussion wurde übereinstimmend festgestellt, daß dies ein „Wahlbeitrag" der SPD sei: zum einen sind 140 arbeitslose Lehrer von der Straße, zum anderen wird das ganze noch als pädagogisches Förderungsprogramm verkauft. Die zugewiesene Arbeit ist nichts anderes als Zwangsarbeit und ist nur noch mit dem Arbeitsdienst vergleichbar. Mehrere Kollegen und Kolleginnen legten dann dar, daß sie aufgrund ihrer Situation (Kinder, kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe usw) nicht in der Lage seien, diese „Arbeit" auszuschlagen.

Die überwiegende Zahl der Kollegen war schließlich der Ansicht, die Verträge nicht insgesamt abzulehnen, sie allerdings nur im Zusammenhang mit folgender Protesterklärung anzunehmen:

An die
Personalräte der Behörde für
Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburger Str. 31

2000 Hamburg 76

Hamburg, den 2.8.1976

ERKLÄRUNG

Die Unterzeichneten wenden sich schärfstens gegen das vom Hamburger Senat beschlossene Programm der Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen. Sie fordern die Personalräte auf, deshalb die Einstellung von Arbeitskräften für diese Maßnahmen abzulehnen.

Begründung:

Die zu zahlenden Sätze liegen unter dem Fürsorgesatz und unter der zu gewährenden Arbeitslosenhilfe und dem Arbeitslosengeld.

Die zu erwartenden Auswirkungen auf später zu zahlende Leistungen sind nicht absehbar, werden sich aber ebenfalls als nachteilig für die Betroffenen ergeben.

Außerdem sind die Arbeitsbedingungen diskriminierend, weil keine Anrechnung auf die Ferienzeit und keine Mitbestimmung durch den Personalrat besteht – nach Aussage der Behörde.

Es wird stattdessen gefordert: daß die Bezahlung entsprechend der Ausbildung nach BAT II A erfolgen soll und daß die übrigen tariflichen Bedingungen des BAT mit enthalten sein müssen.

Wir fordern die Personalräte auf, gegenüber der Behörde entsprechend tätig zu werden.

Die Kollegen, die im Rahmen der Vorschulerziehung eingesetzt werden sollen, solidarisierten sich am nächsten Tag mit dieser Erklärung. Diese gemeinsame Erklärung wurde dann Oberschulrat Schwenke mit folgendem Zusatz vorgelegt: Sie fordern die Erfüllung ihrer Forderungen bis zum 31.8. Sollte bis dahin nichts erfolgt sein, sehen sie sich zu anderen Maßnahmen gezwungen. Außerdem wurde die Zahlung von 600 DM am 15.8. gefordert. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde eine Presseerklärung verfaßt.

Da vom Personalrat nicht viel zu erwarten ist (Im VR-Bereich hat er dieser Form der Arbeitsplatzbeschaffung schon zugestimmt), kommt es jetzt darauf an, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen:

- möglichst breite Information in der Öffentlichkeit, der Lehrer und Eltern über diesen Wahlschlager der SPD.
- Zusammenfassung aller von diesen Maßnahmen Betroffenen, einschließlich der Lehrbeauftragten
- Forderung an die GEW wirkliche Kampfschritte einzuleiten.

Ein erster Schritt ist der Beschluß der Versammlung der „Betriebsgruppe arbeitsloser Lehrer in der GEW", auf der von ca. 200 Lehrern beschlossen wurde ein dreitägiges „Sit-in" vor der Schulbehörde durchzuführen, von dem sich die GEW-Führer distanziert haben.

Eine betroffene Lehrerin

GEW Hamburg

Reaktionäre eröffnen Wahlkampf zur 2. Landesvertreterversammlung

Wir berichteten schon mehrfach über die spalterische Politik des rechten GEW-Flügels im Hamburger Landesverband. Der erste Schritt dazu war die Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste zu den Personalratswahlen im Bereich Volks-, Real- und Sonderschulen.

Diese Aktion konnte für sie innerhalb der GEW mit einem gewissen Erfolg abgeschlossen werden: Trotz eines Ausschlussantrages der LVV erhielten die Repräsentanten dieser Liste lediglich 5 Jahre Funktionsverbot. Durch diesen Erfolg ermuntert betreiben die Rechten nunmehr die offene Organisierung als Fraktion innerhalb der GEW. Bereits am 16. Juni verschickte die „Alternative" eine Presseerklärung, in der für Mitte August eine Gründungsversammlung der „Alternative in der GEW Hamburg" angekündigt wird. Aufgabe dieses Stoßtrupps soll es sein, *„eine einseitige linkssozialistische Orientierung der GEW Hamburg"* zu verhindern. Vehikel für diesen Versuch sollen die im September stattfindenden Delegiertenwahlen zur 2. Landesvertreterversammlung sein.

Zu ihr soll die *„schweigende Mehrheit"* nun aber wirklich mobilisiert werden.

Im übrigen ist in der „Alternative" fast alles vertreten, was sich in den letzten Jahren in der GEW als rechts oder reaktionär profiliert hat.

Wie nicht anders zu erwarten, erhielten die „alternativen" Rechten massive Unterstützung vom Bundesvorsitzenden der GEW, Erich Frister. In lockerem Ton teilt Frister in einem Schreiben den Mitgliedern des Bundeshauptausschusses mit:

„Offensichtlich hat die in Hamburg eingetretene Fraktionierung innerhalb der GEW durch die verschiedenen linken Gruppierungen nunmehr zu dem Versuch geführt, auch einmal (!) Kolleginnen und Kollegen außerhalb des linkssozialistischen Spektrums innerhalb einer GEW-Gliederung zusammenzufassen."

Das geschlossene Auftreten der Linken gegen die Vorstandsdiktatur von Frister & Co muß so wieder einmal dafür herhalten, daß eine organisierte rechte Formierung in Gang gesetzt wird. Haben es Frister und seine Hamburger Spezialisten bisher nicht geschafft, von den Mitgliedern und der LVV die volle Zustimmung für eine rechtssozialdemokratische Richtungsgewerkschaft zu erpressen, wird jetzt der Spieß umgedreht. In der „HLZ" 11/12/76 zieht einer der Wortführer der „Alternative" – der als „Hochschulpolizist" bekannte Jürgen Petersen – gegen die LVV vom Leder, die mehrheitlich *„links-sozialistisch-kommunistisch"* geprägt sei. Von vier *„Kommandozentralen"* aus würde gegenwärtig die *„linkssozialistisch-kommunistische Richtungsgewerkschaft"* beherrscht:

der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer" (AsL), die gemeinsam mit der DKP-Lehrergruppe die „Volksfront" bildet, der „Zweigstelle des SB in Hamburg" und last not least dem „Lehrerkomitee des KB/Gruppe Hamburg".

Insbesondere die letztere scheint es ihm angetan zu haben, nennt er doch für sie als einzige Gruppierung Zahlen (80 - 100 Delegierte in der LVV; für diese hohe Einschätzung müssen wir ihm zwar „danken", aber ganz so vermessen, diese Stimmen allein uns zuzuschreiben, sind wir denn doch nicht). Zusammen mit der Charakterisierung des KB als *„die aktivste der maoistischen Gruppierungen, die offen die gewaltsame proletarische Revolution propagieren und aktionistische quasi-revolutionäre Gewaltakte für legitim erklären"* soll dem Mitglied der „schweigenden Mehrheit" ein kalter Schauer über den Rücken gejagt werden, der gleiche Schauer, der Petersen und seinen reaktionären Freunden erwischt hat, als ein Antrag auf Ausschluß von Koppe (wegen Aufstellen einer Spalterliste) und Petersen (wegen Spitzeltätigkeit im Sinne der Unvereinbarkeitsbeschlüsse) von der LVV mit 243 zu 175 angenommen wurde, so daß sich Petersen nur noch fragen kann, *„wie ist es möglich, daß dieser Antrag 243 Stimmen erhält...?"* (HLZ, 11/12).

Auch das ist für ihn nur verständlich, *„wenn man die von außen, vom SSB und vom KB, in die GEW hineingetragene Diffamierungskampagne gegen mich einbezieht"* (gemeint ist die Aufdeckung seiner Spitzeltätigkeit).

Da darf natürlich auch das Märchen von den „bewährten" und „gemäßigten" Kollegen nicht fehlen, die *„durch pausenlose, intolerante und unsachliche Kritik aus ihren Funktionen herausgegrault"* wurden, die in Wahrheit allerdings gingen, um freie Hand bei der Unterstützung der Koppe-Spalterliste zu haben.

Mit dem alten antikommunistischen Klischees von den „ferngesteuerten Unterwanderern" versuchen die Reaktionäre, eine rechte Mehrheit unter den Delegierten zusammenzuhetzen. Wir glauben, daß diesen abgedroschenen Parolen mit einem offensiven Auftreten der fortschrittlichen GEW-Mitglieder durchaus der Erfolg verbaut werden kann. Wir meinen, daß gerade unter Hinweis auf die Taten der „Alternative" (Zustimmung zu befristeten Teilzeitverträgen, zum skandalösen „Arbeitsbeschaffungsprogramm" für arbeitslose Lehrer, Zustimmung zur Ferienbeschäftigung für Sozialpädagogen, enge Zusammenarbeit mit dem CDU-verwurzelten „Deutschen Lehrerverband" usw.) viele Kollegen davon überzeugt werden können, daß diese Typen weder ihre Interessen gegenüber dem Staat vertreten noch das geringste mit Demokratie zu tun haben.

Also: auf zur zweiten LVV!

Lehrerkomitee/KB/Gruppe Hamburg



Die Kinder der ausländischen Kollegen werden von den „Sparmaßnahmen" im Bildungsbereich besonders diskriminiert – jetzt sollen mit dem demagogischen Hinweis auf ihre Lage auch noch arbeitslose Lehrer zum „Arbeitsdienst" herangezogen werden.



In mehreren Städten Schleswig-Holsteins protestierten Eltern und Schüler gegen die Zusammenlegung von 200 Gundschulkassen. Die GEW hat „landesweite Protestaktionen gegen die Schulmisere" angekündigt.

DRUCK

Gewerkschaftsausschlüsse

IG-Drupa Hamburg: 10. Ausschluß aus der Gewerkschaft

Nachdem bereits neun Ausschlüsse aus der IG Druck und Papier in Hamburg laufen (wegen Verkauf des Arbeiterkampfes in zwei Fällen und wegen Verteilen des Streik-Infos in sieben Fällen) ist nun ein zehnter Ausschluß-Antrag hinzugekommen.

Der Vorstand des Ortsvereins Hamburg beschloß auf seiner Sitzung vom 25.6.76, die Kollegin A.H. wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" aus der Gewerkschaft auszuschließen zu lassen (§ 11 Ziffer 1c der Satzung). Die tolldreiste und einzige „Begründung" für diesen Ausschluß soll die Tatsache sein, daß die Kollegin während des Streiks Film-Aufnahmen für einen Video-Recorder gemacht hat – es heißt dazu im Ausschluß-Antrag: *„Dir wird zur Last gelegt, während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie entgegen ausdrücklichem Verbot Video-Aufnahmen in Streikversammlungen gemacht zu haben. Des weiteren in Streiklokalen Unterhaltung von Streikenden heimlich mitgeschnitten und das Gesamtmaterial einem größerem Kreis in der Öffentlichkeit zugängig gemacht zu haben".*

Mit diesem Ausschluß haben die Hamburger Gewerkschaftsführer auch den letzten Rest irgendeiner Scheu abgelegt und sind zu eindeutig kriminellen Praktiken übergegangen. Sowohl das „ausdrückliche Verbot" ist frei erfunden, ebenso wie die „heimlichen" Mitschnitte eine glatte Lüge sind – die Kollegin hatte die ausdrückliche Erlaubnis der Streikleitungen bei Springer und Bauer, in den Streiklokalen zu filmen.

Diese Filmaufnahmen sind für die Gewerkschaftsführer natürlich schallende Ohrfeigen, weil dort die Meinung der aktiven Gewerkschafter während des Streiks festgehalten wurde. Um das aus der Gewerkschaft fernzuhalten, scheuen die Hamburger Gewerkschaftsführer keineswegs vor Gangsterpraktiken zurück.

Solidarität gegen drohende Gewerkschaftsausschlüsse

Die – inzwischen zehn – „Anträge auf Beendigung der Mitgliedschaft" der Hamburger DruPa-Führer an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier haben ein Echo in der ganzen BRD ausgelöst.

Es sind Artikel in verschiedenen linken und oppositionellen Blättern erschienen („Informationsdienst" ID, Frankfurt; „Berliner Extradienst"; „Betriebszeitung", Essen).

nen linken und oppositionellen Blättern erschienen („Informationsdienst" ID, Frankfurt; „Berliner Extradienst"; „Betriebszeitung", Essen).

Außerdem sind den vom Ausschluß Bedrohten mehrere Solidaritätsadressen unter anderem aus München, Reutlingen, Stuttgart und Bochum zugegangen. Dies ist gegenüber den Massenausschlüssen 1974 (damals wurden auf Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse 13 fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen aus der DruPa ausgeschlossen) ein begrüßenswerter Schritt nach vorn. Auch wenn die erschienenen Artikel sich meist auf eine Wiedergabe der Ereignisse bzw. auf ein Abdrucken der von den Betroffenen verschickten Stellungnahmen beschränken. Die Solidaritätsadressen beinhalten vor allem die Bitte um weitere Informationen. Der „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD", München, der einen Artikel in seiner seiner Betriebszeitungen ankündigte, sagte *„in der Aktion die volle Unterstützung"* zu.

Wir meinen, daß es gerade nach dieser neuerlichen Eskalation des Ausschlußterrors durch die Gewerkschaftsführung notwendig ist, die Diskussion über die Fragen der Abwehr und Entgegnung derartiger Angriffe auch im nationalen Rahmen innerhalb der oppositionellen Gewerkschaftsgruppen und -initiativen voranzutreiben.

wehr und Entgegnung derartiger Angriffe auch im nationalen Rahmen innerhalb der oppositionellen Gewerkschaftsgruppen und -initiativen voranzutreiben.

Höper-Kollegen mit den vom Ausschluß Bedrohten solidarisch

„Wir als Mitglieder der Gewerkschaft IG Druck und Papier wollen mit unserer Unterschrift unseren Unmut zum Ausdruck bringen, daß der Hauptvorstand in aller Stille ein Ausschlußverfahren gegen einige Kollegen durchsetzen will, die in den Tagen des Streiks an einem Streik-Info mitgearbeitet und verteilt haben". Dies ist ein Auszug aus der Protestresolution, die Kollegen des kleinen Druckbetriebes Höper, Hamburg an die DruPa gerichtet haben. Unterschrieben haben diese Resolution 10 Kolleginnen und Kollegen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Ausschluß aus der Drupa beantragt

Am 8.7.76 stellte der Westberliner Landesbezirksvorstand an den Hauptvorstand der IG-Druck und Papier den Antrag auf Ausschluß des Kollegen J.M., *„wegen aktiver Mitarbeit in der „KPD" ".* Der Kollege arbeitet in der Bundesdruckerei. Er ist Vertrauensmann der Kolleginnen und Kollegen aus der Setzerei, darüberhinaus ist er Ersatzbetriebsrat.

Der Ausschluß ist nicht zufällig jetzt nach dem Druckerstreik beantragt worden.

Der Kollege hatte sich aktiv am Streik beteiligt:

Er gehörte zu den Initiatoren einer Unterschriftensammlung für eine Lohnforderung von 150,-DM mehr.

Als die Bundesdruckerei von den Gewerkschaftsführern aus der Streikfront herausgenommen wurde, demonstrierte er zusammen mit Kollegen zum Gewerkschaftshaus, wo sie die Einbeziehung in die Streikfront forderten. Auf Grund dessen wurde auch von Kollegen ein Flugblatt gegen den Ausschluß erstellt, das vor mehreren Westberliner Druckbetrieben verteilt wurde.

Damit steht dieser Ausschluß eindeutig in der Reihe von Rausschmissen, mit denen die Gewerkschaftsführer versuchen, fortschrittliche Ansätze in Betrieben zu zerschlagen bzw. mundtot zu machen, indem sie sich aktiv am Streik Beteiligte herausgreifen, und aus der Gewerkschaft rauskanten. Umso übler ist deshalb, wenn der Kollege in seinem Einspruch gegen diesen Ausschlußantrag neben seiner aktiven Streikbeteiligung seine Vaterlandsverteidiger-Position zum Gegenstand des Ausschlusses macht. Es heißt dazu in seinem Schreiben:

„Zahlreiche Proteste aus dem Ausland machen die Gefahr deutlich, daß hier Zustände wie in Spanien oder der DDR geschaffen werden sollen. Ihr rühmt Euch gerade damit, daß DKP- und SEW-Leute bis in den Vorstandsebenen Funktionen haben. Diejenigen, die den Kollgen die Sowjetunion Breshnews und die DDR als Arbeiterparadies verkaufen wollen, obwohl dort das Volk nicht einmal die elementarsten demokratischen Rechte besitzt. Doch darauf werden die Kollegen nicht reinfallen ... sie (werden) auch gemeinsam mit den Arbeitern in der DDR gegen die politische Unterdrückung in ganz Deutschland kämpfen."

Damit versucht der Kollege den Eindruck zu erwecken, als würde sein Ausschluß irgendetwas damit zu tun haben, daß er die Gewerkschaftsführer aufgefordert hat, die Revisionisten in der Gewerkschaft schärfer zu verfolgen.

Auf der gleichen Wellenlänge verteilte auch die „KPD" ein Flugblatt vor dem Betrieb.

Wie will der Kollege bzw. wie will die „KPD" eine Solidarisierung mit seinen weit rechter von den Revisionisten angesiedelten Positionen erwarten, wenn sie gleichzeitig deren schärfere Verfolgung fordern?

Wir fordern die freie politische Betätigung fortschrittlicher Kräfte in den Gewerkschaften, wir müssen alles dazu tun, eine Solidaritätsbewegung gegen die Maßregelungen seitens der Kapitalisten und die Rausschmisse seitens der Gewerkschaftsführer auf Grund von aktiver Streikbeteiligung von Kollegen aufzubauen.

Wenn der Kollege und in altbekannter Manier die „KPD" den Kollegen gleichzeitig ihre reaktionäre Linie der Verfolgung der Revisionisten andienen wollen, dann werden diese Leute höchstens bei reaktionär aufgehetzten Arbeitern Gehör finden – ganz gewiß jedoch nicht bei Demokraten und aktiven Gewerkschaftern.

KB/ Gruppe Westberlin

Betriebsräte sichern kapitalistische Pressefreiheit

Zwischen der Geschäftsleitung (GL) und dem Betriebsrat (BR) der Firma Madsack in Hannover wurde vor kurzem eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die in der BRD bisher ohne Beispiel ist. Beide Seiten bekennen sich grundsätzlich zu Artikel 5 des Grundgesetzes, um zukünftige „Zensurübergriffe" zu vermeiden. In Artikel 5 heißt es: *„... Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt".*

Hintergrund dieser Vereinbarung ist die Auseinandersetzung während der Tarifrunde, wo Drucker und Setzer dieses Betriebes mit einem Hetzartikel gegen den Streik kurzen Prozeß machten und ihn rausschmissen. Bekanntlich erschien BILD-Hannover mit einem weißen Fleck auf der Titelseite. Hierüber fingen die Druckkapitalisten ein großes Gezeter von wegen der Bedrohung der Pressefreiheit usw. usf. an.

Dies ist nun allerdings nichts Neues, neu ist aber, daß Betriebsräte daraufhin den Druckkapitalisten „ihre" Pressefreiheit schriftlich zusichern und sich damit ausdrücklich gegen die berechtigte Aktion der Belegschaft stellen. In der Vereinbarung heißt es: *„Geschäftsleitung und Betriebsrat betonen in diesem Zusammenhang, daß sie sich uneingeschränkt zu Artikel 5 des Grundgesetzes bekennen, und deshalb Zensur von Presseerzeugnissen ablehnen, von welcher Seite sie auch immer versucht wird"* („Extra-Dienst" 20.7.).

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Gemaßregelte Kollegen gewinnen Prozeß

Gemaßregelte Kollegen gewinnen Prozeß

Es ist heute nicht die Regel, daß gemaßregelte Kollegen mit entschlossener Klassensolidarität wieder in die Betriebe „reingestreikt" werden, wie z.B. beim „Main-Echo" oder „Westdeutsche Allgemeine Zeitung". Die von Entlassung bedrohten Kollegen müssen sich heute vorwiegend vor den Arbeitsgerichten mit den Kapitalisten „rumschlagen". Hier die ersten – immerhin erfolgreichen – Prozeßergebnisse der gemaßregelten Druckkollegen:

- Die Anträge auf fristlose Kündigung gegen zwei Betriebsräte des „Schwaben-Verlages", die sich erfolgreich an der Verhinderung von Notausgaben beteiligten, wurden abgewiesen. Das Arbeitsgericht berief sich auf die vereinbarte Maßregelungsklausel.
- In dem Verfahren gegen 15 Kollegen, die in derselben Angelegenheit zu 8 000 DM Schadenersatz verknackt werden sollten, ist ein gleichlautendes Urteil ergangen (nach „Frankfurter Rundschau", 30.7.76).
- *„Das Arbeitsgericht Bayreuth hat die Aussperrung des Betriebsrates Sippl, verfügt von der Kulmbacher Baumann-Verlags-Gruppe, aufgehoben. Dem Betriebsrat, zugleich Ortsvorsitzender der IG-Druck, war die Weiterbeschäftigung verwehrt worden, weil er ein Flugblatt zum Streik unterzeichnete. Der Betriebsrat stimmte der fristlosen Entlassung nicht zu, die Firma klagte daher auf Entlassung wegen Verletzung der Treuepflicht. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaft, daß jede Maßregelung aufgrund des Streiks ausgeschlossen sei, alle Verleger binde."* („Extra-Dienst" 6.7.76).

Diese Urteile werden die Diskussion innerhalb der Kapitalistenverbände um die „Zumutbarkeit" der Maßregelungsklausel wegen Begünstigung spontaner Streiks weiter anheizen und sie in die Richtung drängen, diese in Zukunft nicht mehr zu vereinbaren (siehe auch AK 82).

Betriebszelle Broschek
KB/ Gruppe Hamburg

Zwangsvollstreckung ignoriert

Der von Broschek gekündigte Ersatzbetriebsrat Rainer K. konnte bislang seine Arbeit noch immer nicht wieder aufnehmen, obwohl er alle Entscheidungen vor Gericht gewann. Die zuletzt vorm Landesarbeitsgericht erwirkte Zwangsvollstreckung der schon zuvor von Broschek ignorierten „Einstweiligen Verfügung" auf Weiterbeschäftigung wurde jetzt ebenfalls ignoriert. Dieser Entschluß wurde dem Kapitalisten allerdings auch recht leicht gemacht, denn für jeden Tag der Nichtbeschäftigung muß er jetzt lediglich 100 DM Strafe zahlen. Sonst sind in solchen Fällen Strafen von täglich 1 000 bis 2 000 DM üblich.

Bleibt noch zu erwähnen, daß der Geschäftsleitungsvertreter von Broschek in dieser Sache selbst als ehrenamtlicher Richter beim Landesarbeitsgericht Hamburg tät(lich)ig sein darf.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsrat gegen Gewerkschaftsausschluß

In der Hamburger „Graphischen Kunstanstalt Schultz" hat sich der Betriebsrat in einem Brief an den Ortsvereinsvorstand der Hamburger IG Druck und Papier gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß eines Kollegen gewandt. Der Kollege J.B., Auszubildender bei Schultz und Mitglied des Schülerrates an der Gewerbeschule 5, ist einer von mittlerweile 10 Kolleginnen und Kollegen, deren konsequente Beteiligung am Druckarbeiterstreik von der örtlichen DruPa-Führung mit Ausschlußverfahren honoriert wurde.

In seinem Brief schreibt der Betriebsrat u.a.: *„Wir . . . müssen gegen den geplanten Ausschluß protestieren. Der Kollege B. hat sich stets für die Belange seiner Arbeitskollegen eingesetzt . . . Obwohl (zur Zeit des Streiks) durch seinen Ausbildungsvertrag in einer anderen Firma tätig, hat der Kollege B. viel Einsatz gezeigt und Initiativen entwickelt, um die Beschlüsse unserer Gewerkschaft zum Arbeitskampf auch in unserem Betrieb durchzusetzen."*

In der Tat ist Schultz einer der wenigen Druckbetriebe in Hamburg, in denen es in den letzten Jahren aufgrund des niedrigen Organisierungsgrades, mangelnder Information und Initiative und einer ausgeprägten Spaltung der Kollegen in Druckerei und Weiterverarbeitung unmöglich war, auch nur Ansätze gewerkschaftlicher Arbeit zu entwickeln. Entsprechend schwer war es auch, die wenigen organisierten Kollegen überhaupt zum Streik zu bewegen. Nach dem Streik jedoch hat sich auch hier so einiges verändert: Innerhalb von nur vier Wochen traten 24 türkische Kolleginnen und Kollegen aus der Weiterverarbeitung und ein weiterer westdeutscher Kollege aus dem graphischen Betrieb der IG DruPa bei, Vertrauensleutewahlen und innerbetriebliche Vorbereitung gewerkschaftlicher Versammlungen sind geplant.

So wurde z.B. auch der geplante Ausschluß des Kollegen B. viel von den Kollegen diskutiert und traf auf einhellige Empörung. So konnten auch resignative Tendenzen unter den Kollegen – wie etwa, aufgrund dieser Sache aus der Gewerkschaft auszutreten – bereits von vornherein erfolgreich bekämpft werden.

Leider sind derartige Diskussionen noch viel zu wenig in den Betrieben gelaufen. Es sollte Aufgabe aller Genossen und Kollegen sein, dies in ihren Betrieben in Gang zu setzen, wobei wir uns durchaus nicht nur auf die Hamburger Druckbranche beschränken sollten. Solidaritätsresolutionen, Unterschriftensammlungen und Protestschreiben an den Hamburger DruPa-Vorstand können ein gutes Mittel sein, die vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen in ihrem Kampf gegen die Ausschlußverfahren zu unterstützen.

Solidarität mit den vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Hamburger Druckkollegen!

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Mahlein: Generalstreik „völlig abwegig"

„Die gewerkschaftlichen Antworten auf eine Aussperrung können jedoch nicht mehr von den einzelnen, zufällig betroffenen Gewerkschaften erteilt werden. Hier sind alle Gewerkschaften, hier ist der DGB aufgerufen. Unternehmer, die aussperren, greifen alle Arbeitnehmer und alle Gewerkschaften an. Sie müssen künftig mit einer geschlossenen Antwort aller Gewerkschaften rechnen" („Gewerkschaftliche Monatshefte" Juli 76). So Mahleins wortradikale Konsequenz aus dem Aussperrungsterror der Druckkapitalisten in der Drucktarifrunde. Doch wer gemeint hat, jetzt solle endlich die volle gewerkschaftliche Kampfkraft bis hin zum Generalstreik gegen derartige Kapitalistenwillkür entfaltet werden, mußte sich schnell eines besseren belehren lassen. Sofort nachdem die bürgerliche Presse seine Äußerungen gierig aufgenommen hatte und als „Aufruf zum Generalstreik" herausposaunte, sah Mahlein sich genötigt, die Kapitalisten zu beruhigen und diese Interpretation als „völlig abwegig" zu bezeichnen („Handelsblatt", 27.7.).Unter seinen Äußerungen sei zwar eine breite Palette von Maßnahmen denkbar, doch auf keinen Fall das Mittel Generalstreik. *„Solange sich Tarifauseinandersetzungen im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegten, stünde die Frage Generalstreik deshalb auch nicht zur Diskussion."* („Handelsblatt", 27.7.).

Wenn es nach Mahlein ginge, also nie!

Die obige Äußerung ist ein Musterbeispiel dafür, wie Gewerkschaftsführer sich scheinradikal äußern, aber im Grunde ein Rückzugsgefecht meinen. Wenn Mahlein von der notwendigen Antwort „aller Gewerkschaften auf die Aussperrungen der Kapitalisten spricht, möchte man meinen, Mahlein hätte einen geten als Antwort im Auge – aber weit gefehlt: Nach Mahlein steht die Frage der gewerkschaftlichen Solidarität nicht erst im Streikfalle, sondern erheblich früher, nämlich beim tarifpolitischen „Leitabschluß" der ersten tischen „Leitabschluß" der ersten Lohnrunden den jeweils eines Jahres. Hier müsse es „mehr Abstimmung zwischen den Gewerkschaften" geben. Damit ist völlig klar – mehr Abstimmung in diesem Jahr hätte bedeutet, daß die DruPa von vorneherein die noch niedrigeren Lohnraubabschlüsse der anderen vorhergegangenen Lohnrunden zu übernehmen hätte!

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Protest gegen Sonderbeitrag

Die organisierten Kolleginnen und Kollegen der Druckerei Offizin Paul Hartung KG, Hamburg verurteilten in einem Brief an den erweiterten Vorstand der DruPa dessen Beschluß, aufgrund der Streikausgaben einen Sonderbeitrag von den Mitgliedern zu verlangen. Darin heißt es unter anderem:

„24 Jahre nach einem Bewilligungsstreik und 3 Jahre nach Schwerpunkt- und Warnstreiks in der Druckindustrie fragen wir uns, wo sind unsere Beiträge geblieben, wenn nach einem relativ kurzen Arbeitskampf 1976 die Kasse leer ist ?" Den Beschluß werten wir als Bankrotterklärung unserer Organisation, und wir fragen uns, wozu wurde gestreikt, wenn nicht einmal annähernd unsere Forderungen erfüllt wurden, Geld für die leere Gewerkschaftskasse zusammengebettelt werden muß – das Erreichte aber als großer Sieg der IG Druck und Papier gefeiert wird?"

Ein Lehrlingsgenosse
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Fachgruppe Versicherungen Breite Solidarität oder nur Rechtsschutz

Am 27.7.76 fand auf Einladung der Betriebsgruppe der Hamburg Mannheimer ein „Öffentlicher Diskussionsabend" statt.

Anlaß war die Kündigung des Vertrauensmannes E. Hinzmann (s. AK 84 u. 85). Um diese Versammlung gab es schon vorher Auseinandersetzungen. Während die rechten SPD'ler und in ihrem Fahrtwind die SDAJ'ler versuchten, die Kollegen aus der Iduna (hier sind im vorigen Jahr auch mehrere Betriebsräte und Vertrauensmänner gekündigt worden) und andere Betriebsgruppen herauszuhalten, forderten Kollegen aus der HM sowie auch die gewerkschaftliche Betriebsgruppe eine breite Solidaritätsversammlung, wo die gesamten politischen Entlassungen der Hamburger Versicherungskapitalisten angeprangert werden sollten.

Diese Debatte wurde noch notwendiger, als die HM-Kapitalisten dem Betriebsrat den Antrag auf fristlose Kündigung des Vorsitzenden der Jugendvertretung H. Unverfehrt vorlegten (s. AK 85). In diesem Sinne versuchten auch Gewerkschaftssekretär Deutschland und einige rechte Vertrauensleute die Delegation der Iduna und andere Gäste daran zu hindern, den Versammlungssaal zu betreten.

Doch mit dieser Maßnahme stand Sekretär Deutschland mit seinen Mannen allein auf weiter Flur. Eine Abstimmung der Versammelten ergab eine klare Mehrheit für den Antrag, alle Kollegen einzulassen.

Die Abstimmung selber konnte auch erst durch Druck der Kollegen durchgesetzt werden.

Während der Vertrauenskörper auf der Linie „Keine Aktivitäten" nicht eine einzige Solidaritätsunterschrift für den Kollegen Hintzmann gesammelt hatte, brachte die Jugendvertretung der HM, deren Vorsitzender und Stellvertreter vor kurzem aus der Gewerkschaft HBV ausgeschlossen worden waren, eine Solidaritätsresolution ein, die von 20 Kollegen unterschrieben worden war.

In dieser wurde ebenso wie in der Solidaritätsadresse der Betriebsgruppe Iduna die Forderung nach einer Versammlung für alle Versicherungsangestellten ausdrücklich betont.

Diese Forderung fand breiten Anklang, so daß folgendes Ergebnis von der Mehrheit der Versammelten getragen wurde

1. Der Fachgruppenvorstand wird aufgefordert, sich für eine breite Solidarität einzusetzen;
2. soll eine Solidaritätsresolution mit den Gemaßregelten im Betrieb als Unterschriftensammlung herumgegeben werden;
3. soll der Betriebsrat durch eine Unterschriftensammlung aufgefordert werden, eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuleiten!

Schweigen ist Gold

Wie wenig diese erfreuliche Versammlung für die SDAJ'ler und einige HBV'ler abgelaufen ist, zeigt die Bewertung dieser Veranstaltung.

Für die DKP und ihre HM-Ausgabe „Unsere Bilanz" scheint es diese Veranstaltung gar nicht gegeben zu haben.

Zwar wurden die Maßnahmen der HM-Kapitalisten in Verbindung mit den Berufsverboten gebracht und auch der Hinweis auf den unverschämten Wahlslogan der DKP – „Nur wer DKP wählt, stimmt gegen das große Kapital" – fehlte nicht, sonst wurde konkret auf die Situation in der HM bezogen nur auf das mutige Auftreten des Kollegen H. erwähnt, der „*die einzig richtige Antwort auf das streng hierarchisch-autoritär gegliederte Führungsmodell*" der HM gab, nämlich die mit „*Nachdruck vorgetragene gewerkschaftliche Forderung nach paritätischer Mitbestimmung*". Außer diesem Schmus sonst kein Wort zu dem Kampf der Kollegen und deren Forderungen. Ein tolles Bild für eine mit der Arbeiterklasse verbundene Partei! Das Ziel dieses Ausschweigens ist, die Pläne der rechten Gewerkschafter abzudecken.

Gewerkschaftliche Abwehrmaßnahmen sollen auf den Rechtsschutz reduziert werden

Die Ergebnisse der „Öffentlichen Diskussionsveranstaltung" schmeckten dem Hauptvorstand aus Düsseldorf überhaupt nicht.

Während die rechten SPD'ler auf der Vertrauensleutesitzung vom 29.7.76 die Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung fallen ließen, kam Sekretär Jänisch mit Sekretär Keuchel eigens vom Hauptvorstand aus Düsseldorf am 4.8.76 bei der HM an und inszenierte in der Mittagspause eine außerordentliche VK-Sitzung. Die Intervention sollte folgende Linie als Ergebnis haben: „Wir" wollen den Prozeß gewinnen. Deshalb sind alle Aktionen zu unterlassen. Vor allen Dingen Aktionen, die die DAG verärgern könnten, wie etwa die Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Hierzu habe man sich auch schon mit dem DAG-Betriebsrat kurzgeschaltet.

Die Ergebnisse der Diskussionsveranstaltung seien nicht nur völlig unsinnig, da steckten doch die „Chaoten" hinter, sondern Sekretär Deutschland hätte die Versammlung gar nicht erst eröffnen sollen. Zusammengefaßt heißt das, daß der Hauptvorstand der HBV nicht daran interessiert ist, gewerkschaftliche Aktionen gegen die Willkürakte zu unterstützen. Man ist nur zum Rechtsschutz für den Kollegen bereit.

Es ist zu begrüßen, daß diese Linie bisher kaum auf Zustimmung in der Gewerkschaft gestoßen ist. Zu deutlich ist, daß die Kapitalisten zunehmend zu dem Mittel der Kündigung greifen und zu deutlich ist, daß hiermit alle Kollegen, die an einer aktiven Gewerkschaftspolitik interessiert sind, getroffen werden sollen.

Konnte man bei den Iduna-Kollegen noch mit der Diffamierung „Chaoten" eine aktive Solidarität in vielen anderen Betrieben zurückpfeifen, so zeigen die Kündigungsfälle bei der Eisenbahner-Versicherung, die zudem noch Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse machten (s. diesen AK) und jetzt die Kündigungen bei der HM den wirklichen Charakter der Maßnahmen der Kapitalisten.

Dieser Repressionswelle mit dem Hinweis auf das Gewinnen eines Prozesses keine gewerkschaftlichen Aktivitäten entgegenzusetzen, würde die Aufgabe des Anspruchs auf fortschrittliche gewerkschaftliche Arbeit bedeuten.

Dieses gilt um so mehr für den Kollegen Hinzmann und die anderen SDAJ'ler, die im VK mehr dazu neigen, keine Aktivitäten zu unternehmen.

Der Fachgruppenvorstand beschloß auf seiner Sitzung am 5.8.76 den Kollegen bei der HM bei ihren Aktionen volle Unterstützung zu geben. Weiterhin wurde auch beschlossen, daß der Fachgruppenvorstand Versicherungen öffentlich zu diesen Dingen Stellung nehmen muß.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Linie durchsetzen kann. Für alle fortschrittlichen Gewerkschafter gilt es, gegen die Willkürakte der Kapitalisten eine breite Abwehrfront aufzubauen. Hierzu ist es sicherlich notwendig, eine breite Veranstaltung zu propagieren, wodurch gegen alle politischen Entlassungen im Versicherungsgewerbe protestiert wird. Hier können auch die gemeinsamen weiteren Schritte beraten werden!

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/ Gruppe Hamburg

Kaufhof Hamburg: Zwangsurlaub für Kollegin und rrrevolutionäre Opposition

Vor ca. 3 Wochen wurde im Kaufhof Hamburg eine Kollegin, die zur Zeit auch noch schwanger ist, zwangsbeurlaubt, da sie gegen die Versetzung von Kollegen mit einer Unterschriftensammlung protestierte.

Einher mit der Beurlaubung külbelte die Geschäftsleitung eine üble Hetze in den Betrieb.

Die Kollegin sei vorbestraft und im Gefängnis gewesen, sie sei schon aus einem anderen Betrieb aus politischen Gründen entlassen worden und sie hätte Verbindung mit der RAF.

Die Kapitalisten versuchten somit die Mitgliedschaft der Kollegin in der „KPD/ML" in antikommunistischer Manier für ihre Politik zu benutzen. In einer „Persönlichen Erklärung" der Kollegin, die unter den Emblemen der „KPD/ML" verteilt wurde, nahm sie zu der Hetze Stellung und wies die Lügen zurück. Was dann allerdings kam, gab der Diffamierungskampagne der Kapitalisten nur Vorschub. In allgemeinster Form wurde auf drei Seiten die „KPD/ML" als die „rechtsmäßige Nachfolgepartei der KPD" dargestellt.

Wenn die „KPD/ML" die Tatsache, daß ein Mitglied ihrer Organisation vom Kapitalisten angegriffen wurde, auszunutzen gedenkt, um in hohltönenden Phrasen ihren Laden und ihre Politik den Kollegen „nahezubringen", was ihnen bislang nicht gelungen ist, so muß sie sich nicht wundern, wenn das hauptsächlich dazu beiträgt, daß die Kollegen kaum einen Finger rühren werden, um gegen die üblen Angriffe der Kapitalisten etwas zu unternehmen. Insgesamt trägt dies Vorgehen höchstens dazu bei, Kommunisten vor den Kollegen als Hampelmänner erscheinen zu lassen, für den Aufbau einer breiten Solidaritätsfront in den Betrieben gegen die politischen Entlassungen trägt das nichts bei.

Kaufhof, Hannover: Frecher Verstoß gegen Jugendarbeitsschutz- und Schulgesetz

Das niedersächsische Schulgesetz beinhaltet zwar die 12- jährige Schulpflicht und im Jugendarbeitsschutzgesetz ist die Freistellung vom Betrieb „garantiert" um die Berufsschule zu besuchen, aber was soll's. Ein 17- jähriger Bewerber wollte beim Kaufhof als Hilfsarbeiter anfangen. Die Personalleitung wollte ihn auch einstellen – aber nur wenn er nicht zur Berufsschule gehen würde. Damit wird die bekanntermaßen beschissene Arbeitsplatzsituation für Jugendliche in Hannover ausgenutzt, um einem in gleich wieder ein paar Rechte zu klauen. Frech schrieb die Kaufhof - Personalleitung einen Brief an die Berufsschule : Zur Einstellung des Jugendlichen „*benötigen wir eine Bescheinigung von Ihnen, daß Herr ... von der Berufsschulpflicht befreit wird.*"

Und tatsächlich, da geht doch die Berufsschule auch noch auf diese Unverschämtheit ein: „*Nur im Interesse des Jugendlichen (!) sind wir bereit, auf Erfüllung der Schulpflicht nicht zu bestehen.*" Scheinheilig wird also der Erpressung durch die Kaufhof - Kapitalisten recht gegeben. Und als dann der zuständige Landesbeamte Prof. Günter Wiemann, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung, gefragt wird, weiß der zu sagen: „*Das ist ungesetzlich, das Schulgesetz sieht überhaupt keine Befreiung von der Schulpflicht vor*". Toller Spruch, aber der Kaufhof hat einen Jungarbeiter mehr, denn inzwischen arbeitet der junge Kollege dort.

(Zitate aus „Neue Hannorversche Presse" vom 23.7.76)

KB/ Gruppe Hannover

co op-Tarife: Wer bietet weniger?

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV beschloß Anfang Juli, den Manteltarifvertrag für die zentralen co-op-Betriebe ungekündigt ein weiteres Jahr über die ohnehin schon dreijährige Laufzeit bestehen zu lassen. Während für die Druck- und Chemiebetriebe des gewerkschaftseigenen co-op-Konzerns in-

und Chemiebetriebe des gewerkschaftseigenen co-op-Konzerns in-

zwischen Teilverbesserungen vereinbart wurden, sollen offenbar die Zentrale-Kollegen, die durch Massenentlassungen zur „Sanierung" des Konzerns stark betroffen sind, ausgespart werden.

In den co-op-Betrieben ist die Verfilzung der gewerkschaftlichen mit der betrieblichen Bürokratie derart komplett, daß sich die Kollegen fragen, warum sie ihre Gewerkschaftsbeiträge (alle Kollegen sind hier „automatisch" gewerkschaftlich organisiert) nicht gleich an den co-op-

„automatisch" gewerkschaftlich organisiert) nicht gleich an den co-op-

Vorstand abführen ...

Betriebszelle co op
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg: Nur noch Männer gewünscht ...

Mit demagogischen Sprüchen wie: „*Mit Frauen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, die werden sowieso schwanger und bleiben dann weg*" oder„*Es sind schon so viele Frauen in der Abteilung, jetzt wollen wir wieder mal einen Mann einstellen*", werden jetzt auslernende Kolleginnen bei Iduna abgespeist, wenn sie sich in einigermaßen qualifizierten Abteilungen bewerben. Als „Ersatz" stehen bis heute 3 (!) Plätze in der „Einweisung" zur Verfügung, wo nichts anderes als Fließbandarbeit am Schreibtisch getan wird.

(„Merkwürdigerweise" beklagt sich hier niemand über zuviel Frauen, obwohl bis auf den Abteilungsleiter hier nur Frauen arbeiten.)

Hier zeigt sich, welchen Stellenwert Frauenarbeit heute hat, für sie bleiben nur die unqualifizierten stupiden Arbeiten, wenn sie schon überhaupt arbeiten „dürfen".

Denn das ist zur Zeit bei der hohen Arbeitslosenquote der Frauen nicht mehr so selbstverständlich.

So stellt das internationale Arbeitsamt in Genf fest: „*Man holt sie, wenn man sie braucht und wenn man sie nicht mehr braucht, schickt man sie wieder nach Hause*" („Frankfurter Rundschau" vom 3.8.76).

Betriebszelle Iduna,
KB/ Gruppe Hamburg

„Gesellschaften besitzen die Fähigkeit der Wiedergeburt"

Mit dieser „Lebensphilosophie" leitet Hans Gerling sein Buch zum 100-jährigen Jubiläum des Gerling-Konzerns am 26. März 1966 ein. Und mit diesem Langmut scheint er auch die Bewegungen „seines" Kapitals in „seinem" Konzern zu betrachten.

Als 1974 die Herstatt-Bank mit Millionen Schulden Pleite ging (andere Banken hatten Forderungen von mehr als 530 Mio. DM), versuchte Gerling sich „rauszuhalten". Nur um den weiteren Abstieg seines Imperiums zu verhindern, das durch diese größte bisherige Bankenpleite der BRD doch einige Kratzer abbekommen hatte, erklärte er sich bereit – als großzügige Geste – mit 200 Millionen zur Befriedigung der Gläubiger einzuspringen.

Er verkaufte einen Teil seines Konzerns: 25,9% an die Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie GmbH, 25,1% an die „Zürich"-Versicherungs-Gesellschaft. Der Erlös (100 Mio. DM) floß bereits an die Gläubiger.

Inzwischen hat sich der Konzern erholt: z.B. konnte der Jahresüberschuß der Versicherungen von 5,36 auf 6,46 Mio. gesteigert werden.

Die Prämieneinnahmen der Gerling-Konzern Allgemeine Versicherung AG wurden um 7,6% erhöht.

Heute, „*da der Schatten der Herstatt-Krise gewichen ist, mag der Konzern eben einiges mehr wert sein, als es die vor einiger Zeit erstellten Bewertungsgutachten festgestellt haben*" („FAZ", 26.7.76). Das Kapital der Konzern-Holding ist bereits um 55 Mio. aufgestockt worden.

„*Dr. Hans Gerling wird die restlichen Raten für den Herstatt-Vergleich von zusammen 100 Mio. DM zahlen können, ohne daß er Kredite der Banken aufnehmen müßte, die Ende 1974 diesen Betrag garantiert hatten*" („FAZ", 26.7.76).

Aus dem Bankgeschäft will er sich wohl endgültig zurückziehen. Seinen Anteil an der Gerling Global Bank hat er an eine Schweizer Bank verkauft.

Das heißt: Gerling ist raus aus dem Schneider! Der Konzern läuft. Auch die Anerkennung in Kreisen des Monopolkapitals bleibt ihm nicht versagt: Otto Wolf von Amerongen hat bereits im August letzten Jahres wieder den Vorsitz im Aufsichtsrat des Gerling-Konzerns übernommen, den 1974 bei seinem Rückzug aus dem Gerling-Konzern verlassen hatte. Da kann man nur sagen: auf der ganzen Linie sauber saniert. Die Herstatt-Gläubiger allerdings (vor allem die Sparer über 20.000 DM) gucken weiter in die Röhre.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde Buchhandel und Verlage

Am 5. August begannen im Bereich des Buchhandels und der Verlage die Tarifverhandlungen. Die Hamburger Tarifkommission fordert 135 DM für alle. Dieses war auch ein Beschluß der letzten Mitgliederversammlung. Nachdem damit vier Monate nach dem Auslaufen der Tarifverträge Kapitalisten und Gewerkschaftsführung sich gemüßigt sahen, die Verhandlungen zu beginnen, scheint das Ergebnis schon festzuliegen: Die Kapitalisten bieten sechs Prozent, was die HBV-Führung wohl begrüßen wird.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Schlappe für Edeka

Wie wir schon im AK 80 berichtet hatten, wurde einem Kollegen des Edeka-Versicherungsdienstes in Hamburg (gehört zum Edeka-Konzern) gekündigt, nachdem in diesem Betrieb eine erfolgreiche Unterschriften-Sammlung gegen das von den Kapitalisten geplante Beurteilungswesen organisiert wurde. Die Kündigung wurde mit Rationalisierungsmaßnahmen und mangelnder Leistung begründet.

Nun gewann der Kollege am 28.7.76 vor dem Arbeitsgericht Hamburg eine „einstweilige Verfügung" auf Weiterbeschäftigung. Die Kündigungsbegründung der Kapitalisten war zu hergeholt, um das Arbeitsgericht zu überzeugen.

Für die Kapitalisten war das Urteil Grund genug, die Repressionen gegen die Kollegen zu verschärfen. Nachdem der Versuch der Geschäftsleitung, eine Unterschriftensammlung gegen die Wiedereinstellung des Kollegen zu initiieren, kläglich an der Weigerung des Kollegen scheiterte, wurde nun gedroht, einen anderen zu entlassen bzw. die gesamte „Mannschaft" auszuwechseln.

Diese Drohung muß auf dem Hintergrund gesehen werden, daß bisher die Geschäftsleitung rigoros mit dem Kündigungsterror arbeitete, ohne auf größeren Widerstand bei den Kollegen zu treffen. Das ist diesmal danebengegangen!

Betriebszelle Edeka
KB/Gruppe Hamburg

Skandal um korrupten Eisenbahner-Gewerkschafts-Chef

DEV-Betriebsräte fristlos gekündigt

Es fing ansich so an, wie es in der letzten Zeit bei Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern bzw. Betriebsräten und den Versicherungskapitalisten üblich geworden ist – mit fristlosen Kündigungen. In diesem Fall beantwortete der Vorstand der Deutschen Eisenbahner Versicherungskasse die ihm lästigen Auseinandersetzungen mit dem Betriebsrat der Bezirksdirektion Hamburg mit der fristlosen Kündigung des Vorsitzenden des Betriebsrates Gerd Eberlei und dessen Stellvertreter Richard Bartels, beide Mitglieder der Gewerkschaft HBV, sowie dem Antrag auf Auflösung des Betriebsrates. Hintergrund sind etliche Prozesse wegen Verstößen der Kapitalisten gegen das Betriebsverfassungsgesetz, die alle vom Betriebsrat gewonnen wurden. Mittlerweile laufen ca. 30 Prozesse in der ganzen Auseinandersetzung.

Die letzte Auseinandersetzung vor den Kündigungen ging darum, daß der Betriebsrat eine Anfrage beim Bundesaufsichtsamt stellte, ob nicht alle Kollegen der Versicherungskasse in den Genuß der um 20% niedrigeren Haustarife kommen könnten.

Bisher war dieses Privileg nur den beurlaubten Bundesbahnsekretären und den Sekretären der Eisenbahnergewerkschaft gegönnt.

Die Antwort des Bundesaufsichtsamtes, *„daß die Haustarife als Verstoß gegen das Pflichtversicherungsgesetz unzulässig sind und mit einer Geldbuße geahndet werden können"* („Bergedorfer Zeitung" v.19.7.76) bedeutete, daß nunmehr auch die Eisenbahnergewerkschaftssekretäre ihren illegalen Bonus los waren.

Die DEVK sah nunmehr das „Vertrauensverhältnis gestört", *„da die Kasse davon ausgeht, daß dieser illegale Umstand den Betriebsräten hätte bekannt sein müssen und die Anfrage einer Anzeige gleich kommt"* (ebenda). Eigenartige Begründung für einen ertappten Dieb...

Nun bekommt der Fall aber seine besondere Wende, denn hinter dem DEVK steht nicht irgendein Kapitalist, sondern Vorstandvorsitzender ist Dr. Michael Pickel, SPD-Mitglied, und Aufsichtsratsvorsitzender ist SPD-MdB Philip Seibert, gleichzeitig Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GDED); der gekündigte Betriebsrat Eberlei ist ebenfalls in der SPD und zudem Stadtrat und stellvertretender SPD-Vorsitzender in Quickborn. Und zusammen mit der Affäre um die fristlose Kündigung kamen damit noch weitere muntere Geschäfte des Vorsitzenden der GDED zum Vorschein.

Die Delikte des Herrn Seibert

So erhielt Seibert von der DEVK für seinen Wahl„kampf" 1970- 1972 Geschenkartikel im Wert von 20.000 Mark. Begründung seitens der Kapitalisten, mit dem „Gewerkschafter" sei *„eine Persönlichkeit für den Bundestag gewonnen, die sich in vielfältiger Weise nachdrücklich für die Belange der Versicherungswirtschaft eingesetzt hat"* („Quickborner Tageblatt" v. 17.7.76).

Als 1974 ein Lufthansa-Jumbo über Nairobi abstürzte, waren unter den Insassen der gesamte DEVK-Vorstand sowie der komplette Aufsichtsrat samt Ehefrauen. Und diese Reise wurde nicht aus der Privatschatulle bezahlt, sondern von Gerling finanziert. Man war auf dem Weg zu einer Besichtungstour durch Südafrika!

Da Seibert ja genug Geldquellen hatte, konnte er sich zuguterletzt auch leisten, mit 20.000 Mark das Erscheinen eines Artikels zu verhindern, der wohl noch andere Dinge ans Tageslicht gebracht hätte.

Parteiausschlüsse und Strafanträge

Diese krummen Touren des Boß der GDED waren nunmehr für die Quickborner SPD Anlaß genug zu prüfen, ob gegen Seibert nicht ein Parteiausschlußverfahren angestrengt werden sollte. Zudem nahm das „Quickborner Tageblatt" die Story auf und leitete damit die ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit zu. Nun ging es Schlag auf Schlag. Die Pressemeldungen überschlugen sich: *„Quickborner Stadtrat will Gewerkschaftsboß stürzen"* („Quickborner Tageblatt" v. 17.7.76), *„Quickborner SPD-Stadtrat droht Berufsverbot"* (ebenda), *„Privileg ist futsch – Betriebsrat soll gehen"* („Bergedorfer Zeitung" v. 19.7.), *„Gewerkschaftschef droht Parteiausschluß"* („Welt", 29.7.) und zuguterletzt *„Warum der kleine Genosse den Genossen Vorsitzenden feuern will"*, („Bild" v. 2.8.76).

Diese Presseartikel nahm nun der Gewerkschaftsführer zum Anlaß, seinerseits in die Offensive zu gehen. Er stellte Strafantrag wegen Verleumdung gegen den Kollegen Eberlei.

Zudem beantragte er ein Parteiordnungsverfahren wegen partei- und gewerkschaftsschädigenden Verhaltens.

Während dieses Verfahren läuft, zögert die Quickborner SPD immer noch mit ihrem Parteiausschlußverfahren gegen Seibert, da man erst den Bundestagswahlkampf abwarten will. In den nächsten Tagen überschlugen sich die Tatsachen.

Der Betriebsratsvorsitzende Eberlei wurde am 27.7. zum zweitenmal fristlos gekündigt. Die Begründung diesmal: *„die Berichte am 17. Juli im Tageblatt über den Streit zwischen Betriebsrat und Kasse sowie Überlegungen der Quickborner SPD wegen Mißachtung ... ein Parteiausschlußverfahren gegen Seibert in Gang zu setzen, beruhen auf Informationen von Eberlei".*

Damit sei der Aufsichtsratsvorsitzende Seibert und Vorstandsvorsitzender Pickel *„in der Öffentlichkeit herabgewürdigt"* oder man kann auch sagen dorthin gestellt worden, wo sie hingehören: In die Rubrik „Gangster" der Boulevard-Presse.

Mit derselben Begründung hatte auch Seibert den Strafantrag wegen Verleumdung und das Parteiausschlußverfahren eingeleitet.

Die Kripo schaltet sich ein

Am 4.8.76 erschien nun die Kripo im Hause der DEVK, Bezirksdirektion Hamburg. Grund: Der Betriebsrat hatte einen Strafantrag gegen drei Mitglieder der Bezirksdirektion gestellt wegen Behinderung der Tätigkeit des Betriebsrates (§119 Betriebsverfassungsgesetz). Viereinhalb Stunden informierte sich die Kripo. Die Herren von der Geschäftsleitung wurden ins Polizeipräsidium am Berliner Tor gebeten. Seibert, der alle Vorwürfe bestreitet, sich aber laut „FR" vom 4.8.76 in herabwürdigender Weise über den Hamburger Betriebsrat äußerte, schien nun aber doch zusehends aus dem Schußfeld genommen zu werden. Die Gewerkschaft HBV hat zusammen mit der DGB-Rechtsstelle durch Weisung von DGB-Boss Vetter weiter grüne Welle für die Prozesse gegen die DEVK.

Seibert selber scheint auf dem Gewerkschaftstag der GDED Ende August in Hamburg mit einem Gegenkandidaten zu rechnen zu haben. Es handelt sich hierbei um einen Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministerium. Die weiteren Arbeitsgerichtstermine versprechen interessant zu werden: am 18.8.76 vor dem Hamburger Arbeitsgericht wegen des Antrages auf Auflösung des Betriebsrates und am 9.11.76 wegen der fristlosen Kündigung.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Medikamentensammlung für palästinensische Flüchtlingslager

Der Bund gewerkschaftlicher Ärzte (BGÄ) in der ÖTV Hamburg hat auf Initiative einiger Kollegen unter seinen Mitgliedern zu einer Medikamentensammlung für die palästinensischen Flüchtlingslager aufgerufen.

Obwohl auf der letzten Sitzung im Juli noch nicht alle Mitglieder Medikamente mitgebracht hatten, war doch schon ein beachtlicher Erfolg zu verzeichnen: **Insgesamt wurden rund 23 kg Medikamente abgeliefert!** Gesammelt wurden die notwendigsten und wichtigsten Medikamente für die Versorgung der Verwundeten, das heißt Antibiotika, Schmerzmittel, Korticoide und Herzmittel.

Eine ertragreiche Quelle, die leider nur Ärzten zugänglich ist, sind die Arzneimittelfirmen, von denen auf Anforderung praktisch jedes gewünschte Medikament als Muster verschickt wird. Zur Zeit sind für die Betroffenen im Libanon Medikamente, die nur unter größten Schwierigkeiten – wenn überhaupt – zu kaufen sind, oft wichtiger als Geld.

Wir rufen an dieser Stelle alle Ärzte auf, noch mehr Anstrengungen zur praktischen Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu unternehmen!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Eine Genossin aus Altona
KB/ Gruppe Hamburg

das heißt Antibiotika, Schmerzmittel, Korticoide und Herzmittel.
Eine ertragreiche Quelle, die leider nur Ärzten zugänglich ist, sind die
SOLIDARITÄT !
Eine Genossin aus Altona
KB/ Gruppe Hamburg

Frankfurt: Behinderte Kinder in unmenschlichen Räumen

In einem „Offenen Brief" wandten sich 28 Eltern an den städtischen *„Verein Arbeits- und Erziehungshilfe"*, da sie sich um ihre Kinder Sorgen machen, die sie der *„Beratungs- und Behandlungsstelle für behinderte Kinder"* anvertraut haben. Es handelt sich bei den Patienten zumeist um Säuglinge und Kleinkinder unter einem Jahr, die cerebral bewegungsgestört (spastisch) sind („Frankfurter Rundschau" (FR), 30.7.76). Die Eltern beklagen sich über die *„katastrophale klimatische Situation"* in der großen Holzbaracke (!), in der die Behandlungsstelle untergebracht ist und halten die Heilungschancen für ihre Kinder für *„ernsthaft gemindert"*.

gungsgestört (spastisch) sind („Frankfurter Rundschau" (FR), 30.7.76). Die Eltern beklagen sich über die „katastrophale klimatische Situation" in der großen Holz-

In der Baracke ist es im Sommer ungewöhnlich heiß; die Eltern haben selbst nachgemessen: schon vor der großen Hitzewelle, am 15. Juni, waren es morgens um 9 Uhr 29 Grad! Im Winter ist es kalt und zugig. Die Eltern schreiben: *„Unsere Kinder, die schon durch die gymnastische (Vojta-) Behandlungsmethode einer extremen körperlichen und seelischen Belastung ausgesetzt werden, können durch zusätzliche übergroße, stickige Hitze in Lebensgefahr kommen."*

Selbst der *„Verein Arbeits- und Erziehungshilfe"* mußte gewisse Mängel zugestehen. Unter diesen Bedingungen werden 4.000 Behandlungen pro Jahr durchgezogen! Dennoch will man die Baracke nicht aufgeben und sich um neue Räume kümmern. Auch der Einbau einer Klimaanlage wird abgelehnt, *„weil wir die Säuglinge nicht einer Luftbrause aussetzen wollen"* (?!); von modernen Klimaanlagen hat man offensichtlich nichts hören wollen, so daß auch noch das Wohl der Kinder als fadenscheiniges Argument zur Bemäntelung der „Spar"politik herhalten muß. Jetzt wird die Möglichkeit einer Wärmedämmung für das Dach geprüft; dazu ein Sprecher: *„Mal sehen, was das kostet"*. Ein wahrhaft entscheidendes Argument dieser „Kinderfreunde"!

Ein Genosse aus dem AK Altona
KB/ Gruppe Hamburg

Hessen-Nassauische Versicherungsanstalt:

Hessen-Nassauische Versicherungsanstalt: SPD-Korruption in Reinkultur!

Die westdeutschen Sozialdemokraten in ihrem schwarz-rot-goldenen Gewand haben es wirklich nicht leicht. In Hessen ist wieder eines ihrer Mitglieder aufgeflogen, das seit Jahren in seiner Funktion als Generaldirektor (!) der Hessen-Nassauischen Versicherungsanstalt Sondergelder für sich abzweigte. Herr Direktor Georg war bis 1970 SPD-Ministerialdirigent in der Hessischen Staatskanzlei und wurde dann von seinen Freunden auf die Position eines Vorstandsbosses bei der vom Land Hessen getragenen Versicherung gehievt. Dort erfand er für sich „Sonderprovisionen" und kassierte an die 87.000 DM (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 31.7.76). Anonyme Hinweise schließlich führten dazu, daß das Versicherungsaufsichtsamt Georgs Abberufung forderte.

Georg zog sich flugs auf's Altenteil zurück. Man sicherte ihm zu, er würde 75% seines bisherigen regulären Einkommens als Rente erhalten, die 87.000 DM sind zurückzuzahlen – und die Strafe beträgt ganze 1.000 DM!

Die CDU in Hessen schlachtete diesen Skandal natürlich reichlich aus. Sie fand zusätzlich heraus, daß die Versicherung ihrem Personalrat (ebenfalls SPD) jährlich bis zu 170.000 DM zur Verfügung stellte, für sogenannte „soziale Zwecke"! Nur ist offenbar niemand in der Lage, die soziale Verwendung des Geldes konkret zu belegen.

Eine Landtags-Anfrage der CDU soll das (nach „FAZ" vom 3.8.76) klären. Daß die SPD als Regierungspartei immer tiefer in den Korruptionssumpf verfällt, zeigt sich überall. Allerdings versucht die lupenreine Kapitalpartei CDU daraus politisches Saubermann-Kapital zu schlagen. Sie hat jedoch mindestens ebensoviel wenn nicht noch mehr Dreck am Stecken

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kein Rechtsschutz gegen Rechtsschutz-Versicherungen

Die meisten Kapitalisten können ihre Preise nach Gutdünken und willkürlich erhöhen. Ein bißchen anders ist es noch bei den Versicherungen. Da ist das staatliche „Aufsichtsamt für die Versicherungswirtschaft" zwischengeschaltet, dem gegenüber Beitragserhöhungen begründet und vorgelegt werden müssen. Obwohl nun das Aufsichtsamt alles andere macht, als Beitragserhöhungen zu verbieten, ist den Versicherungskapitalisten diese staatliche Vorlagepflicht schon lange ein Dorn im Auge. Schränkt es doch die „freie unternehmerische Willkür" ein wenig ein.

Die westdeutschen Rechtsschutzversicherungen (ARAG, DAS etc.) starten derzeit eine Kampagne dagegen. Alle Rechtsschutzversicherer erhöhten mit Genehmigung des Amtes ihre Beiträge wegen steigender Gerichts- und Anwaltskosten. Stellvertretend für alle anderen ging die ARAG weiter. Sie beantragte (lt. „Frankfurter Rundschau" vom 29.7.) eine Gleitklausel, mit deren Hilfe jederzeit Erhöhungen möglich sein sollten. Das Amt lehnte wegen zu großer Unkontrollierbarkeit ab. Daraufhin schrieb die ARAG zwei Briefe an die Versicherten. Im ersten Brief bot man an, die „Leistung" zu erhöhen und forderte dann auch höhere Beiträge. Im zweiten Brief wurde aus dem Angebot eine Drohung: Wer nicht erhöht, wird zum nächsten möglichen Termin gekündigt. Neuabschlüsse sind bei allen Versicherungen nur noch zum erhöhten Beitrag möglich. Die DAS beispielsweise ließ bereits durchblicken (interne Information), sollte der ARAG der Coup gelingen, wolle sie nachziehen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kiel: Ausbildung zum „Idealismus"

„Krankenschwester sein – heißt Idealist sein"; dies ist die gängige Vorstellung, die in allen DRK-Krankenhäusern den Schülerinnen eingebläut werden soll.

Die Ausbildungsmethoden sind weniger „idealistisch", sondern handfester schikanöser Natur: So ist es z. B. den Schülerinnen selbst bei größter Hitze verboten, auch nur den obersten Knopf ihrer Kleider bzw. Kittel zu öffnen. Sie müssen Unterröcke und Strümpfe tragen, die Schuhe haben entweder schwarz oder weiß zu sein. Schmuck ist selbstverständlich nicht erlaubt.

Begegnet man einer Oberschwester, wird man von oben bis unten gemustert, ob man sich nicht etwa über eine dieser Anordnungen hinweggesetzt hat. Bis vor kurzem wurden sogar regelrechte „Kettenkontrollen" durchgeführt, bei denen die Schülerinnen den obersten Knopf ihrer Kittel öffnen mußten. Hatten sie ein Kettchen um, wurden sie verwarnt und aufgefordert, dies sofort abzunehmen.

Doch selbst nach dem Dienst hören diese Schikanen nicht auf. Eingebettet in eine faschistoide Hausordnung (*„Wir alle sind eine große Familie und wollen aufeinander Rücksicht nehmen"*) werden die Schülerinnen, die in den DRK-Wohnheimen wohnen müssen, das sind alle unter 18 Jahren sofern sie keine Erlaubnis von ihren Eltern haben, eine eigene Wohnung zu beziehen, auch in ihrer Freizeit ständig kontrolliert.

So wurde einer Schülerin, die nach dem Dienst ohne Haube durch das Schwesternheim lief, gedroht, dies sei ein Grund, um durch die Probezeit zu fallen.

Einer anderen Schülerin wurde ein schriftlicher Verweis (drei schriftliche Verweise = Kündigungsgrund) erteilt, weis sie während der Nachtwache ihre Haube abgenommen hatte.

Krankenhauszelle
KB/ Gruppe Kiel

Spedition Schenker: Die Angriffe auf die gewerkschaftliche Betriebsgruppe gehen weiter

Die Angriffe auf die gewerkschaftliche Betriebsgruppe gehen weiter:

Am 2./3. Juni wurde in die Postfächer der einzelnen Abteilungen Blätter gelegt, natürlich anonym, die aus zusammengestückelten Zeitungsüberschriften bestehen und folgenden Text haben: *„Jetzt fangen wir erst richtig an. Der Kampf geht weiter. Kampf gegen die Kapitalisten, ÖTV, DAG, BR, Spedition Schenker & Co., Hamburg, Rolf Albers, BR-Vorsitzender, GSt. Hamburg, Klaus Perz, Franz Hohmann"* (Die beiden letztgenannten sind die (Ver-) Treter der Kollegen im Aufsichtsrat).

Dieses Blatt ist als Produkt der ständigen „Chaoten"- und Kommunistenhetze der Geschäftsleitung und rechten BR-Mehrheit anzusehen. Der Gipfel dieser Provokation besteht allerdings darin, daß das Ganze mit dem Kopf der Informationsblätter der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe bei Schenker versehen war, also ein, wenn auch noch plumpes, betriebs-faschistisches Manöver, diese Betriebsgruppe in eine kriminelle Ecke zu drängen.

In einer Erklärung schrieb die BR-Minderheit, die für die Betriebsgruppe eintritt u. a.: *„Ein solches Niveau und dazu noch anonym, entspricht weder unserem Stil noch dem der Betriebsgruppe. Wir tragen unsere Meinung öffentlich und sachlich vor und befassen uns mit anderen Meinungen und Argumenten inhaltlich."*

Die Genehmigung zum Aushang der Erklärung am Schwarzen Brett gab die Geschäftsleitung. Der BR, der als erster aufgefordert wurde, verweigerte sein Einverständnis glatt. Soll man daraus schließen, daß die Blätter direkt von der BR-Mehrheit kommen?

NPD-Betriebsräte

Stolz verkündete die faschistische Zeitung „Deutsche Stimme" (7/76), daß im Rhein-Neckar-Kreis zwei aktive Nationaldemokraten im Bereich des Öffentlichen Dienstes zu Betriebsratsmitgliedern gewählt worden sind. Es handelt sich um Ewald Frei in Oftersheim, der jetzt Betriebsratsvorsitzender (!) wurde und um Wolfgang Körnicke aus Schwetzingen, der den Posten eines stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden einnimmt.

ÖTV kündigt Schlichtung

Die ÖTV hat Mitte Juli das Schlichtungsabkommen mit den öffentlichen Arbeitgebern zum 31. Dezember des Jahres gekündigt. Ein Sprecher der ÖTV erklärte in Stuttgart, dies sei die *„logische Konsequenz"* („Frankfurter Rundschau" (FR), 17.7.76) der Entscheidung des Gewerkschaftstages der ÖTV, in Zukunft nicht mehr gemeinsam mit der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) Tarifverhandlungen zu führen. Die Schlichtung war von den Tarifvertragsparteien im Öffentlichen Dienst nach den Erfahrungen des Streiks im Jahr 1974 vereinbart worden, um die Kollegen noch mehr aus dem Tarifkampf herauszuhalten. In dem Kündigungsschreiben an Bund, Länder und Gemeinden hat die ÖTV jedoch jetzt *„Bereitschaft zu neuen Vereinbarungen"* bekundet. Die DAG wird nach den Worten ihres Verhandlungsleiters Heinz Groteguth *„mit Sicherheit"* ein neues Schlichtungsabkommen vereinbaren.

Ausbildungschikanen beim DRK

Während in Anzeigen und Werbetexten die Ausbildung beim Deutschen Roten Kreuz über den grünen Klee gelobt wird, ist der Ausbildungsgang zur Krankenschwester tatsächlich von der völligen Willkür der Lehrschwester und Oberin abhängig.

Im Kreiskrankenhaus in Eckernförde gibt es für den ersten Kurs bereits seit einem halben Jahr keinen Psychologie-Unterricht mehr, wie es überhaupt für die gesamte Ausbildung keinen festen Ausbildungsplan gibt.

Weiterhin wurde die normalerweise nach dem ersten halben Jahr stattfindende Zwischenprüfung des ersten Kurses über ein Vierteljahr hinausgezögert, und dann, nach dem Willen der Oberin und Lehrschwester, unangekündigt durchgezogen. Lediglich Gerüchte vier Tage vor der Prüfung brachten den Plan ans Licht. Die von vielen Schwesternschülerinnen spontan geäußerten Proteste konnten den Ablauf der Prüfung allerdings nicht mehr verhindern.

Da viele Schülerinnen sich aufgrund der kurzen Ankündigungszeit nur schlecht vorbereiten konnten, fiel die Prüfung entsprechend mäßig aus, was von der Lehrschwester in entsprechende Drohungen umgemünzt wurde: einer Schwesternschülerin wurde auf den Kopf zugesagt, sie solle doch besser ihren Beruf wechseln. Einer anderen, die sich den Fuß brach und ca. sechs Wochen arbeitsunfähig war, wurde dreist beschieden, man hätte von ihr mehr erwartet, da sie ja schließlich Zeit zum Lernen hätte.

Krankenhauszelle
KB/ Gruppe Kiel

Marburger Bund:
„Patienten leiden unter Sparbeschluß"

Die Standesorganisation der Krankenhausärzte, der Marburger Bund, wandte sich zu Beginn des vergangenen Monats an die Öffentlichkeit, um gegen die drastischen „Spar"maßnahmen an den Krankenhäusern zu demonstrieren. Mehr denn je wurden während der Sommermonate die „Spar"pläne in die Tat umgesetzt, so daß die einschneidenden Versorgungsmängel immer deutlicher werden. Der Landesvorstand des Marburger Bundes äußerte, daß an den Universitätskliniken Marburg, Gießen und Frankfurt, am Frankfurter Nordwest-Krankenhaus und an Kliniken in Wetzlar und Offenbach bereits Abteilungen geschlossen oder in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden mußten. Unter anderem sind betroffen
in Wetzlar und Offenbach bereits Abteilungen geschlossen oder in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden mußten. Unter anderem sind betroffen
die Abteilung für Herzchirurgie an der Uni Frankfurt, die Poliklinik für Kinderpsychiatrie in Marburg und die erste in Hessen eingerichtete Geschwulstberatungsstelle Frankfurt.

Erst einen Monat zuvor mußte die Genetische Poliklinik am Institut für Humagenetik der Universität Marburg die Arbeit wieder – zumindest vorläufig – einstellen. Diese Klinik war erst vor knapp eineinhalb Jahren eingerichtet worden und galt in der BRD und im Ausland als Vorbild („FR", 4.6.76) Wie ihr Leiter, Professor Dr. Gerhard Wendt, Anfang Juni mitteilte, sieht sich die Genetische Poliklinik bei steigender Inanspruchnahme durch Ratsuchende und unter gleichzeitiger Stellenreduzierung nicht mehr in der Lage, weiterhin genetische Beratungen durchzuführen, zumal eine für Ende Mai ausgeschriebene Arzt-Stelle im Chromosomenlabor aus finanziellen Gründen nicht neu besetzt werden konnte. *„Ohne ein leistungsfähiges Chromosomenlabor aber ist eine genetische Poliklinik nicht arbeitsfähig"*, erklärte Wendt. Durch eine genetische Vorbeuge ließen sich Behinderungen von über 200 neugeborenen Kindern verhindern (bei schätzungsweise insgesamt 1.000 in Nordhessen, dem Haupteinzugsgebiet der Marburger Beratungsstelle)!

Nach Angaben des Landesvorsitzenden des Marburger Bundes sind darüberhinaus im letzten halben Jahr 20 Prozent der hessischen Krankenhäuser von privaten Wirtschaftsunternehmen auf Veranlassung des Sozialministeriums geprüft worden; aufgrund der festgestellten Mängel seien als „Sofortmaßnahme" Einstellungsstop, Stellenkürzungen und Einschränkungen bei der Vergütung von Mehrarbeit verordnet worden,(„FR", 8.7.76). Man wandte sich auch gegen die Äußerungen des Sozialministers
schränkungen bei der Vergütung von Mehrarbeit verordnet worden,(„FR", 8.7.76). Man wandte sich auch gegen die Äußerungen des Sozialministers
Schmidt, der erklärte, durch die „Spar"maßnahmen werde die ärztliche Versorgung der Bevölkerung nicht verschlechtert. Demgegenüber stellte der Marburger Bund klar: Wenn man heute, wie es die Gesundheitsminister verlangen, die Anhaltszahlen (das ist die Zahl der Betten pro Pflegekraft) des Jahres 1969 (!) fortgeschrieben auf die 40-Stunden-Woche anwendet, müsse man entweder eine schlechtere Medizin oder eine längere Verweildauer als Folge der Personalverringerung in Kauf nehmen.

Der Marburger Bund schlägt deshalb als Sofortmaßnahme vor, die 1974 geprüften und herausgegebenen Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft in den Großkrankenhäusern zu verwenden. Unserer Meinung nach ist das das allermindeste, was erreicht werden sollte, läßt sich doch mit diesen Anhaltszahlen noch lange keine optimale an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Versorgung betreiben.

Ein Genosse aus dem AK Altona
KB/ Gruppe Hamburg

„Wir wenden nur Recht an".

Wenn die NPD derzeit mit der Parole: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Abeitnehmer! "hetzt, liebt man es in Bund und Stadt, Taten zu vollziehen.

Zwei Beispiele „schleichender Abschiebung" machte jetzt in Oldenburg (SPD/FDP-geführt) sogar die Lokalpresse bekannt.

Der persische Kollege N., der schon seit 15 Jahren in der BRD ist, wartet inzwischen schon vier Monate auf seine neuen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen. Und da der Kollege dem „Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht" ohne Genehmigung, erhält er auch kein Arbeitslosengeld; so wird seine Familie schon lange von Landsleuten unterstützt. -

Einer jungen Schweizerin erteilte das Arbeitsamt keine Arbeitserlaubnis, obwohl sie mit ihren Eltern schon seit acht Jahren in der BRD weilt und alle – nach den notwendigen zehn Jahren – Deutsche werden woll(t)en.

„Begründet" wurde die Ablehnung der Genehmigung mit der „Wahrung deutscher Arbeitnehmer-Interessen" und„arbeitsmarktpolitischem Interesse". Dabei hatte die Schweizerin eine Praktikumsstelle bei der Arbeiterwohlfahrt schon in der Tasche!

Nachdem sie auf ihren Widerspruch beim Arbeitsamt gegen die Ablehnung der Arbeitserlaubnis nur eine weitere mündliche Absage erhielt, kann sie derzeit nicht einmal klagen, da dafür der schriftliche Bescheid Grundlage zu sein hat. Auf eine Untätigkeitsklage hin kamen bislang aus dem Arbeitsamt nur Schnacks.

Grundlage für solches Vorgehen des Staates sind Beschüsse, sogenannte „Nicht-EG-Bürger" vermehrt rauszukanten. Abgezielt wird darauf, daß diese Menschen „von sich aus" gehen.

Noch sind beide „Fälle" nicht ausgestanden; trotzdem wird es Glück sein, wenn sie im Interesse der Betroffenen ausgehen. Auch bei Vorstelligwerden vonGewerkschaft und Arbeiterwohlfahrt für die Betroffenen, gibt sich die Stadtverwaltung ungerührt. Ein Stadtoberamtmann: *„Wir wenden nur Recht an"* („Deutsches Recht ..."). (Informationen nach „Nordwest-Zeitung").

KB/Gruppe Oldenburg

CHEMIE

Beiersdorf – Betriebsrat
Über Faschistentreff wird nicht diskutiert

Der mehrheitlich von IG Chemie-Mitgliedern gestellte Beiersdorf-Betriebsrat lehnte einen Antrag der linken „Alternative"-Gruppe ab, über die für den 7.8. geplante Hamburger NPD-Großkundgebung zu diskutieren. Dabei zogen sich die Betriebsräte scheinheilig auf das Betr.V.G. zurück, das „parteipolitische Betätigung" verbietet. Was ein Protest gegen ein großes Nazi-Treffen mit verbotener Parteipolitik zu tun hat, darüber wollten die Herren sich gar nicht erst Gedanken machen; obwohl vom DGB mehrfach die „Hamburger Bevölkerung" zu deutlichen Protesten gegen das Nazi-Treffen aufgerufen wurde, haben die Beiersdorf-Betriebsräte durch ihr Verhalten gezeigt, daß es bei ihnen keine „innere Betroffenheit", keinen Unmut, keine Empörung darüber gibt. Stattdessen rissen sie noch unverschämte „Witze": Wenn man über die NPD im Betriebsrat diskutieren solle, dann müsse man auch über den KB reden - die einen wollten Hitler, die anderen Mao und das sei doch dasselbe!!

Ein besonderes Ei war, daß die Betriebsräte der DKP während der ganzen Auseinandersetzung kein Sterbenswörtchen über die Lippen brachten. Das ist antifaschistische Solidarität...

Schon einmal, vor ca. 2 Monaten, war das Thema Antifaschismus von den SPD/IG-Chemie-Betriebsräten (ebenfalls unter Beifall der DAG und CDU-Unabhängigen) von der Tagesordnung gestrichen worden. Die ALTERNATIVE - Betriebsrätinnen hatten schriftlich ihren Prostest ausgedrückt gegen die Aufnahme des Nazi-Tagebuches „Erinnerungen" vom Kriegsminister A. Speer in der Beiersdorfer Werksbücherei und hatten den Betriebsrat aufgefordert, ebenfalls zu protestieren.

Eine Diskussion wurde abgeblockt (per geheimer Abstimmung!) mit dümmlichen Redensarten von „Meinungsfreiheit".

So wie die SPD-Oberen im Hamburger Senat den Faschisten sogar noch den Raum für ihre Veranstaltung in Hamburg vermieten, unterbindet die sogenannte „SPD-Basis" im Betrieb jede antifaschistische Regung.

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf

95 Entlassungen bei Hemmoor Zement

Noch im Laufe des Jahres sollen bei der Hemmoor Zement/Oste 95 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Klinkerproduktion stillgelegt werden soll. In der Begründung heißt es, daß die Hemmoor den für die Zementproduktion benötigten Klinker von Ahlsen kostengünstiger beziehen kann. („HAZ", 21.7.76).

Alsen (Alsen-Breitenburg Zement- und Kalkwerke GmbH) ist Großaktionär bei der Hemmoor und hat noch für das Geschäftsjahr 1975 2,51 Mill.DM Gewinnbeteiligung erhalten! Hinter ihr steckt die Schweizer Holderbank Financiere Clarus AG, die ihre Finger massiv in der Norddeutschen Zementindustrie stecken hat: Sie ist Mehrheitsaktionär bei der Nordzement, dem größten Zementhersteller Niedersachsens und hat Beteiligungen an der Portlandgruppe, die an 2. Stelle steht. So errichteten Portland und Ahlsen vor kurzem gemeinsam eine riesige Zementproduktionsanlage in Schleswig-Holstein, in der 4.500 Tonnen Zement am Tag hergestellt werden. Das straft alles Absatzkrisengerede der Kapitalisten Lüge!

Krise, Rationalisierung, Konzentration – Wie immer auf dem Rücken der Kollegen!

Die Entlassung der Hemmoor-Kollegen ist nur der letzte von einer ganzen Kette massiver Angriffe auf die Kollegen der Zementindustrie.

– 1975 schloß die Nordzement ihr Werk Siegfried in Salzderhelden. 155 Kollegen wurden arbeitslos.
– Nachdem die Germania Zement bei Hannover (im Besitz der Portland-Gruppe) 1974 bereits einen Ofen stillgelegt hatte und Anfang 1975 kurzgearbeitet wurde, ließen sich die Kollegen schriftlich zusichern, daß es keine Entlassungen geben würde. Daß auf die Versprechungen der Kapitalisten nichts zu geben war, merkten die Kollegen bald. Mitte '75 wurde ihnen bekannt gegeben, daß Germania bis auf das Mahlwerk stillgelegt würde. 66 Kollegen wurden arbeitslos, nur 41 wurden von anderen Portland-Werken übernommen.

Die Germania-Kollegen reagierten empört. Auf Plakaten und Flugblättern klagten sie Kapitalisten, Parteien und Gewerkschaftsführung an. Während der Sozialplanverhandlungen demonstrierten sie vor dem Verhandlungsgebäude. Dennoch war das Ergebnis mies. Statt der geforderten 16.500 DM bekam ein 40-jähriger Kollegen mit zehnjähriger Betriebsangehörigkeit nur 9.200 DM.

– Jetzt soll Ende '76 auch das Mahlwerk stillgelegt werden. Weitere 50 Entlassungen stehen an.
– Durch die neue Produktionsanlage in Schleswig-Holstein drohen Entlassungen für Kollegen des Alsen-Zementwerkes in Itzehoe.

KB/Gruppe Hannover

Neue Tarifverträge

Neue Tarifverträge

Wie schon in der Chemierunde, hat die IG Chemie ihre Linie des Reallohnabbaus auch bei den weiteren Tarifverhandlungen in anderen Tarifbereichen eingehalten: In der Tarifrunde der Kautschukindustrie gab es am 25. Juni den ersten Abschluß mit durchschnittlich 5,8%.

Diese Zahl setzt sich bei den Arbeitern aus 5,6% mehr Lohn, mindestens 39 Pfennige je Stunde, bei den Angestellten 5,7%, mindestens 70 DM im Monat in allen Altersstufen zusammen. Die Auszubildenden erhalten einheitlich 33 DM mehr im Monat. Außerdem wird eine neue Lohngruppe 7 in den Tarifvertrag eingeführt.

Ebenfalls 5,8% mehr Lohn und Gehalt erhalten die 30.000 Beschäftigten der bayrischen feinkeramischen Industrie ab 1. Juli. Für Mai und Juni werden pauschal 80 DM (!) nachgezahlt. In der Säureschutzindustrie werden ab 1. Mai 5%, zuzüglich 12 DM (!) gezahlt; die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um 25 DM.

In der „Feuerfesten Indudstrie" Rheinland Pfalz gibt es ab 1. Juni 5,7%, mindestens 82 DM mehr Lohn und Gehalt; die Ausbildungsvergütungen wurden um 25 DM erhöht.

Zu diesen Lohnraubabschlüssen bemerkt Erwin Grützner, für Tarife zuständiges Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie in der Juli-Ausgabe der „Gewerkschaftspost": *„Die Abschlüsse haben bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben überwiegend (?) ein positives Echo gefunden"* und er rechtfertigt diese Abschlüsse mit der *„Solidarität gegenüber allen Arbeitnehmern, einschließlich der Arbeitslosen"!*

Am besten wäre nach dieser Logik, wenn sich die Arbeiter am Solidaritätsgefühl mit den Kapitalisten jede Lohnerhöhung strengstens verbitten würden.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrlingslohn in Professorentasche

Um seinen Lehrlingslohn beschissen wurde ein Chemie-Laboranten-Lehrling an der Medizinischen Fakultät Homburg, die zur Saarbrücker Universität gehört. Seine Lehrstelle hatte er unter der Bedingung bekommen, daß er sein bißchen Ausbildungsbeihilfe (ca. 267 DM) jeden Monat wieder an seinen Professor zurücküberweist. Falls er den Personalrat einschalten würde, wurde ihm mit Verlust seiner Lehrstellle gedroht! Mit dem Geld frischte der Herr Professor seinen Forschungsetat etwas auf! Jetzt will der Kollege die Uni und seinen Professor verklagen.

Chemie-Komitee
KB-Gruppe Hamburg
KB/Gruppe Hamburg

Neu-Isenburg: Ausländerzentrum von Bullen geräumt

Am 8.7. wurde die Ausländer-Beratungsstelle in Neu-Isenburg (Hessen) von der Polizei „geräumt"; Akten und Einrichtungen wurden zerstört und Unterlagen beschlagnahmt. Ein Reporter der „Offenbach-Post" wurde von den Polizisten verprügelt. Der erste Schritt zur Kriminalisierung der Ausländer-Beratung sowie der Selbstorganisation ausländischer Gruppen ist damit getan. Gleichzeitig wurden zwei deutsche Sozialarbeiter, die in dem Ausländerzentrum tätig waren, von der Stadt gefeuert und von Stadtrat Becker öffentlich als „drekkige Zigeuner und Saukerle" tituliert, was ihm natürlich eine Beleidigungsklage eingebracht hat.

Die beiden Soziala.beiter haben eine öffentliche Kampagne gegen den Polizei-Überfall sowie gegen ihre Kündigung gestartet. In einem Papier zur Situation und zur weiteren Arbeit, das die beiden zur Diskussion stellten, heißt es: *„Als wir noch bei der Stadt beschäftigt waren, haben wir darauf hingearbeitet, die Selbstorganisation der Emigranten zu fördern. Ein Erfolg in dieser Richutng waren die Zentren der Araber, Spanier, Griechen und jetzt auch der Italiener. Ein weiterer Erfolg das gewachsene Selbstvertrauen der Emigranten gegenüber der Stadt, was die Durchsetzung ihrer Autonomie und ihrer Forderungen nach menschenwürdigem Wohnraum, usw. betrifft.*

Der Rausschmiß von uns beiden ist daher nur als Anfang einer Entwicklung zu sehen, an deren Abschluß die Zerschlagung der autonomen Organisationen der Emigranten stehen soll. Zeichen dafür gibt es bereits genügend:

1. Die LKA-Aktion bei den Arabern, Kriminalisierung der Palästinenser, Versuch der Spaltung bei den Arabern durch Geheimgespräche...
2. Die Hinhaltetaktik was die Raumvergabe für die Italiener betrifft - die Interessen von Spekulanten werden über die der Emigranten gestellt...
Ähnliches bei den Griechen und Spaniern."

Die Genossen haben sicher recht, daß diese Polizei-Aktion gegen das Ausländerzentrum erst der Anfang weiter ausländerfeindlicher Maßnahmen ist. Die westdeutschen linken und fortschrittlichen Menschen haben eine besondere Verpflichtung, die ausländischen Kollegen gegen diese Angriffe mit zu verteidigen. (Information aus „iD", 16.7.76)

Emigrantenzelle



ausländische Arbeiter in der BRD

Asylrecht: Wer „politisch verfolgt" ist, bestimmen die Behörden



Flüchtlinge im Ausländerlager Zirndorf: kein Geld, keine Arbeit, keine Hoffnung.

In Artikel 16, Abs. 2 des Grundgesetzes heißt es: *„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."*

Allerdings ist dieses Grundrecht durch verschiedene Zusatzbestimmungen dermaßen eingeschränkt und ausgehöhlt, daß der Abschiebungswillkür gegenüber politisch mißliebigen Ausländern Tür und Tor geöffnet ist.

So heißt es bereits in Artikel 18 des Grundgesetzes:

„Wer ... das Asylrecht (Art. 16, Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt dieses Grundrecht." Ebenso grenzenlos interpretierbar wie dieser Artikel ist die Formulierung des reaktionären Ausländergesetzes, wonach ein Ausländer auszuweisen ist, wenn seine Anwesenheit eine *„Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik Deutschland darstellt."*

In jedem Fall muß die Mehrheit der Asylsuchenden Ausländer eine quälende Befragung und langwierige Bespitzelung durch den Verfassungsschutz, Rückfragen bei Polizeibehörden des Heimatlandes, etc. über sich ergehen lassen. Viele politische Flüchtlinge warten fünf Jahre und länger auf die Asylbewilligung, die vom „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erteilt wird.

Für die Dauer des Anerkennungs-Verfahrens bekommen die Ausländer

die Asylbewilligung, die vom „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erteilt wird.

Für die Dauer des Anerkennungs-Verfahrens bekommen die Ausländer

in der Regel eine räumlich eingeschränkte Aufenthaltsgenehmigung für den Bezirk des Sammellagers, in dem sie warten müssen.

Ein großes Sammellager dieser Art befindet sich in Zirndorf (bei Nürnberg) in einer alten Polizeikaserne. Dort sind zur Zeit politische Flüchtlinge aus 89 verschiedenen Ländern, die meisten von ihnen aus der „3. Welt". Monatelang warten sie unter elenden Bedingungen auf die Bearbeitung ihres Asylantrages, um dann mehrheitlich doch wieder abgeschoben zu werden. Sie bekommen 63,– DM (!!) Taschengeld im Monat, und sie dürfen das Lager nicht verlassen, um außerhalb eine Gelegenheitsarbeit anzunehmen. Bereits zweimal ist es in Zirndorf zu Hungerstreiks der politischen Flüchtlinge gekommen, die damit erzwingen wollten, daß sie sich außerhalb des Lagers Arbeit suchen können. Zur Betreuung der Ausländer in Zirndorf gibt es nur eine Caritas-Beratungsstelle, die übrigens über den wahrhaft christlichen Etat von DM 200,– pro Monat verfügt.

Zweierlei Maß

Im Jahre 1974 stellten 9.424 politisch verfolgte Ausländer einen Antrag auf Asyl, nur knapp die Hälfte davon wurden jedoch anerkannt. Von diesen anerkannten politischen Flüchtlingen kamen allein 80 % aus den RGW-Ländern! Die Antragsteller aus RGW-Ländern machen jedoch nur knapp die Hälfte aller Asylsuchenden aus ... (Informationen nach „Stern", Nr. 30/76).

Bei RGW-Ländern fällt der Nachweis der politischen Verfolgung praktisch flach – bei einigen der sogenannten „Ostblockländer" wurde laut „Stern" die Asylberechtigung pauschal anerkannt! Denn mit den Flüchtlingen aus den RGW-Ländern können die BRD-Imperialisten besonders gut ihr politisches Geschäft des Antikommunismus betreiben.

Bei den sogenannten politischen Flüchtlingen aus den RGW-Ländern handelt es sich meist um bürgerliche bis reaktionäre Elemente.

So wurde zum Beispiel im Juli 1975 einem Kroaten von der faschistischen Ustascha Asyl gewährt, obwohl er nachgewiesenermaßen nach Jugoslawien zurückkehrende Landsleute mit Waffen ausgerüstet hatte. Ebenso werden bei fast jedem Auslieferungsabkommen mit der DDR neben den sog. „politischen Flüchtlingen" auch Kriminelle mit offenen

leute mit Waffen ausgerüstet hatte. Ebenso werden bei fast jedem Auslieferungsabkommen mit der DDR neben den sog. „politischen Flüchtlingen" auch Kriminelle mit offenen

Armen aufgenommen. So kommt sogar eine bürgerliche Zeitung wie der „Stern" zu dem Schluß, in der Gewährung des Asylrechts sei die Bundesregierung *„großzügig bei Faschisten, kleinlich bei Kommunisten"*.

Der pauschalen Asylberechtigung im Dienste des Antikommunismus steht bei Flüchtlingen aus der „3. Welt" der ständige Verdacht des „Erschleichens" der Asylberechtigung gegenüber. Häufig wird die Ablehnung damit begründet, sie seien nicht wirklich politisch verfolgt oder aber sie seien ein „politisches Risiko".

Es sind Flüchtlinge aus Ländern wie Chile, Brasilien, Persien, Äthiopien u.ä.; also überwiegend aus Ländern, in denen blutige faschistische Diktaturen herrschen, an deren Bestand der BRD-Imperialismus aktiven Anteil hat, weil er davon profitiert (siehe die militärische Aufrüstung Persiens und Äthiopiens mit BRD-Kapital, siehe der Chile durch die Umschuldungsverhandlungen gewährte Millionenkredit, siehe die Milliarden-Investitionen im faschistischen Brasilien

Bei diesen wirklich politisch verfolgten Demokraten und Kommunisten wiegen sehr häufig die berüchtigten Zweifel an der Treue zur „freiheitlich- demokratischen Grundordnung" der BRD mehr als die Bedrohung durch Folter und Tod.

So wurde z.B. der bekannten Journalistin und MIR-Genossin Gladys Diaz, die seit Februar 1975 mit ihrem 6-jährigen Sohn in verschiedenen chilenischen KZ's gefoltert wird, nach Rücksprache mit der faschistischen Junta die Einreise verwehrt. So nahm sich im Juni dieses Jahres in Westberlin die brasilianische Revolutionärin Maria Barcellos Lara, die ebenfalls in Brasilien von den Faschisten gefoltert worden war, das Leben, weil ihr das Asylrecht verweigert wurde und sie von den Behörden in unerträglicher Weise schikaniert worden war.

Die Zahl derjenigen Antifaschisten und revolutionären Kämpfer, die ohne daß es jemals bekannt wird, wieder über die Grenze abgeschoben werden, dürfte in die zehntausend gehen. Für ihr Schicksal trägt einzig und allein die Bundesregierung die Verantwortung!

Emigrantenzelle

gehen. Für ihr Schicksal trägt einzig und allein die Bundesregierung die Verantwortung!

Emigrantenzelle



Gladys Diaz mit Sohn: ein „politisches Risiko" für die BRD!

Bundesregierung denunziert linke Türken

Das Bonner Innenministerium hat der faschistischen Regierung in der Türkei vor einiger Zeit einen 200 Seiten starken Spitzelbericht, der Beobachtungen des Verfassungsschutzes und der Ausländerbehörden über die Aktivitäten linker türkischer Gruppen in der BRD enthält, zugeschickt. In diesem Bericht wurden nicht nur die antifaschistischen und sozialberaterischen Tätigkeiten türkischer Arbeiter- und Studentengruppen kundgetan, sondern auch über in der Türkei politisch Verfolgte und Gesuchte ausführlich und namentlich berichtet. Daß diese Informationen zur freien Verwendung an den türkischen Geheimdienst und die Mordtruppen der der „Nationalen Bewegung", die auch in der BRD aktiv sind, weitergehen, bzw. direkt für diese gedacht waren, unterliegt keinem Zweifel.

Wie heuchlerisch von daher die „Intervention" der Bundesregierung bei der Regierung in Ankara war, die Aktivitäten der faschistischen „Grauen Wölfe" in der BRD zu unterbinden, wird an dieser offiziellen und unverhohlenen Denunziationspolitik deutlich. Durch den Bericht sind eine ganze Reihe türkischer Antifaschisten, die in der BRD politisches Asyl haben, bzw. schon heute in halber Illegalität leben müssen (wegen der Verfolgungspraxis des türkischen Geheimdienstes und der Terrorkommandos) unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Die türkische Regierung hat aufgrund des Berichtes bereits eine ganze Reihe Haftbefehle gegen türkische Arbeiter und Studenten in der BRD erlassen!!

Es ist sicher nicht falsch, davon auszugehen, daß ähnliche Spitzelberichte über politische Aktivitäten anderer Ausländergruppen ebenso skrupellos an die jeweiligen reaktionären und faschistischen Regimes gehen.

Das verfassungsmäßig verankerte Asylrecht in der BRD, auf das Grundgesetz-Fanatiker stolz sein mögen, bietet durch die Verfassungsschutz- und Ausländerbehörden-Tätigkeit keinem politisch verfolgten Ausländer auch nur den geringsten effektiven Schutz.

(Nach „FAZ",7.7. u.„die tat",16.7.)

Emigrantenzelle

„Zwei Türkchen weniger"

Auf der gynäkologischen Abteilung eines großen Westberliner Krankenhauses werden Frauen und natürlich besonders ausländische Frauen unmenschlich und frauenfeindlich behandelt. Über Hilflosigkeit wird gelacht, alte Frauen, die sich nicht mehr richtig waschen können, werden als stinkend beschimpft und Patientinnen, die es wagen, Fragen zu stellen, sind angeblich „saudoof". Die Hausordnung wird genauestens angewandt. Immerhin, erwachsene Frauen haben um Punkt neun Uhr im Bett zu sein und das Licht zu löschen. Genehmigte Abtreibungen werden als „Lustoperationen" bezeichnet, die Frauen als „faul" oder „Nutten" beschimpft.

Ein besonders bezeichnender Fall geschah vor einiger Zeit: Eine siebzehnjährige türkische Frau wurde wegen einer beginnenden Fehlgeburt nachts aufgenommen. Sie wimmerte und weinte, anders konnte sie sich auch kaum verständlich machen, weil sie kein Wort Deutsch sprach. Sie blieb mehrere Stunden allein im Zimmer liegen, bis der Frühdienst kam. Dem wurde sie gleich als „eine, die Theater mache, wie für die Türken typisch", angekündigt. Die Frau hatte sich ihre, eigene Wäsche wieder angezogen, die ihr brutal ohne Erklärungen vom Leibe gerissen wurde. Während dieser „Therapie" halb im Sitzen wurde der erste Foetus (üblicherweise nicht lebensfähiges Kind) geboren. Die „Schwester" packte ihn mit einer langen Zange, riß ihn hoch, so daß die Frau ihn sehen konnte und warf ihn in einen Topf und schrie über „Schweinkram" im Bett (gemeint war wahrscheinlich das Fruchtwasser und das Blut).

Unterdessen kam bereits der zweite Foetus. Was nicht kam, war der Mutterkuchen. Eine durchaus gefahrvolle Situation, weil sich die Gebärmutter dann nicht zusammenziehen kann, die Frau weiter blutet und bei langem Bestehen dieser Situation sich das Gebärmutterinnere entzünden kann. Obwohl das bekannt sein dürfte, wurde die Frau länger als eine Stunde unbeaufsichtigt auf einem Steckbecken liegengelassen.

Nachdem die Frau erheblich Blut verloren hatte, entschloß sich der Arzt, den Mutterkuchen mit der Hand zu entfernen. Erst jetzt wurde die türkisch sprechende Stationshilfe zum Dolmetschen geholt. Das Entfernen des Mutterkuchens gelang nicht, sicher auch deswegen nicht, weil man der Frau zuerst keine Schmerzmittel gegeben hatte und sie dadurch nicht entspannt war. Später gab man ihr dann Schmerzmittel und brachte sie zur Ausschabung in den OP. Der Ehemann erfuhr von der Fehlgeburt seiner Frau nur durch Zufall. Die toten Feten wurden dann im Spülraum gemessen; Kommentar einer Schwester: „Zwei Türken weniger". Immerhin das erste Mal, das in diesem Fall von Menschen die Rede war. Die türkische Frau ist keine Minute als solcher behandelt worden.

Gesundheitsgruppe KB/Westberlin

Schweden läßt Ausländer an Wahlen teilnehmen

Asylberechtigung für zwei türkische Antifaschisten

Schweden läßt Ausländer an Wahlen teilnehmen

Asylberechtigung für zwei türkische Antifaschisten

Im Januar dieses Jahres waren vier türkische Antifaschisten zu Haftstrafen zwischen 18 und 21 Monaten verurteilt worden, der Prozeß war beispielhaft für die Kriminalisierung des Besitzes von marxistisch-leninistischer Literatur.

Denn der reaktionäre Urteilsspruch war einzig und allein aufgrund der Tatsache gefällt worden, daß bei den Vieren revolutionäre Schriften gefunden wurden.

Inzwischen ist der Kampf gegen die Abschiebung der Vier ein Teilerfolg erzielt worden: Am 16.7. wurden zwei der vier als Asylberechtigte anerkannt. Nach dem reaktionären Ausländergesetz besteht jedoch trotzdem noch die Möglichkeit einer Abschiebung, denn nach § 14 I Abs. 2 kann das Innenministerium eine Abschiebung verfügen, wenn „aus schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die Sicherheit" besteht. (Informationen aus „Rote Fahne", 28.7.76).

Emigrantenzelle

Bei den am 19. September stattfindenden Gemeinde- und Provinzial-Landtagswahlen dürfen in Schweden erstmals auch Ausländer wählen und sich wählen lassen. Sie müssen dazu seit dem 1. November 1973 ununterbrochen in Schweden gewohnt haben und 18 Jahre alt sein. Nur bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag bleibt auch in Zukunft die schwedische Staatsangehörigkeit die Voraussetzung zur Stimmabgabe („FR", 27.7.). Das heißt, von wichtigeren politischen Wahlen werden die Ausländer auch in Zukunft ausgeschlossen sein.

Die besondere Entrechtung und Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung kann ganz sicher nicht mit dem Stimmzettel bekämpft werden, dennoch ist es bezeichnend, daß in der BRD die Bourgeoisie noch nicht einmal zu diesem für sie ungefährlichen kleinen Zugeständnis an die ausländische Bevölkerung bereit ist.

Emigrantenzelle

„Nur" ein türkisches Kind

Ein zehnjähriger Türke bleibt nach einem Unfall für immer geistig behindert. Er wird nie einen Beruf erlernen können, also wird er sein ganzes Leben lang nicht für seinen Lebensunterhalt arbeiten können.

Die Versicherung des LKW-Fahrers, der den Jungen überrollt hatte, bot eine einmalige Zahlung in Höhe von DM 15.000,- an, die den Verdienstausfall des Kindes decken sollte. Als Begründung für diese Summe nannte die Versicherung gegenüber dem Anwalt des Jungen folgendes: *„Das ist schon mehr als großzügig bemessen, da ja ein materieller Zukunftsschaden nicht entsteht. Es ist ja ein türkisches Kind, das in der Türkei ohnehin keine Arbeit bekommen hätte"*. (Wortlaut des „Einigungsvorschlages" der Versicherung.)

Diese Summe, die real nicht einmal den Verdienstausfall von einem Jahr ausgleichen würde, hat der Vater des Kindes abgelehnt. Er hat gegen die Versicherung eine Klage eingereicht und verlangt eine Rentenzahlung für sein Kind.

Darmstadt: Türkischer Arbeiter von Polizei mißhandelt

Am 20. Juli nahm die Polizei bei einer Verkehrsstreife in Darmstadt den türkischen Arbeiter Kara fest, da das Geburtsdatum in seinem Paß und Führerschein nicht übereinstimmten (wahrscheinlich aufgrund eines Versehens der Behörden). Ein Anruf im Polizeipräsidium ergab die zweifelhafte „Information", Kara sei „gefährlich" – wegen einer Auseinandersetzung, die er früher mit anderen Türken gehabt hatte. Solchermaßen schnell zum Kriminellen abgestempelt, wurde der türkische Arbeiter das Opfer brutaler Schläge der Bullen, die sogar noch auf ihn einknüppelten, als er schon verletzt am Boden lag.

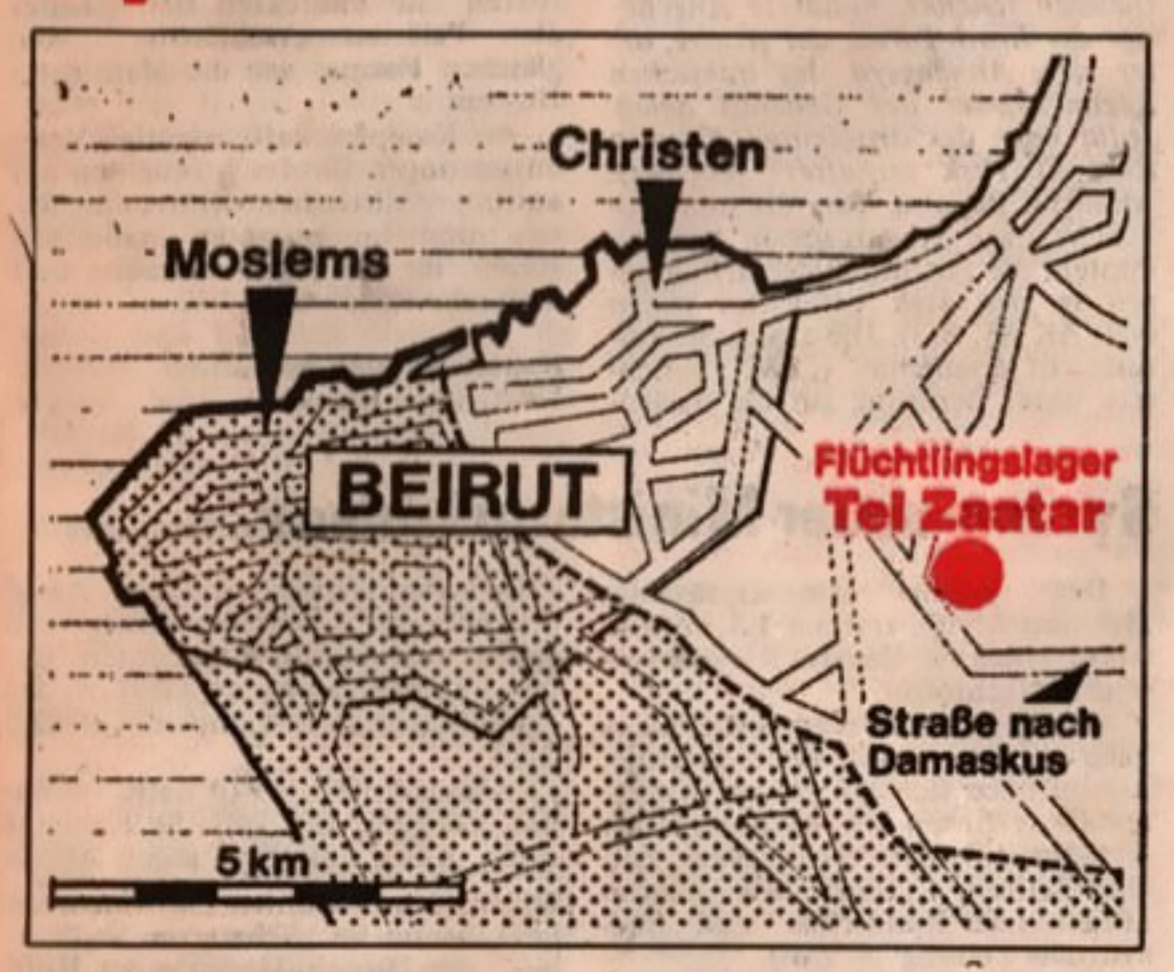
In Todesangst floh Kara auf die Straße, wo die Bullen wegen der Nachbarn mit ihren Mißhandlungen aufhörten. Sie brachten den Verletzten ins Darmstädter Stadtkrankenhaus, wo er jedoch nicht ärztlich behandelt, sondern ihm nur eine „Blutprobe" entnommen wurde. Am nächsten Morgen ging es ihm so schlecht, daß ihn seine Familie in ein anderes Krankenhaus bringen mußte. Als seine Familie Anzeige wegen Mißhandlung erstatten wollte, wurde ihr mit Karas Ausweisung gedroht (nach „Rote Fahne", 28.7.76). Erst Ende letzten Jahres war in Stuttgart-Kornwestheim der türkische Arbeiter Vahit Önler von einem Bullen „in Notwehr" erschossen worden, weil er diesen „mit einer Glasscherbe bedroht" hatte...

Emigrantenzelle



naher osten

Symbol des Widerstandes Tell Zaatar



Seit Ende Juni, wenige Tage nach der Einkesselung des Lagers Tell Zaatar und seiner Belagerung, melden die verbündeten Faschisten – die „Wächter der Zedern", die rechtsradikalen „Tiger" des christlichen Innenministers Schamoun und die Falangisten des Faschistenführers Dschamajil (Gemayel), die „weitgehend vollständige" oder „fast abgeschlossene" Eroberung des Lagers.

Aber trotz der inzwischen mehr als sechs Wochen dauernden Belagerung unter Einsatz schwerer Waffen – Flammenwerfern, Brandbomben, Raketen und Granaten, trotz des pausenlosen Artilleriefeuers hat kein faschistischer Milizionär bisher den Boden des Lagers betreten können.

Tell Zaatar – eine waffenstarrende Festung ?

Das Lager Tell Zaatar mit ca. 30.000 Bewohnern liegt im Osten

waffenstarrende Festung ?

Das Lager Tell Zaatar mit ca. 30.000 Bewohnern liegt im Osten

Beiruts und ist völlig von Falangistenvierteln eingeschlossen, die sich bis zur vier Kilometer südlichen Straße zwischen Beirut und Damaskus hinziehen. Es ist das größte palästinensische Flüchtlingslager Beiruts, auch wenn Palästinenser nur ca. 60% seiner Bewohner umfassen (Vgl. „Offener Brief" der Verteidiger, in diesem AK). Die übrigen ca. 40% sind arme Libanesen, zumeist aus dem Süden des Libanon. Sie waren dort vor den zahllosen israelischen Bombardements südlibanesischer Dörfer geflohen und hatten im Lager eine Unterkunft gefunden.

Tell Zaatar gehört zu den 15 Lagern, die nach dem Kairoer Abkommen von 1969 einen autonomen Status haben. Die Einwohner wählten sich ihre Lagerleitung und bestimmten selbst ihre kommunalen Einrichtungen (Vgl. hierzu einen Bericht im „3. Welt-Magazin" 1/2, 76).

Trotz der Armut der Bevölkerung gab es daher in Tell Zaatar eine vergleichsweise hervorragende soziale Versorgung der Bevölkerung mit Schulen, Krankenstationen usw. Anfang des Jahres, als die Faschisten militärisch völlig zerschlagen waren und bis in das Gebiet um Jounie nördlich Beiruts zurückgedrängt waren und die kommunale Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung Libanons durch den Bürgerkrieg weitgehend zusammengebrochen waren, diente die Arbeit der Palästinenser in den Lagern als Vorbild für die befreiten Gebiete:

„Aufbauend auf die Erfahrungen der Befreiungsbewegungen wurden sowohl Politkommissare zur politischen Aufklärung vor allem der in feudaler Abhängigkeit gehaltenen christlichen Landbevölkerung über Land geschickt, wie auch Ambulanzen zur medizinischen Versorgung bereitgestellt. In Beirut selbst wurde die Nahrungsmittelversorgung organisiert. In den Lagern, Inseln im Chaos, die bei aller Armut funktionierende kommunale Strukturen aufweisen, wird Brot gebacken und dann unter der Kontrolle der Milizen in Beirut verteilt..." (Birgit Sommer in „3. Welt-Magazin", 5/6, 76).

Um sich gegen die israelischen Luftangriffe zu schützen, legten die Bewohner eine Reihe von unterirdi-

Um sich gegen die israelischen Luftangriffe zu schützen, legten die Bewohner eine Reihe von unterirdi-

schen Tunneln an, deren Zahl besonders im eingeschlossenen Tell Zaatar nach dem Beginn der faschistischen Offensive im Libanon 1975 und den ersten Beschießungen des Lagers erhöht wurde.

Ein Teil der Bewohner arbeitete in den umliegenden Fabriken christlicher Bourgois, die mit Vorliebe Christen einstellten und moslemische Arbeiter diskreditierten. Angeblich daher rührt der relativ hohe Prozentsatz von 20% christlicher Bewohner Tell Zaatars , in dem es neben Moscheen mehrere katholische und griechisch-orthodoxe Kirchen gibt („FR", 4.8.). Dies beweist allerdings auch, daß der Bürgerkrieg keineswegs ein „Religionskrieg" ist: Im Lager TellZaatar lebten Muslims und Christen immer friedlich nebeneinander und jetzt verteidigen sie sich gemeinsam gegen den faschistischen Überfall!

Von der bürgerlichen Presse sind die Versorgungs- und Verteidigungsanlagen immer wieder zum Anlaß genommen worden, die Palästinenserlager als „waffenstarrende" Festungen hinzustellen,und dies insbesondere, nachdem die Faschisten alle möglichen Behauptungen über Festungsanlagen, unterirdische Vorräte, Verbindungslinien usw. dazu erfanden, um das Scheitern ihrer Besetzung zu erklären. Derartige Berichte haben einzig den Sinn, den faschistischen Ausrottungsangriff herunterzuspielen.

Die "christlichen" Faschisten um Tell Zaatar haben ihre Kanonen mit Heiligenbildern gesegnet.

Die Brutalität der Belagerer

Die 6.000 Angreifer sind mit Panzern und weiteren schweren Waffen ausgerüstet und mit ständigen Nachschub versorgt („SZ", 22.7.). Nach dem Scheitern des Sturmangriffs änderten sie ihre Taktik. Unter dem äußeren Schutz – und der gelegentlichen Hilfe – der syrischen Verbände bombadieren sie aus sicheren Stellungen pausenlos das Lager. Sie können Unmengen von Granaten und Raketen abschießen, da der Nachschub rollt. Auf das nur ca. 30 Hektar große Lagergelände gingen in den vergangenen Wochen täglich durchschnittlich 3.000 Raketen-, Mörser- und Artilleriegeschosse runter („FR", 4.8.), der „Spiegel" berichtete von 40.000 Schüssen an einem Tag (2.8).

Am 24.7. stürzte durch den pausenlosen Beschuß ein Dach eines Bunkers ein und begrub 500 Menschen , vor allem Frauen und Kinder, lebend. Alle mußten langsam erstikken, da Rettungsarbeiten durch weiteren Beschuß verhindert wurden („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 27.7.), und das, obwohl gerade vorher ein Waffenstillstand vereinbart war. Drei Tage später gaben die Verschütteten keine Lebenszeichen mehr von sich („FR", 28.7.). Lediglich 15 Kinder konnten daher gerettet werden („SZ", 26.7.). Allein am 26.7. wurden 67 Menschen getötet („SZ", 27.7.).

Ständig verhinderten die Faschisten Rettungsaktionen des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) zur Bergung schwer Verwundeter. So forderte das Hauptquartier der Faschisten drei IKRK-Delegierte, die auf Schleichwegen ins Lager gekommen waren, auf, es schleunigst zu verlassen („EM", 24.7.). Die IKRK-Delegierten hatten das Lager aufgesucht,

Schleichwegen ins Lager gekommen waren, auf, es schleunigst zu verlassen („EM", 24.7.). Die IKRK-Delegierten hatten das Lager aufgesucht,

um sich über die Möglichkeiten eines Abtransportes der schwer Verwundeten zu erkundigen. Dieser Transport war bei den Verhandlungen Syriens mit der PLO in Damaskus vereinbart worden und Frangie hatte zugestimmt („NZZ", 29.7).

Am 25.7. erklärte das IKRK, *„es seien mindestens drei Tage nötig, um die Verwundeten aus dem Lager zu schaffen. Wenn es nicht gelinge, sie zu evakuieren, müsse sich ihr Zustand rapide verschlechtern, weil es im Lager weder Medikamente noch anderes für die Pflege notwendiges Material gebe"* („SZ", 26.7.). Die Palästinenser forderten das IKRK nochmals auf, die Evakuierung einzuleiten, da sich wegen des Mangels an Medikamenten Wundstarrkrampf und Wundbrand ausbreiteten („FR", 28.7.). Kholi, der Vermittler der Arabischen Liga, teilte mit, er habe von Frangie die „persönliche Garantie" dafür erhalten, daß das IKRK-Team die 1.000 Schwerverwundeten abtransportieren könne („NZZ", 29.7.). Wenig später erklärten Sprecher der Faschisten, bei der Bitte um Feuereinstellung der Palästinenser – die diese unter anderem forderten, um die 500 Frauen und Kinder zu bergen – handele es sich um *„eine Kriegslist"* („NZZ", 30.7.). Gleichzeitig schnitten sie den Belagerten das letzte Wasser ab. Die IKRK-Ärzte , die kurz das Lager inspiziert hatten, berichteten, daß täglich kleine Kinder verdursteten (ebenda). Sie mußten binnen einer Stunde zurückkehren und durften „nicht eine Asperintablette" ins Lager mitnehmen („SZ", 3.8.). Die für Donnerstag, den 29.7., geplante Bergungsaktion mußte vom IKRK abgebrochen werden: *„Christliche Milizkommandanten erklärten einem Vertreter des Roten Kreuzes, sie hätten keinen Befehl zur Einstellung des Feuers auf das Lager erhalten ... Kholi bezeichnete diese Erklärung als‚sehr merkwürdig', da ihm der christliche Staatspräsident Frangie namens der politischen Führung der Christen versichert habe, daß Weisung ergehe, einen Konvoi des Roten Kreuzes passieren zu lassen"* („NZZ", 31.7.)....

Ein weiterer Versuch am 30.7. scheiterte ebenfalls durch die Faschisten („NZZ", 1./2.8.). Dies war der sechste Versuch der letzten Tage. Ein IKRK-Sprecher erklärte, *„die christlichen Milizen hätten unerfüllbare Bedingungen gestellt, die ein zu großes Risiko bedeuteten. Außerdem hätten die Christen eine für die Evakuierung vorgesehene Waffenstillstandsvereinbarung nicht unterzeichnet"* („SZ", 2.8.). Ständig stellten die Faschisten neue Forderungen, z.B. daß die IKRK-Lastwagen nur bis zu einem bestimmten Punkt an der Grenze des Lagers fahren dürften und die Schwerverwundeten bis dorthin gehen (!!!) sollten (ebenda).

Über Funk schilderte der schwedische Arzt Lars Smedmall, der im Lager arbeitet, die Zustände:

1.400 der 30.000 Bewohner seien seit Beginn der Kämpfe getötet worden, 4.000 Verwundeten könnten von den wenigen rund um die Uhr arbeitenden Ärzten kaum noch versorgt werden. Sie lägen *„übereinandergestapelt in überfüllten Bunkern"* und stürben *„dutzendweise"*. Medikamente und Wasser gebe es nicht mehr, die wenigen noch funktionierenden Brunnen würden ständig bombardiert. Die Straßen seien von Leichen übersät: *„Wenn wir nicht bald Wasser bekommen, werden wir alle in drei Tagen tot sein! Hören Sie mich? Wir werden alle in drei Tagen tot sein!"* (Angaben und zit. nach „SZ", 2.8.).

Erst am 3.8. kam es zu einer Bergungsaktion, bei der 80 Schwerverwundete in neun Lastwagen und 11 Kinder in zwei Krankenwagen und Personenwagen abtransportiert wurden („SZ", 4.8.). Die Faschisten hielten sich so an die Vereinbarungen: *„Während der Aktion wurde das Lager mehrmals mit Granatfeuer und Schüssen aus automatischen Waffen belegt. Außerdem berichteten Helfer des Roten Kreuzes, daß die Falangisten jeden einzelnen Verwundeten genau kontrollierten. Angehörige der extrem rechten Gruppe des Innenministers Chamoun requirieten Decken, Medikamente und Wasserrationen, die Helfer ins Lager bringen wollten..."* („SZ", 4.8.). Unter ähnlichen Bedingungen – Granatenbeschuß der Faschisten, vereinzelt Gewehrschüsse auf den IKRK-Konvoi, wurden am 4.8. weitere 243 Verwundete („FR", 5.8.) und am 6.8. nochmals 74 Verwundete (NDR II, „Berichte von heute") evakuiert. Bei der letzten Aktion explodierte direkt neben einem Rot-Kreuz-LKW eine Granate. Vier Schüsse wurden von den Faschisten auf den IKRK-Leiter abgegeben, ein Schuß verletzte einen Helfer. Vier der Verwundeten wurden ebenfalls getroffen. Wegen des „zu großen Risikos" werde das IKRK seine Aktionen einstellen.

Im Lager gab es erschütternde Szenen, da Frauen und Kinder verlangten, vom IKRK mit evakuiert zu werden, nach Angaben des IKRK-Leiters Ziegler (ebenda).

Mit menschenverachtender Brutalität verhinderten die Faschisten die Rettungsaktionen – trotz zahlreicher Appelle. Z.B. sprach selbst der Vatikan vom *„drohenden Völkermord"* („SZ", 29.7.) und forderte der Papst die *„christlichen"* Verbände auf, eine Versorgung der eingeschlossenen Lager zu gewährleisten („SZ", 2.8.).

Von diesen Appellen war sonst übrigens nichts in der bürgerlichen westdeutschen Presse zu finden. Vielmehr bemühten sich einige Zeitungen, das Scheitern der Aktionen den Palästinensern selbst anzulasten. Z.B. schreibt die „Frankfurter Allgemeine" einen Tag, nach dem ein Rot-Kreuz-Sprecher klar erklärt hatte, daß die Faschisten „unerfüllbare Bedingungen" stellten (vgl. „SZ", 2.8.) , *„weder Christen noch Palästinenser waren bereit, einer Feuerpause zuzustimmen, um die Verwundeten und Toten abtransportieren zu können.."* Einen Tag später heißt es sogar:

„Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung aus Dschunijeh (das ist das faschistische Hauptquartier, Anm. AK) *erfährt, erklären dort die Führer der Christen, schon zu Beginn der vergangenen Woche hätten sie sich verpflichtet, dem Roten Kreuz zum Lager Tell Zaatar freien Zugang zu gewähren. Sie hätten dabei freilich verlangt, daß die Delegierten des Roten Kreuzes dem Oberkommando der Milizen der Christen 24 Stunden im voraus den Weg bekannt geben müssten, auf dem sie die Verwundeten.... zu evakuieren gedächten"* (4.8.). Erlogen! Denn die Faschisten hatten tags zuvor selbst angekündigt, daß sie nicht bereit seien, genügend Evakuierungsaktionen zu gestatten. Einer „ap"-Meldung vom 3.8. nach bezeichnete der Sprecher Schamouns *„die Hoffnung, die IKRK-Aktion vom Dienstag sei der Anfang einer Serie von Evakuierungen, als irreal..."* („NZZ", 5.8.).

Die libanesischen Faschisten *„be-*



Mütter und Kinder, Opfer des faschistischen Überfalls



Tal-al-Zaatar im letzten Sommer, Hochhäuser der Phalangisten im Hintergrund

Tal-al-Zaatar im letzten Sommer, Hochhäuser der Phalangisten im Hintergrund

zeichneten Tell Zaatar stets als ‚Hochburg von Wegelagerern, Mördern, Dieben' und als ‚Unterschlupf obskurer internationaler Freiheitskämpfer' „(„NZZ", 5.8.).

Durch die Grausamkeit ihrer Belagerungsaktion, die sich vor allem gegen Frauen, Kinder und Verwundete richtet, beweisen sie wieder einmal mehr, daß sie weder Völkerrecht noch Genfer Konvention usw. kennen.

Tell Zaatar darf nicht fallen

Unter schwierigsten Bedingungen gehen die Kämpfe weiter. Die wenigen hundert Kämpfer im Lager – der „Spiegel" vom 2.8. berichtet von ca. 650 Genossen – wissen, daß sie das Lager vor der faschistischen Besetzung nicht nur schützen müssen, um ein grauenvolles Blutbad unter der Bevölkerung zu verhindern, wie es die Faschisten nach ihrer Einnahme des Armenviertels Quarantina Anfang des Jahres unter den 15.000 Bewohnern dort angerichtet hatten. („Stern"- Reporter berichteten anschließend von „wenigen hundert" Überlebenden . . . vgl. AK 73.) Sie wissen, daß der Fall Tell Zaatars für den ganzen palästinensischen Widerstand weitreichende psychologische Folgen hätte und der Resignation starken Auftrieb gäbe.

Jeder Angriff, den unsere palästinensischen Genossen trotz der unsagbar schweren Bedingungen und der drückenden Übermacht der Feinde zurückschlagen, und jeder Tag, den sie länger aushalten, diskreditiert die syrische Führung und die arabische Reaktion (mit ihrer vorgeblichen Hilfe für die Palästinenser durch alle möglichen Verhandlungen, ohne die syrischen Invasoren zum sofortigen Abzug aufzufordern) mehr und mehr vor den Augen der arabischen Massen.

Durch diesen starken Widerstand, vor allem in Tell Zaatar, ist die Taktik des syrischen Ministerpräsidenten Assad nicht ganz aufgegangen. Nach seinem Überfall sollte die schnelle und gezielte militärische Hilfe für die Faschisten – bei Tell Zaatar z.B. bestand sie in Waffenhilfe und dem Zurückschlagen eines Entlastungsangriffs der fortschrittlichen Kräfte von außen gegen den Belagerungsring durch das 234. syrische Bataillon („Spiegel", 2.8.) – und direkte syrische Eroberungen die fortschrittlichen Kräfte schnell in die Knie zwingen. Einen sich anschliessenden Diktatfrieden, den Assad die Kontrolle des Libanon u n d der palästinensischen Bewegung zusicherte, hätte Assad nach schnellem Sieg sogar noch erlaubt, sich vor den syrischen und arabischen Massen als „Friedensbringer" und „Beschützer der Palästinenser" aufzuspielen.

Je länger die Schlacht um Tell Zaatar und die weiteren Verteidigungskämpfe andauern, desto mehr sickert auch durch die staatlich kontrollierte und zensierte syrische Presse trotz aller demagogischer Friedensbeteuerungen Assad's die Wahrheit durch, und nicht viel anders verhält es sich in den Ländern der arabischen Reaktion, wo den Massen ebenfalls deutlich wird, daß die „Friedensmission" der Arabischen Liga nur ein Theaterstück ist, hinter dessen Vorhang sich der Fortgang des syrischen Überfalls vollzieht.

Die Meldungen über Verhaftungswellen in Syrien häufen sich und belegen dieses. Schon Ende letzten Jahres begann Assad vorsorglich mit der Repression gegen die Linke, wobei er auch die revisionistischen Verbündeten seiner Regierung nicht schonte: Mehreren Führungsmitgliedern der revisionistischen KP wurde der Pass im Oktober '75 weggenommen, auch ihrem Generalsekretär Khaled Bagdache, *„obwohl dieser ein fleißiger Verteidiger der (rechts-) baathistischen Politik im Libanon ist"* („ Le Monde",4.6. zit. nach einer Übersetzung in „Freies Palästina" 5/76). „Le Monde" fährt fort: *„In den letzten Wochen wurden, wenn man mehreren Presseorganen Glauben schenkt, hunderte Angehörige der Baath-Partei, der Armee, unter den Anhängern des irakischen Regimes oder des Generals Salah Jedid oder der dissidenten KP von Riad El Turk verhaftet"* (ebenda). Ähnliche Berichte über die innenpolitische Lage Syriens gaben syrische Piloten, die mit ihren Militärflugzeugen in den Irak geflüchtet waren (vgl. AK 85, S.3). Die algerische Zeitung „El Moudjahid" („EM") berichtete unter Berufung auf die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA Anfang Juli von 800 Verhaftungen in Syrien (4.7.). Nach mündlichen Berichten, die uns ein PFLP-Genosse gab, sind die syrischen Gefängnisse derzeit von politischen Gefangenen überfüllt.

Auch wenn die fortschrittlichen Kräfte in Syrien noch nicht in der Lage sein sollten, Assads Militärregime zu stürzen – was wir zur Zeit nicht einschätzen können, so ist eines gewiß: Die mutigen und tapferen Verteidigungskämpfe der palästinensischen Genossen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte entlarven Assad und teilweise auch seine direkten und indirekten Helfershelfer als Palästinenserschlächter vom gleichen Format wie die Marionette Hussein.

Ihr Kampf schafft wichtige Voraussetzungen für das Anwachsen der antiimperialistischen Kräfte in Syrien und im gesamten arabischen Raum, für die palästinensische und arabische Revolution.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Libanon:

Waffen aus der BRD an Falangisten

In der Ausgabe vom 20. Juli 76 enthüllte die Münchner „Abend-Zeitung" („AZ"), daß 3 Schiffe mit Maschinengewehren, Granatwerfern, Handfeuerwaffen, Munition und Schützenpanzern beladen westdeutsche Häfen verließen. Ihr Reiseziel: Ein libanesischer Hafen, der sich in den Händen christlicher Milizen befindet.

Der Waffennachschub für die Mörderbanden im Libanon ist offensichtlich Ergebnis mehrtägiger Verhandlungen einer falangistischen Delegation in der Bundesrepublik. Die Delegation stand unter der Leitung von Amin Bechir Gemayel, Sohn des Falange-Führers und Oberbefehlshaber der christlichen Milizen, Pierre Gemayel.

Die „Abend-Zeitung" weiter: *„Nach Informationen aus zuverlässigen Diplomaten-Kreisen in Bonn stammen diese Waffen vorwiegend aus US-Beständen, die in der Bundesrepublik eingelagert sind ...... sickerte weiter durch, daß nicht näher bezeichnete belgische, französische, amerikanische und deutsche Organisationen gemeinsam diese Waffenlieferungen finanzieren."*

Das Außenpolitische Büro der CDU in Bonn bestätigte gegenüber der „AZ", daß Gemayel sich mit ihm in Verbindung gesetzt habe, allerdings *„wollte (er) zunächst humanitäre Hilfe für das zerstörte Land"*. Man habe ihn an die Bundesregierung verwiesen.

Bekannt ist, daß die Falangisten seit Jahren enge Kontakte zur CDU pflegen. So reiste Amin Bechir Gemayel 1970 nach Berlin, um an einem Seminar teilzunehmen mit dem Thema „Gemeinsamkeit der Ideologie von CDU und der libanesischen Falange."

Der CDU-Fraktionschef Heinrich Lummer war in den letzten Jahren mehrfach auf Einladung der Falange in Beirut usw.

Die Bundesregierung - durch den Hinweis der CDU mit hineingezogen - ließ aus dem Munde ihres Sprechers Armin Grünewald jedes Wissen um die laufenden Waffentransporte dementieren. In der amerikanischen Botschaft fühlte sich angeblich keine der Dienststellen auskunftsfähig (!). Das vorerst letzte Dementi ließ man sicherheitshalber vom libanesischen Botschafter in Bonn, Labaki, direkt geben. Bonn habe keine Waffen geliefert - weder an christliche Falangisten noch an Linkskräfte, fügte er demagogisch hinzu („Süddeutsche Zeitung", 21.7.76).

Inzwischen berichtete die Beiruter Zeitung „as Safir", Bechir Gemayel habe Anfang Juli bei einem Besuch in Frankreich Puma-Hubschrauber, Schnellboote, Panzer und sonstige Waffen sowie Munition bestellt. („Süddeutsche Zeitung", 27.7.76). Ein entschiedenes Dementi der französischen Botschaft in Beirut folgte auf dem Fuße.

Diese Enthüllungen runden das Bild imperialistischer Unterstützung im Kampf gegen das libanesische und palästinensische Volk ab, nachdem bereits vor 14 Tagen Waffenlieferungen Israels an die Falangisten aufgedeckt wurden.

Nahost-Kommission

Syriens neuer Ministerpräsident

Der syrische Ministerpräsident Mahmud Ayubi trat am 1.8. zurück. Assad ernannte General Kleyfawi zu seinem Nachfolger.

Die bürgerliche Presse berichtet, es habe in Damaskus Gerüchte gegeben, Aiyubi habe sich *„in einigen Aspekten der syrischen Interventionspolitik in Libanon widersetzt"* („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 3.8., ebenso „Frankfurter Rundschau" und „Süddeutsche Zeitung" v. 2.8.).

Offiziell ließ Assad in Damaskus verlauten, der Wechsel sei *„Ausdruck der Absichten Assads, die militärischen Vorbereitungen für ein Verdrängen Israels von den besetzten Golanhöhen voranzutreiben"* („NZZ", 3.8.).

Dies kann einmal ein Täuschungsmanöver gegenüber den syrischen Massen sein, die diese Politik gegenüber Israel fordern, oder aber auch andeuten, daß Syrien tatsächlich entsprechend diverser Geheimabkommen mit den USA und Israel für seine Libanon-Aktion einen Preis in Form von Teilen der besetzten Golanhöhen erhalten soll.

Kleyfawi ist algerischer Abstammung und gehört der syrischen Armee seit 1948 an. Seine Karriere begann 1970, als Assad, damals Verteidigungsminister, gegen den damaligen Präsidenten Atassi putschte. Assad ernannte ihn zum Innenminister und später zum Ministerpräsidenten. Ende 1972 demissionierte Kleyfawi aus *„gesundheitlichen Gründen"* („NZZ" 3.8.).

Assads Putsch 1970 hatte folgendes Vorspiel: Das syrische Kabinett unter Atassi entschied gegen Assads Willen, den bedrohten Palästinensern im Libanon im „Schwarzen September" der Hussein-Massaker zu Hilfe zu kommen und Truppen nach Jordanien zu entsenden.

Atassi setzte sich durch, die Truppen wurden entsandt, allerdings viel zu spät, um die Massaker zu verhindern. Anschließend putschte Assad mit Unterstützung Kleyfawis (vgl. B. Sommer in „3. Welt-Magazin", 5/7 76, u. „NZZ", 4.8.).

Kleyfawis Ernennung zu diesem Zeitpunkt *„wird als Zeichen dafür gedeutet, daß die syrische Armee entschlossen sei, ihre strategische Linie in Libanon ohne Rücksicht auf die Meinungen der Politiker und Diplomaten durchzuführen. In der Tat werden bereits von den Palästinensern neue Kämpfe mit den syrischen Truppen um den Hafen Saida gemeldet"* („NZZ", 4.8.).

Nahostkommission

Gefängnisstrafen für Streikende

„Die tunesische Tageszeitung „Le Temps" berichtete, daß 12 Arbeiter der Erzmine von Jerissa (Nord-west Tunesien) am Donnerstag zu Strafen zwischen drei Monaten und drei Jahren Gefängnis ... verurteilt wurden.

Nach der Zeitung wurden die Angeklagten verfolgt, weil sie zum Streik aufgerufen, die Freiheit der Arbeit mit Gewalt und mit Drohungen behindert und Material der Mine beschädigt hätten. Das alles bei einem Streik, der am 16.Juni vorigen Jahres stattgefunden hat.

Im Lauf des Prozesses haben die Angeklagten bestätigt, daß die Arbeiter der Mine den Streik begonnen hätten, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Löhne zu erreichen.

Von den 12 Angeklagten sind drei zu drei Jahren, zwei zu zwei Jahren, zwei zu einem Jahr, vier zu einem halben Jahr und einer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden" (aus „El Moudjahid", 24.7.76).

Insbesondere die Verurteilung Streikender wegen *„Behinderung der Freiheit der Arbeit"* und schon wegen des *„Aufrufs zum Streik"* verrät den faschistischen Charakter der tunesischen „Rechtssprechung".

Nahost-Kommission

Genossen der „Ablehnungsfront":

Jede andere Lösung als ein Sieg ist eine Niederlage

Am 28. Juli sind Genossen der PdUP in Rom mit den Genossen Abu Yansare und Abu Mahmun, Vertretern der palästinensischen „Ablehnungsfront", zusammengetroffen. In der „Ablehnungsfront" sind die PFLP, das PFLP-Generalkommando und die Volkskampffront zusammengeschlossen.

„In der gesamten Region erleben wir einen Generalangriff des Imperialismus gegen die revolutionären Kräfte: In Oman, in Eritrea, in der Sahara; aber im Libanon ist der Höhepunkt. Das Eingreifen der syrischen Truppen im Libanon ist ein fester Bestandteil des amerikanischen Planes. Dieser Plan zielt darauf ab, den palästinensischen Widerstand und die libanesische Linke zu vernichten und dadurch jene Zwischenkräfte (Nasseristen, gemäßigte Muslim) aufsteigen zu lassen, auf die Assad rechnete, um sich Glaubwürdigkeit zu verschaffen und am Abkommen gegen die fortschrittliche Bewegung durchzusetzen. Die Reaktion der Palästinenser und der libanesischen Linken hat diesen Versuch sehr rasch vereitelt. An diesem Punkt habe die Syrer eine Generaloffensive eröffnet."

Nach Meinung der Genossen der „Ablehnungsfront" sind alle Vermittlungsversuche, einschließlich der des libyschen Staatschefs Ghaddafi, zugunsten Syriens ausgeschlagen, indem sie Syrien eine Tarnung seiner Intervention lieferten und ihm eine Rolle als Garant der Ordnung im Libanon zuerkannten. Daher halten es die Genossen für einen Fehler, daß Vertreter der PLO nach Damaskus geschickt wurden, um ein Abkommen mit Syrien zu erreichen.

„Die Ablehnungsfront hat ihre Bedingungen für Verhandlungen gestellt: Sofortiger, vollständiger Rückzug der syrischen Truppen; Übergabe der von den Syrern gemachten Gefangenen; die Entscheidungen über die Zukunft der Palästinenser und der Libanesen müssen jeweils dem Widerstand und den Palästinensern überlassen bleiben."

Der einzige und mögliche Weg aus dem Konflikt, ist nach Meinung der Genossen der Ablehnungsfront, der Sieg einer der beiden Seiten. Jede andere Lösung als ein klarer Sieg, wäre eine Niederlage für die Palästinenser. Es ist schon klar, daß die Syrer den Kampf fortsetzen wollen, solange der palästinensische Widerstand nicht nachgibt und es akzeptiert, daß man ihm Fesseln anlegt. *„Wir können siegen, die arabischen Massen sind mit uns."*

(aus „il manifesto", 31.7.)

Das Abkommen zwischen der PLO und Syrien

Mitte Juli gab es zwischen Arafat und Habasch das erste Treffen seit Mai dieses Jahres. Anschließend verkündete die PLO-Führung, sie werde nicht in Damaskus unter den syrischen Bedingungen – Verbleib syrischer Truppen in Libanon – verhandeln („El Moudjahid", -„EM", 17.7.) Kurz darauf änderte die PLO-Führung diese richtige Postion. Für die PLO wurde Khaddumi zu Verhandlungen nach Damaskus geschickt. Die Forderungen der PLO lauteten nunmehr nur noch:

1. Waffenstillstand, kontrolliert von der Arabischen Liga
2. Konferenz aller Bürgerkriegsparteien unter Sarkis
3. Wirkliche Verhandlungen müßten mit einem syrischen Rückzug verbunden sein, der allerdings nicht für sofort gefordert wird, (Angaben nach „EM", 24.7.).

Das endgültige Abkommen – angeblich ein sowjetischer Vorschlag – beinhaltet die vollständige Kapitulation der Palästinenser: Er sieht den Rückzug der Palästinenser in die Lager gemäß dem Kairoer Abkommen von 1969 vor. Dort müssen alle schweren Waffen abgebaut werden, und Palästinensern außerhalb der Lager ist sogar das Tragen leichter Waffen untersagt. Der Waffenstillstand soll durch die 2.300 Mann starke „Friedenstruppe" der Arabischen Liga und „andere Streitkräfte" – also syrische – „überwacht" werden („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 30.7., „Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 30. und 31.7., „Frankfurter Rundschau" – „FR", 31.7.).

Die palästinensischen Kämpfer können und werden diese Kapitulation nicht hinnehmen, und die „Ablehnungsfront" hat erklärt, daß sie das Abkommen nicht akzeptiert, ebenfalls Dschumblatt („NZZ",3.8.).

Die ganze Farce des Abkommens wurde daran deutlich, daß parallel zu den Verhandlungen die syrischen Truppen verstärkt wurden („SZ", 20.7.),diese die Faschisten weiter an allen Fronten unterstützten („SZ", 23.7.) und auf Nahr al Bahrad und ein weiteres Lager in der Nähe von Tripoli vorrückten, die beide als PFLPStützpunkte gelten („NZZ", 25/26.7. und 31.7.). Trotzdem sprach Khaddumi in Damaskus von einer *„positiven und freundlichen Atmosphäre": „Wir bauen die Brücken des gegenseitigen Vertrauens und der Versöhnung wieder auf."* (zit. nach „SZ", 24.7.). Solche Aussagen können keinen kämpfenden Palästinenser im Libanon verwirren, sie können nur dazu beitragen, daß die syrischen Massen vom notwendigen Sturz Assads abgehalten werden.

Nahost-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Offener Brief von Verteidigern Tel Zaatars an die Arabische Liga (Auszugsweise veröffentlicht in 2 Pariser Tageszeitungen)

Offener Brief von Verteidigern Tel Zaatars an die Arabische Liga (Auszugsweise veröffentlicht in 2 Pariser Tageszeitungen)

„Unser Lager wird augenblicklich von 30.000 Männern, Kindern, Frauen und Alten bewohnt. Rund 40 % von ihnen sind arme Libanesen, der Rest Palästinenser. Unser Lager ist heute Schauplatz einer völligen Zerstörung. Es gibt kein Wasser mehr, außer dem wenigen, das wir von den Brunnen unter ständigen Bombardierungen in Lebensgefahr holen. Wir haben keine Nahrung, außer dem bißchen, das wir nach der Zerstörung unserer Häuser retten konnten. Überhaupt keine Elektrizität, keine Medikamente, keine ärztliche Hilfe. Viele unserer Verwundeten hätten gerettet werden können. Selbst die, die nur geringfügige Wunden hatten, sind verblutet - aus Mangel an Blutkonserven und Medikamenten.

Wir erklären Euch, daß syrische Waffen gegen unser Lager eingesetzt werden, während die syrischen Führer in Damaskus ständig wiederholen, daß sie im Libanon sind, um unser Lager zu verteidigen. Das ist eine Lüge, eine Lüge, die uns mehr betrübt als irgendetwas sonst."

(aus „El Moudjahid", 21.7.76)

Doppelbesteuerungsabkommen mit Tunesien

Nach entsprechenden Verträgen mit Ägypten und Marokko hat der Bundestag am 1.7.76 ohne Aussprache das Gesetz zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der BRD und Tunesien verabschiedet („Nachrichten für Außenhandel" -„NfA" -, 5.7. 76).

Es soll die *„traditionell freundschaftlichen"* Beziehungen zum Reaktionär Bourgiba weiter festigen, die vor allem durch Wischnewskis Reise 1974 geknüpft wurden, und *„durch den Abbau steuerlicher Hindernisse die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen fördern und intensivieren. Durch den Vertragsabschluß wurde das Netz der steuervertraglichen Sicherung deutscher Auslandsinvestitionen in Nordafrika weiter abgerundet ..."* (ebenda).

Nach dem „gegenseitigen" Doppelbesteuerungsabkommen, von dem natürlich ausschließlich westdeutsche Konzerne profitieren können, da nur sie im „Partnerland" Kapital angelegt haben, können diese auf ihre westdeutsche Steuerschuld die tunesische Quellensteuer u n d fiktive – also zur Zeit in Tunesien gar nicht erhobene Steuern – anrechnen oder ihre tunesischen Profite und Vermögenswerte völlig von westdeutschen Steuern freistellen lassen. Damit würden *„erhebliche Anreize für Investitionen in Tunesien geschaffen"*, stellen die „NfA" (5.7.) fest. Oder besser: Der Ausverkauf Tunesiens kann auf höherer Stufe fortgesetzt werden.

Nahost-Kommission

Der Imperialismus greift nach dem Nahen Osten

Kriegshetze gegen Ghaddafi

Die US-Zeitschrift „Newsweek" enthüllte, daß die reaktionären arabischen Regimes Ägyptens, Saudi-Arabiens und Sudans sich während einer Konferenz in der saudi-arabischen Stadt Schidda auf das gemeinsame Ziel einigten, den libyschen Staatschef Ghaddafi mit allen Mitteln zu stürzen. Gleichzeitig warf Ghaddafi der ägyptischen Führung vor, Truppen an der Grenze zu Libyen zusammengezogen zu haben „mit dem Ziel einer Konfrontation mit dem libyschen Volk" („Süddeutsche Zeitung", 26.7.76). Auch die kuweitische Zeitung „Al Siassa" meldete Truppenkonzentrationen an der ägyptisch-libyschen Grenze. Außerdem habe Ägypten an der Grenze ein Luftabwehrsystem installiert und veranstalte in dem Gebiet Luftwaffenmanöver. Sadat benutzt den Konflikt mit Libyen, um die arabische Reaktion zusammenzuschweißen. Die imperialistischen Staaten des Westens und ihre Marionetten im arabischen Raum beeilen sich, Ägypten ökonomisch und politisch weiter in ihr System einzubinden. Sadat übernimmt bereitwillig die Rolle eines Maklers für imperialistische Interessen im Nahen Osten.

Kriegshetze gegen Ghaddafi

Nach dem gescheiterten Putschversuch im Sudan traten Ägyptens Staatschef Sadat und der sudanesische Ministerpräsident Numeiri gleichzeitig mit schweren Angriffen gegen Ghaddafi an die Öffentlichkeit. Sie warfen ihm gemeinsam vor, er habe den Putschversuch geleitet, 2.000 Mann dafür ausgebildet und von Libyen aus in den Sudan geschleust. Die Vorwürfe gipfelten in den Diffamierungen Sadats in einer Rede am Nationalfeiertag Ägyptens (23. Juli – Tag der Absetzung Faruks, 1952), in der er von „dem Verrückten in Libyen" sprach, der ein Blutbad unter Arabern angerichtet habe und eine Verschwörung gegen die arabische Welt inszeniere. Sadat forderte indirekt das libysche Volk auf, den Sturz Ghaddafis zu vollziehen: *„Ich möchte aber die Aufmerksamkeit des libyschen Volkes auf die Verbrechen seiner Führung lenken. Jedes Volk, das glaubt, es müsse Handschellen tragen, kann sich die Lektionen der alten und der neuen Geschichte vor Augen führen".*

Die massiven Vorwürfe gegen Ghaddafi sollten von den inneren Kämpfen im Sudan ablenken und das engere Bündnis der arabischen Reaktion mit pro-imperialistischer Ausrichtung legitimieren. Gleichzeitig wächst die reale Gefahr eines Putschversuches in Libyen.

Ghaddafi wurde in den Mittelpunkt der reaktionären Angriffe gerückt, weil er dazu übergegangen ist, den bewaffneten Kampf der Palästinenser ideologisch und materiell zu unterstützen. Die reaktionären Regimes mußten beispielsweise mit ansehen, wie die 400 Libyer aus der Pseudo-Friedenstruppe der arabischen Liga im Libanon ausscherten und auf der Seite der Palästinenser kämpften. In einem „Spiegel"-Interview antwortete Ghaddafi auf die Frage, wann er Gewalt für gerechtfertigt halte: *„Ich halte die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, wenn ein kolonisiertes und unterdrücktes Volk seine Befreiung fordert und der Kolonialist oder Unterdrücker nicht aufgeben will. Dann bleibt diesem Volk nur eines: Zu den Waffen zu greifen, um den Usurpator aus dem Lande zu treiben, mit anderen Worten: revolutionäre Gewalt anzuwenden".*

Er nannte den US-Präsidenten Gerald Ford und Königin Elisabeth Schützer und Förderer von Terroristen, weil sie an den angolanischen Staatspräsidenten appelliert hätten, er solle die verurteilten weißen Söldner („Killer von Beruf") begnadigen.

Ägyptens Hauptauftraggeber, der von Ghaddafi angegriffene US-Präsident Ford, rechtfertigte sogleich öffentlich Aggressionen gegen Libyen: *„Wir wissen, daß die libysche Regierung auf gewisse Weise viele (!) Dinge getan hat, die terroristische Aktivitäten stimulieren könnten".*

Militantes Bündnis der arabischen Reaktion

In völliger Verdrehung der eigentlichen Absichten führten Sadat, Numeiri (Sudan) und König Chalid von Saudi-Arabien kurz nach dem Putschversuch im Sudan Gespräche mit dem Ziel, eine gemeinsame *„Front gegen Umsturzbestrebungen in den arabischen Ländern"* zu bilden. Zunächst wurde ein sogenannter Verteidigungspakt zwischen dem Sudan und Ägypten geschlossen. Saudi-Arabien blieb als stiller Finanzier und Anreger des Paktes im Hintergrund. Die US-freundliche Feudalclique Saudi-Arabiens unternimmt seit Jahren alle Anstrengungen, die arabischen Führungen pro-imperialistisch auszurichten. Ihr Einfluß beruht wesentlich auf ihrer ökonomischen Macht. Die meisten arabischen Länder stehen durch laufende Kredit- und Wirtschaftshilfen bei den Feudalisten hoch in der Kreide.

In dem Pakt wird festgelegt, daß im Falle eines Angriffs die Streitkräfte des einen Landes dem anderen zu Hilfe kommen („Süddeutsche Zeitung", 23.7.76). Bei dem bestehenden militärischen Kräfteverhältnis sichert sich Ägypten damit das Recht, jederzeit im Sudan einmarschieren zu können.

Das Abkommen sieht weiter die gemeinsamen Anstrengungen für die Modernisierung der Streitkräfte vor sowie einen gemeinsamen Verteidigungsrat der Außen- und Kriegsminister beider Staaten, dem als ausführendes Organ ein gemeinsamer Generalstab zur Seite gestellt wird. Die Militärpolitik beider Staaten wird so koordiniert und militärische Operationen unter einheitlicher Leitung geführt. Die praktisch vorhandene Unterstellung der sudanesischen Armee unter ägyptische Befehlsgewalt und die militärische Eingriffsmöglichkeit Ägyptens im zur Zeit politisch instabilen Sudan soll langfristig garantiert sein. Der Pakt hat eine Laufzeit von 25 Jahren und wird automatisch jeweils um fünf Jahre verlängert, falls er nicht von einer Seite aufgekündigt wird. Soweit also die offiziellen Ergebnisse der Gespräche.

Die US-Zeitschrift „Newsweek" enthüllte eine Woche später, daß sich dieses Bündnis bereits gemeinsam mit Saudi-Arabien die konkrete Aufgabe gestellt hatte, Libyens Staatschef Ghaddafi zu stürzen. Saudi-Arabien wolle die Operationen der beiden anderen Staaten gegen Libyen finanzieren. 12.000 ägyptische Soldaten sollen in den Sudan verlegt und dort „in Bereitschaft" gehalten werden, um das Numeiri-Regime im eigenen Lande zu schützen, eine Voraussetzung, Sudan weiter an den reaktionären arabischen Block zu binden.

„Newsweek" berichtete weiter, daß ein kriegerischer Angriff auf Libyen nicht wahrscheinlich sei, weil er Kritik arabischer Bruderländer hervorrufe. Deshalb scheine eine Überlegung der drei Regimes eher zum Tragen zu kommen, nämlich ein Putsch in Libyen und die Ermordung Ghaddafis. Zu diesem Zweck will man libysche Ghaddafi-Gegner einsetzen – Ägypten bildet sie ständig im eigenen Lande aus – um einen Staatsstreich in Libyen zu inszenieren.

Die Absichten der arabischen Reaktion dürften durch die nicht eingeplante Indiskretion schwerer umzusetzen sein. Zumindest durchbrechen sie die demagogische Hetze Sadats vorerst, der genau diese Absichten Ghaddafi unterstellte und daraus die Notwendigkeit eines engeren militärischen und politischen Zusammenschlusses der übrigen arabischen Regimes herleitete. Dennoch wird sich die arabische Reaktion weiter formieren. Sadat kündigte in seiner Rede am 23. Juli an, daß dem bisherigen Pakt weitere Schritte unter Einbeziehung Saudi-Arabiens und anderer arabischer Länder folgen werden.

Sadat baut Ägypten als Makler imperialistischer Interessen auf

Sadat bietet sich immer unverhohlener als politische und ökonomische Achse der Imperialisten im Nahen Osten an. In seiner Rede zum Nationalfeiertag richtete er lediglich kleine Spitzen gegen die USA und Israel, um seinen Schwenk etwas zu vertuschen. Im übrigen lobte er ausdrücklich, daß Israel nicht in den libanesischen Bürgerkrieg eingegriffen habe – inzwischen berichtet bereits die bürgerliche Presse in der BRD von Waffenlieferungen Israels an die falangistischen Truppen. Dagegen wurden angebliche Friedensbemühungen der US-Imperialisten beschworen, die ihm allerdings noch zu „langsam und zögernd" seien. Seine ganze außenpolitische Wut richtete sich allein gegen Libyen. Die Lüge von der libyschen Verschwörung benutzte er, um mit einem „gefährlichen Neonasserismus" abzurechnen, der von Libyen ausgehe. Hiergegen setzte Sadat den „ägyptischen Sozialismus" – eine demagogische Umschreibung für die Entrechtung der ägyptischen Arbeiterklasse. Sein „Sozialismus" wolle der Privatwirtschaft Chancengleichheit sichern und in Zukunft hauptsächlich deren Entwicklung fördern. Der „ägyptische Sozialismus" sei *„keine klassenkämpferische Bewegung"*, verurteile *„proletarische Überheblichkeits- (?) oder Minderwertigkeitskomplexe der Arbeiterschaft"* und wolle vor allem den Menschen in seiner individuellen Freiheit fördern (!). *„Wir bauen einen Wohlstandssozialismus, einen Sozialismus der Besitzenden (!!) und nicht der Enteigneten"* („Neue Zürcher Zeitung", 23.7.76). Weiter machte Sadat deutlich, daß alle seine Maßnahmen (um eine mächtige nationale Bourgeoisie aufzubauen) begleitet werden von einer brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse. Obwohl Ägypten mit drei Formationen (?) in die Oktoberwahl gehen werde, dürfe an eine Auflösung von Ruhe und Ordnung nicht gedacht werden und es dürfe weder von Streiks der Arbeitnehmer noch von der Zulassung einer unabhängigen Presse neben dem staatlichen Radio und Fernsehen und den im Besitz der Einheitspartei befindlichen Zeitungen die Rede sein.

Nahost-Kommission

Nach der „Politik der offenen Brücken" – die „Politik des offenen Zaunes"

Unter größter Verschwiegenheit begann Israel vor einiger Zeit eine „Politik des offenen Zaunes" an der Grenze zum Libanon, einer Grenze, die bisher mit Stacheldraht, Spanischen Reitern, Wachtürmen, elektronischen Warnanlagen und Minen gegen die bewaffneten Aktionen der palästinensischen Widerstandskämpfer geschützt wurde.

Die „Politik des offenen Zaunes" bedeutet, daß Israel unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe und mit erheblichem Geldaufwand versucht, seinen Einfluß im Südlibanon zu stärken, seit sich die Kämpfe im Libanon mehr nach Norden verlagert haben. Die „humanitäre" Aktion der Zionisten ist an Zynismus kaum zu übertreffen.

„Ankurbelung des Exportes"

Seit einiger Zeit wird die Grenze Israels zum Libanon täglich für einige Stunden geöffnet. Bewohner des Südlibanons – im wesentlichen Christen – überqueren die Grenze, um sich von Militärärzten medizinisch versorgen zu lassen. Etwa 300 Menschen sollen täglich versorgt werden. Dem „Spiegel" (30/76, S. 82) versicherte ein Grenzer: *„So nett werden wir nicht empfangen, wenn wir zum Kassenarzt gehen müssen"* (!)

Schwere Fälle werden sogar in ein israelisches Krankenhaus in Safed gebracht (bisher weit über 50) („Frankfurter Rundschau" (FR), 22.7.76). Die Kosten für den Krankenhausaufenthalt, für Behandlung und Medikamente trägt das israelische Kriegsministerium, das bis zum 22.7. schon 10.000 Dollar für diese Aktion bereitgestellt hatte. Schon allein die Geldquelle kennzeichnet den Charakter der „humanitären" Hilfe ausreichend!

In einem zweiten Schritt wird dann im Rahmen des „kleinen Grenzverkehrs" g e h a n d e l t, die Libanesen können in Israel Lebensmittel und Wasser kaufen und ihr Frischgemüse verkaufen. Die Geschäfte nehmen libanesische Pfund anstandslos an, denn trotz



Kriegsminister Peres an der israelisch-libanesischen Grenze: „Ihr seid die Vorläufer für Frieden und offene Brücken."

der Devisenbeschränkungen haben die Banken die Erlaubnis, libanesische Pfund zu tauschen.

Vor einiger Zeit ließ das israelische Kriegsministerium (!) verlauten, daß es den Libanesen ruhig erlaubt werden solle, in Galiläa zu arbeiten („The Jerusalem Post", 27.7.76). Seit Montag (2.8.76) ist der „kleine Grenzverkehr" tatsächlich erweitert worden: Das israelische Kabinett billigte als „Experiment" die Beschäftigung libanesischer Arbeiter in der Dubek-Tabak-Fabrik („Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 4.8.76). Schon vorher hatte diese Firma die gesamte Tabakernte mehrerer Grenzdörfer aufgekauft („Spiegel", 30/76), sicher zu einem günstigen Preis.

Die bürgerliche Presse nutzt die angeblich „humanitäre" Hilfe Israels aus, um die „Überlegenheit" der Israelis gegenüber den sich in chaotischer Weise gegenseitig bekämpfenden Arabern herauszustellen. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 29.7.76): *„Im Süden Libanons fehlt sogar das Salz. Doch auf der israelischen Seite ist alles im Überfluß (!) zu haben".*

In Wirklichkeit ist es für Israel inzwischen lebensnotwendig geworden, die wirtschaftlichen Beziehungen auch auf die arabischen Länder auszudehnen. Während Kriegsminister Peres bei einem Besuch an der Grenze für die Öffentlichkeit zu den Libanesen sagte: *„Ihr seid die Vorläufer für Frieden und offene Brücken"* („The Jerusalem Post", 27.7.76), spricht Minsterpräsident Rabin offen aus, was sich Israel von seiner so „selbstlosen", „humanitären" Hilfe verspricht: *„So etwas kann man nur als Ankurbelung unseres Exports bezeichnen"* („Spiegel", 30/76, S. 82).



„Ankurbelung des Exports" unter dem Deckmantel „humanitärer" Hilfe – Israels „Politik des offenen Zaunes"

Tatsächlich will Israel mit seiner Aktion nichts anderes, als den Südlibanon, dessen Dörfer und Flüchtlingslager kürzlich noch von Israel bombardiert wurden, politisch infiltrieren und sich schon jetzt durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen in kleinem Stil auf die profitableren Zeiten nach Beendigung des libanesischen Bürgerkriegs vorbereiten. Denn in dem Anstieg des Exports sieht Israel Chancen für die Sanierung der zerrütteten Wirtschaft:

- Die „Politik der offenen Brücken" in Richtung Jordanien seit '67 hat inzwischen israelische Güter bis an den Persischen Golf gelangen lassen, allerdings ohne hebräisches Siegel („NZZ", 4.8.76).
- In den Libanon gelangten israelische Waren (und Waffen für die Falangisten) bisher im Dreieck über Zypern.
- Schon im Juni hatte Israel den Ägyptern einen Grenzverkehr nach Vorbild der Jordanbrücken angeboten. Die Ägypter zeigten damals noch keinerlei Enthusiasmus („Monitor-Dienst", 18.6.76). Von israelischer Seite wurde betont, daß der Grenzverkehr den Bewohnern des Gaza-Streifens (!) erlauben solle, Waren nach Ägypten zu exportieren.

Der Versuch Israels, unter dem Deckmantel „humanitärer" Hilfe den Export in die arabischen Länder zu erhöhen, hat neben dem Ausgleich der Zahlungsbilanz langfristig das Ziel, die arabischen Staaten von der höher industrialisierten israelischen Wirtschaft abhängig zu machen. Mit der Erhöhung der Exporte durchbricht der zionistische Staat gleichzeitig die Isolierung in der arabischen Umwelt. Man kann der palästinensischen Rundfunkstation, die die Bewohner der südlibanesischen Dörfer warnte *„nicht mit dem Teufel zu paktieren"* („FR", 22.7.76) nur zustimmen.

Nahost-Kommission

Ägypten im Griff des Imperialismus

Die Imperialisten bezahlen Sadats Rolle als Makler für imperialistische Interessen in Nahost mit einer Reihe billiger Kredite für die ägyptische Industrie. Sie haben dabei im Auge, Ägypten ökonomisch und politisch an sich zu ketten, um langfristig die ökonomische Ausbeutung des Nahen Ostens noch weiter abzusichern und die im Vergleich zu anderen arabischen Ländern gut ausgebildete Arbeiterklasse Ägyptens für ihren Profit arbeiten zu lassen.

Schon zu Beginn des Jahres war es den US-Imperialisten gelungen, ein stufenweises Umrüsten Ägyptens von sowjetischen auf amerikanische Waffensysteme einzuleiten. Angeblich plant Ägypten den Umbau von Hunderten sowjetischer Panzer, so daß künftig Munition und Ersatzteile aus dem Westen verwendet werden können, frohlockte die „Frankfurter Rundschau" im Februar 1976. Springers „Welt" berichtete im März, Frankreich habe über Saudi-Arabien und Kuweit 44 Mirage F I sowie 38 Mirage III an Ägypten geliefert. Außerdem ist Ägypten schon seit längerem mit britischen Hubschraubern ausgerüstet.

An dem derzeitigen „Ringen" um Ägypten beteiligen sich folgende Staaten (alles Meldungen der letzten 14 Tage – die Aufzählung ist nicht vollständig):

– Die US-Imperialisten „gewähren" Ägypten einen Kredit von 100 Millionen Dollar für den „Kauf von Industrie- und Agrarprodukten". Das Darlehen läuft 40 Jahre und wird mit 2 % (!) verzinst. Die ersten zehn Jahre sind zinsfrei. Im US-Haushalt sind allein 1976 750 Millionen Dollar für Ägypten vorgesehen („Neue Zürcher Zeitung", 22.7.76).

– Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar beschlossen Anfang Juli, zwei Milliarden Dollar (!) in einen Fond einzuzahlen, mit dem die ägyptische Wirtschaft angekurbelt werden soll („Süddeutsche Zeitung", 28.7.76).

– Rückwirkend zum 9.1.76 wurden zwei Kapitalhilfe-Abkommen zwischen der BRD und Ägypten über 130 und 7,5 Millionen DM abgeschlossen. Die Mittel sind angeblich bestimmt für die Deckung des zivilen Bedarfs. BRD-Kapitalisten sind darüberhinaus direkt in Bau-Konsortien eingestiegen, deren Projekte aus Krediten mit einer Laufzeit von fünf Jahren finanziert werden. An diesen Gesellschaften sind außerdem Kapitalisten Frankreichs, der Schweiz, Österreichs und Dänemarks beteiligt. Zusätzlich beteiligt sich die BRD mit 65 Millionen DM an einem Kraftwerk in Suez.

– Selbst das wirtschaftlich schwache Österreich sieht die Gunst der Stunde. Zur Finanzierung von Exporten nach Ägypten und von Gemeinschaftsunternehmen in Ägypten oder in dritten Staaten stellt die Kreisky-Regierung österreichischen Kapitalisten einen Finanzierungsbetrag von 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

– Spaniens Faschisten unterzeichneten mit Ägypten ein Handelsabkommen, das einen jährlichen Warenaustausch von 100 Millionen US-Dollar vorsieht. Gleichzeitig wurde eine zweite (!) Umschuldungsvereinbarung getroffen, nach der Ägypten seine Schulden von 35 Millionen ägyptischen Pfund anstatt ab Juli 1976 erst ab April 1977 abzahlen muß.

– Die gemeinsame „iranisch-ägyptische Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit" beschloß im Juli *„eine enge Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in Wirtschaft, Industrie, Handel und Technik, sowie bei der Beteiligung an verschiedenen Industrieprojekten"* (Radio Teheran, nach „Monitor-Dienst", 10.7.76). Der Schah stellt ein Darlehen von 15 Millionen US-Dollar bereit.

Ein koordiniertes Vorgehen der imperialistischen Mächte läuft neben allen Einzelpfründen über die Weltbank, deren Experten Inlands-, Export-, Import-, Branchen- und Einzelstudien über Ägypten anfertigen. Lediglich unter Mithilfe Ägyptens, ansonsten unter „internationaler Leitung" wird ein wirtschaftlicher Sanierungsplan für den Zeitraum bis 1985 aufgestellt.

Nach Sadats Vorleistungen sprudeln die Quellen wieder, nur das ägyptische Volk hat nichts davon. Die ersten Auswirkungen werden in der ägyptischen Zeitschrift „al-Talika" angesprochen. Die Freigabe des Wechselkurses hatte einen spürbaren Wertrückgang des ägyptischen Pfunds auf dem Devisenmarkt zur Folge.

Ein Währungsverfall verteuert ägyptische Warenimporte und verbilligt ausländische Investitionen in Ägypten. Ergänzend erließ Sadat Gesetzesänderungen, die das Einfließen ausländischen Kapitals und Aufkäufe ägyptischer Betriebe erheblich erleichtern. In dem Maße, wie Sadat das Land für imperialistische Kapitalströme öffnet, schränkt er wirtschaftliche Beziehungen zu den RGW-Ländern ein. Das ägyptische Handelsministerium hat die Einfuhr aller Konsumgüter aus „kommunistischen Ländern" untersagt.

Auf Druck des „internationalen Währungsfonds" hat der ägyptische Staat die Finanzhilfe zur Aufrechterhaltung stabiler Preise für die wichtigsten Konsumgüter zurückgezogen. Die Folge sind erhebliche Preissteigerungen für Konsumgüter, für die die ärmsten Teile des Volkes zur Kasse gebeten werden. Das Programm zur Förderung der Privatwirtschaft wurde öffentlich auf einer Konferenz in Ägypten von dem US-Finanzminister W. Simon gefordert.

Der pro-imperialistische Kurs Sadats kennzeichnet den stark angewachsenen Einfluß der US-Imperialisten im Nahen Osten. Sie verlassen sich jedoch nicht nur auf Sadat, sondern versuchen zusätzlich mit einer ökonomischen Eingliederung Ägyptens in das kapitalistische Weltwirtschaftsgefüge und einer militärischen Umrüstung auf westliche Waffensysteme eine Schlinge zu legen, die sich zuziehen soll, wenn das ägyptische Volk den Verräter Sadat in die Wüste jagt.

Nahost-Kommission

Ständig neue Verhaftungen in den besetzten Gebieten

Am 12.7.76 wurden in Judäa und Samaria 50 palästinensische Widerstandskämpfer festgenommen, die zu Zellen der PFLP und der PLO gehören sollen. Der israelische Rundfunk gab an, daß viele der Kämpfer schon früher in israelischen Gefängnissen gesessen haben („Monitor-Dienst", 14.7.76).

Einen Tag nach einer Bombenexplosion auf einem Gehweg in Jerusalem wurden mehr als 100 (!) „Verdächtige" festgenommen („SZ", 31. 7.76), was ganz offensichtlich eine glatte Willkürmaßnahme der Zionisten darstellt! Bei der Explosion wurden zwei französische Touristen verletzt! Man kann nur hoffen, daß der Touristenstrom nach Israel weiter abnimmt (nach dem Oktoberkrieg war er erheblich zurückgegangen).

Zu zahlreichen Verhaftungen kam es während des Generalstreiks im Westjordanland Anfang August („El Moudjahid" – „EM" –, 3.8.76). Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes waren schon Anfang Juli mehr als 3.200 „verdächtige" Araber in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert („EM", 21. 7.76). Gerade in den besetzten Gebieten sind die Haftbedingungen noch schärfer als in Israel selbst. Viele befinden sich ohne Haftbefehl und Anklageerhebung jahrelang in Administrativhaft.

Nahost-Kommission

Verschärfte Unterdrückung in zionistischen Gefängnissen

Das Palästinakomitee Bochum sandte uns folgende Erklärung von Familien politischer Gefangener zu, die von der linken jüdischen Organisation „Matzpen" im Juni 1976 in Jerusalem veröffentlicht wurde:

„Wir, die Familienangehörigen und Verwandten der Gefangenen in **Ramle** wollen die Öffentlichkeit über die neuesten Entwicklungen im Gefängnis informieren und hoffen auf ihre Solidarität und Unterstützung.

Im Gefängnis Ramle wird bereits über zwei Monate gestreikt. Die Ursachen des Streiks sind die neuen Arbeitsbedingungen und der darauf erfolgte Widerstand der Gefangenen.

Anstatt 4 – 5 Stunden müssen die Gefangenen jetzt acht Stunden arbeiten. Außerdem werden pro Tag eine Stunde lang körperliche Kontrollen durchgeführt, bevor sie das Gefängnis verlassen, um arbeiten zu gehen, d. h. neun Stunden pro Tag sind Arbeitszeit. Außerhalb des Gefängnisses scheint das nicht so schlimm zu sein, aber in den Gefängnissen müssen die Gefangenen auf Befehl schlafen, mit dem frühen Abschalten des Lichtes. Das bedeutet, daß sie den Großteil der Tage mit Arbeit beschäftigt sind, unter folgenden neuen erschwerten Arbeitsbedingungen:

Bau neuer privater Betriebe, in denen die Gefangenen acht Stunden unqualifizierte Arbeit ausführen, ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung und Interessen!!

Das Ziel der Arbeit ist nicht Rehabilitation, sondern die pure Profitvermehrung!!

Die Arbeit – Zwangsarbeit!

Der Lohn – Sklavenlohn (zwischen 40 und 80 Pfennig pro Arbeitstag!!!)!

Es ist allen bekannt, daß der Streik fortgesetzt wird und daß jeden Tag neue Gefangene den Streik beginnen.

Wir müssen verhindern, daß der Streik hinter den Mauern verborgen bleibt! Verbreitet die Information!!! Die Gefangenen brauchen Eure Hilfe und Unterstützung!!!

Das Gefängnis ist kein Arbeitslagen!!!

Keine Zwangsarbeit – kein Sklavenlohn!!!

Die Familien der Gefangenen"

Oman: Stellungnahme der PFLO

Zu unserem Artikel „Briten räumen Luftstützpunkt in Oman" im AK 85 (Seite 26) erhielten wir vom „Arbeitskreis im Rep. Club e.V. Nahost/Golf" eine Stellungnahme der PFLO, die wir nachstehend abdrucken. Die Genossen des Arbeitskreises weisen uns darauf hin, daß die Überschrift des Artikels irreführend ist, weil es sich lediglich um eine Behauptung der britischen Regierung handelt, was aus unserem Artikel auch hervorgeht.

„Großbritannien erklärte, daß es sich von den omanischen Militärstützpunkten Masirah und Salalah bis März 1977 zurückziehen wird, während es gleichzeitig seine anderen militärischen Verpflichtungen an das Regime von Maskat weiter erfüllen wird. Ein PFLO-Sprecher enthüllte die Verlogenheit dieser Erklärung. Die britische politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft über Oman wird weiterhin garantiert durch Tausende britischer Offiziere und Berater, deren Verbleib gesichert ist. Außerdem bleibt die britische Verpflichtung zu militärischem Eingreifen unberührt. Die PFLO sieht die britische Erklärung einzig als ein Manöver zur Aufrechterhaltung der britischen Vorherrschaft in weniger auffälliger Form an".

Die BRD-Imperialisten wollen im reaktionären Oman offenbar auch weiter Fuß fassen. So berichtete die „Frankfurter Rundschau" vom 19.7.76 von *„vertraulichen Gesprächen"* zwischen Wirtschaftsminister Friedrichs und Sultan Qabus. Dabei ging es um die Ausweitung des Handels mit Oman, der sich bereits im Zeitraum von 1972 bis 1975 auf ein Volumen von 195 Mio. DM verzehnfacht (!) hat. Im Gespräch war die Lieferung von Zement und Stahl (neben Düngemitteln) gegen Öl. Verhandelt wurde weiter über die Entwicklung eines Infrastrukturplanes.

Nahost-Kommission

Folter im Iran

Die Internationale Juristenkommission hat in Washington der iranischen Geheimpolizei SAVAK die Folterung von politischen Gefangenen vorgeworfen. Sie erklärte, daß in den letzten 20 Jahren Hunderte von politischen Gefangenen im Iran gefoltert worden seien und daß die Folter von der iranischen Geheimpolizei ausgebaut worden sei.

Die Kommission hat anscheinend den Auftrag bekommen, in ihrer Studie nachzuweisen, daß die Lage heute nicht mehr so schlimm sei, *„da der Iran ein politisch stabiles Land sei und deshalb seitens der Regierung auf Extremisten und Oppositionelle weniger Druck ausgeübt werde".*

Die Studie widerspricht sich in diesem Punkt selber, da sie einen Schriftsteller zitiert, der 1975 während seiner Haft geschlagen und ausgepeitscht wurde; der Folterwerkzeuge sah, um Gefangenen die Fingernägel herauszureißen und elektrisch geladene Knüppel. Gefangene seien auf Metallbetten gefesselt worden, mit Fackeln verbrannt oder homosexuell mißbraucht worden (nach „Frankfurter Rundschau" vom 6.8.76). Ebenso spricht die Föderation iranischer Studenten in der BRD von einem beispiellosen Fortgang faschistischen Terrors des Schah-Regimes und erklärte, daß seit Februar 1976 über 100 Oppositionelle ermordet wurden.

Nahost-Kommission

Lybien über die zionistische Aggression in Uganda: „ ... ein Gipfel an Terrorismus und terroristischer Planung"

Der Überfall der Zionisten auf den Flughafen von Uganda ist von der Mehrheit der afrikanischen Staaten scharf verurteilt worden. Stellvertretend wollen wir im folgenden die Stellungnahme Libyens im Wortlaut wiedergeben, weil sie unseres Erachtens die Brutalität des zionistischen Vorgehens am besten auf den Punkt bringt (nach „Monitor-Dienst" vom 9.7.76):

„ ... Das zionistische Gebilde, welches Mitglied der Vereinten Nationen ist, zögert nicht, jeden Akt der Verletzung einfachster internationaler Werte auszuführen. Wenn wir, die Araber, auch angesichts des Kampfes und des Lebens mit dem zionistischen Feind seit mehr als einem Vierteljahrhundert daran gewöhnt sind, so schmerzt und verblüfft es uns doch, daß die zionistischen Terrorakte von einigen Ländern, die sich für zivilisiert halten, unterstützt und ermutigt werden.

Wenn auch die Zahl der Ereignisse und Tatsachen in dieser Hinsicht unendlich groß ist, so wollen wir den Einfall des zionistischen Staates in Uganda in einer blitzschnellen Polizei- und Terroristenaktion als Beispiel nehmen und darauf verweisen, wie dieser Einfall, der den Gipfel an Terrorismus und terroristischer Planung darstellte, die sofortige Unterstützung der US-amerikanischen, britischen, westdeutschen, schweizer und möglicherweise der französischen Regierung erhielt, d.h. der wichtigsten Staaten der westlichen Welt.

Die Frage, die sich stellt, ist die: Warum unterstützten diese Regierungen den terroristischen Einfall der Zionisten in Uganda, der den Tod unschuldiger Opfer und Vermögensschaden zur Folge hatte, während sie andererseits die Entführung der französischen Flugzeuge durch die Fida'ijin, die keinen Tropfen Blut vergossen hatten, verurteilten? ... Die Fida'ijin vergossen nicht das Blut der zionistischen Staatsangehörigen, obwohl sie das Recht dazu gehabt hätten. Es lag nicht in der Absicht der Fida'ijin, Blut zu vergießen, sondern die Welt auf ihre gerechte Sache aufmerksam zu machen. Das Ergebnis war, daß der zionistische Feind das Blut dreier Rassen vergoß – palästinensischer Araber, ugandischer Afrikaner und Zionisten. Wer ist der wirklich bösartige Terrorist in einem derartigen Fall – von verschiedenen vorherigen Fällen ganz zu schweigen?

Aus unserer Sicht hat der zionistische Staat von seiner Errichtung bis heute terroristische Methoden angewandt, und daher ist es das Recht der palästinensischen Fida'ijin, es den zionistischen Terroristen mit gleicher Münze heimzuzahlen. Die schwache Seite der arabischen Fida'ijin ist, daß sie immer noch barmherziger und humaner sind als ihre Feinde. Ihr Feind nimmt seine Zuflucht in Täuschungen und Kunstgriffen, und er gebraucht seinen Verstand, seine Wissenschaft, seine Planung sowie die Kunst des Krieges und des Terrorismus, um sie und ihre Nation auszulöschen.

Die arabischen Fida'ijin und ihre arabische Nation gehen mit diesem Gegner, dessen Perfidie (Heimtücke) keine Grenzen kennt, immer noch gnädig, human und geduldig um. Das Ergebnis ist, daß erneut einige Fida'ijin gefallen sind, die Aktionen der Fida'ijin von Regierungs- und anderen Stellen im Westen verurteilt werden, ihr sogenannter Terrorismus verdammt wird und der zionistische Staat unterstützt und ermuntert wird, an seinem aufgestellten Plan festzuhalten ..."

Afrika-Kommission

Israel

Besiedlungsplan für besetzte Gebiete gefordert

Die „Jerusalem Post" meldete in ihrer Ausgabe vom 3.8. Rangeleien im israelischen Kabinett. Thema war die Besiedelung der besetzten Westjordangebiete mit Juden. Nach massiven Protesten der arabischen Bevölkerung mußten die Zionisten einen Siedlungsversuch in Kaddum zurücknehmen. Die angesiedelten Menschen wurden in ein Militärlager gebracht.

Die Regierung wurde von der extremen Rechten hart angegriffen, weil sie die tatsächlichen Besiedelungspläne beschönigend als „vorübergehend, nicht ständig" bezeichnet hatte. Ein Vertreter der Rechten verlangte, die Regierung solle sich nicht mit so lächerlichen Fragen wie „Kaddum" herumschlagen, sondern einen Gesamtbesiedlungsplan für die besetzten Gebiete vorlegen.

Nahost-Kommission

Aktionen des palästinensischen Widerstandes

Am 18.7.76 explodierte in einem Bus in Ramath-Gan in der Nähe von Tel Aviv eine Bombe. Der Bus sollte Spezialeinheiten in die besetzten Gebiete transportieren. Dabei konnten zehn israelische Soldaten getötet und mehrere verwundet werden, wie die palästinensische Nachrichtenagentur „WAFA" mitteilte. Die Bombe war von palästinensischen Kommandos sehr geschickt placiert worden („El Moudjahid" – „EM", 19.7.76)!

Bei einer Bombenexplosion in Nablus wurde ein israelischer Sergeant der Grenzpolizei getötet, zwei Polizisten und ein Soldat verletzt. Die Bombe explodierte im Eingang eines Restaurants. Die vier Israelis waren auf einer regulären Patrouille („The Jerusalem Post", 27.7.76). Weiter so!

Nahost-Kommission

Erneuter Generalstreik im Westjordanland

Am 1. August trat die arabische Bevölkerung im Westjordanland erneut in einen dreitägigen Generalstreik. Dies ist nach dem Genralstreik vom 1.7.76 (wir berichteten im AK 85 darüber) der zweite große Streik, der sich gegen die geplante Einführung der Mehrwertsteuer richtet.

Die israelische Regierung hatte die für den 1. Juli geplante Einführung der Mehrwertsteuer angesichts des Widerstandes der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zunächst für einen Monat aufgeschoben. In Israel wird sie seit dem 1.7. erhoben, und zwar differenziert: Der Normalsatz beträgt 8%, Banken und Versicherungen zahlen 6%, Kirchen , Synagogen und wohltätige Institutionen 3%. Die Exportindustrie wird überhaupt nicht belastet („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 4.8.76). Durch diese Finanzpolitik versucht die israelische Regierung angesichts der wirtschaftlichen Misere einerseits, das Steueraufkommen gerade auf Kosten der am wenigsten verdienenden Bevölkerungsschichten zu erhöhen, andererseits, den sowieso schon viel zu geringen Export möglichst nicht weiter zu belasten.

Die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten wehrt sich aus mehreren Gründen gegen die geplante Mehrwertsteuer:

1. Es widerspricht der Genfer Konvention, in besetzten Gebieten neue Steuern einzuführen („Süddeutsche Zeitung" - „SZ" - 2.8.76).
2. Die Palästinenser betrachten das Gesetz als einen neuen Versuch, ihnen israelische Gesetze aufzwingen zu wollen und damit die israelische Besatzungspolitik durch Tatsachen zu verewigen („SZ", 3.8.76).
3. Die neuen Steuern senken den Lebensstandard noch weiter und zwingen die arabischen Händler, Geschäftsbücher zu führen.
4. Die Palästinenser sind nicht bereit, Israel durch neue Steuern zu unterstützen. Sie gehen mit Recht davon aus, daß dieses Geld vor allem der weiteren Aufrüstung Israels zugute kommt und ihre Unterdrückung verschärft.

Abgesehen davon, daß die israelische Regierung aus den besetzten Gebieten schon riesige Profite zog, haben die Palästinenser auch am meisten unter dem wirtschaftlichen Niedergang Israels zu leiden. Der Kaufkraftschwund und die rapiden Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel treffen die schlecht verdienenden Araber am härtesten. Die zunehmende Arbeitslosigkeit wirkt sich ebenfalls zuerst auf die Palästinenser aus.

Kriegsminister Peres begründete die Einführung der Mehrwertsteuer für die besetzten Gebiete sehr zynisch damit, daß die besetzten Gebiete mit dem „Kernland" (gemeint ist Israel!!) eine ökonomische „Einheit" bildeten! Nach israelischen (!) Untersuchungen wäre das Westjordanland und der Gazastreifen allein nicht lebensfähig („NZZ", 4.8.76)!!

Dies ist der glatte Hohn, wenn man bedenkt, daß die neokolonialistische Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten allein den Israelis Vorteile gebracht hat.

Scharfes Vorgehen der zionistischen Besatzer

Zur „Vorbeugung" wurden die israelischen Streitkräfte weiter verstärkt („NZZ", 3.8.76. Am 19.5. berichtete der „Guardian", daß die israelische Armee speziell zur Bekämpfung „Aufständischer" ausgerüstet werden soll. Es sollen verstärkt Wasserwerfer, Tränengas,Gummigeschosse, die ebenfalls schwere Verletzungen hervorrufen, elektrische Schlagstöcke und Spezialhunde angeschafft werden („Palästina", 3/76). Es kam wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den brutal vorgehenden Armee- und Polizeieinheiten. In Nablus schossen die israelischen Soldaten auf einen Jugendlichen, als er auf eine israelische Patrouille eine Flasche warf. Die Soldaten waren angeblich der Meinung, es handelte sich um einen Molotowcocktail („NZZ", 3.8.76).

Der Streik geht weiter

Der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, forderte die palästinensische Bevölkerung am Dienstagabend auf, den auf drei Tage geplanten Generalstreik zu beenden. Damit hatte er allerdings keinen Erfolg. Fast alle Ortschaften setzten den Streik fort. In Hebron, Ramallah und Tulkarem brachen neue Demonstrationen aus. In Nablus herrscht schon wieder Ausgehverbot („NZZ", 6.8.76).

Die Zionisten starten eine erneute Provokation

Der Anlaß für die Aufstände der arabischen Bevölkerung Israels und in den besetzten Gebieten bildete bekanntlich ein Gesetz, das es den Juden erlaubte, in der Al-Aksa-Moschee zu beten (das Gesetz wurde inzwischen vom israelischen Bundesgericht wieder aufgehoben – „NZZ", 6.8.76). Zum Jahrestag der Zerstörung des zweiten Tempels durch den Römer Titus, an dessen Stelle jetzt der muslimische Felsendom und die Al-Aksa-Moschee stehen, rief eine militante zionistische Gruppe, „Ariel" („Ari" = Löwe, „El" = Gott!!), zum Gebet auf. Wieder eine gezielte zionistische Provokation!

Auch mit dem schärfsten Terror wird Israel, gerade angesichts seiner großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die berechtigten Forderungen der Palästinenser nicht unterdrücken können.

Den zionistischen Besatzern keine Atempause!

Nahost-Kommission



Palästinensische Frauen erheben sich gegen die Besatzung

Palästinensische Frauen erheben sich gegen die Besatzung

Nahost-Kommission

Leserbrief
Israel Shahak und die „Israelische Liga für Menschenrechte"

Liebe Genossen,

In Eurer Berichterstattung in Ak 85 über die ,Israelische Liga für Menschenrechte' und Israel Shahak sind Euch ein paar Fehler unterlaufen. So ist mehrmals 3 WM 5/6 1976 zitiert worden, tatsächlich war das die Nummer 5/6 75. Die Shahak Broschüre ist von uns auch nur nachgedruckt und nicht herausgegeben worden, sondern von der ESG. Leider ist uns das im Heft 5/6 1975 im Impressum verloren gegangen, im folgenden Heft gab es dann ein Erratum.

Inhaltlich möchte ich bemerken, daß es nicht zutrifft, daß Shahak „demagogisch den gerechten Befreiungskampf der Palästinenser auf eine Stufe mit der imperialistischen Eroberungspolitik des Zionismus" stellt. Dies kann man nicht aus seinen Veröffentlichungen herauslesen. Auch bei den Vorträgen, die Shahak in der BRD gehalten hat, und auch im persönlichen Gespräch hat er zwar einerseits einen pazifistischen Standpunkt vertreten, aber sehr wohl einen Unterschied gemacht zwischen der Gewalt" aus Verzweiflung" der Unterdrückten und der der Unterdrükker. Auch seine Haltung zum Konzept des demokratischen Staates ist solidarisch, wenn auch nicht ohne Kritik.

Natürlich ist Shahak kein Kommunist oder Sozialist, aber da er nicht einen solchen Anspruch erhebt, sollte man ihm das auch nicht vorwerfen. Die Wirkung seiner politischen Arbeit liegt eben darin, daß er immanent von einer radikalen und konsequenten Anwendung von Bürgerrechten her argumentiert. Gerade deswegen ist er auch für die Zionisten ein so großes Ärgernis, weil er nicht so leicht in die ,Terroristenecke' gestellt werden kann.

Ich meine, man sollte sehr vorsichtig mit Kritik an Personen sein, die mit einem solch großen persönlichen Einsatz für die Palästinenser arbeiten. Es war sehr beeindruckend, zu sehen, wie Shahak hier in der BRD mit Palästinensern genau über die Fragen ,Terrorismus' und ,demokratischer Staat' diskutiert hat. Er tat das mit großer Achtung vor den Argumenten der anderen Seite und die Diskussionen verliefen immer in solidarischer Weise, was auch dadurch deutlich wurde, daß sich palästinensische Arbeiter, die sonst in deutschsprachigen Versammlungen nicht gern reden, sich zu Wort meldeten.

Daß der demokratische Staat eine ,Zumutung' sei, hat meines Wissens Shahak nirgendwo geschrieben oder gesagt.

Mit solidarischen Grüßen

Birgit Sommer

Birgit Sommer, Redaktion „3. Welt-Magazin"

Anmerkung der Nahost-Kommission: Über die Hinweise auf die Arbeit Israel Shahaks und der „Liga" freuen wir uns. Richtig ist auch, daß Shahak nicht von einer „Zumutung" im Zusammenhang mit einem demokratischen Palästina gesprochen hat, dieses von uns zitierte Wort war falsch zitiert. Allerdings trifft es nicht zu, daß wir „3. Welt-Magazin" 5/6 1976 als eine Quelle angegeben haben.

Nahost-Kommission

Massenprozesse in Marokko abgeschlossen

Seit 1973 läuft in Marokko ein Massenprozeß gegen eine Gruppe Revolutionärer, die nach offiziellen Darstellungen einen Umsturzversuch geplant hatten (siehe auch Artikel „Hassan läßt Einmarsch feiern" im AK 85). Nach anfänglich harten Urteilen – unmittelbar nach den Kämpfen wurden 22 Menschen hingerichtet – beendete Hassan die Prozesse mit ungewöhnlich milden Urteilen für marok-
den 22 Menschen hingerichtet – beendete Hassan die Prozesse mit ungewöhnlich milden Urteilen für marok-
kanische Verhältnisse.

Das Zivilgericht von Rabat sprach 71 der angeblichen Verschwörer frei, 10 erhielten Haftstrafen bis maximal 15 Jahren. In Fes wurden 13 Angeklagte zu 10 bis 30 Jahren verurteilt.

Die überwiegende Zahl der Verhafteten waren Mitglieder der sozialdemokratischen USFP. Die milden Urteile hat sich die USFP mit einer bedingungslosen Unterstützung der Sahara-Raubzüge und Anerkennung einer absolutistischen Führung Hassans über das marokkanische Volk erkauft. Hassan sicherte sich andererseits mit diesen Urteilen auch weiterhin die Untergebenheit der Sozialdemokraten.

Die Forderungen der USFP und der nationalistischen Istiqlal sind auf eine Konstitutionalisierung der Monarchie, bei der die Alleinherrschaft des Königs unangetastet bleiben soll, zusammengeschrumpft.

Von diesem Podest aus konnte Hassan auf seiner „programmatischen Geburtstagsrede" seine parlametarischen Vorstellungen verkünden. Danach sollen im Oktober zunächst 12.000 Posten auf Gemeindeebene bestellt (!) werden. Diese Benennung erfolgt unter Berücksichtigung der Berufsstände (!). Anfang 1977 soll dann ein Parlament aufgestellt werden, das zu einem Drittel von den Gemeindedelegierten besetzt wird, Zwei Drittel der Parlamentarier soll das Volk direkt wählen.

Selbst den stärksten „Oppositionsparteien" USFP und Istiqlal ist unklar, wie erstmals bei marokkanischen Wahlen Fälschungen verhindert werden können, wie bei der gegenwärtigen Zensur – seit 1965 besteht der Ausnahmezustand – ein Wahlkampf geführt werden soll usw. Selbst die bürgerliche „Frankfurter Rundschau" vermutet, daß Hassan vorher noch „rechtsgerichtete Interessengruppen" zu einer Partei zusammenschmieden will, um ganz sicher zu gehen.

Die derzeitigen Raubzüge Hassans lassen eine wirksame Liberalisierung seiner Staatsführung nicht zu.

Nahost-Kommission

Großauftrag aus Saudi-Arabien

Das Westberliner Bauunternehmen Pegel & Sohn KG erhielt von der saudiarabischen Regierung den Auftrag zur Planung und Errichtung einer Siedlung in der Nähe der Hauptstadt Er-Riad im Gesamtvolumen von 1,27 Mrd. Rial, umgerechnet ca. 1 Mrd. DM.

Der Auftrag umfaßt neben der Errichtung von Wohnungen, Moscheen, Supermärkten usw. auch alle städtischen Versorgungseinrichtun-
Errichtung von Wohnungen, Moscheen, Supermärkten usw. auch alle städtischen Versorgungseinrichtun-
gen wie Wasserversorgung, Elektrizität, Telefon und Straßenbau („Nachrichten für Außenhandel", 14.6.76). Dadurch werden neben dem Bauunternehmen weitere westdeutsche Firmen als Zulieferer aus den guten Beziehungen der BRD zu den orientalischen Despoten ihren Nutzen ziehen können.

Nahost-Kommission

Regierungsumbildung in Jordanien

Offensichtlich auf Befehl der US-Imperialisten und der US-Marionette König Khaled aus Saudie-Arabien setzte Hussein von Jordanien seinen Ministerpräsidenten ab und bestetzte einige Ministerposten neu. Neuer Ministerpräsident wurde Madar Badran, bisher Leiter des Nachrichtendienstes (!), Berater Husseins in Armeefragen, Minister für besetzte Gebiete und Vorsteher des Kabinetts am Hofe des Monarchen. Badran übernimmt gleichzeitig das Außen- und Verteidigungsministerium.

Jordanien – als künstliches Gebilde nicht lebensfähig ohne die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der USA und Saudi Arabiens – zeichnet sich durch konsequenteste Ausführung imperialistischer Politik im Nahen Osten aus. So machte sich Hussein einen Namen bei der Ausrottung palästinensischer Freiheitskämpfer im September 1970.

Der Kopf des bisherigen Ministerpräsidenten von Jordanien, Zaid Rifai, rollte, weil er sich nach Ansichten Washingtoner Regierungsbeamter *„für eine Lockerung der Abhängigkeit von den USA eingesetzt habe"*. („Welt", 16. 7. 76). Sein Vergehen bestand darin, daß er *„weltweit der ausgewogenen Politik das Wort (redete), die den König 1976 nach London, Washington und Moskau (!) führte"*, („Neue Zürcher Zeitung", - „NZZ", 16. 7. 76) und offenbar bereit war, ein Waffengeschäft mit der Sowjetunion einzugehen.

Tatsächlich hatte sich Rifai zum Ziel gesetzt, ein umfassendes Fliegerabwehrsystem zu kaufen, weil Jordanien israelischen Luftangriffen schutzlos ausgeliefert ist. Seit fünf Jahren wurden bereits ergebnislose Kaufverhandlungen mit den USA geführt. Die US-Imperialisten waren vermutlich nicht begeistert von dem Plan, vor den Toren Israels ein Fliegerabwehrsystem hinzustellen, auch wenn es sich zur Zeit noch in den Händen einer ihrer Marionetten befinden würde. Im Frühjahr 1976 scheiterten die Verhandlungen an dem Preis der US-Imperialisten. Sie verlangten 800 Millionen Dollar für 14 „Hawk"-Raketenbatterien, das gleiche System, mit dem Israel voll ausgerüstet ist. Jordaniens Finanzier, Saudi Arabien, wollte aber nur 350 Millionen Dollar ausgeben. Daraufhin orientierte Rifai auf Verhandlungen mit der Sowjetunion. Im Juni bot die Sowjetunion für genau die 350 Millionen Dollar ein kombiniertes Raketen- und Kanonenflab-System an. Das sowjetische System wäre nicht nur wesentlich billiger gewesen, sondern hätte mit mobilen Sam-6-Lenkwaffen auch offensiv eingesetzt werden können, wie es Ägypten am 6. Oktober 1976 am Suezkanal vorgeführt hatte – im Gegensatz zum stationären „Hawk"-System.

„Rifai hätte das Angebot angenommen, auch gegen den Willen der Generalität". („NZZ", 16. 7. 76).

Sofort setzten die US-Imperialisten alle Hebel in Bewegung, um die Entwicklung unter fester Kontrolle zu behalten.

- Beamte des US-Kriegsministeriums erklärten, man habe Jordanien wissen lassen, daß bei einem Waffengeschäft mit der Sowjetunion das umfassende amerikanische militärische und wirtschaftliche Hilfeprogramm für Jordanien gefährdet würde. Der jordanische Ministerpräsident habe König Hussein zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion gedrängt.
- Der Saudi Arabische König Khaled zog sein Finanzierungsangebot zurück. Ihm seien sowjetische Berater in einem arabischen Feudalstaat nicht geheuer. Er zöge das amerikanische System (mehr als doppelt so teuer!) vor.
- Der jordanische Generalstabchef und der Luftwaffenkommandant lehnten das sowjetische Angebot ab, weil es angeblich an politische Bedingungen gebunden war – ein völlig unsinniges Argument, wenn man z. B. an die fast vollständige Aufrüstung Syriens durch die Sowjetunion denkt, die die syrische Regierung keineswegs daran hindert, mit diesen Waffen Seite an Seite mit den faschistischen Truppen, die von den USA und Israel mit Waffen versorgt werden, die Palästinenser im Libanon abzuschlachten.
- Ministerpräsident Rifai wurde von Hussein gefeuert und die jordanische Regierung neu gebildet.

Der vorläufig letzte Akt sieht vor, daß die USA ihr „Hawk"-System für 600 Millionen Dollar liefern. Saudi Arabien übernimmt die Finanzierung. Die Lieferung wird an die Bedingung geknüpft, die 14 „Hawk"-Batterien nur stationär (d. h. fest eingegraben) und defensiv einzusetzen.

Die US-Imperialisten haben demonstriert, wie weit die Eigenständigkeit ihrer abhängigen Feudalstaaten im Nahen Osten geht. Desweiteren konnte das Geschäft an Bedingungen geknüpft werden, die die Gewähr dafür bieten, daß zukünftige Aggressionen ihre Hauptstütze im Nahen Osten, Israel, wenig entgegengesetzt werden kann – vor allem für den Fall, daß die Marionette Hussein von den arabischen Massen weggefegt ist. Die 14 Standorte der fest eingegrabenen Batterien dürften Israels Militärs längst bekannt sein.

Nahost-Kommission

BRD-Einfuhren an der Spitze

Die hoffnungslose Verschuldung Jordaniens stieg 1975 weiter an. Die Abhängigkeit gegenüber dem Ausland läßt sich an einem Vergleich der Im- und Exporte ablesen. Während 1975 die jordanischen Importe auf 234 Mill. Dinar anwuchsen, wurden Waren im Werte von 40 Mill. Dinar exportiert.

Den stärksten Profit aller Lieferstaaten sicherten sich die BRD-Imperialisten, die mit 10,6% aller Einfuhren an die erste Stelle rückten. Sie übertrafen damit erstmals die US-Imperialisten, die mit 10,3% auf den zweiten Platz verwiesen wurden. Die gesamte EG steigerte ihren Anteil an den jordanischen Importen auf 33% und drängte damit die RGW-Länder einschließlich Jugoslawien auf einen Anteil von 8% zurück. Der Anteil der arabischen Lieferanten betrug rund 20%. Noch im Vorjahr waren die arabischen Länder Hauptlieferant Jordaniens. Die rapiden Veränderungen innerhalb eines Jahres kennzeichnet mit welcher Energie die EG-Imperialisten um eine Ausdehnung ihrer Märkte ringen.

Nahost-Komm'ssion



afrika aktuell

Uganda: Imperialistische Putschvorbereitungen

Seit dem zionistischen Überfall auf den Flughafen Ugandas, Entebbe, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in der imperialistischen Presse der Sturz Amins als eine Sache von Tagen „vorausgesagt" wird. Die rassistische Hetze gegen Idi Amin, dessen Willkürherrschaft dankbares Material für verlogene Greuelstories liefert, hat sich noch gesteigert. Mal sind es Geiseln, die an Krokodile verfüttert werden („Bild", 19.7.76), mal sichtete „Bild" Idi Amins Frauen zerstückelt in Kofferräumen oder tot in Flüssen treibend. Ausgerechnet in diesen Tagen strahlte das westdeutsche Fernsehen zum zweiten Mal (!) einen uralten Film über Idi Amin aus, in dem dieser als „schwarzer Clown" und „Psychopath" dargestellt wird. Die Weigerung Amins in Entebbe mit ausländischen „Anti-Terrortrupps" gegen die Revolutionäre zusammenzuarbeiten, hat „Bild" (und diverse andere Zeitungen) nach offener Intervention schreien lassen: *„Daß er aber Uganda jetzt zum Stützpunkt des internationalen Terror-Tourismus macht – nimmt die freie Welt das auch noch hin?"*

Nun, die „freie Welt" und an ihrer Spitze der US-Imperialismus haben in ihrer „neuen" Afrikapolitik nach dem Sieg der MPLA in Angola vor allem in Ostafrika ihr aggressives Potential ausgebaut. Kenia hat mit zwölf Phantom-Kampfflugzeugen den zweitgrößten US-Posten an Waffen in Afrika (nach Äthiopien) erhalten und ist Anlaufpunkt für die 7. US-Flotte geworden (siehe auch AK 85, Seite 28). Diese massive und noch lange nicht abgeschlossene Aufrüstung zum waffenstarrenden Aggressionsherd in Ostafrika ist in erster Linie gegen die somalische Revolution und gegen die Erfolge der Revolutionäre in Äthiopien und Eritrea gerichtet und stellt eine Bedrohung der Antiimperialisten in Djibouti dar, die um eine wirkliche Befreiung vom französischen Imperialismus kämpfen. Sie richtet sich im weiteren gegen jeden Staat in Ostafrika, in dem die Imperialisten ihre Interessen nicht hundertprozentig gewahrt sehen. Und dazu gehört auch Uganda, dessen I. Amin für die Imperialisten zu einem unberechenbaren Faktor geworden ist.

Uganda soll ausgehungert werden

Nach der Flugzeugentführung von Entebbe wurde Idi Amin von den Imperialisten weltweit zum „Sympathisanten der Terroristen" gemacht; der Zeitpunkt schien ihnen günstig, zum direkten Angriff auf seine Person überzugehen. Kenia, das bereits die Zionisten bei ihrem Überfall auf Uganda voll unterstützt hatte, wofür sich die Zionisten durch die Zerstörung der ugandischen Luftwaffe revanchierten, spielt in diesem Konzept eine maßgebliche Rolle:

Eine mehrwöchige Wirtschaftsblockade, abgesprochen mit den USA und England, soll im Binnenstaat Uganda so chaotische Zustände hervorrufen, daß im Verlauf der zu erwartenden Unruhen ein Putsch gegen Amin leicht durchführbar wird. Das vom Land eingeschlossene Uganda ist zu weiten Teilen in seiner Versorgung vom Transport durch Kenia abhängig. Kenia ist zugleich ein bedeutender Lieferant von Industrie- und Agrarerzeugnissen. Die kenianische Ölraffinerie in Mombasa versorgt auch Uganda. *„Zahlreiche Ersatzteile für die ugandische Wirtschaft und im Alltag benötigte Dinge wie Waschpulver und Seife stammen aus Kenia. Kenianische Milch, Rindfleisch und Mais werden nach Uganda ausgeführt. Selbst Zucker wird nach Kampala ausgeführt (...)"* („Süddeutsche Zeitung", 12.7.76).

Als Folge der Wirtschaftsblockade, die auch einen Abbruch des Eisenbahn- und Postverkehrs einschloß, kam es in Uganda zu erheblichen Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung: *„Auch die einfachsten Dinge des täglichen Lebens wie Seife und Waschpulver sind seit Wochen nicht mehr zu haben"* („SZ", 22.7.) und *„Ugandas Wirtschaft ist wegen der Ölknappheit praktisch zum Stillstand gekommen"* („SZ", 26.7.).

Diese Blockade wurde von Kenia vordergründig mit außenstehenden Schulden Ugandas „begründet". Idi Amin wies hingegen darauf hin, daß Uganda sämtliche Ölrechnungen bezahlt habe und „up to date" sei („Neue Zürcher Zeitung", 29.7.). Selbstverständlich sind die wirtschaftspolitischen Argumente Kenias nur vorgeschoben. Im kenianischen „Parlament" (es gibt nur eine rechte Staatspartei) sagte ein führendes Mitglied, man müsse die Regierung I. Amins in den *„Würgegriff"* nehmen, bis sie *„weich wird und sich ergibt"* („Guardian", 3.8.76). Deutlicher kann die Absicht, mit der Blockade einen politischen Umsturz in Uganda zu provozieren, kaum ausgedrückt werden.

Bei diesem Vorgehen, das die USA mit der Anwesenheit ihrer 7. Flotte vor der Küste Kenias absicherten, übernahm auch die britische Regierung ihren Part. Sofort nach der imperialistischen Aggression von Entebbe wurde ca. die Hälfte der Engländer aus Uganda ausgeflogen und der verbleibende Rest auf sein „Risiko" hingewiesen. Dann brach die englische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Uganda ab, um Amin auch auf dieser diplomatischen Ebene zu isolieren. In einem offen gegen die Regierung Amin zielenden Kommunique sagte der englische Außenminister, England sei mit dem *„Volk von Uganda"* nicht zerstritten und hoffe, bald wieder (nach Amins Sturz?!) Beziehungen herzustellen (nach „SZ", 29.7.). Zuletzt hatte England 1946 die Beziehungen zu einem Staat abgebrochen, es handelte sich um das sozialistische Albanien. An diesem heutigen Schritt gegen Uganda ist erkennbar, mit welchem Nachdruck die englische imperialistische Regierung an einem Putsch gegen Amin interessiert ist und alles tut, um diese Entwicklung zu unterstützen. Selbst die „Washington Post" kam nicht umhin, diesen Abbruch der diplomatischen Beziehungen *„als Teil einer konzertierten Kampagne"* zum Sturz Amins zu bezeichnen, bei der sich die USA und Kenia wechselseitig *„umarmen"*. Westliche Diplomaten in London meinten daraufhin pikiert, es handele sich zwar *„um koordinierte Anstrengungen"* (Amin zu stürzen), aber nicht um ein *„klassisches Komplott"* (nach „Guardian", 31.7.76). Unterschiede für Feinschmecker ...

Die Boykottmaßnahmen Kenias wurden durch eine aggressive und durch und durch verlogene Berichterstattung der kenianischen Presse gegenüber Uganda ergänzt. So wurden laufend Attentate gegen Amin gemeldet, ferner Meutereien von verschiedenen Bataillonen, Hausarrest für alle höheren Offiziere, Abschlachtung von 2.000 Ugandern nach einem angeblichen Attentat auf Amin (Reisende hatten davon nichts bemerkt) und schließlich wurde gar die Flucht Amins ins Ausland verbreitet („Daily Nation", nach „SZ" vom 23.7.). Diese Lügenmärchen, die *„eher dem Wunschdenken der kenianischen Regierung als den tatsächlichen Ereignissen in Kampala (entsprechen)"* („NZZ", 29.7.) erfüllen eine doppelte Funktion:

Einerseits versucht man die eigene Bevölkerung von der schlechten Lage in Kenia selbst (hohe Arbeitslosigkeit, politischer Terror) abzulenken und chauvinistische Instinkte zu wecken, andererseits wird die imperialistische Presse auf diese Weise mit immer neuen Gruselstories und Gerüchten beliefert, die zur propagandistischen Vorbereitung des Sturzes von Amin und der Einsetzung einer ausschließlich pro-imperialistischen Marionette notwendig sind.

Isolierter Idi Amin

Die gemeinsamen Anstrengungen der Imperialisten und besonders ihres Kompradors Kenyatta (Präsident von Kenia), in Uganda eindeutig proimperialistische Verhältnisse zu schaffen, treffen mit Idi Amin auf einen Gegner, der sich selbst weitgehend isoliert hat.

Idi Amin wurde bekanntlich von den Engländern und Zionisten gegen den linksbürgerlichen Obote 1971 in den Sattel gehoben. Doch die Erwartungen der Imperialisten wurden enttäuscht. Entschädigungslose Verstaatlichungen der meisten ausländischen Firmen (besonders betroffen England), Rausschmiß der gerade in Uganda massiv vertretenen Zionisten, Militärhilfe durch die Sowjetunion machten Idi Amin in den Augen der Imperialisten zu einem unberechenbaren Faktor in der afrikanischen Politik. Aber nichts wäre falscher, als Amin zum Antiimperialisten stilisieren zu wollen. Die Liquidierung von tausenden von Obote-Anhängern, reine Stammes- und Günstlingswirtschaft, rassistische Ausweisung von ca. 30.000 Asiaten haben den Arbeitern und armen Bauern Ugandas schwer geschadet. 1975 weigerte sich der Antiimperialist Nyerere von Tansania daher, an der OAU-Konferenz in Kampala teilzunehmen. Er bezeichnete Idi Amin als einen *„schwarzen Faschisten"* („Guardian", 7.7.76). Von der wirtschaftlich verelendeten und politisch unterdrückten Bevölkerung Ugandas ist daher mit Sicherheit nicht zu erwarten, daß sie Amin gegen die imperialistische Aggression schützen wird.

Als OAU-Vorsitzender hatte Idi Amin sich voll gegen die MPLA gestellt und für Angola die Lösung der Imperialisten, „Regierung der nationalen Einheit" mit den faschistischen Banden FNLA und UNITA vertreten.

Idi Amin selbst hat die gegenwärtige Hetzkampagne Kenias dadurch erleichtert, daß er vor wenigen Monaten Anspruch auf den Westen Kenias erhob. Bereits damals hatte Kenyatta die Bevölkerung Kenias zu chauvinistischen Massendemonstrationen gegen Uganda mobilisiert, bei denen Bilder, auf denen Amin abgebildet war, verbrannt worden sein sollen („Wirtschaftswoche", 21.7.76).

Die jüngst eingeleiteten Gespräche zwischen Kenia und Uganda werden für Amin keinen Aufschub bedeuten. Das Attentat vom 11. Juni, dem Amin nur um Haaresbreite entging und für das er sicher nicht zu Unrecht den CIA verantwortlich machte, wird nicht das letzte gewesen sein. Die Presse Kenias, teilweise von britischen Journalisten geführt, hat denn auch keine Veranlassung gesehen, ihre Haßtiraden gegen Amin auch nur geringfügig zu reduzieren.

Der gesteigerten aggressiven Nach-Angola-Politik der Imperialisten ist heute in Afrika nur mit einer konsequent antiimperialistischen Politik, die sich ganz auf die Volksmassen stützt und diese zur Wachsamkeit gegenüber den imperialistischen Manövern mobilisiert, entgegenzutreten. Mit einer Politik, wie sie Idi Amin in Uganda betreibt, hat man dem Imperialismus nichts anderes entgegenzusetzen, als vielleicht eine schwerbewaffnete Leibgarde. Und das ist nicht viel.

Afrika-Kommission

Wieder imperialistische Wühlarbeit gegen Guinea-Conacry

Am 13. Mai mißglückte ein reaktionärer Putschversuch gegen die fortschrittliche Regierung des westafrikanischen Staates Guinea-Conakry. Die erst jetzt bekannt werdenden Einzelheiten deuten darauf hin, daß es wieder imperialistische Staaten und afrikanische Marionettenregimes waren, die nunmehr zum zwölften (!) Mal versuchten, die antiimperialistische Politik Sekou Toures hinwegzuputschen.

Fünf der in das Komplott verwickelten Personen – darunter der guineische Justizminister – haben inzwischen gestanden, daß ihr Umsturzversuch von der Bundesrepublik Deutschland (!!), Frankreich, Südafrika und den schwarzen Faschistenregimes vom Senegal und der Elfenbeinküste finanziert worden war (Radio Conakry nach „Süddeutsche Zeitung", 4.8.76).

Einiges weist darauf hin, daß die Ereignisse vom 13. Mai insgesamt eine wieder forcierte Wühl- und Putschtätigkeit des Imperialismus und seiner Marionetten gegen Guinea-Conacry signalisieren. So meldete Radio Conakry am 13.7., daß im Nachbarstaat Senegal Söldner ausgebildet werden, deren Auftrag es sei, Guinea anzugreifen. Die Söldner – stationiert im Niokolo-Koba-Wildpark direkt an der guineischen Grenze – hätten die volle Unterstützung des senegalesischen Präsidenten Senghor, der einen *„Kreuzzug des Völkermordes gegen unsere Bevölkerung und die Zerstörung unseres souveränen Staates"* plane (Radio Conakry, zitiert nach „Monitor-Dienst").

Guinea-Conakry ist in Westafrika – neben dem revolutionären Guinea-Bissao – der einzige Staat mit einer konsequent antiimperialistischen Politik. Wegen dieser Haltung wird es seit Jahren vom Propagandainstrumentarium des Imperialismus als *„moskauhörig"*, von *„sowjetischen Militärs durchdrungen"* und mit erfundenen sowjetischen Stützpunkten bepflastert verleumdet. Dies ist bekanntlich die übliche Begleitmusik der konterrevolutionären Kriegs- und Putschpolitik! Gerade in Westafrika war es dem Imperialismus ansonsten gelungen, fortschrittliche Regierungen wie etwa in Mali und Ghana hinwegzuputschen.

An Versuchen, eine ähnliche Wende in Guinea-Conakry herbeizuführen, hat es nicht gemangelt. Im Gegenteil, das ganze Instrumentarium des Imperialismus (unterhalb des konventionellen Krieges) wurde seit Bestehen des fortschrittlichen Staates gegen ihn eingesetzt: Wirtschaftssabotage, Bestechung und Korrumpierung der einheimischen Elite, und massive militärische Intervention – das sind die Kettenglieder der imperialistischen Strategie gegen Guinea-Conakry in den nunmehr 18 Jahren der Unabhängigkeit. Im folgenden gehen wir auf einige Aspekte dieser Politik des Imperialismus ein.

Scheinunabhängigkeit abgelehnt!

1958 startete Frankreich einen Versuch, seine Kolonien in eine Art Scheinunabhängigkeit zu entlassen und gründete die neo-kolonialistische „Communaute", vergleichbar etwa mit dem britischen Commonwealth, wenn auch mit noch engerem Abhängigkeitsinstrumentarium als das britische Vorbild. Unter der Parole: *„Lieber in Armut frei sein, als in Reichtum abhängig"* sprach sich Guinea-Conakry auf Grundlage einer Volksabstimmung als einziger Staat g e g e n den Beitritt in die „Communeaute" und für die Unabhängigkeit des Landes aus.

Mit der dann folgenden buchstäblichen Ausplünderung Conakrys bewies der französische Imperialismus, wie sehr ihm die Unabhängigkeit der Völker wirklich am Herzen lag. Von der Steckdose bis zur Dorfkasse wurde alles mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war. Technische Anlagen wurden demontiert und die Facharbeiter abgezogen. Durch die völlige Abhängigkeit vom französischen Kolonialismus befand sich das Land schließlich am Rand des wirtschaftlichen Chaos, es war nicht mehr in der Lage, *„eine einzige Ananas auszuführen"*.

Unter Präsident Sekou Toure entstand dann ein kurzfristiges Bündnis mit den benachbarten, damals noch fortschrittlichen Staaten Ghana und Mali, die Guinea-Conakry vor allem materiell unterstützten. Durch reaktionäre Putschs in diesen Staaten gelang es den Imperialisten allerdings, dieses Bündnis zu sprengen und so Guinea die einzigen wirtschaftlichen Stützen zu entziehen.

Infiltration der Imperialisten

Dem somit wirtschaftlich ruinierten Guinea nahm sich dann der Imperialismus – in der ihm eigenen Art – an. Die BRD wurde größter Handelspartner und schickte reichlich „Entwicklungshelfer", die sich später noch als putschspezialisierte Bundesnachrichtendienst-Agenten erweisen sollten.

Die USA gewährten 1963 einen 20-Mio.-Dollar-Kredit und stellten ansonsten reichlich „Studienplätze" in den USA zur Verfügung. Diese Maßnahmen kamen zwar keineswegs den leidenden Massen zugute, waren allerdings ausreichend, um einen korrupten Beamtenapparat und eine kleine, reaktionäre Bourgeoisie zu finanzieren, und so die noch junge staatstragende Partei mit Kollaborateuren zu durchsetzen.

So wurden schließlich 60% des inländischen Warenhandels ins Ausland geschmuggelt, was katastrophale Engpässe auf dem Konsumsektor erzeugte.

Das staatlich verordnete Niedrigpreissystem wurde aufgehoben und sogar eine Assoziierung an die EG ins Auge gefaßt.

Auf Grundlage der planmäßig vorbereiteten Schwächung im Innern führten Frankreich, Obervolta, Niger und Elfenbeinküste 1965 in Zusammenarbeit mit der guineischen Nationalbourgeoisie einen Putschversuch durch mit dem Ziel, Guinea endgültig in die Fänge des Imperialismus zu überführen.

Das Scheitern dieses Putschversuches brachte eine Stärkung der antiimperialistischen Kräfte, in der Folge eine Säuberung der Partei von korrupten Elementen, den Aufbau der ersten Volksmachtorgane, sowie die Verstaatlichung des Außenhandels durchsetzen konnten.

Erneute Invasion – BRD-Imperialismus mischt mit!

Im November 1970 war Guinea-Conakry erneut das Ziel einer imperialistischen Invasion, an der unter anderem auch das faschistische Portugal und die BRD beteiligt waren. Die von Spinola angeleitete Invasion hatte zwei Ziele:

1. den Sturz der Regierung Sekou Toures,
2. die Vernichtung der PAIGC, die von Conakry aus den Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus in Guinea-Bissao führte.

Ausgeführt wurde die Aktion von ca. 200 bis 300 Portugiesen und Exil-Guineanern, die Nato-Landeschiffe (!) benutzten.

Die Invasion konnte wegen des konsequenten Widerstands der Bevölkerung und ihrer Truppen vereitelt werden! Interessant ist die Rolle der BRD in diesem Putsch. So wurden der Leiter eines von der BRD finanzierten „Jugendbildungszentrum", Seibold, und der als „Brauereiingenieur" getarnte BND-Agent Marx verhaftet. Seibold war ehemaliger SS-Obersturmbannführer und Mitglied des Nazi-Sicherheitsdienstes sowie ebenfalls Agent des BND. In dieser Funktion war er in Conakry auch in Devisen- und Waffenschmuggel verstrickt.

Auf die Mittäterschaft der BRD bei der Invasion weist auch der Selbstmord des BRD-Botschafters in Lissabon, nach der Niederlage des Putsches, und die Bitte um Asyl des guinesischen Botschafters in der BRD, hin. Conakry reagierte hart und konsequent:

Alle Beziehungen zur BRD wurden abgebrochen, alle westdeutschen „Entwicklungshelfer" ausgewiesen. Gegen die Verantwortlichen fanden große Prozesse statt, zu denen die ganze Bevölkerung mobilisiert wurde. 91 Todesurteile wurden verhängt. S. Toure formulierte damals: *„Die Aggression vom 22. November ist kein isolierter Akt gewesen und noch weniger ein zufälliger. Der internationale Imperialismus hat sich erbittert auf die revolutionäre Bastion gestürzt, die das guineische Volk darstellt, und wütet immer offener gegen es, weil es sich bestätigt hat in seiner Lebenskraft"* („Neues Deutschland", 9.6.71). Fünf Jahre alte Aussagen, die auf die aktuelle Situation Guinea-Conakrys haargenau zutreffen!

Afrika-Kommission

Viva Polisario!

Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus dem letzten Interview des gefallenen Generalsekretärs der Frente POLISARIO, Mustafa Sayed El Quali. Der Führer des sahaurischen Freiheitskampfes war nach dem geglückten Angriff der POLISARIO auf die mauretanische Hauptstadt Nouakchott auf dem Rückzug von marokkanischen Fallschirmjägern erschossen worden.

El Quali beurteilt die Situation des Freiheitskampfes als sehr günstig: Zum einen wegen der wachsenden Kampferfahrung seiner Organisation, zum zweiten wegen der sich andeutenden Zerfallserscheinungen im Lager der marokkanisch/mauretanischen Invasoren.

Die jüngsten Meldungen vom sahaurischen Freiheitskampf deuten tatsächlich auf bisher kaum erreichte Erfolge. So kann die F. POLISARIO in ihrem jüngsten Communique bekanntgeben, 160 mauretanische Soldaten bei Bir Moghrein ausgeschaltet und 70 marokkanische Invasionssoldaten bei Zag und M'Sied vernichtet zu haben („SZ", 6.8.).

Afrika-Kommission

Frage: Seit Mai dieses Jahres haben die Angriffe eurer Volksarmee auf die marokkanischen und mauretanischen Besatzungstruppen zugenommen. Ist eine neue Phase des Kampfes erreicht worden?

Quali: Wir haben eine große Offensive begonnen. Vorher griffen wir vereinzelt Konvois und Militärlager an, verminten die Zufahrtspisten und zogen unsere in kleinen Einheiten operierenden Kämpfer schnell zurück. Man muß den Feind beobachten, wie er reagiert, seine quantitative und qualitative Stärke kennenlernen. Heute können die Marokkaner nicht einmal mehr die 100 km Phosphatförderband von Bou Craa ans Meer schützen. Wir haben es an vielen Stellen zerstört, und wir können niemanden schonen, der dieses Instrument zu reparieren versucht, solange es dem Diebstahl an unserem Volk dient – sagt das den Leuten bei Krupp, sagt das ihren Gewerkschaften. Alle großen Stützpunkte der marokkanischen Armee auf dem Gebiet der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara – AK) sind unter ständiger Beobachtung und werden regelmäßig angegriffen. El Aioun, Smara, Bou Craa und natürlich die kleineren Posten.

35.000 Marokkaner, aber sie sind schwach. – Wofür kämpfen sie auch,

regelmäßig angegriffen. El Aioun, Smara, Bou Craa und natürlich die kleineren Posten.

35.000 Marokkaner, aber sie sind schwach. – Wofür kämpfen sie auch, *für ihre Unterdrücker? Sie beginnen den ganzen Betrug zu begreifen. Ich denke, die Soldaten hoffen nur, das alles zu überleben, sie wollen nach Haus. Wir haben Südmarokko zu einem intensiven Kampfgebiet gemacht. Die Bevölkerung unterstützt uns zunehmend, und wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte auf, das verbrecherische Regime des Königs zu stürzen.*

Frage: Und Mauretanien?

Quali: Die Regierung hat das Volk ins Unglück gestürzt, für Geld einen Bruderkrieg angezettelt. Die Mauretanier sind uns eng verwandt; dort leben viele Sahrauis. Ich habe euch mit Sid 'Ahmed gesehen. Der Junge ist 16 Jahre alt und lebte mit seinen Eltern in Atar, der Hauptstadt der 7. Provinz Mauretaniens. Er ist 42 Tage lang 1.600 km mit seinem Kamel durch die Wüste gezogen, um zu uns zu kommen. Ihr habt mit Captain Mohammed Ould Naima gesprochen, dem ehemaligen Sicherheitschef von Bir Moghrein. Er ist Sahraui und mit seiner Familie zu uns gekommen. Wir kämpfen in Mauretanien, aber nicht gegen unsere Brüder. Glaubt ihr, wir könnten Stützpunkte in Chinguetti und Ouadane angreifen, 1.000 km durch die Wüste von hier, wenn das Volk nicht auf unserer Seite wäre?

Die mauretanische Armee? Wir treffen überall in Mauretanien auf marokkanische Einheiten, sie müssen den Bestand der Marionettenregierung sichern, sie plündern und vergewaltigen. Eine andere Seite ist, daß auch die mauretanischen Behörden den Marokkanern nicht trauen. Hassan hat den Staat Mauretanien erst 1970 anerkannt. Bis dahin wollte er das Gebiet offiziell in ein Groß-Marokko einverleiben. Daher gibt es immer wieder Kämpfe und Reibereien zwischen mauretanischen und marokkanischen Einheiten. Diese Allianz ist von Grund auf reaktionär. Wir sind sehr siegessicher und glauben, daß das Konzept des 'Maghrebs der Völker' durch unseren Kampf der Verwirklichung näherkommt. Hier liegen auch unsere Gemeinsamkeiten mit der algerischen und libyschen Revolution.

Wir werden uns bald in El Aioun wiedersehen. Unsere Kämpfer baden dort schon gelegentlich im Meer. Laßt uns jetzt essen."

(Aus: „3. Welt-Magazin", Juli 76)



Der gefallene Generalsekretär der F. Polisario, Genosse El Quali

RSA
Neue Kämpfe in Soweto

Am 4. August brachen in Soweto wieder neue Kämpfe größeren Ausmaßes aus.

Über 20.000 Schwarze wollten zum Polizeihauptquartier nach Johannisburg marschieren, um für die Freilassung der seit Juni inhaftierten Mitkämpfer zu demonstrieren.

Die Polizei der weißen Faschisten ging gegen diese Demonstration wieder mit der gewohnten Brutalität und Härte vor:

„Unmittelbar nach Ausbruch der Unruhen riegelten Hunderte von Polizeibeamten, die durch Hubschrauber und Panzer unterstützt wurden, Soweto von der Außenwelt ab ... Die Behörden verweigerten allen Weißen, auch Journalisten, den Zutritt nach Soweto...

Während die Afrikaner 'Frieden' riefen, schoß die weiße Polizei in die Menge ... Das Baragwanath-Krankenhaus, das größte Krankenhaus der Republik, war am Mittwochnachmittag bereits überfüllt, pausenlos wurden Verletzte eingeliefert ... Vier Afrikaner wurden getötet" („Süddeutsche Zeitung", 5.8.76).

Diese neuen Kämpfe von Soweto sind nur der Höhepunkt der jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Schwarzen, die für ihre Freiheit kämpfen, und dem rassistischen Regime:

- Allein in der Woche vom 26. zum 30.7.76 wurden mehr als 14 Schulen, an denen Afrikaans gelehrt wird, in Brand gesteckt (Afrikaans ist die Sprache der weißen Rassisten).
- Aus Soweto mußten aufgrund der „Unruhen" alle weißen Regierungsbeamten evakuiert werden!
- Am 26.7. demonstrierten in Soweto mehrere tausend Schüler für die Freilassung der seit Juni Inhaftierten.
- Auch am 4.8. wurden wieder mehrere Schulen in verschiedenen „Townships" in Brand gesteckt.
- Seit den ersten großen Kämpfen von Soweto (Juni) befindet sich die Mehrzahl der schwarzen Schüler hier und in anderen Vierteln im Schulstreik. Auch wollen sie damit die Freilassung ihrer inhaftierten Mitschüler erreichen. („Neue Zürcher Zeitung", 30/31. 7.76 und „SZ", 30.7.76).

Gleichzeitig hat die RSA-Regierung ihre Repressalien gegen liberale Opponenten, die sich z.T. für die Schwarzen eingesetzt haben und die den Polizeieinsatz in Soweto kritisiert haben, erheblich verschärft:

- Am 29.7.76 wurden drei Journalisten nach dem „Antiterrorgesetz" verhaftet. Sie können ohne Begründung und Haftbefehl auf unbestimmte Zeit festgehalten werden.
- In Durban wurde eine Universitätsdozentin „gebannt". Der „Bann" gilt für fünf Jahre. Sie darf die Stadt nicht verlassen, keinen Besuch empfangen, keine Schriften veröffentlichen, nicht an Versammlungen teilnehmen etc. („NZZ", 31.7.76 und „Frankfurter Rundschau", 27.7.76).

Das brutale Vorgehen der Rassisten gegen die Schwarzen, ebenso wie die Verhaftungen und Bannungen gegen liberale Kritiker machen nochmals auf die schon längst bekannte Terrorherrschaft der Weißen aufmerksam.

Die neuen Kämpfe der schwarzen Mehrheit in der RSA aber machen auch deutlich, daß die Schwarzen nicht länger bereit sind, diese Terrorherrschaft länger hinzunehmen.

Die Demonstranten von Soweto kündigten nach ihrer Demonstration an: *„Wir werden unseren Kampf fortsetzen, bis alle Schwarzen befreit sind!"*

Afrika-Kommission



Zu Demonstrationen in Soweto kam es auch am 6. August. Busse und Züge wurden dabei in Brand gesetzt. Mit brutaler Gewalt ging die Polizei dagegen vor: Nach offiziellen Angaben wurden zwei bzw. fünf Jugendliche erschossen.

Äthiopien: Die Junta schlägt um sich

„Ein Streik der Arbeiter aller Postdienststellen hat für über eine Woche Äthiopien völlig lahmgelegt. Der Streik dauert noch an. Die Militärjunta hat zahlreiche Arbeiter verhaftet und droht, die Arbeiter mit Gewalt an die Arbeit zurückzuzwingen. Die Junta hat über den Streik nicht berichtet und hält ihn geheim" (Nachrichtendienst der Auslandsabteilung der EPRP – „Ethiopian Peoples' Revolutionary Party" vom 20.7.76).

Dieser Streik ist nur eine der zahlreichen Widerstandsaktionen des äthiopischen Volkes gegen die immer verbissener um sich schießende Militärjunta. Ihr seit jeher terroristisches Vorgehen gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern hat die Junta seit dem 5. Juli 76 nun ganz offen zum Gesetz erhoben. Sie verabschiedete ein neues Strafgesetz, um „Wirtschaftssabotage zu bekämpfen": So soll laut Artikel 17 mit Arbeitslager zwischen fünf und 25 Jahren oder lebenslänglich oder mit dem Tode bestraft werden,

- wer eine demokratische oder kommunistische Organisation kontaktiert, moralisch oder praktisch unterstützt;
- wer ins Ausland flieht (!);
- wer sich nicht in den nach faschistischem Muster aufgebauten „Massenorganisationen" der Junta organisiert (wo sich z.B. Kapitalisten und Arbeiter „gemeinsam in einer „Gewerkschaft" wiederfinden);
- wer die Produktion in den staatlichen Farmen oder Industrien vermindert, indem er Arbeiter zum Streik veranlaßt usw.

Dieses Gesetz bildet die Ergänzung zu den früheren Erlassen der Junta, wonach die Polizei ermächtigt ist, jeden ohne Gerichtsverfahren für drei Monate oder länger gefangen zu halten. Nach wie vor gibt es weder Presse-, noch Versammlungs-, noch Organisationsfreiheit in Äthiopien – soweit sich das Volk diese Rechte nicht schon nimmt!

Gerade in den letzten Wochen wächst überall die Entschlossenheit der revolutionären Arbeiter- und Bauernkämpfe, gerade auch angesichts des zunehmenden Terrors der Junta. Der EPRP-Nachrichtendienst berichtete: In Addis Abeba wurden bis zu 15 Gefangene erschossen, die mit bei der Demonstration am 1. Mai bei der Demonstration gegen die Junta verhaftet hatten, und die im Gefängnis einen Hungerstreik durchführten. Anfang Juni wurden in der Region Kaffa über 500 Menschen verhaftet und inzwischen 55 von ihnen erschossen. Darunter sind viele revolutionäre Lehrer, Bauern und Studenten der „Zematcha"-Landerziehungskampagne. In Begemdir, Harrar, Wolliso u.a. führen Polizei-Spezialeinheiten zahlreiche Verhaftungen durch im Rahmen des Plans der Junta, „mit der EPRP Schluß zu machen". Aber die Junta hat Wind gesät und wird Sturm ernten!

Afrika-Kommission

Marokko:
79 politische Gefangene im Hungerstreik

79 politische Gefangene des Zivilgefängnisses von Casablanca traten Ende Juli in einen Hungerstreik, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Unter den Streikenden befinden sich fünf Professoren, die kürzlich in Casablanca verurteilt wurden und zwar wegen Bildung einer illegalen Vereinigung und wegen Streiks in mehreren Schulen im Jahr '73 (Gleichzeitig waren etwa 30 Schüler angeklagt, die sich aber noch auf freiem Fuß befinden).

Erwartet wird auch die Verurteilung von 6 Führern der „National-Union marokanischer Studenten", die am 9. August in Casablanca wegen Demonstrationen und wegen Flugblattverteilens vor Gericht stehen werden. Darüberhinaus werden noch 131 Teilnehmer einer *„marxistisch-leninistischen Bewegung"* vor Gericht gestellt werden, weil sie die *„Sicherheit des Staates"* gefährdet hätten.

So schreitet die Prozeßwelle voran, die Ende Juni in Marokko eröffnet wurde, gewissermaßen als „Auftakt" zu den allgemeinen Wahlen. (Nach „El Moudjahid", 4. August 76).

Nahost-Kommission

Am 4. August wurden 81 Menschen wegen Teilnahme an dem mißlungenen Putschversuch gegen Staatspräsident Numeiri und Zusammenarbeit mit staatsfeindlichen ausländischen Mächten hingerichtet. Einen Tag später wurden weitere 17 von den Erschießungskommandos exekutiert, darunter der angebliche Anführer, Brigadegeneral Mohammed nur Saad. 20 Angeklagte erhielten lebenslange Haftstrafen. Insgesamt hatte das Numeiri-Regime 338 angebliche Teilnehmer am Putsch vor ein Sondertribunal gestellt, das ausschließlich mit Heeres- und Polizeioffizieren besetzt war. Dem Rest steht die Aburteilung noch bevor.

Numeiri legt damit erneut offen, mit welcher Brutalität er auf seine politischen Gegner im Lande einschlägt.

Meldungen über die politischen Ziele des Putsches sind zur Zeit sehr widersprüchlich. Allerdings kann die gleichzeitig von Numeiri und dem ägyptischen Staatschef Sadat aufgebaute Hetzkampagne, Ghaddafi habe 2.000 Söldner ausgebildet und in den Sudan geschickt, kaum noch aufrecht gehalten werden. Alle Angeklagten sind Sudanesen. Sie bezeichneten sich selbst größtenteils als sudanesische Moslems und einfache sudanesische Landarbeiter oder Hirten („Süddeutsche Zeitung" vom 27.7.76).

Nahost-Kommission

Zimbabwe
Verstärkte Mobilmachung der Rassisten

Die weiße Rassistenregierung in Salisbury hat neuerdings „Aus- und Einreisekontrollen" eingeführt. Ziel dieser Maßnahme soll es sein, die Ausreise wehrpflichtiger, junger Männer zu verhindern.

Im Zusammenhang hiermit wurde die Meldepflicht für die Militärzeit auf 16 Jahre (vorher 17) herabgesetzt. Ebenfalls wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem erstmals auch Schwarze verpflichtet werden können, gegen die Freiheitskämpfer zu kämpfen. Hiergegen demonstrierten am 29.7. über 700 schwarze Studenten in Salisbury („NZZ", 23.7.76 und „SZ", 31.7.76).

Diese verstärkte Mobilmachung ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß *„die rhodesischen Truppen es jetzt mit einem entschlosseneren und besser ausgebildeten Gegner zu tun hat"* (Kriegsminister Byl, „SZ", 5.8.76).

Dieser Mann hat noch vor wenigen Monaten die Existenz des Befreiungskampfes geleugnet.

Afrika-Kommission



lateinamerika aktuell

Repression in Argentinien

Katholische Priester ermordet

Die von der Junta entfesselte Repression beginnt auf die katholische Kirche überzugreifen.

Anfang Juli ermordeten die paramilitärischen, mit Rückendeckung durch die Regierung operierenden faschistischen Mörderbanden drei Priester und zwei Seminaristen. Neben ihren verstümmelten Leichen hinterließen sie eine Botschaft: *„Geistige Verführer der Jugend"* („NZZ" - Neue Züricher Zeitung - 28.7.76). Ende Juli wurden die Leichen zweier weiterer Priester (mit französischer Staatsangehörigkeit) gefunden, die in der Provinz La Rioja ermordert wurden („FAZ" - Frankfurter Allgemeine Zeitung - und „NZZ", 23.7.76).

Darüber hinaus hat die Junta am 22. Juli die Verhaftung von zehn Priestern mitgeteilt, die wegen *„subversiver Verbindungen"* vor Gericht gestellt werden sollen („FAZ", 25/26.7.76, „NZZ", 28.7.76).

Offene Kritik des argentinischen Klerus an der Junta

In der ersten Julihälfte richtete die argentinische Bischofskonferenz ein Memorandum an die Militärregierung, das *„das Fehlen von Sicherheiten"* und *„die Furcht der Bürger"* zum Gegenstand hat. Laut Wiedergabe der „NZZ" (28.7.76) beklagt die argentinische Kirche darin *„die vielen Toten"* und den *„Umstand, daß man selten erfährt, wer ihre Mörder sind und unter welchen Umständen sie ermordet wurden"*. Sie wird sogar noch deutlicher und fragt nach *„der Macht, die hinter jenen steckt, die völlig ungehindert und anonym ihr grausames Handwerk ausführen"*. Womit das Agieren des staatlichen „Sicherheits"-Apparates und seiner faschistischen Mordorganisationen angesprochen wird.

Zwei Wochen später traf sich als Antwort auf den Kirchenbrief Juntachef Videla mit den beiden argentinischen Kardinälen. Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt.

Mit dem Memorandum distanziert
chef Videla mit den beiden argentinischen Kardinälen. Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt.

Mit dem Memorandum distanziert sich die katholische Kirchenhierarchie erstmals seit dem Putsch von der Junta und bestätigt die eskalierende Repression in Argentinien, die die Junta gegenüber dem Ausland bisher geleugnet hat.

Faschistische Ideologie und Repression gegen Frauen und Homosexuelle

Die faschistische argentinische Militärjunta verfolgt im Rahmen ihres Terrors insbesondere die Frauen und Homosexuellen. Begleitet werden diese Verfolgungen von fanatischer Mordhetze, die an die Rassenpropaganda von Hitler und Göbbels erinnert.

So schrieb die faschistische Zeitung „El Caudillo" („Der Führer") bereits am 12.2.75 über die Homosexuellen: *„Wir sollten Schutzstaffeln bilden, die die Straßen durchkämmen und die Kreaturen, die wie Frauen gekleidet sind, einfangen, ihnen die Haare abschneiden und abrasieren. . . Wir müssen die Homosexuellen ausrotten! Sperrt sie ein und tötet sie!"*. Nach weiteren rassistischen Tiraden stellten die Faschisten dann gleich die Beziehung zum „Marxismus" her: *„Der Marxismus benutze und benutzt die Homosexualität, um sich einzuschleichen... Es scheint, als ob die Bolschewiken zwar krank geboren, aber nicht dumm sind... Die Marxisten exportieren die Homosexuellen, sind aber darauf bedacht, sie nicht zu Hause zu haben"* („El Caudillo", ebenda). Damit haben die argentinischen Faschisten natürlich eine Handhabe, nicht nur gegen Homosexuelle vorzugehen, sondern auf „langhaarige Männer" und überhaupt auf „Marxisten". Die „Homosexuelle Befreiungsfront" Argentiniens, FLH, rief zum Widerstand gegen die Faschisten auf: *„Die Brutalität des Faschismus läßt den argentinischen Homosexuellen nur einen Ausweg: Widerstand zu leisten, um das Leben zu verteidigen"* (Nach „Schwuchtel" nr. 1).

Das Faschistenblatt schüttet seinen Dreck auch gegen die Frauen aus; insbesondere gegen die Frauen, die aktiv am Widerstand teilnehmen und gegen die argentinische Frauenbewegung. So heißt es in „El Caudillo": *„Auch die Frauen, die gegen den Strom schwimmen, haben ihre eigenen Spielchen... Es sind die, die auf Motorrädern herumfahren und denken, sie seien so wie die Männer (!) . Stämmige Weiber, die männliche Hormone trinken, mit tiefen Stimmen. Und sie haben mehr als einmal versucht, Polizisten und Soldaten zu ermorden"*.

Und in der Tat waren die Frauen erfolgreich! Schließlich war es eine Frau, die den argentinischen General Cardozo mit einer Bombe hochgehen ließ!

Im Zentrum der Angriffe: die Revolutionäre

Im Zentrum der Angriffe: die Revolutionäre

Nach Meldungen der „SZ" - Süddeutschen Zeitung und der „FAZ" (vom 4.8.76) haben die argentinischen Truppen innerhalb von 8 Tagen 23 Genossen der ERP bei Gefechten und Durchsuchungen erschossen. Auch Genossen der Montoneros, die wie die ERP bewaffneten Widerstand leisten, wurden, getötet. Angesichts des Terrors sollen die Monteneros und die ERP einheitliche militärische Kommandos gebildet haben („FR" - Frankfurter Rundschau -, 2.8.76). Dies wäre ein wichtiger Schritt, die Widerstandskräfte gegen die Junta zu stärken.

Lateinamerika-Kommission
(unter Verwendung eines Berichtes homosexueller Genossinnen und Genossen im KB)



Alltägliches Bild in Argentinien: ermordete Genossen des Widerstands

Argentinien – ein Reisebericht –

Wenige Wochen nach dem Militärputsch bin ich als Tourist wieder nach Argentinien gefahren, nachdem ich schon 6 Jahre nicht mehr in meiner Heimat war. Ich hatte inzwischen keine Vorstellungen mehr über die Lage dort.

Gleich als ich dann aus dem Flugzeug stieg, war der erste Eindruck miserabel. Überall wimmelte es von Militärs und Polizisten, jeder Fluggast wurde streng kontrolliert. Auf der Fahrt vom Flughafen zur Hauptstadt Buenos Aires wollte ich meinem Ärger über diese Zustände Luft machen und schimpfte über das viele Militär. Daraufhin drehte sich der Taxifahrer um und zeigte mir seinen Militärausweis.

Auf dieser Fahrt mußte ich auch feststellen, daß es um Buenos Aires inzwischen noch mehr Elendsviertel gibt als vor 6 Jahren. In diesen Papp- und Wellblechhütten müssen 1,5 Millionen Menschen leben. Viele Kinder haben dort noch nicht einmal Schuhe. Soziale Leistungen gibt es nicht, wer kein Geld hat für einen Arzt, muß selber weitersehen.

Die Armut ist so groß, daß viele Kinder in den reichen Vierteln betteln gehen müssen. Sie bitten z. B. die Gäste in den Restaurants um Geld. Die Reichen fühlen sich dann wegen ihrer Großzügigkeit geschmeichelt, wenn sie einem Kind 1 Peso geben ...

Als ich dort einmal ahnungslos spazieren ging, blickte ich plötzlich in einen Gewehrlauf. Ich war an das Haus der Metallgewerkschaft gekommen, das vom Militär besetzt ist, weil dort angeblich Tausende Gewehre gefunden worden sind. Die Straße davor ist für Autos sowieso gesperrt, auf dem Fahrdamm liegen Krähenfüße, sodaß niemand durchfahren kann.

Im Norden sieht die Lage auch nicht besser aus als in Buenos Aires, höchstens für die reichen ausländischen Touristen. Wir sind mit der Reisegesellschaft in die Yerva Mate Plantage gefahren, wo Tee hergestellt wird. Dort verdienen die Arbeiter umgerechnet 1,50 DM am Tag. Ein normales Paar Schuhe kostet in Argentinien 50 DM. Ich war auch in einem Betrieb, wo Tee eingepackt und verschickt wird, einem der größten Betriebe dort. Der Tee geht hauptsächlich nach England. In diesem Betrieb arbeiten Männer und Frauen. Die Männer verdienen mit Überstunden2 DM täglich. Soziale Leistungen gibt es nicht. Wenn jemand krank ist, wird er nicht mehr bezahlt. Die Frauen packen den Tee in Folien im Akkord, 11 Stunden am Tag, um umgerechnet 1,25 DM zu verdienen. Ihre Arbeitsbedingungen sind auch nicht besser als die der Männer.

Anschließend fuhr ich nach Cordoba. Hier gab es noch mehr Polizei als in Buenos Aires. Das Polizeigebäude ist durch Sandsäcke und schwere Maschinengewehre abgesichert. So martialisch sind übrigens alle Orte abgesichert, wo Militär ist; sie haben Angst vor der Guerilla. Wer in das Polizeigebäude rein muß, um z. B. seine Papiere verlängern zu lassen, darf nur einzeln rein und muß eine Leibesvisitation über sich ergehen lassen.

Auch in Cordoba gibt es ein großes Elend in der Bevölkerung, obwohl es die zweitgrößte Industriestadt ist. Hier sind die Werke von Renault, Fiat und die Flugzeugfabrik.

Ich habe dann meine Heimatstadt besucht. Sie hat 25.000 Einwohner. Hier berichteten mir zuverlässige Augenzeugen, daß in den ersten 2 Wochen nach dem Putsch etwa 40 Menschen umgebracht worden sind. 3 Fälle haben mich besonders betroffen, da ich diese Menschen von früher her kannte.

Einer war Zeitungsbesitzer, der immer zu seiner eigenen Meinung stand. Ein anderer bekannte sich schon lange zu den Kommunisten. Beide wurden nach dem Putsch abgeholt. Ihre Leichen fand man später in einem nahegelegenen Sumpfgebiet. In der Umgebung unserer Stadt wurden viele Leichen in diesem Sumpf gefunden. Kurz nach dem Putsch wurde die Feuerwehr alarmiert, weil es dort brannte. Die Feuerwehr fand 5 oder 6 Leichen, die mit alten Autoreifen verbrannt werden sollten. Von Tätern – natürlich – keine Spur.

Der 3. Fall betrifft eine Kindergärtnerin, die in der Stadt bekannt war, weil sie sich für die Armen einsetzte. Ihr wurde der Vorwurf gemacht, sie hätte verletzte Guerillas versorgt. Auch sie wurde abgeholt – sie tauchte nicht wieder auf. Die Regierung setzte heuchelnd Vermißtenanzeigen in die Zeitung und ließ sie über Rundfunk suchen.

Meine Mutter und mein Freund wohnen 100 m entfernt von einer Kreuzung, wo eine Landstraße und eine Autobahn zusammentreffen. Viele Menschen wurden hier erschossen. Meine Mutter und mein Freund haben jede Nacht nach dem Putsch dort Schüsse gehört. Wenn dort z. B. jemand bei einer Straßensperre nicht schnell genug hält, kann er erschossen werden.

Überhaupt, wenn man heute in Argentinien ohne Papiere angetroffen wird, ist das lebensgefährlich. Man kann als Guerilla angeklagt werden.

Auf der Rückfahrt zum Flughafen einer Strecke von 30 km, wurde ich zweimal von schwerbewaffneten Polizeiposten angehalten und kontrolliert.

Ein argentinischer AK-Leser

Leserbrief zu: Putschgefahr in Jamaica (Arbeiterkampf 83)

Ein AK-Leser, der selber einige Zeit in Jamaica gelebt hatte, schrieb über die Putschgefahr in Jamaica, die durch Provokationen der „Jamaica Labour Party" vorbereitet wird und zur Verhängung des Ausnahmezustands der fortschrittlichen Regierung Manley führte, daß es *„ein weiteres Beispiel für die fortschrittliche*

zur Verhängung des Ausnahmezustands der fortschrittlichen Regierung Manley führte, daß es *„ein weiteres Beispiel für die fortschrittliche*

Politik ist ..., daß sie über Jahre hinweg die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika finanziell unterstützt hat". Zur aktuellen Putschgefahr schrieb uns der Leser: *„In Jamaica besteht kein aufgeblähter reaktionärer Militärapparat wie in anderen lateinamerikanischen Ländern. Das Militär ist nicht als Gefahr für die bestehende Regierung anzusehen. Es hat sich verfassungskonform verhalten und könnte die Insel auch nicht in Schach halten. Die gegenwärtigen Provokationen reaktionärer Kräfte sollen die Massenbasis der Regierung (bei den letzten Wahlen erlangte die ‚Peoples National Party' 2/3 aller Abgeordnetensitze) zerschlagen, indem das Vertrauen der Menschen ... in die Regierung zerstört wird. Jamaica wird seit langem von steigender Gewaltkriminalität als Resultat der sich verschärfenden Widersprüche des Systems heimgesucht und die jetzigen faschistischen Übergriffe sollen den Eindruck erwecken, daß die Regierung nicht mehr in der Lage sei, Ruhe und Ordnung zu halten ... Nicht das Militär, sondern die kommenden Wahlen sind die augenblickliche Gefahr für die fortschrittliche Politik der Regierung. Trotzdem nehme ich an, daß*

tär, sondern die kommenden Wahlen sind die augenblickliche Gefahr für die fortschrittliche Politik der Regierung. Trotzdem nehme ich an, daß

die „PNP" wieder eine tragfähige Mehrheit erringen wird. Sicherlich sieht das auch die Reaktion, was sie um jeden Preis verhindern möchte".

Anmerkung Lateinamerika-Kommission: Wir stimmen hinsichtlich der aktuellen Aussagen des AK-Lesers überein, zweifeln jedoch an, daß sich das Militär bei Verschärfung der Klassenkämpfe weiterhin „verfassungskonform" verhält. Der US-Imperialismus hat seine Hände nicht nur über seine Bauxit-Konzerne und der konterrevolutionären „Labour-Party" im Spiel, sondern dürfte auch im Militärapparat seine direkten und indirekten Verbindungen haben. Das entspricht voll der Politik der USA. Schließlich haben sich alle Militärs in Lateinamerika zuvor „stets verfassungskonform" verhalten ...

Lateinamerika-Kommission

Angriffe auf Mitglieder der „Sozialistischen Partei"

Der venezuelanische Führer der „Sozialistischen Partei", Jorge Rodriguez, ist von der Politischen Polizei zu Tode gefoltert worden. Die Regierung hatte Rodriguez verhaftet, weil er angeblich an der Entführung des amerikanischen Industriellen Niehous beteiligt gewesen sein soll. Bald darauf wurde die Immunität von zwei weiteren Abgeordneten der „Sozialistischen Partei" aufgehoben und beide verhaftet. Ihnen wurde ebenfalls Beteiligung an der Entführung des amerikanischen Kapitalisten vorgeworfen. Beide Abgeordneten hatten tatsächlich etwas mit der Entführung zu tun: sie traten als Vermittler – mit Wissen der Behörden! – zwischen den Entführern und der Regierung auf. („Frankfurter Allgemeine", 28. 7. und 30. 7. 76). Ziel der venezuelanischen Regierung ist es vielmehr, gegen die „Sozialistische Partei" und die hinter ihr stehenden fortschrittlichen Kräfte vorzugehen. Die „Sozialistische Partei" und die ihr zugehörige „Volkswählerbewegung" (MEP) vertreten durchweg antiimperialistische Positionen und setzen sich u. a. für weitere Verstaatlichungen ein.

Lateinamerika-Kommission

Erneute Demonstrationen

Im Zusammenhang mit den Tariferhöhungen im öffentlichen Verkehr kam es in verschiedenen Städten Kolumbiens zu Demonstrationen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei; in der Stadt Bucaramanga wurde ein Student von den Bullen erschossen. Auch in zwei weiteren Städten in der Nähe der Hauptstadt Bogota kam es zu Demonstrationen, bei denen es zu regelrechten Straßenschlachten kam. („Frankfurter Allgemeine", 28. und 29. 7. 76).

Lateinamerika-Kommission

Venezuela und Mexiko stimmenChile-Krediten zu!

Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung" wurde jüngst wieder über ein Darlehen der Interamerikanischen Entwicklungsbank verhandelt. Mexiko, das als einziges Land nicht an der OAS-Konferenz in Chile teilnahm, sowie Venezuela, das auch in einem „kritischeren" Verhältnis zur faschistischen Diktatur in Chile steht, stimmten diesem Darlehen zu! Die demagogische „Begründung" für die Zustimmung laute-

Verhältnis zur faschistischen Diktatur in Chile steht, stimmten diesem Darlehen zu! Die demagogische „Begründung" für die Zustimmung laute-

te gar noch, dies sei *„ein Ausdruck der Solidarität gegen die Vereinigten Staaten"*, da diese dem Darlehen ausnahmsweise einmal nicht zustimmten („Neue Zürcher Zeitung", 13.7.76).

Die Zustimmung dieser beiden lateinamerikanischen Länder für Chile-Kredite macht besonders die Rolle Mexikos noch einmal deutlich, die bekanntlich auch schon die Antizionismus-Resolution in der UNO auf Druck der USA zurückzogen.

Lateinamerika-Kommission

Paraguay

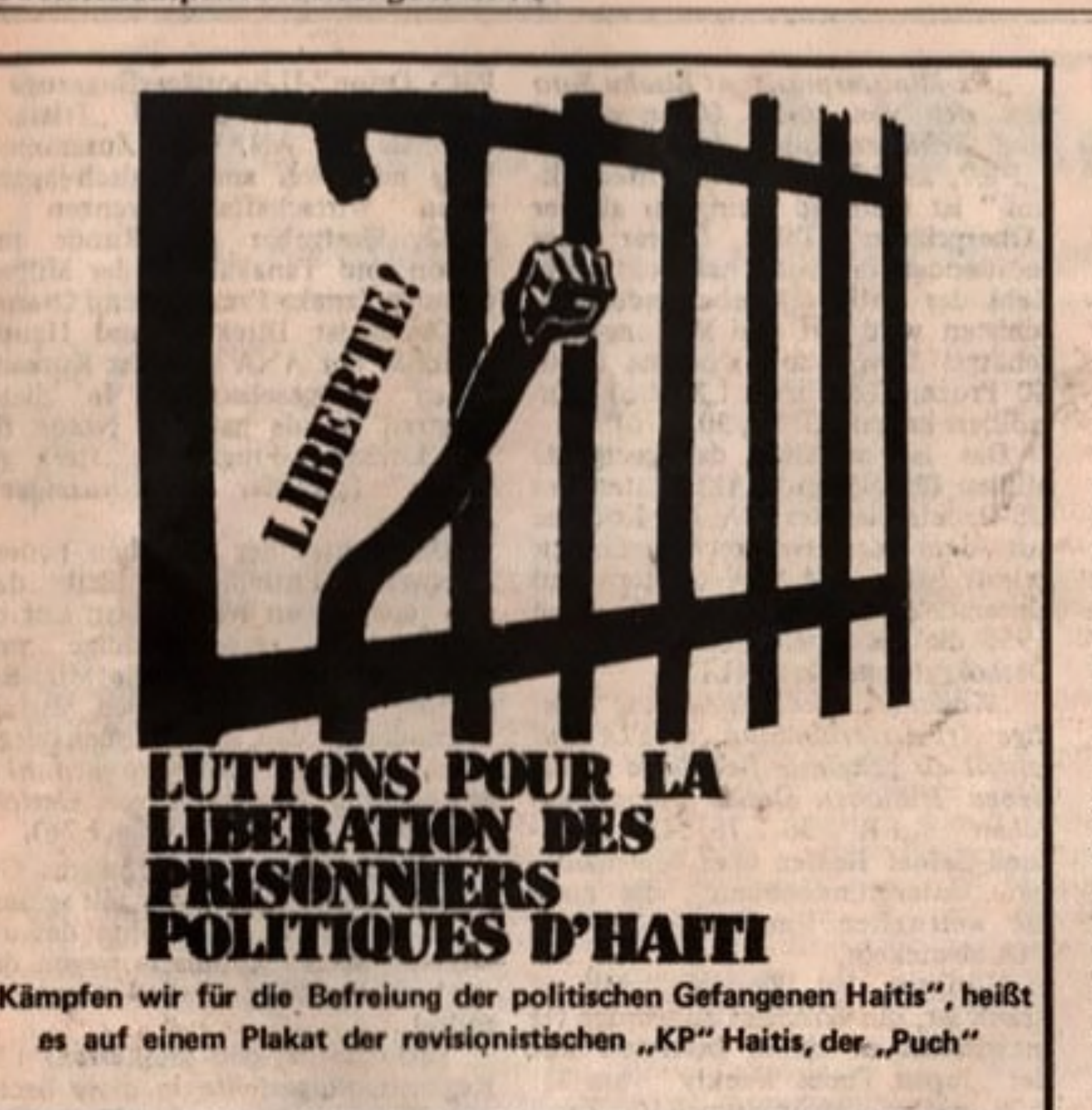
Der seit 22 Jahren im Amt befindliche General Stroessner, der mit seinen Offizieren und mit Hilfe des US-Imperialismus nach wie vor eine Terrorherrschaft über dieses Land ausübt, hat eine Verfassungsänderung durchgesetzt, wonach es ihm möglich ist, noch bis 1983 sein schmutziges Amt auszuüben („Süddeutsche Zeitung", 19.7.76). 1967 hatte Stroessner selber die Regierungszeit begrenzt...

Lateinamerika-Kommission

Bolivien erhält Zugang zum Meer!

Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen" (8.7.76) erhält Bolivien nun doch Zugang zum Meer – allerdings nicht zum Pazifik, die Verhandlungen mit Chile und Peru waren gescheitert – sondern zum Atlantik! Die faschistische Militärjunta Argentiniens gewährte Bolivien einen Zugang zum Meer über den Barna-Fluß, der über den Rio de la Plata in den Atlantik gelangt. Das Gebiet steht unter bolivianischer Verwaltung und es können Hochseeschiffe bis zu 12.000 Bruttoregistertonnen nach Bolivien gelangen. Die Solidarität der Faschisten kennt keine Grenzen!

Lateinamerika-Kommission



„Kämpfen wir für die Befreiung der politischen Gefangenen Haitis", heißt es auf einem Plakat der revisionistischen „KP" Haitis, der „Puch"

Haiti

Erfolgreiche Guerilla-Aktion

Daß der Widerstand in einer der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas, die Diktatur Duvaliers auf der karibischen Insel Haiti, nicht völlig zerschlagen worden ist, dafür spricht eine Guerilla-Aktion von vier Genossen, die bei einem Schußwechsel mit Polizisten der „Tonton Macoutes" – eine Art Todesschwadron – 12 dieser Henker töteten und selbst dabei entkamen. Die amerikanische Marionette Duvalier, seit 1971 „Präsident auf Lebenszeit", führte sofort umfangreiche Durchsuchungen durch, bei denen 200 Menschen gefangen genommen wurden. Dieser Schußwechsel ist die erste spektakuläre Aktion seit der Entführung des US-Botschafters Knox im Januar 1973.

Damals wurden 12 politische Gefangene durch die Entführung befreit. „Präsident Duvalier selbst wurde auf groteske Weise vom US-Imperialismus an die Macht gebracht: Er ist der Sohn der reichsten Familie der Insel, der Duvaliers, und war gerade 18 Jahre alt. Seinetwegen wurde die Verfassung geändert,so daß man mit 21 Jahren Präsident werden kann. (vorher 35). Kurzerhand wurde Duvalier für 21 Jahre alt erklärt. Er ist Diktator eines 5 Millionen-Volkes, wobei 90% Analphabeten sind. Die Säuglingssterblichkeit liegt bei 20%. Die schon erwähnten 20.000 *„Tonton Macoutes"* sind *„der Grundstock des Systems"* (Duvalier). Die Insel ist voll in der Hand des US-Imperalismus, und vor allem die berüchtigten Konzerne Kennecott (Kupfer) und Reynolds (Aluminium) beuten die Rohstoffe dieses Landes aus. Die Bedingungen der Konzerne sind für sie optimal: Alle dort beschäftigten Arbeiter sind Tagelöhner, die zum einen mit einem Hungerlohn abgespeist werden und – je nach Bedarf – wieder gefeuert werden. Die Repression trifft hauptsächlich die zurückkehrenden Exil-Haitaner. Diese werden – wenn sie nicht gleich in die Gefängnisse gesteckt werden – streng von der Polizei bewacht.

Im Mai dieses Jahres wurden bewußt Putschgerüchte „aus dem Ausland" verbreitet, die nur Vorwand für weitere Massenverhaftungen bildeten. Selbst Minister und Polizeichefs wechseln dort ständig:

– So wurde der „Sozialminister" Max Antoine gefeuert, als er Minimallöhne von 3 DM pro Stunde durchzuführen versuchte.

– So erging es auch Verteidigungsminister Blanchet, als er eine geringe Exportsteuer auf die Bauxitförderung der US-Konzerne erheben wollte, die zwar ohnehin nur die herrschende Clique bereichert hätte, aber selbst dies ließ der US-Imperialismus nicht zu.

Die BRD spielt dabei natürlich auch ihre schmutzige Rolle:

Nach den USA und Frankreich ist der BRD-Imperialismus der Handelspartner Nummer drei!

(Nach Informationen aus „Guardian" vom Juli dieses Jahres und eigenen Berichten aus den USA).

Lateinamerika-Kommission

Peru

Immer schärfere Unterdrückung

Die Lage in Peru läßt sich kaum noch von der in Brasilien, Argentinien Uruguay oder Chile unterscheiden. Durch immer schärfere Repressionsmaßnahmen will die Regierung die breiten Kämpfe der Arbeiter und Bauern niederschlagen und ihr wirtschaftliches „Notprogramm" durchsetzen. Kernstück des Notprogramms sind Preiserhöhungen für Nahrungsmittel, Mieten, Verkehrsmittel usw., die für die Mehrheit der peruanischen Bevölkerung die absolute Katastrophe bedeuten (vergl. AK 84). Die massenhaften und vielfach militanten Proteste gegen diese Preiserhöhungen wurden durch Polizei- und Militäreinsätze unterdrückt:

– Schon am 4. 6. kam es in Vitarte zu einer offenen Straßenschlacht, als Polizeieinheiten gegen 1000 Arbeiter einer Nylonfabrik vorgingen, die seit 2 Monaten im Streik waren. Nicht nur die Streikenden, sondern die gesamte Bevölkerung, Frauen und Kinder, verteidigten gegen die Polizei das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung. 13 Betriebe aus der Umgebung Vitartes traten in Solidaritätsstreik (nach Peru-Komitee Berlin, 18. 7. 76).

– Aus Protest gegen die Preiserhöhungen demonstrierten am 1. 7. insgesamt eine halbe Million Menschen in Lima.

– In Arequipa war eine der Hauptparolen bei den Protestkundgebungen; *„Das Volk kann man nicht*

schen in Lima.
– In Arequipa war eine der Hauptparolen bei den Protestkundgebungen; „Das Volk kann man nicht

mit den Stiefeln des Militärs regieren!" (Chile-Nachrichten, Nr. 39).

– Zahlreiche Hungermärsche der „Pobladores" (Bewohner der Elendsviertel) wurden durch *„militärische Blitzaktionen"* gestoppt und niedergeschlagen (Peru-Komitee, Berlin).

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 1. 7. dehnte die Regierung ihre Repressionsmaßnahmen weiter aus: Schulen und Universitäten wurden vorübergehend geschlossen, eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, Panzer stehen vor dem Regierungspalast. Sämtliche Grundrechte wie Streik- und Versammlungsrecht, die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung wurden außer Kraft gesetzt. 12 Zeitungen, darunter auch „Unidad" der revisionistischen „KP" wurden verboten.

Hunderte von Gewerkschaftsführern, Studenten, Arbeitern und Campesinos wurden verhaftet. Allein am 3./4. Juli sollen 200 bis 300 Menschen verhaftet worden sein, darunter zahlreiche Teilnehmer des Streiks von Vitarte, darunter auch Hugo Blanco, einer der bekanntesten Guerillaführer Perus aus den 60iger Jahren.

Fortschrittliche Minister entlassen

Die Rechtsentwicklung in Peru hat durch die kürzlich durchgeführte Kabinettsumbildung einen weiteren Höhepunkt erreicht.

Schon Ende 1975 hatte die Militärregierung ihre bisherige antiimperialistische Haltung und ihre zaghaften volksfreundlichen Maßnahmen (Agrarreform, Amnestie für politische Gefangene) zugunsten einer schärferen Gangart gegenüber der werktätigen Bevölkerung aufgegeben. Erinnert sei an die Ausnahmezustände in der Kupfer- und Fischereiindustrie und die Angriffe gegen fortschrittliche Presseorgane. Außenpolitisch spiegelte sich die „2. Phase der peruanischen Revolution" in der Teilnahme an der OAS-Konferenz in Chile und der moralischen Unterstützung des faschistischen Putsches in Argentinien wider. Bei dem jetzigen Regierungswechsel hat sich durch die Ausschaltung der noch verbliebenen fortschrittlichen Militärs das Kräfteverhältnis weiter für die Rechten verbessert. Im einzelner handelt es sich um folgende Maßnahmen: Abgesetzt wurde der bisherige

verbliebenen fortschrittlichen Militärs das Kräfteverhältnis weiter für die Rechten verbessert. Im einzelner handelt es sich um folgende Maßnahmen: Abgesetzt wurde der bisherige

Ministerpräsident General Fernandez Maldonado.

Außerdem entließ Staatspräsident Bermudez den Außen-, den Landwirtschafts-, den Wohnungsbauminister, und einen Konteradmiral.

Das Amt des Ministerpräsidenten hat jetzt General Arbulu Galliani inne („Neue Zürcher Zeitung", 20.7. 76; „Süddeutsche Zeitung"; 19.7.76).

Die vier Entlassenen gehörten bereits der Regierung des fortschrittlichen Präsidenten Velasco an, der im August 1975 von Bermudez gestürzt worden war. Besonders der ehemalige Ministerpräsident Maldonado galt als Hauptexponent des progressiven Armeeflügels. Er war die treibende Kraft bei der Verstaatlichung amerikanischer und anderer ausländischer Bergbau- und Ölgesellschaften.

Der unmittelbare Anlaß für die Absetzung Maldonados war die von ihm verordnete Zwangspensionierung des General Bobbio, der sich massiv für eine Stärkung des kapitalistischen Weges in Peru einsetzte. Aus „Solidarität" mit General Bobbio zwang der rechte Flügel der Armee den Ministerpräsidenten zum Rücktritt. Da die oben genannten drei Minister ihnen politisch nicht genehm waren und gleichzeitig auch noch in der militärischen Rangfolge Maldonado nachfolgten, wurden diese ebenfalls abgesetzt („NZZ", 20.7. 76). Über die politischen Maßnahmen der neuen Regierung schreibt die „NZZ" vom 20.7.76: *„Mit den Vereinigten Staaten wurde angeblich eine Einigung über die Entschädigung des letzten Jahres verstaatlichten Eisenbergwerkes erzielt. Das Abkommen, das eine Voraussetzung für die Gewährung der von Peru nachgesuchten Kredite in der Höhe von 400 Millionen Dollar sein soll, dürfte bald unterzeichnet werden."*

Hier deutet sich nur an, daß der US-Imperialismus entscheidenden Einfluß auf den „schleichenden Putsch" in Peru hat.

„Diese Kabinettsumbildung ist derart gründlich, daß man ihr ohne jeden Zweifel Putschcharakter zuschreiben muß." („Frankfurter Rundschau", „FR", 2. 8. 76).

Immer mehr in die Enge getrieben: lateinamerikanische Flüchtlinge

Immer mehr
in die Enge getrieben:
lateinamerikanische Flüchtlinge

Der „schleichende Putsch" in Peru, der inzwischen immer offener vollzogen wird, betrifft – genauso wie die faschistische Machtübernahme in Argentinien – die lateinamerikanischen Flüchtlinge in besonderer Weise.

Schon im Juni vorigen Jahres hatte die peruanische Regierung ein Einreiseverbot für chilenische Flüchtlinge erlassen. Trotzdem sind viele Chilenen – wahrscheinlich besonders nach dem Putsch in Argentinien – illegal nach Peru eingereist, um wenigstens vor Folter und Mord sicher zu sein. Diese Flüchtlinge sind jetzt von den breiten Verhaftungswellen besonders bedroht, weil die peruanische Regierung zur Abschiebung der Flüchtlinge bereit ist. So sollen 13 argentinische Flüchtlinge ausgeliefert werden, was einem Todesurteil für die Betroffenen gleichkommt. Peru reiht sich damit ein in eine Front mit den faschistischen Nachbarstaaten. Das Konzept

ausgeliefert werden, was einem Todesurteil für die Betroffenen gleichkommt. Peru reiht sich damit ein in eine Front mit den faschistischen Nachbarstaaten. Das Konzept

des US-Imperialismus, ganz Südamerika in ein Konzentrationslager zu verwandeln, geht damit weiter auf Für die Verfolgten der faschistischen Diktaturen gibt es keinen Zufluchtsort mehr.

Nur die Revisionisten sindaufdemrechtenAugeblind

Die Tatsache, daß das „peruanische Modell" vom dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gescheitert ist und sich Peru mit Riesenschritten seinen faschistischen Nachbarn annähert, wird inzwischen nicht mal von der bürgerlichen Presse bestritten. Einzig und allein die revisionistische KP Perus hält nach wie vor „treu und unverbrüchlich" zur Militärregierung. Der Ausnahmezustand richte sich allein gegen die *„Kräfte der Reaktion"*, das Volk dürfe nicht gegen die *„Revolutionäre Regierung der Streitkräfte"* aufge-

Militärregierung. Der Ausnahmezustand richte sich allein gegen die „Kräfte der Reaktion", das Volk dürfe nicht gegen die „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" aufge-

bracht und keine *„Uneinigkeit in die Streitkräfte"* getragen werden („Horizont", 30/76).

Selbst den großen Streik in Vitarte versucht die KP als rechte Provokation hinzustellen (Peru-Komitee, Berlin).

Dabei ist es kaum noch eine Frage der Zeit, bis die Revisionisten selber mit dem Rücken an der Wand stehen, das Verbot ihrer Zeitung „Unidad" ist deutlich genug.

Lateinamerika-Kommission



Protestkundgebung in Lima

Todeskommandos gegen Indianer – VW brennt Urwald ab

Im Urwaldgebiet des Mato Grosso hat eine Gruppe von Großgrundbesitzern das Indianerreservat Merure überfallen. fünf Indianer wurden bei dem Angriff verletzt, ein deutscher Missionar (?!), der in dem Reservat lebte, wurde getötet.

Die Großgrundbesitzer haben in den Urwaldgebieten „Todes-Syndikate" organisiert – ähnlich wie die Todeskommandos in den brasilianischen Städten – um sich auch noch das letzte, den Indianern verbliebene Land anzueignen, nachdem die Ausrottung der Eingeborenen seit Jahrzehnten systematisch betrieben wird: Durch ständige Vertreibungen, Massenmorde, organisierte Verbreitung von Seuchen und Krankheiten.

Die Indianer des Reservats Merure haben den Angriff nicht widerstandslos hingenommen. In einem Gegenangriff gelang es ihnen, einen Großgrundbesitzer zu töten und die Weißen in einem Urwaldgebiet einzuschließen („Süddeutsche Zeitung", („SZ"), 19.7.76).

Mit solchen Kämpfen gegen die Indianer halten sich die imperialistischen „Großgrundbesitzer" gar nicht erst auf. Der VW-Konzern, der 135.000 ha im Amazonasgebiet aufgekauft hat, um dort eine riesige Rinderfarm einzurichten, hat mit der Rodung des Urwalds durch Abbrennen begonnen – die billigste und schnellste Methode, um den Urwald zu roden und jegliches Leben aus dem Gebiet zu vertreiben. *„Volkswagen sorgt im Amazonasbecken für den größten Brand der Geschichte des Planeten"* („SZ", 10.7.).

Neun Millionen Bäume werden durch diesen Brand vernichtet. Das brasilianische Institut für Forstentwicklung läßt diese VW-Aktion auf mögliche *„Unregelmäßigkeiten"* hin untersuchen. Dabei hat aber schon ein Vertreter versichert, daß durch diese Art der „Urbarmachung" kein Schaden angerichtet werde. Für die Imperialisten ist in Brasilien alles erlaubt.

Lateinamerikakommission

Verteidiger politischer Gefangener verhaftet

Die Lage der Kirche in Chile hat sich erneut verschlechtert, nachdem die Junta einen Anwalt des „Vikariats der Solidarität" (einem Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile, daß sich nach der Auflösung des Friedenskomitees gegründet hat) ins KZ Tres Alamos gesteckt hat. Der Anwalt hatte die Verteidigung politischer Gefangener vor den faschistischen Militärgerichten übernommen. Ihm wird vorgeworfen, unter dem kirchlichen Deckmäntelchen „subversive" Arbeit für die illegale „KP" geleistet zu haben. Für seine Freilassung haben sich 60 Rechtsanwälte in Chile ausgesprochen, ebenso wie der Kardinal Erzbischof von Santiago, Monsenor Henriquez. („Frankfurter Rundschau", 29. 7. 76).

Lateinamerika-Komission

Australien nimmt Beziehungen zu Chile wieder auf

Die australische Regierung hat die seit dem Putsch abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Chile wieder aufgenommen.

Dieser Schritt ist Australien sicherlich „erleichtert" worden, nachdem die imperialistischen Staaten durch die OAS-Konferenz in Chile für dessen außenpolitische Aufwertung sorgten („Frankfurter Algemeine", 16.7.76).

Lateinamerika-Kommission

... mit Morden und allem, was dazugehört

Japans „Watergate"

Einiges Aufsehen erregte die kürzlich erfolgte Verhaftung des ehemaligen Premiers und noch bis vor kurzem einflußreichen Politikers der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), Kakuei Tanaka. Der Multimillionär Tanaka, der unter dem „Verdacht" steht, runde 4,5 Mio. Mark Schmiergelder vom Lockheed-Konzern kassiert zu haben, wurde wegen des Verstoßes gegen das Devisen- und Handelskontrollgesetz verhaftet. Den Multimillionär erwarten drei Jahre Knast als Höchststrafe, bzw. eine Geldstrafe von höchstens 2.700 Mark, oder beides („The Japan Times Weekly", 31.7.76)...



S o l c h e Gesetze fördern natürlich noch die ohnehin schon blühende Korruption.

Zusammen mit Tanaka wurde sein ehemaliger Privatsekretär Toshio Enomolo ebenfalls in Sachen Lockhead-Bestechung verhaftet.. Der Chauffeur und gleichzeitig zweiter Privatsekrètär Tanakas, Masanori Kasahara, entzog sich seiner Verhaftung durch Selbstmord. Neben Tanaka und dessen Privatsekretär sind bisher 14 „prominente Wirtschaftsführer" wegen des Lockheed-Skandals in Haft.

Daß es überhaupt zur Verhaftung einiger „Prominenter", die für ihre Korruptheit schon seit langem allgemein bekannt sind, nach einigen Monaten „Untersuchung" kam, liegt an den breiten Massenprotesten gegen die Korruptionspraktiken der herrschenden Klasse. So standen nicht zuletzt auch die diesjährigen Maidemonstrationen, an denen über eine Million Menschen teilnahmen, unter den Forderungen: Vollständige Aufklärung des Lockheed Bestechungs-Skandals und Rücktritt des reaktionären Premiers Takeo Miki.

Alle bisher Verhafteten haben soviel Dreck am Stecken, daß es schon zum Himmel stank. Tanaka, ein großer Freund der „Politik des Geldes", mußte Ende 1974 als Premier wegen *„undurchsichtiger privater Finanzmachenschaften"* („Spiegel", 2.8.76) zurücktreten.

In diesem Sinne ist die Verhaftung Tanakas und Co. der Versuch, *„das arg angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung in den Mut (?) und die Integrität (!) der japanischen Justiz wenn nicht gleich wiederherzustellen, so doch neu zu beleben"* („SZ", 28.7.76). Justizminister Inaba *„forderte die Japaner auf, Vertrauen in die Justiz zu setzen"* („SZ", 6.8.76). Der oberste Chef der Anklagebehörde *„fügte hinzu, persönlich bedaure er die Festnahme Tanakas..."* (ebenda).

Tanakas Verhaftung muß aber auch im Zusammenhang mit dem Machtkampf in der regierenden Liberal Demokratischen Partei (LDP) gesehen werden. Bis vor seiner Verhaftung führte Tanaka eine starke Fraktion in der LDP. Seine Verhaftung, die von Premier Miki persönlich betrieben worden sein soll, ist ein Versuch Mikis, diesen Machtkampf rechtzeitig vor den im Herbst anstehenden Unterhauswahlen zu seinen Gunsten zu entscheiden und sich darüberhinaus ein Image als „Saubermann" aufzubauen, das ihn als Spitzenkandidat seiner Partei unentbehrlich macht.

Kurz nach seiner Verhaftung ist Tanaka aus der LDP ausgetreten. Die spektakuläre Verhaftung Tanakas dürfte mit Sicherheit die starke Stellung seiner Fraktion in der LDP erschüttert haben. Damit sind auch die Chancen des Finanzministers und Tanaka-Freundes Ohira, der als einer der beiden Hauptbewerber um die Miki-Nachfolge galt, gemindert. Das heißt aber nicht, daß sich der Machtkampf nicht noch weiter und sehr rasch verschärfen wird. Finanzminister Ohira und der stellvertretende Regierungschef Takeo Fukuda *„streben nun den Sturz Mikis noch vor den Wahlen an, da seine Rolle mit der Aufdeckung des Skandals erfüllt sei"* („SZ", 29.7.76)! Der Unterstützung mit entsprechenden Geldzuwendungen) der japanischen Großkapitalisten können sie sich dabei gewiß sein. Der Chef des Arbeitgeberverbandes, Sakurada, kritisierte Miki, wegen der Verschiebung der geplanten Sondersitzung des Parlaments, in der konjunkturpolitische Gesetzesvorlagen verabschiedet werden sollen. Der Trick an der Kapitalisten-„Kritik" ist der, daß *„nach japanischem Recht ... Abgeordnete während einer Sitzungsperiode des Parlaments nicht verhaftet werden"* können („Spiegel", 2.8.76). *„Auch der Präsident des größten Wirtschaftsdachverbands, Doko, kritisierte Miki als ‚überenthusiastisch' bei der Aufklärung des Lockheedfalles"* („FR", 4.8.76). Kurz: Die Kapitalisten haben das geringste Interesse an der Festsetzung auch nur der bekanntesten Übeltäter, sehen sie doch damit ihre „Geschäftsgebaren", zu denen Korruption, Erpressung usw. als unzertrennbares Bestandteil dazugehören, in Frage gestellt.

Korruption gehört zum System

Die „Politik des Geldes" spielt auch im imperialistischen Japan eine entscheidende Rolle. Alle bürgerlichen Parteien sind *„fast ausschließlich (!) auf ‚Spenden' angewiesen"* („Spiegel", 2.8.76). *„Nach vorsichtigen Schätzungen hat Tanaka sich seine Wahl (zum Ministerpräsidenten – Anmerkung AK) rund zehn Milliarden Yen (88 Millionen Mark) kosten lassen. In den drei folgenden Jahren bis Mitte 1975, verteilte seine Fraktion insgesamt 1,7 Milliarden Yen (1,5 Millionen Mark) an Parlamentsabgeordnete fast aller Parteien, um die Regierungsgeschäfte zu erleichtern"*, sprich: um sie im Sinne des Großkapitals zu beeinflussen („Spiegel", 2.8.76). *„Exponierte Politiker vom Parlamentsabgeordneten aufwärts haben gewöhnlich eigens zu diesem Zweck (der Bestechung und Erpressung – Anm. AK) besondere Privatsekretäre eingestellt, die die Geldgeschenke und geforderten Gegenleistungen entgegenzunehmen haben"* („FR", 29.7.76). So kassierte die Privatsekretärin Tanakas, Aki Sato, *„aus öffentlich deklarierten Spenden 1972 rund 260 Millionen Yen"* („FR", 30.7.76). An einem einzigen Tag verteilte „Mama Sato" während der Oberhauswahl 1974 an fünf Abgeordnete 15 Millionen Yen. *„Im zweiten Stock des Parteigebäudes (der LDP – Anm. AK) stand (während Tanakas Regierungszeit – Anm. AK) ein Safe parat mit einer Million Mark in bar, zur sofortigen Verteilung in ‚politischen Notfällen' "* (ebenda).

Während seiner Regierungszeit ließ Tanaka *„Bauaufträge grundsätzlich nur an Kontraktoren vergeben, die die Parteikasse mit reichlichen Zuwendungen bedachten. Am liebsten sah er es freilich, wenn eines seiner eigenen zehn Unternehmen der Bau-, Transport-, Chemie- und Elektroindustrie ... den Zuschlag bekam"* („FR", 30.7.76).

Mit der Tanaka-Verhaftung stehen aber natürlich nicht die Korruptionspraktiken insgesamt vor Gericht. Wieviel beispielsweise hat sich „Saubermann" Premier Miki seine Wahl kosten lassen?

Die Geheimdienst-, Kapitalisten- und Politiker-Mafia

Die Korruption durchzieht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Selbst nach jüngsten Polizeimitteilungen haben *„die Fälle der Beamtenbestechung in diesem Jahr in ganz Japan um 70,4% zugenommen... Von den 47 Präfekturen des Landes sind nur vier davon nicht betroffen"* („FR", 29.7.76).

So gesehen ist „der momentan laufende Skandal nicht ein isolierter Einzelfall, sondern Teil eines Musters ... – man könnte es eine globale Watergate Verschwörung nennen – in welchem viele multinationale Konzerne, amerikanische Politiker und japanische ‚politische Händler' ineinander verstrickt sind" („AMPO", Nr.1, 1976).

Politiker und japanische ‚politische Händler' ineinander verstrickt sind" („AMPO", Nr.1, 1976).

Der erste Lockheed-Skandal wurde 1958 aufgedeckt. Nachdem der nationale Verteidigungsausschuß sich für den Kauf von Grumman F-11 als Hauptdüsenjäger für die „Selbstverteidigungsluftwaffe" entschieden hatte, startete Lockheed einen *„schmutzigen Kampf, der aus einer immensen Propaganda, Gerüchten und Anschuldigungen der Bestechung durch Grumman bestand ... Im Juni 1959 nahm der Nationale Verteidigungsausschuß plötzlich die Entscheidung, Grumman Flugzeuge zu kaufen, zurück, und gegen Ende des gleichen Jahres wurden Lockhead F-104 bestellt"* („AMPO", Nr. 1/76).

Hauptbeteiligter an diesem „Gesinnungsumschwung" war der Kriegsverbrecher und Faschist Kodama (genannt das „Monster"), der just 1958 mit Lockheed bekannt geworden war *„und prompt stieg Kodama in ein geheimes Abkommen ein, den Verkauf der F-104 zu unterstützen."*

Die Propaganda-Kampagne gegen Grumman wurde wesentlich von Taro Fukuda geführt, der das „Lockheed News Bureau" leitete ... *„Fukuda hat während des Pazifikkrieges als Propagandasprecher für die Amerikaner an einem Radiosender in der Manschurei gearbeitet."* (Zitate aus „AMPO" Nr. 1/76)

Seinen späteren Kunden und Auftraggeber Kodama lernte er im Knast kennen. Kodama wurde wie einige andere, die vor und während des Krieges hohe Regierungsämter inne hatten, 1945 als „Kriegsverbrecher" vorrübergehend aus dem Verkehr gezogen. Fukuda, der als Hauptbelastungszeuge gegen den „Paten" Kodama galt, hat inzwischen das Zeitliche gesegnet. Er starb kurze Zeit nach einer Aussage gegen Kodama auf *„mysteriöse Weise"* in einem Krankenhaus, *„das zum Teil von Kodama finanziert wurde. Angeblich war die Ursache Leberzirrhose, aber unbeweisbare Vermutungen tippen auf Mord"* („FR", 30.7.76)!

Bisher starben im Zusammenhang mit der Lockheed-Affäre acht Personen *„unter oft dubiosen Umständen"* (ebenda). Dazu muß man wissen, daß die Verbindungen zwischen Politikern und „Unterwelt" zahlreich und eng sind.

„Ex-Ministerpräsident Eisaku Sato ließ sich von einem Unterweltboß eine Schlägertruppe aufstellen ..." („FR", 29.7.76). Dieser „Unterweltboß" ist niemand geringerer als der „Oberpriester" Takei, Führer einer mordenden faschistischen Sekte. Die Zahl der aktiv (!) arbeitenden Faschisten wird auf drei Millionen geschätzt! Davon soll Kodama allein 60 Prozent (das sind 1,8 Mio) kontrolliert haben („FR", 30.7.76)!

Das ist natürlich das geeignete Millieu für blühende Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA, der Kodama aus dem Kriegsverbrechergefängnis geholt hatte. Mit CIA Geldern und Unterstützung gründete Kodama 1955 die zur Zeit regierende Liberal Demokratische Partei (LDP).

„Kodama ... unterhielt eine ständige Arbeitsverbindung zur CIA und erhielt als geheimer Lockhead-Agent sieben Millionen Dollar Operationsgelder" („FR", 30.7.76). Die Lockheed-Gelder flossen über verschiedene „Untergrundbanken", die auch die weltweiten Finanzgeschäfte der CIA abwickeln.

Übrigens hat Kodama, der zu krank ist, um verhaftet zu werden (!) inzwischen in einem Interview mit der „Japan Times Weekly" vom 31.7.76 erklärt, *„nicht einmal 100 Yen"* Bestechungsgelder weitergegeben zu haben ...

Im Zusammenhang mit der laufenden Bestechungsaffäre ist Kodama nur einer derjenigen gewesen, über den Gelder an hohe Politiker geflossen sind. Die anderen sind die All Nippon Airways (ANA) und die Handelsgesellschaft Marubeni.

Unmittelbar Beteiligter ist auch der Ex-US-Präsident Richard Nixon. So fiel die Entscheidung über den Kauf der Lockheed-Flugzeuge (120 P3C-„Orion"-U-Bootjägerflugzeuge für die Luftwaffe und 21 „Tristar"-Airbusse für ANA) im Zusammenhang mit zwei amerikanisch-japanischen Wirtschaftskonferenzen 1972. Gastgeber der Runde mit Nixon und Tanaka war der Milliardär und Tanaka-Freund Kenji Osana.

Osana ist Direktor und Hauptaktionär der ANA und der Koreanischen Fluggesellschaft. In dieser illustren Runde hat sich Nixon für die Lockheed-Flugzeuge *„stark gemacht"* („Kölner Stadt-Anzeiger", 29.7.76).

Ungeachtet der aktuellen bemerkenswerten Enthüllungen bleibt, daß den japanischen Werktätigen nur einige wenige „Hauptschuldige" präsentiert werden sollen. Die Miki-Regierung will aber mit allen Mitteln verhindern, *„daß Japans Nachkriegsgeschichte und Washingtons dunkle Machenschaften darin vor Gericht gestellt werden"* („FR", 28.7.76).

So hatte Miki ein schweres Geschütz aufgefahren, als er mit seinem Rücktritt für den Fall drohte, daß ein Minister seines Kabinetts wegen der Bestechungsaffäre verhaftet werden sollte!

Tatsache ist, daß mindestens 130 Regierungsangestellte in diese Sache verwickelt sind, was das Justizministerium schon vor einiger Zeit zugeben mußte. *„Die Entscheidung über die Einführung neuer Flugzeugtypen* (wurde) *von einem Kreis von mindestens 28 Regierungsbeamten mitbestimmt"* („FR", 28.7.76). Was nur noch einmal verdeutlicht, wie sehr auch die derzeitig amtierende Regierung in den Bestechungs-Skandal verwickelt ist.

KB-Sympathisanten in Köln und Asien-Kommission

Neue Verfassungsänderung in Indien

Das Gandhi-Regime ist auf dem besten Wege, sich auf Dauer einzurichten. Zu den bisherigen Maßnahmen in dieser Richtung, wie z.B. die Ausschaltung jeglicher, auch der bürgerlichen Opposition, soll jetzt eine neue Verfassungsänderung treten.

Ein Sonderausschuß der regierenden Kongreßpartei hat Änderungsentwürfe ausgearbeitet, nach denen die „demokratische Gewaltenteilung" in Indien fortan völlig aufgehoben werden soll. Da die Kongreßpartei in beiden Häusern über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, wird sie ihre Vorstellungen ohne Schwierigkeiten auch im Parlament durchsetzen können.

Eine Empfehlung der Kongreßpartei hat zum Ziel, Verfassungsänderungen *„selbst in ihrer sogenannten Grundstruktur allein dem Parlament zu überlassen"* („FAZ", 6.8.1976). Somit können Verfassungsänderungen nicht länger vom Obersten Gerichtshof angefochten werden. Ebenso sollen mögliche Wahlmanipulationen gerichtlicher Prüfung entzogen werden.

Ferner ist beabsichtigt, bürgerliche Pflichten den fundamentalen Grundrechten überzuordnen. Da die Grundrechte außer Kraft gesetzt und abgeschafft sind (durch Ausnahmezustand, Streikverbot etc.) heißt das, daß die indische Bevölkerung jetzt nur noch Pflichten gegenüber der Regierung hat – was jetzt sogar in der Verfassung verankert wird. Künftig soll auch der Staatspräsident nicht mehr das Recht haben, über die Aufteilung der Geschäftsbereiche im Kabinett mitzuentscheiden.



Indira, Kaiserin von Indien, mit Kronprinz Sandschaj

Diese Vorschläge laufen auf eine Einparteiendiktatur unter der Regie von Indira Gandhi und mit festgelegter „Erbfolge" hinaus. Sie sollen unter anderem dem „Kronprinzen" Sanjay Gandhi *„den Weg ins Parlament ebnen, ohne Neuwahlen abhalten zu müssen"* („FAZ", 6.8.1976).

Nach der Verfassungsänderung nennt sich Indien künftig *„souveräne demokratische, säkulare und sozialistische Republik"*...

Asien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sie zogen nach Wolle aus, aber kamen geschoren heim

Zur Konferenz der „kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" in Berlin/DDR (Teil 1)

Nach fast dreijähriger (!) Vorbereitung ging am 29./30. Juni '76 in Berlin / DDR die Konferenz „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" über die Bühne. Dazu waren die Spitzenvertreter von 29 sogenannten „kommunistischen und Arbeiterparteien Europas", die annähernd 30 Millionen Parteimitglieder repräsentieren, angereist. In dieser illustren Gesellschaft fehlte mithin nur eine der revisionistischen europäischen Parteien, die „KP" Islands.

Obwohl also nahezu alles, was in der Revisionisten-Szene Europas Rang und Namen hat, für zwei Tage in Berlin an einem Tisch versammelt war, stand diese Konferenz keineswegs im Zeichen der Einheit und Geschlossenheit, sondern brachte – wie keine vergleichbare Veranstaltung vor ihr – die auseinanderstrebenden Tendenzen und den Zerfall der revisionistischen Bewegung zum Ausdruck. Das als „Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien" bezeichnete 48seitige Elaborat, das in zahllosen Sitzungen von einer „Redaktionskommission" ausgehandelt wurde, enthält den kleinsten „gemeinsamen Nenner" der teilnehmenden Parteien und klammert alle Widersprüche zwischen ihnen aus. Dieses „Dokument", das niemanden zu nichts verpflichtet, fehlende Überzeugungskraft durch endlose Wiederholungen, beschwörende Appelle und fromme Wünsche ersetzt, wurde durch die „Diskussions"beiträge der Delegationsleiter auf der Berliner Konferenz nicht verändert, obwohl die Reden der Revisionistenhäuptlinge nicht nur zueinander, sondern auch zum Dokument unstimmig waren.

Der „sozial"chauvinistische Generalsekretär der italienischen „KP", Enrico Berlinguer, sprach noch auf der Berliner Konferenz selbst dem „Dokument" jeden praktischen Wert für seine Partei ab. Er stellte klar, *„daß es auf jeden Fall nicht einmal indirekt (!) den Anspruch (!!) erhebt, die volle Unabhängigkeit jeder Partei in ihrer inneren und internationalen Linie und ihrer politischen und theoretischen Arbeit zu beeinträchtigen (?!!)"* und er nannte es *„natürlich"*,
die volle Unabhängigkeit jeder Partei in ihrer inneren und internationalen Linie und ihrer politischen und theoretischen Arbeit zu beeinträchtigen (?!!)" und er nannte es *„natürlich"*,
daß *„der Inhalt des Dokuments . . . nicht die spezifischen Positionen der verschiedenen Parteien wider(spiegelt)"* (zit. nach „DVZ", 8. Juli).

Während namentlich die Führer der KPDSU zum Abschluß der Berliner Tagung von nunmehr bevorstehenden *„gemeinsamen kollektiven Aktionen"* zur Durchsetzung der *„gemeinsam erarbeiteten Kampfziele"* sprachen (so Breschnew, lt. „FAZ", 2.7.), behauptete Berlinguer, das Treffen habe *„keiner Partei Direktiven oder Bindungen auferlegt"* (lt. „Die Tat", 9.7.), und der französische Revisionistenchef, Marchais krönte seinen Auftritt in Berlin mit der vielbeachteten Feststellung, daß *„Konferenzen wie die gegenwärtige . . . nicht den Bedürfnissen der Epoche (entsprechen)"* (lt. „Vorwärts", 8.7.).

In scheinbarem Widerspruch zu diesen unterschiedlichen Interpretationen steht es, wenn nach der Berliner Konferenz ausnahmslos alle revisionistischen Parteien die Veranstaltung bzw. deren Ergebnisse positiv bewerten: als *„vollen Erfolg"* (PVAP Polen), als *„Demonstration der Solidarität"* (SED), als *„ein wichtiges Ereignis"* (J.B. Tito, Jugoslawiens Staatschef), als *„einen großen Schritt vorwärts"* (Berlinguer) oder als *„einen bedeutenden Fakt"* (Marchais) (Zitate nach „UZ", vom 2./3. und 6.7.).

Tatsächlich können sowohl die Initiatoren des Berliner Schauturnens (die KPDSU-Führer) als auch die auf „Unabhängigkeit" vom Kreml bedachten Parteichefs mit gewisser Berechtigung „Zufriedenheit" äußern: Die ersteren, weil das Treffen überhaupt zustande kam und somit wenigstens optisch der Schein einer „Einheit zwischen den Bruderparteien" erhalten blieb – und die letzteren, weil ihnen auf großer Bühne die Gelegenheit geboten wurde, ihren „eigenständigen" Kurs der Anpassung an den Imperialismus bzw. die Bourgeoisie des eigenen Landes vorzutragen.

Ein Blick hinter die Kulissen des Berliner Theaters und eine nähere Prüfung des dort Gebotenen werden zeigen, daß die Zeichen in der revisionistischen Bewegung nicht auf „Einheit", „internationale Solidarität" und „gemeinsame Aktionen" stehen, sondern daß im Gegenteil der Prozeß der Desintegration unaufhaltsam voranschreitet.

Mitte Oktober 1974 versammelten sich in Warschau die Vertreter der revisionistischen Parteien Europas zu einem sogenannten „Konsultativ-Treffen". Dort wurde auf Vorschlag der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" (PVAP) und der „KP" Italiens beschlossen, eine neue „Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" für die erste Jahreshälfte 1975 nach Berlin/DDR einzuberufen.

Nach Meinung der KPDSU-Führung sollte die geplante Berliner Konferenz zwei *„grundlegende Dokumente"* verabschieden; eins *„von der Art einer politischen Deklaration..., in der die Ergebnisse der Diskussion (!) zusammengefaßt und das Programm gemeinsamer Aktionen"* formuliert werden sollten (lt. „FAZ", ebenda). – Ein Weiteres sollte ein Kommunique sein, in dem die gemeinsamen Positionen und Losungen der Konferenzteilnehmer zusammengefaßt werden sollten.

Die italienischen Revisionisten, die immerhin im Gegensatz zu den KPDSU-Führern offiziell zu den Mitinitiatoren des Warschauer „Konsultativtreffens" gehörten, wollten von derartigen Festlegungen nichts wissen. Sie hielten das Warschauer Treffen überhaupt nur insofern für *„notwendig und nutzbringend"*, als *„die kommunistischen Parteien unseres Kontinents ihre Meinungen über die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Konferenz austauschen"*.

Auch das Berliner Konferenzprojekt sollte dem **Meinungsaustausch** darüber dienen, *„wie neue Ziele der Entspannung ... und der Proezß, der auf die Beseitigung der Blöcke gerichtet ist, einzuleiten sind"* (lt. „FAZ", ebenda).

Während die Vertreter des jugoslawischen Revisionismus die Positionen der „KP" Italiens unterstützten, sprachen die Führer der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei" im Sinne des KPDSU-„Vorschlages" und betonten den *„untrennbaren Zusammenhalt und die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen und internationalen Aufga-*
schlages" und betonten den *„untrennbaren Zusammenhalt und die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen und internationalen Aufga-*
ben unserer Parteien" (lt. „FAZ", ebenda).

Zusammengefaßt heißt das, daß unter den Teilnehmern des Warschauer „Konsultativtreffens" Einigkeit nur darüber bestand, daß eine Konferenz in Berlin/DDR stattfinden sollte – aber daß es ganz unterschiedliche Auffassungen darüber gab, was das denn für eine Konferenz werden sollte. Während die von der KPDSU angeführte „Fraktion" eindeutig darauf drängte, auf der geplanten Konferenz für alle Parteien verbindliche Beschlüsse („Aktionsprogramm") zu fassen, wollten die in Opposition zur KPDSU stehenden Parteien (namentlich die Revisionisten Italiens, Jugoslawiens, Spaniens, Frankreichs und Rumäniens) nur an einem unverbindlichen Meinungsaustausch teilnehmen. Über diesen – im Grunde genommen unversöhnlichen – Widerspruch kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich die Revisionisten in Warschau schließlich auf das Konferenzthema: „Der Kampf für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt in Europa" einigten.

Dummdreist versuchten namentlich die KPDSU- und SED-Führer in ihren Presseorganen glauben zu machen, daß das Warschauer Treffen im Zeichen der „Einheit" gestanden habe und *„im Geiste des proletarischen Internationalismus"* verlaufen sei; die zutage getretenen Widersprüche wurden nicht einmal erwähnt („Neues Deutschland", vom 25.10.74). Engels hat diese Sorte von *„Einigungsfanatikern"* einmal in einer bissigen Polemik als *„die größten Krakeeler und Schurken"* bezeichnet, *„die alles in einem bestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden..."* (Briefe an A. Bebel, Moskau 1933, Bd. I., S. 93/94).

Bereits auf dem zweiten, für Dezember 1974 nach Budapest einberufenen „Konsultativtreffen" prallten die Widersprüche hinsichtlich des Konferenzziels wesentlich schärfer aufeinander. Während die Vertreter der in Opposition zur KPDSU stehenden revisionistischen Parteien ausdrücklich gegen jede Form eines verbindlichen Aktionsprogramms Stellung nahmen, behauptete der Sprecher der sowjetischen Delegation Ponomarjow, *„...alle Bruderparteien seien sich darin einig, daß ein* **‚Programm gemeinsamer konkreter Aktionen'**, *das sich auf eine kollektive Analyse der gegenwärtigen europäischen Situation stützen müsse,* **‚der Kern des Hauptdokuments'** *der bevorstehenden Konferenz sein müsse"* (lt. „FAZ", 29.6.76).

Ponomarjow erhielt Schützenhilfe von dem SED-Delegierten Markowski, der in dem „Hauptdoku-
(lt. „FAZ", 29.6.76).
Ponomarjow erhielt Schützenhilfe von dem SED-Delegierten Markowski, der in dem „Hauptdoku-
ment" der Berliner Konferenz auf jeden Fall die *„Bedeutung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPDSU, seine praktische Umsetzung und inspirierende Wirkung"* gewürdigt wissen wollte (und zwar *„gebührend"*) – was nach seiner Vorstellung bedeutete, daß *„man auf keinen Fall außer Acht lassen* (darf), *daß die Stärkung der Verteidigungskraft* (sprich: Aufrüstung, Anm. AK) *der UDSSR und der Staaten des Warschauer Paktes maßgeblich dazu beigetragen hat, daß der Imperialismus auf die militärische Variante seiner aggressiven Konzeption verzichten (!) mußte und die Normen der friedlichen Koexistenz sich in zunehmendem Maße durchsetzen (!?)"* (lt. „FAZ", ebenda).

Es war klar, daß auf der Basis der von KPDSU und SED entwickelten Vorstellungen keine Einigung erzielt werden konnte. Auch der Vorschlag der ungarischen „KP", daß *„alle Parteien...selbständig, auf der Grundlage ihrer eigenen Beschlüsse..., aber geleitet von der Verantwortung für die gemeinsame Sache, teilnehmen werden"* (lt. „FAZ", ebenda), vermochte die unterschiedlichen Positionen nicht „auf einen Nenner" zu bringen.

So wurde zum Abschluß des Budapester „Konsultativtreffens" lediglich eine sogenannte „Redaktionskommission" – bestehend aus Formulierungskünstlern und Spezialisten für faule Kompromisse – eingesetzt, die einen Dokumentenentwurf erarbeiten sollte.

Den tatsächlichen Verlauf und die dürftigen Ergebnisse des Budapester Treffens total auf den Kopf stellend, phantasierten sowohl das „Neue Deutschland" als auch die „Prawda" **in gleichlautenden Artikeln:** *„Budapest wurde ein neuer, überzeugender Beweis dafür, daß die europäische kommunistische Bewegung einig und geschlossen ist..."* und *„die politische Diskussion... habe die ‚umfassende Übereinstimmung' der Ansichten der kommunistischen Parteien Europas zu allen Grundproblemen und Aufgaben des Kampfes für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt auf dem Kontinent unterstrichen"* (zit. nach „FAZ", ebenda).

Zu diesem verlogenen Jubelbericht kontrastiert in bemerkenswerter Weise, daß der ursprünglich für die Berliner Konferenz anberaumte Termin ohne Begründung verschoben wurde und die Strategen in der „Redaktionskommission" zahllose Sitzungen und immerhin den Zeitraum vom Februar 1975 bis Juni 1976 brauchten, um ihre angeblich „umfassende Übereinstimmung" als Dokumentenentwurf zu Papier zu bringen.

Hinter den Kulissen und neben der Bühne

gen.
Hinter den Kulissen und neben der Bühne

Was sich dann von Anfang 1975 bis Mitte dieses Jahres in der Revisionisten-Szene Europas zugetragen hat, gibt mehr noch als die Berliner Konferenz selbst Aufschluß über den Zustand der sogenannten „kommunistischen und Arbeiterparteien" und das Niveau der Beziehungen zwischen ihnen.

Zum einen war diese Zeit dadurch gekennzeichnet, daß namentlich die französischen, italienischen und spanischen Revisionisten immer weiter auf bürgerliche, proimperialistische Positionen abdrifteten, die Restbestände revolutionärer Theorie aus ihren Programmen und Statuten tilgten und sich an der – von den Imperialisten aufgebauschten – Nebenfrage der bürgerlichen Opposition in den „sozialistischen Ländern" von ihren dort herrschenden „Bruderparteien" abzugrenzen versuchten (siehe hierzu auch den Artikel in AK 72/Januar 1976).

Zum anderen wurde vor diesem Hintergrund in Berlin/DDR die Komödie „Vorbereitungstreffen der Redaktionskommission" gespielt und – unbeirrt vom tatsächlichen Gang der Dinge – nach den jeweiligen Zusammenkünften davon gesprochen, daß man *„in einer Atmosphäre der brüderlichen Zusammenarbeit"* getagt und daß man *„einen wichtigen Schritt vorwärts"* getan habe.

Tatsächlich hat sich – bis unmittelbar vor Beginn der Berliner Konferenz Ende Juni 1976 ! – nicht nur keine Annäherung der gegensätzlichen Ansichten hinsichtlich des Konferenzzieles ergeben, sondern die Positionen haben sich zum Teil sogar noch verhärtet. Es ist charakteristisch für das gesamte revisionistische Konferenzprojekt, daß diese unbestreitbare Tatsache nicht ehrlich in den offiziellen Kommuniqués der „Redaktionskommission" zugegeben und erläutert wurde, sondern nur aus den Erklärungen einzelner Parteienvertreter (abseits der Vorbereitungstreffen) öffentlich wurde.

Im folgenden wollen wir diese Auseinandersetzung „hinter den Kulissen und neben der Bühne" dokumentieren und zeigen, wie sich in deren Verlauf eine Front gegen die Ansprüche der KPDSU-Führung organisierte und diese schließlich zum Nachgeben zwang:

– Im **September 1975**, also mehr als ein halbes Jahr nach der ersten Sitzung der „Redaktionskommission", bezeichneten „K"PI-Offizielle die bis dahin vorgelegten Dokumentenentwürfe als *„unannehmbar, und zwar nicht nur für die italienische Partei (!)"* (lt. „FAZ", 29.6.76).

– Im **November 1975**, als der französische Revisionisten-Chef Marchais zu Beratungen mit Berlinguer nach Rom reiste, nannte es die französische „KP" *„völlig ausgeschlossen"*, daß die geplante Konferenz über eine *„gemeinsame Strategie"* entscheide (lt. „FAZ", ebenda). Gemeinsamkeiten suchten und fanden demgegenüber offenbar Marchais und Berlinguer bei ihren zweiseitigen Beratungen: In einer gemeinsamen Erklärung vom 15. 11. 1975 machten sich beide Seiten stark für einen „demokratischen Sozialismus", der durch *„Parteienpluralismus"*, *„allgemeines Wahlrecht"* und *„die freie Entfaltung und den demokratischen Wechsel von Mehrheit und Minderheit"* gekennzeichnet sein sollte. Die imperialistische EG wurde nicht in Frage gestellt, sondern die Revisionistenführer forderten deren *„Demokratisierung"* (lt. „FR", 20.11. und „Le Monde", 19.11.75). – Nach Marchai's Rückkehr aus Rom intensivierte die „KP" Frankreichs demonstrativ ihre Kritik-Kampagne gegen die Behandlung der „Opposition" in der Sowjetunion – was seinen vorläufigen Höhepunkt darin fand, daß Marchais selbst es ablehnte, zum KPDSU-Parteitag nach Moskau zu fahren und zur Begründung dazu im französischen Fernsehen erklärte: *„Wir haben mit unseren sowjetischen Freunden augenblicklich Differenzen über den demokratischen Sozialismus, und es ist daher besser, wenn ich jetzt nicht nach Moskau reise"* (zitiert nach „Welt", 14.6.76).

– Im **Dezember 1975** meldete sich Rumäniens Parteichef Ceausescu – ebenfalls außerhalb der Berliner Vorbereitungstreffen – zu Wort und gab der bürgerlichen „Süddeutschen Zeitung" zu Protokoll, daß die geplante Konferenz *„nicht die Annahme von bindenden Beschlüssen für die Parteien vorschlagen* (darf). *Sie soll vielmehr einen freien Meinungsaustausch im Geiste eines gegenseitigen Respekts und*
Sie soll vielmehr einen freien Meinungsaustausch im Geiste eines gegenseitigen Respekts und
der Achtung erbringen" (20./21.12. 1975).

– Für **Anfang Mai 1976** war die „Redaktionskommission" abermals nach Berlin einberufen worden. Während das offizielle Kommunique wieder den üblichen Schmus enthielt, enthüllte der Vertreter der jugoslawischen Revisionisten, A. Grlickov, gegenüber der Nachrichtenagentur seines Landes, „Tanjug", daß *„trotz der erneuten Bemühungen... keine Einigung erzielt werden* (konnte)". Dies gelte „**vor allem für Fragen von prinzipieller und grundlegender Bedeutung**". Grlickov, der keine näheren inhaltlichen Angaben zu den Differenzen machte, äußerte die Ansicht, daß noch *„ernste Arbeit und Bemühungen"* notwendig seien, um die ohnehin nur *„begrenzten Ziele"* der geplanten Konferenz zu erreichen („Tanjug", 12.5.76).

– Deutlicher als der „Diplomat" Grlickov wurde ein Sprecher des B„K"J in Radio Zagreb am **15. Mai 1976** (wir zitieren das im folgenden so ausführlich, weil die Revisionisten damit selbst die ganze Verlogenheit ihres „Einheits"geschwätzes und den Wert ihrer offiziellen Kommuniques entlarven!). Es hieß da:

„Viele Parteien, einschließlich des BKJ, stellen sich entschieden *gegen jegliche Art verpflichtender Zusammenarbeit* **(!)... wie auch gegen jegliche Institutionalisierung der beratenden Treffen, auf denen die politische Generallinie für alle Parteien festgelegt werden würde".**

Mit Entschiedenheit wandte sich der Sprecher gegen die offenbar in Berlin vorgeschlagene *„Fortführung der geplanten Konferenz ... mittels vorbereitender Treffen – oder gar die Verwandlung der geplanten Konferenz in eine Einleitung zu irgendwelchen Formen der Manifestation"*. Er berichtete von dem Antrag und verwahrte sich zugleich dagegen, *„daß die Haltung gegenüber der KPDSU das Kriterium für die Loyalität gegenüber dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus war, ist und bleibt* (!)".

Den KPDSU-Führern wird explizit der Vorwurf gemacht, *„sich niemals von dieser Interpretation des proletarischen Internationalismus losgesagt"* zu haben und damit einen *„Stolperstein für die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien"* gelegt zu haben. Den KPDSU-Führern wird – und das ist die Spitze in dieser Polemik – das Bestreben











aus der italienischen Zeitung "nuova unità", 15.6.76

Fortsetzung Seite 44

nachgesagt, andere *„sozialistische Länder und kommunistische Parteien" „u n t e r j o c h e n"* zu wollen.

Der B„K"J-Sprecher schloß seinen Beitrag mit der Feststellung, daß die grundlegenden Differenzen *„während der Vorbereitung zur Konferenz der europäischen Parteien stets* (!) *sichtbar* (?) *geblieben* (sind). *Viele davon bestehen weiterhin* (!), *und das ist der Hauptgrund dafür, warum es noch immer nicht mit Sicherheit bekannt ist, wann die Konferenz abgehalten wird* (!), *und ob alle Parteien daran teilnehmen werden".*

– Am **26. Mai 1976** kommen die jugoslawischen Revisionisten in Radio Zagreb sogar zu der Vermutung, *„als ob im Verlauf der Vorbereitungen* (zur Berliner Konferenz, Anm. AK) *die Differenzen noch schärfer zur Geltung"* gekommen wären. Und der Kommentator ging so weit, zu empfehlen, **„die italienischen Vorschläge, man möge die Konferenz bis Herbst verschieben (!!!), ohne weiteres anzunehmen"** (Milika Subdic, in Radio Zagreb, zit. nach „Monitor Dienst").

Zumindest zu diesem Zeitpunkt war absolut klar und wurde auch öffentlich (wenn auch „neben der Bühne"), daß die Vorbereitungsarbeiten zur Berliner Konferenz in einer Krise steckten und diese selbst in Frage stand. Die in Opposition zur KPDSU stehenden Parteien versicherten sich deshalb noch einmal ab **Mitte Mai 1976 in zweiseitigen Gesprächen und auf gemeinsamen Meetings, daß sie nicht bereit wären, von ihren Vorstellungen hinsichtlich des Konferenzcharakters und -ziels** (unverbindlicher „Meinungsaustausch") abzugehen: Eine Delegation der italienischen „KP" hielt sich unter anderem zu diesem Zweck für drei Tage bei ihrer spanischen „Bruderpartei" in Madrid auf (Mitte Mai). Spaniens „KP"Chef Carillo war anschließend Gast von Jugoslawiens Staatschef Tito (19./20. Mai) und flog von dort zu zweitägigen Beratungen in die rumänische Hauptstadt („FAZ", 24.5.76). Am 3. Juni trafen sich Marchais und Berlinguer in Paris und bekundeten auf einer Massenkundgebung von 100.000 Menschen noch einmal ihren „unabhängigen Weg" zu dem, was sie „demokratischen Sozialismus" nennen („die tat", 11.6.76).

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das „Kommunique", das zum Abschluß von Carillos Besuch in Belgrad veröffentlicht wurde: Neben den üblichen Bekenntnissen zur „Unabhängigkeit und Gleich-

berechtigung" der verschiedenen Parteien, wurde es für notwendig ge-

berechtigung" der verschiedenen Parteien, wurde es für notwendig gehalten, sich *„gegen Bestrebungen zum Wiederaufbau oder dem Bestehen* (?!) *internationaler Führungszentren in jedweder Form, gegen Einmischung in das innere Leben einzelner Parteien...sowie gegen die Verurteilung anderer Parteien auf internationalen Treffen"* auszusprechen (zit. nach „Monitor Dienst").

Daß die spanischen und jugoslawischen Revisionisten hier nicht von eigenen „Bestrebungen", sondern von Dritten (vor allem der KPDSU-Führung) sprechen, liegt ja wohl auf der Hand!

Für die Strategen im Kreml schien nunmehr ein Einlenken angezeigt und Eile geboten, zumal die nächste Sitzung der „Redaktionskommission" für den 8. Juni ff. nach Berlin/DDR einberufen war. Breschnew schickte also Anfang Juni den ZK-Sekretär Katuschew zu *„langen und offenen"* Gesprächen (so das Kommunique, lt. „Welt", 8.6.76) nach Belgrad, um Tito eine *„persönliche Botschaft"* des KPDSU-Generalsekretärs zu überbringen und mit den jugoslawischen Revisionisten-Führern eine „Kompromiß"formel in der strittigen Konferenzfrage auszuhandeln.

Nachdem Katuschew Jugoslawien wieder verlassen hatte, schien sich der düstere Himmel wieder aufgehellt zu haben. Ohne irgendetwas zu erklären, wurde jedenfalls in der jugoslawischen Zeitung „Politika" plötzlich behauptet, daß sich bei der sowjetischen Seite eine *„immer agilere* (?!) *und sogar tolerantere ... Beteiligung"* an der Auseinandersetzung um den *„proletarischen Internationalismus"* eingestellt habe (zitiert nach „FAZ", 15.6.76).

Tatsächlich hat die KPDSU-Führung darauf verzichtet, an ihrer Forderung, die geplante Konferenz solle ein „Aktionsprogramm" beschließen, festzuhalten.

Damit war – nach einer weiteren Serie von zweiseitigen Konsultationen zwischen den jugoslawischen, italienischen, spanischen und anderen Revisionisten (lt. „SZ" und „FAZ" vom 9.6.76) – der Weg frei für die Berliner Konferenz, die von der „Redaktionskommission" für den 29. und 30. Juni einberufen wurde.

(wird fortgesetzt)

Praktiziert die DKP Faschismus?

Drei Leserbriefe liegen der Redaktion vor (alle drei aus Hamburg), die sich kritisch mit einem Aspekt der Stellungnahme des Leitenden Gremiums des KB, *„Jetzt ist Schluß! – Strafanzeigen und andere Schutzmaßnahmen gegen DKP-Schläger"* (siehe AK 84), befassen. Die Kritik der Genossen gilt dem Satz: *„Als Demokraten und Kommunisten werden wir es nicht hinnehmen, daß die DKP im Namen des ‚Kommunismus' und der ‚Demokratie' Faschismus und Unterdrückung in aller Öffentlichkeit praktiziert".* Dazu schreiben beispielsweise einige Genossen des SSB in ihrem Brief: *„Wir sind der Meinung, daß es falsch ist, in diesem Zusammenhang von Faschismus zu sprechen, denn Faschismus bezeichnet eine Herrschaftsform und nicht eine einzelne faschistische Maßnahme.*

Außerdem bezieht sich der letzte Absatz nur auf die Schlägermethoden der DKP, dies reicht jedoch nicht aus, um von praktiziertem Faschismus zu sprechen. Daher meinen wir, daß man richtiger von einer faschistischen Methode sprechen sollte!" Ein Genosse aus Hamburg-Altona schreibt: *„....kann man durchaus den Vergleich zu Überfällen der Faschisten ziehen und von faschistischen Methoden sprechen. In diesem Zusammenhang aber davon zu sprechen, daß die DKP Faschismus in aller Öffentlichkeit praktiziert, halte ich für falsch".* Ein anderer Genosse aus Altona schreibt: *„.... Das ist eine unkorrekte Verallgemeinerung der Tatsache, daß sich die Methoden der DKP-Schläger in nichts von denen der Faschisten unterscheiden. Die Motivation bzw. Ideologie der Schläger ist aber jeweilig eine andere...*

Wie auch richtig benannt, sind die brutalen Schlägereinsätze der DKP Ausdruck ihres Abwirtschaftens und der Unfähigkeit, eine offene und solidarische Auseinandersetzung zu führen. Diffamierungen und inhaltlose Hetze in Betrieb, Gewerkschaft und in den Reihen der DKP gegen unsere Genossen und Sympathisanten sind die eine Seite, brutale Gewalt gegen uns als konsequente Kritiker falscher Politik die andere Seite der Politik der DKP-Führer. Aber Faschismus umfaßt noch mehr".

Diese Leserbriefe, die auch durch mündliche Diskussionen ergänzt werden, scheinen uns in der Stoßrichtung vollauf berechtigt und bedürfen in der Begründung wohl kaum einer Ergänzung. Aus den genannten Gründen ist es in der Tat völlig falsch, von „praktiziertem Faschismus" zu reden. **Bei diesem Fehler handelt es sich um eine Schlamperei in der Formulierung nicht jedoch um eine „neue Linie".** Nach wie vor werden wir allen Thesen aus dem „ML"-Sumpf vom „Sozialfaschismus" der DKP oder der DDR entschieden entgegentreten; vor allem werden wir weiterhin die haarsträubende These bekämpfen, daß die DKP der „Hauptfeind" (!!!) der westdeutschen Arbeiterklasse sei. Stärker als bisher muß jedoch in unserer Agitation und Propaganda die Entlarvung der Schläger-Methoden der DKP eng verbunden werden mit der Entlarvung ihrer Propaganda vom „realen Sozialismus", das heißt ihrer Unterstützung für die terroristische Unterdrückung der Arbeiterkämpfe wie jetzt in Polen. Das heißt: Die DKP, die hierzulande auf Andersdenkende eindrischt, preist zugleich einen Staat als „sozialistisch" an, in dem die Unterdrückung der Arbeiterkämpfe im großen Stil erfolgt – mit brutalen Haftstrafen oder (wie 1970) mit einem Blutbad unter demonstrierenden Arbeitern.

Bei der Entlarvung dieses Zusammenhangs in der DKP-Politik müssen wir billige „Anleihen" beim Antikommunismus (a la „ML" oder KBW) ebenso vermeiden wie übertriebene Zurückhaltung und Schonung der DKP und ihres „realen Sozialismus".

Über 100 Revolutionäre im Knast

So „tüchtig" ist Tito's Polizei

Wiederholt haben wir im AK von der Verfolgung und Unterdrückung berichtet, der die verbotene Kommunistische Partei in Jugoslawien ausgesetzt ist. Letztes, schärfstes Beispiel war das Anfang Juli in Belgrad gegen den Genossen Dapcevic, angeblichen Führer der verbotenen Kommunistischen Partei, verhängte Todesurteil, das dann in 20jährige Haft umgewandelt wurde.

Jugoslawien ist das e i n z i g e revisionistische Land mit einer starken und organisierten linken Opposition. Der Grund dafür liegt vor allem in der Tradition der jugoslawischen Linksopposition, die sich schon Ende der 40er Jahre formierte, als das Tito-Regime mit der kommunistischen Weltbewegung brach und den Weg des Revisionismus einschlug.

Neuere offizielle Angaben geben weiteren Aufschluß über die Stärke der jugoslawischen Linksopposition und über die Schärfe der Repression, der sie ausgesetzt sind: Nach Angaben des jugoslawischen Innenministers konnten dank einer *„gesteigerten Tüchtigkeit der Sicherheitsorgane"* in den beiden letzten Jahren 13 oppositionelle Gruppen mit insgesamt 237 Mitgliedern entdeckt und verurteilt werden.

Davon werden 105 als Mitglieder oder Sympathisanten der verbotenen Kommunistischen Partei bezeichnet! (FAZ und ‚Welt', 22.7.76).

Jugoslawien hat es stark zu tun mit reaktionären, pro-faschistischen und nationalistischen Banden, die sich u.a. auch solcher Mittel wie Bombenanschläge, Sabotage, bewaffnete Überfälle usw. bedienen. Gemessen daran ist die Zahl von 132 Verurteilten nicht einmal hoch. Bezeichnend für den Charakter des Tito-Regimes ist jedoch die Tatsache, daß in einem sich selbst als „sozialistisch" bezeichnenden Land rund 50% der insgesamt verurteilten politischen Gegner nicht etwa Reaktionäre und Faschisten, sondern Kommunisten und Revolutionäre sind! Dieses Ergebnis ist e i n m a l i g !

Solidarität mit den jugoslawischen Kommunisten und Revolutionären! Nieder mit der Tito-Diktatur!

Wer im Glashaus sitzt! ....

Im AK 85 (S.40) berichteten wir vom Besuch des „konservativen" australischen Ministerpräsidenten Fraser in der VR China. Fraser, der erst kürzlich die bisherige „Labour"-Regierung abgelöst hatte und der eine Aussenpolitik der stärkeren Anlehnung an den US-Imperialismus (insbesondere Stärkung des ANZUS-Militärpakts, in dem Australien, USA und Neuseeland zusammengeschlossen sind) und verschärfter Kriegshetze gegen die Sowjetunion betreibt, war von der chinesischen Regierung bei seinem Besuch entsprechend hofiert worden. Insbesondere sein Geschwätz über die Gefahr, die angeblich von der sowjetischen Kriegsflotte im Indischen Ozean ausgehe, war aufgeschlürft wie Honig.

Nachdem er sich seinen Gastgebern zuliebe dermaßen ins Zeug gelegt hatte, hielt Fraser es offenbar für angeraten, nach seiner Rückkehr wieder einige Abstriche zu machen: Er sei *„nicht in das antisowjetische Lager eingeschwenkt"* und er glaube, daß *„gute Beziehungen zur Sowjetunion"* für Australien wichtig seien.

Bemerkenswert ist nun, daß diese Erklärung offenbar im revisionistischen Lager sehr dankbar aufgenommen wurde (siehe nebenstehender kommentarloser Bericht der DDR-Zeitung „horizont").

Die Revisionisten machen zwar gern der VR China den Vorwurf, sie verbünde sich mit den „reaktionärsten, aggressivsten Kräften" der internationalen Szene. Zugleich legen die Revisionisten selbst aber allergrößten Wert darauf, ihre eigenen „guten Beziehungen" zu eben diesen reaktionären und aggressiven Kräften zu erhalten, wenn möglich auszubauen und sogar öffentlich zu betonen. Ihre demagogischen Angriffe gegen die chinesische Außenpolitik dienen nur dem e i g e n e n Werben der Revisionisten um die Gunst eben dieser reaktionären und aggressiven Kräfte. Ob das nun die US-Imperialisten selbst sind oder irgendwelche unter ihren Vasallen!

AUSTRALIEN

Hongkong (Reuter) – Australien ist durch die Verbesserung seiner Beziehungen zur Volksrepublik China nicht in das „antisowjetische Lager" eingeschwenkt. Das erklärte Ministerpräsident Malcolm Fraser nach Beendigung eines Besuches in Japan und China bei einem Zwischenaufenthalt in Hongkong. „Unsere Beziehungen zur Sowjetunion sind gut und umfassend", sagte Fraser. „Wir glauben, daß gute Beziehungen zur Sowjetunion wichtig sind. Wir unterstützen entschieden den Prozeß der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion."

Nr. 29/1976 – horizont – 19

Auseinandersetzung mit dem „Arbeiterbund"

Auseinandersetzung mit dem „Arbeiterbund"

Wie ist der Kampf gegen die DKP zu führen?

Wir haben in letzter Zeit in mehreren Artikeln des AK die unserer Meinung nach nicht nur opportunistische, sondern auch selbstmörderische Taktik des bayrischen „Arbeiterbund" gegenüber der DKP kritisiert. Wir kritisierten, daß der AB kommunistische Aktionseinheits-Politik mit einem Zurückweichen vor dem Revisionismus verwechselt und daß diese Taktik letztlich nicht etwa dazu führt, die DKP-Führung zu isolieren, sondern dazu, Verwirrung und Schwankungen in die Reihen des AB selbst hineinzutragen.

Hierzu erreichte uns eine Stellungnahme des KHB Nürnberg (der KHB ist die Studentenorganisation des AB), dessen ersten Teil wir hier abdrucken. Der zweite Teil der Stellungnahme befaßt sich mit einer angeblich falschen Wiedergabe von Bündnisverhandlungen über eine Anti-Strauß-Aktion im AK. Hierzu haben wir die Nürnberger Genossen um eine Antwort gebeten, um diese Sache schnellstmöglich auch im AK zu klären.

Wir betrachten es selbstverständlich nicht als unsere Pflicht, „Leserbriefe" von Organisationen abzudrucken, die an zentraler Stelle s e l b s t nicht einmal bereit sind, eine ehrliche Auseinandersetzung zu führen, geschweige denn, daß sie Stellungnahmen anderer Organisationen in ihrer Presse veröffentlichen würden. Wir meinen jedoch, daß das T h e m a (Kampf gegen den Revisionismus) interessant genug ist, um einen Abdruck des „Leserbriefs" des KHB Nürnberg zu rechtfertigen.

Leserbrief des KHB Nürnberg

„Liest man die letzten AK's, so stellt man fest, daß in Bezug auf ‚Auseinandersetzung' mit dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD oft mit unrichtigen Behauptungen gearbeitet wird, die zur Klärung der Differenzen zwischen beiden Organisationen nichts beitragen, ihr vielmehr Schaden zufügen. Vor allem aber wird die Diskussion im AK an N e b e n f r a g e n geführt.

Des öfteren kommt von Euch der Vorwurf, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ‚kriecht der DKP in den Arsch' und weiter ‚je hündischer sich eine Organisation gegenüber den Revisionisten verhält, umso mehr wird sie natürlich getreten'. Wie wenig ihr euch der Auseinandersetzung stellt, zeigen solche Aussagen. Um was es tatsächlich geht, das steht im politischen Bericht und den wichtigsten Beschlüssen der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD – ihr solltet sie vielleicht doch einmal studieren: *'Wie aber sollen z.B. die Massen in der DKP Zweifel an ihrer Parteiführung bekommen, wenn sie aufgrund ihrer unmittelbaren praktischen Arbeit in diesem Land noch fest davon überzeugt sind, daß ihre Organisation eine Partei der Revolution ist? Nur, wenn sie überzeugt werden, daß die Taktik, sowie die Strategie der DKP, nämlich die sogenannte antimonopolistische Demokratie, sie nicht das Joch des Kapitalismus abschütteln läßt, sondern vielmehr den Leidensweg der Arbeiterklasse verlängern muß, wird diese Erkenntnis wesentlich dazu beitragen, daß sie auch über den gesellschaftlichen der Sowjetunion heute* (hier liegt im „Leserbrief" eine Verstümmelung des Zitats vor – Anm. AK) *ihre bisherige Position in Frage stellen'* (ebenda, Seite 41).

Wie wenig der KB den Zweck der Auseinandersetzung mit der DKP begriffen hat, beweist sein Artikel im AK Nr. 83 Seite 47, wo ihr schreibt: *'Das hinderte die Referentin des Arbeiterbundes natürlich nicht, drinnen dem DKP-Publikum bücherne Belehrungen in Marxismus-Leninismus zu erteilen, als ob sie es mit etwas begriffsstutzigen, aber ansonsten ganz gutwilligen Kindern zu tun hätte'.*

Uns scheint, politischer Stolz ist dem KB wichtiger, als ein Vorwärtskommen in der revolutionären Bewegung! Gerade dadurch, daß wir es der DKP-Führung nicht so einfach machen, die Kommunisten als ‚Maoisten' abzutun und sie als ‚Strauß-Freunde' zu diffamieren, dadurch, daß wir sie endlich zu einer ideologischen Stellungnahme zwingen – indem wir uns nicht einfach wie der KB abwimmeln lassen – wird es für die DKP-Führer immer schwieriger, ihre klassenversöhnlerische Politik vor ihren Mitgliedern zu rechtfertigen, die darauf hinausläuft, jede Aktionseinheit mit uns abzulehnen. Da, wo eine Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Kollegen, also auch mit DKP-Genossen, zustande kommt, müssen diese in immer größeren Widerspruch zu ihrer eigenen Führung geraten. Die Aktionseinheit dient ja gerade dazu, den sozialdemokratischen Kollegen zu zeigen, daß ihre eigenen Führer im Kampf um den Sozialismus auf der ‚anderen Seite der Barrikade' stehen und nur die Kommunisten die konsequentesten Kämpfer für die Sache des Proletariats sind. Ihr solltet Euch vielleicht doch einmal überlegen und den Sinn folgender Sätze studieren, die der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD auf seiner 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz noch einmal niedergelegt hat:

‚... der Hauptstoß gegen ihn (den deutschen Imperialismus) ist zur Zeit auf der Linie der Einheit der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter z u m Z w e c k d e r I s o l i e r u n g der ihn stützenden Sozialdemokratie ...' (ebenda, Seite 58) zu führen.

Damit ist eigentlich eindeutig benannt, welchen Zweck die Politik des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD gegenüber dem Sozialdemokratismus und den sozialdemokratischen Kollegen verfolgt! Mit welcher Ernsthaftigkeit Ihr Euch mit den Beschlüssen der 2. o. DK des Arbeiterbundes auseinandersetzt, wird unter anderem auch daran deutlich, daß Ihr behauptet – wohl in der Hoffnung, es würden Euch dann schon alle glauben – dies wäre ein neuer 'Schwenk' des Arbeiterbundes und seiner politischen Linie. Wir müssen Euch allen Ernstes fragen: Kennt Ihr überhaupt das Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD und wenn ja, habt Ihr es jemals gewissenhaft durchgelesen?

‚Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD behandelt die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter als Klassengenossen, die es zu überzeugen gilt, und die verräterischen Führer als Klassengegner, die es zu besiegen gilt' (Programm Seite 41) und *‚Er (der Arbeiterbund) bekämpft die DKP als konterrevolutionär wirkende Organisation, mit dem Ziel, die revolutionären Teile zu gewinnen für die Sache der Arbeiterklasse und um sie einzugliedern in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD!'* (Programm, Seite 42).

Diese allgemeine Aufgabe, die sich der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD in seinem Programm gestellt hat auf die heutige Situation übertragen, das ist ein Bestandteil der Beschlüsse und Dokumente der 2. o. DK des Arbeiterbunds!

Greift ihr die Politik des Arbeiterbunds gegenüber der neuen Sozialdemokratie, der DKP, an, so müßt ihr diese allgemeinen Aussagen widerlegen! Selbiges ist bis heute nicht passiert!".

Antwort der Redaktion des AK

So sehr wir es prinzipiell begrüßen, wenn auch seitens des AB öffentliche Auseinandersetzung um die Fragen kommunistischer Strategie und Taktik in unserem Land in Gang kommt, so wenig sind wir einverstanden mit der Form, in der das seitens der Nürnberger KHB-Genossen geschieht. Da wird beispielsweise behauptet, daß im AK gegen den AB „oft mit unrichtigen Behauptungen gearbeitet wird". Dieser schwerwiegende Vorwurf wird aber nicht im mindesten bewiesen, was im AB ja leider auch schon Tradition hat (siehe „Trotzkismus"-Vorwurf des AB gegen den KB !!).

Ferner operieren die Nürnberger KHB-Genossen mit der beim AB gleichfalls sehr gebräuchlichen Be-

Fortsetzung von Seite 44

hauptung, wir würden die Diskussion nur an „Nebenfragen" führen, statt an den „Hauptfragen". Hierbei geht der AB s o vor, daß er alle Streitpunkte um Fragen seiner k o n k r e t e n Politik unbeantwortet läßt, indem er behauptet, das seien „Nebenfragen", die folglich keiner öffentlichen Erörterung wert seien (beispielsweise der gesamte Komplex der chinesischen Außenpolitik wird vom AB zur „Nebenfrage" erklärt!). – Hier ist es nun so, daß die KHB-Genossen die gesamte k o n k r e t e Anwendung ihrer Taktik gegenüber der DKP zur „Nebenfrage" erklären, um stattdessen auf allgemeine ‚programmatische' Aussagen zu pochen.

Die Genossen behaupten, man könne die konkrete Politik des AB gar nicht angreifen, falls man nicht seine a l l g e m e i n e n (‚programmatischen') Aussagen widerlegt. Diese Argumentation ist – unabhängig von der Richtigkeit oder Falschheit der allgemeinen (‚programmatischen') Aussagen des AB - offenkundig unsinnig. Denn es leuchtet doch wohl unmittelbar ein, daß eine Organisation zu einem bestimmten Thema zwar allgemein „richtige" programmatische Aussagen machen kann, aber in der P r a x i s zu völlig falschen Handlungen kommen kann. Beispielsweise kann eine Organisation allgemein „richtige" Aussagen über die Politik der Aktionseinheit machen, aber sich in der P r a x i s entweder sektiererisch oder opportunistisch verhalten.

Mit ihrer Trennung von „Nebenfragen" und „Hauptfragen" weichen die AB-Genossen dieser konkreten Fragestellung aus. Sie möchten, daß nicht über d a s diskutiert wird, was sie konkret t u n, sondern über das was sie als „programmatische Aussagen" geschrieben haben und mit ihrer Taktik b e a b s i c h t i g e n.

Man wird im Leserbrief der Nürnberger KHB-Genossen ganz vergeblich nach einem einzigen Punkt suchen, wo sie zu einem konkreten Punkt unserer Kritik an der Taktik des AB gegenüber der DKP Stellung nehmen. Stattdessen werden wir auf ‚programmatische' Absichtserklärungen verwiesen. Wir haben jedoch überhaupt nicht bezweifelt, daß es die A b s i c h t des AB ist, mit seiner Taktik die DKP-Führung zu isolieren und die „revolutionären Teile zu gewinnen". Bezweifelt haben wir allerdings, ob die konkrete Anwendung dieser Taktik dem beabsichtigten Ziel dienen kann oder nicht. Das ist genau die Frage, um die es geht, und zu der die Nürnberger Genossen des KHB leider mit keinem Wort Stellung beziehen.
um die es geht, und zu der die Nürnberger Genossen des KHB leider mit keinem Wort Stellung beziehen.

Der AB hat zur Auseinandersetzung mit dem KB, die immerhin ansatzweise in Gang gekommen ist (was wir als Fortschritt ansehen!), bisher weitgehend nur Vernebelungs-Manöver geliefert. Wir bezweifeln nicht, daß einige AB-Führer auch stark daran interessiert sind, daß das so b l e i b t. Andererseits glauben wir, daß die große Mehrheit der AB- und KHB-Genossen es durchaus e h r l i c h meint, aber noch nicht in der Lage ist, diese Vernebelungsmanöver und die künstliche Trennung von „Hauptfragen" und „Nebenfragen" zu durchschauen. In der Diskussion mit diesen Genossen gilt es, die von einigen AB- Führern bewußt angerichtete Verwirrung aufzuklären und die Diskussion auf die tatsächlichen Streitpunkte zu lenken.

KBW für die Stärkung der chilenischen Faschisten?

Auf einer Veranstaltung in Westberlin am 27.6. hatte ich Gelegenheit, mit KBW-Häuptlingen über die Aussenpolitik der VR China zu diskutieren. Dabei stellte ich einem die Frage, ob er die jüngst in der bürgerlichen Presse gemeldeten Kredite der VR China für die faschistische Junta in Chile richtig findet.

Der KBW'ler begrüßte ausdrücklich solche Kredite! Auf die weitere Frage, ob er die Forderung des chilenischen Widerstands nach „Boykott der Junta" demnach kritisiere, kam auch hier ein ausdrückliches „ja"!

Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß eine Nichtgewährung von Krediten auch von imperialistischen Staaten wie der BRD die chilenischen Faschisten noch weiter (?) in die Arme des US-Imperialismus treiben würde – demnach er f ü r die Kredite der BRD an die Gorilla-Diktatur sei.

Diese Thesen versuchte er damit zu rechtfertigen, daß Chile ebenso wie die VR China ein Land der Dritten Welt sei und sich beide gegen die „Supermächte" stärken müßten.

Ein Genosse des KB
Gruppe Westberlin

Albanien gegen BRD-Imperialismus!

Gemessen an den teilweise ekelerregenden Kommentaren der „Peking Buntschau" zum internationalen Geschehen wirken die Stellungnahmen aus der VR Albanien meist sehr wohltuend. Da wird nicht der BRD-Imperialismus für seine „Wachsamkeit" und seine „Verteidigungsanstrengungen" gelobt, sondern da wird klar dessen aggressive und revanchistische Politik entlarvt. (Was nicht Zustimmung zu den „Supermächte"-Thesen der albanischen Genossen bedeutet). Der folgende Abdruck ist ein Kommentar von „Radio Tirana" (20.7.) zum Besuch von Kanzler Schmidt in den USA. Dieser Kommentar wurde uns von den Nürnberger Genossen mit dem Vermerk zugeschickt: **„Es lebe die albanisch-deutsche Freundschaft!"**.

In der letzten Woche traf der westdeutsche Kanzler Schmidt zu einem Besuch in den USA ein. Schmidt und der Außenminister der Deutschen Bundesrepublik führten dort intensive Verhandlungen und schlossen einige Abkommen mit Präsident Ford und dem Chef der US-Diplomatie Kissinger ab. Solche Treffen zwischen den Spitzen Washingtons und Bonns sind in letzter Zeit immer häufiger geworden, was die besonderen Beziehungen zeigt, die zwischen den US-Imperialisten und den westdeutschen Revanchisten bestehen. Die Tatsache, daß sich Ford und Schmidt beeilten, nur einige Wochen nach der Tagung der Sieben in Puerto Rico zusammenzukommen, zeigt klar, wie notwendig es diese beiden imperialistischen Mächte haben, ihre Handlungen zu koordinieren, jetzt da die ganze kapitalistische Welt im Griff der allgemeinen Krise steckt und die wirtschaftliche, politische und militärische Lage immer unbeständiger wird.

Im Mittelpunkt des neuesten Treffens standen militärische Fragen. Die entsprechenden Verhandlungen und Abkommen, vor allem, was die Aufrüstungsprogramme und die gemeinsame Militärausbildung anbelangt, zeigen, daß es ein ständiges Ziel Washingtons und Bonns ist, den militärischen Aspekt in der Allianz zwischen dem US-Imperialismus und dem westdeutschen Revanchismus zu verstärken. In Westdeutschland hat der US-Imperialismus stets einen auserwählten und bereiten Partner gesehen, um seinen Interessen in Westeuropa zu dienen. In diesem Rahmen bedeutet der Ausbau der Beziehungen zu Bonn verstärkte militärische Präsenz und verstärktes politisches Diktat Washingtons nicht nur in der Deutschen Bundesrepublik, sondern in ganz Westeuropa. Wie jedes frühere Abkommen zwischen den USA und ihren Partnern bilden auch die unlängst zwischen Ford und Schmidt abgeschlossenen Abkommen eine neue Last für das westdeutsche Volk und eine immer größere Gefahr für die europäischen Völker. So gab die Regierung der Deutschen Bundesrepublik bekannt, sie werde 171,2 Mio. Mark, die aus dem westdeutschen Steuerzahler herausgepreßt werden, für die Unterhaltung einer amerikanischen Brigade bezahlen. Diese Brigade wird zu den bestehenden US-Truppen in Westdeutschland hinzukommen und stellt also eine weitere Verstärkung der amerikanischen militärischen Präsenz auf dem europäischen Kontinent dar.

Als Gegenleistung für diese Dienste hat Bonn die Unterstützung Washingtons bei seinen Zielen genossen, die erste Macht in Westeuropa zu werden. Die westdeutschen Revanchisten spielen eine Hauptrolle im aggressiven NATO-Block und sind die wichtigsten Stützen der Hegemonie- und Aggressionspolitik der US-Imperialisten auf unserem Kontinent. Es ist kein Zufall, daß die westdeutsche Regierung immer zu den ersten gehörte, die die Forderungen und das Diktat Washingtons gegenüber den angeblich "verbündeten" Ländern akzeptiert hat, vor allem, wenn es um die Erhöhung der finanziellen Leistungen für die NATO ging. Neben dem Weißen Haus hat auch Bonn nie verfehlt, einen allseitigen Druck auf die anderen westeuropäischen Länder auszuüben, damit das Gewicht der westdeutschen Politik auch im politischen Leben der anderen Länder empfunden wird. Mit immer größerem Nachdruck will Bundesdeutschland seinen Verbündeten in Westeuropa seinen Willen aufzwingen, sie schwächen und als vorherrschende Macht der europäischen Neun auftreten. Die Deutsche Bundesrepublik strebt die Hegemonierolle in der Europäischen "Gemeinschaft" an, sie nährt den alten Traum des deutschen Faschismus von Lebensraum und besonderer Sendung in der Welt.

Bei diesem Kurs hat Bonn nicht nur die Unterstützung Washingtons, sondern laufend auch die Moskaus genossen. Sowohl die US-Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten wollen die Annäherung an Bonn für ihre Zwecke, die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erlangen, ausnutzen. Deswegen haben sie den westdeutschen Revanchisten ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht, um sie als Knute über dem Haupt der europäischen Völker verwenden zu können.

Bei dem neuesten Besuch Schmidts in den USA hoben sowohl Ford als auch der westdeutsche Kanzler, sowohl Kissinger als auch Genscher die Beziehungen zwischen Washington und Bonn in den Himmel und bezeichneten sie als "unlösbare Bande". Solche Bande zwischen imperialistischen Mächten jedoch bergen immer zunehmendere Gefahren für die freiheitsliebenden und souveränen Völker in sich. Infolge der Abkommen zwischen Washington und Bonn dehnten die US-Imperialisten konkret in letzter Zeit ihre Stützpunkte auch auf den Nordosten des westdeutschen Territoriums aus, wodurch sie ihre taktischen und strategischen Positionen im Raum Mitteleuropas vorschoben, in einem Raum, der zu den Punkten der Rivalität zwischen den beiden Supermächten gehört. Mit Hilfe und durch die Dienste der westdeutschen Revanchisten also verstärken die amerikanischen Imperialisten ihre direkte Drohung gegenüber den europäischen Völkern, festigen sie ihre Vorherrschaft und ihr Diktat in der NATO.

Schmidts Besuch in den USA fand zu einer Zeit statt, in der sowohl in Amerika als auch in Westdeutschland die Wahlkampagnen andauern. Auf Schmidt wartet die Endschlacht im Oktober, während sie für Ford einen Monat später ansteht. Die innenpolitische Situation in den USA und in Westdeutschland ist von dem gleichen Klima der Skandale und des heftigen Machtkampfes charakterisiert. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet, dient dieses "wichtige Treffen" zwischen Ford und Schmidt sowohl dem amerikanischen Präsidenten als auch dem westdeutschen Kanzler als Wahlreklame. Ford, in der Stellung des größeren Verbündeten, erkennt an, daß die Schmidt-Administration die Beziehungen zu Washington festigt, und erhöht ihren Kredit in den revanchistischen und monopolistischen Kreisen Westdeutschlands. Schmidt wiederum, in der Stellung des disziplinierten und bereiten Partners, macht in dieser oder jener Weise für die Europa- und NATO-Politik Washingtons Reklame und dient Ford.

Doch unabhängig von den Wahlkampagnen zeigt die Analyse der Washington-Bonner Beziehungen, daß die Politik des US-Imperialismus, sich der Deutschen Bundesrepublik für seine eigenen Hegemonie- und Expansionsziele zu bedienen, und die Bestrebung der westdeutschen Revanchisten, von den USA möglichst viel zu profitieren und sich als Hauptmacht in Westeuropa durchzusetzen, unveränderlich bleiben wird. Der Zweck des Besuchs des westdeutschen Kanzlers in den USA ist, die aggressive Allianz zwischen dem US-Imperialismus und dem westdeutschen Revanchismus weiter zu verstärken, den aggressiven NATO-Block und die allseitige Präsenz Washingtons in den europäischen Ländern zu verstärken. Wir haben es also mit einer Zunahme der realen Bedrohung der europäischen Völker durch die Expansionsgier der verschiedenen aggressiven Mächte zu tun. Gegenüber diesen Absichten ist eine noch stärkere Wachsamkeit und noch stärkerer Widerstand erforderlich. Die Verteidigung der nationalen Interessen, der Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker verlangt einen entschlossenen Kampf, sowohl gegen die Hegemoniepläne der beiden Supermächte als auch gegen die der westdeutschen Revanchisten.

Fünf Minuten Politik mit dem KBW

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich offensichtlich in der „KVZ" des KBW eine neue Art der seichten Unterhaltung. Wir meinen die sogenannten „Rundschläge" gegen den KB („Nord"). In Form und Inhalt ist diese Spielart deutschen Humors den allwöchentlichen Kommentaren des Peter Boenisch in der „Bild am Sonntag" abgelauscht. Das Prinzip besteht darin, möglichst locker, ständig Geistesblitze um sich versprühend, von Thema zu Thema zu hüpfen, ohne am Ende auch nur zu einer e i n z i g e n Sache wirklich etwas Vernünftiges gesagt zu haben. Gewagte Assoziationen, komische „Mißverständnisse", Wortspielereien und andere Geistreicheleien „quer durch den Garten" gehören natürlich mit dazu.

Es gibt Menschen – unter den Lesern der „Bild" und sicher auch unter den Lesern der „KVZ" – die nach einem derartigen Feuerwerk von Kalauern und Albereien das angenehme Gefühl haben, der betreffende Verfasser habe es seinen Gegnern „mal wieder ordentlich gegeben". Aber bei
Gefühl haben, der betreffende Verfasser habe es seinen Gegnern „mal wieder ordentlich gegeben". Aber bei
vielen stellt sich wohl eher ein leeres Gefühl im Magen und ein Würgen im Hals ein.

Ein Buntes Allerlei dieser Machart findet sich auch in der „KVZ" vom 5. August. Der Verfasser scheint kein geringerer zu sein als M. Fochler, der immerhin Mitglied des ZK des KBW ist. Ihm ist manches eingefallen:

Unseren Vorschlag einer Wahldiskussion in der Linken nennt er witzig einen *„Ball der einsamen Herzen"*, einen *„Tanztee"* oder auch *„kuscheliges Zusammensein"*. Gleich darauf wird er allerdings recht deftig, indem er den KB („Nord") als *„dreiste Bourgeoisdirne"* bezeichnet, die völlig zu Unrecht (!) den KBW *„der Impotenz verdächtigt"*, weil der KBW *„es"* natürlich nicht mit dem KB („Nord") *„treiben"* will. Fochlers Phantasie scheint sich bedenklich in eine ganz bestimmte Richtung zu bewegen, aber da können wir ihn wirklich beruhigen: Ins Bett wollen wir mit dem KBW wirklich ebensowenig wie mit dem bayrischen „Arbeiterbund", der schon einmal ähnliche Sorgen äußerte.

Den schwülen Lockungen einer Wahldiskussion entronnen, hastet Fochler zum nächsten Thema – Angola. Hier verweilt er einige Sätze lang, Purzelbäume auf der Stelle schlagend, bei der Überschrift *„Angola – ‚Stalingrad' des KBW"* aus dem letzten AK. Ihm fällt dazu ein, daß man bei „Stalingrad" doch eher an einen Sieg denke, und von Sieg könne doch – da hat Fochler völlig recht! – beim KBW in Sachen Angola gar nicht die Rede sein. Sodann entdeckt er bei der ARBEITERKAMPF-Redaktion „nationales Denken" und ärgert sich: *„Wer erstmal in der Redaktion des ARBEITERKAMPF ist, kann sich hernach alles leisten"*.

Zum Repertoire der Possenreißer gehört es, eine Sache gewaltsam „mißzuverstehen" und es dann zu allerlei ungeheuer komischen Verwicklungen kommen zu lassen. Erklären wir es also für M. Fochler: „Stalingrad" bedeutet die Niederlage einer reaktionären Kraft, die entscheidend für deren Untergang ist. So einfach ist das.

Von Angola und Stalingrad flattert Fochler wieder zurück zu den Wahlen. Hierzu ist ihm noch etwas ganz Tolles eingefallen: „Sie" („KB Nord") **„sind nicht töricht genug zu glauben, daß sie in Hamburg das Stimmenergebnis der KPD/ML von den Senatswahlen erreichen können"**. D a s sei der Grund, warum wir in Hamburg nicht selber kandidieren! Man scheut sich fast, auf eine derartig geistlose Komik noch mit nüchternen Zahlen und Fakten zu antworten. Aber sei's drum: Die „KPD/ML" bekam seinerzeit bei den Senatswahlen 3.000 Stimmen (= 0,3%), was ungefähr dem durchschnittlichen Besuch einer KB-Großveranstaltung in Hamburg entspricht und erheblich unter der Zahl von Menschen liegt, die wir am 1. Mai mobilisierten. Soweit dazu. Im Übrigen wäre es interessant, einmal die Einschätzung des Fochlers zum Abschneiden des KBW, in Hamburg und bundesweit, bei den Wahlen zu erfahren. Wird der KBW die 0,1% schaffen?
erfahren. Wird der KBW die 0,1% schaffen?



Fochler verläßt hiernach wieder das Thema Wahlen, um endlich seinen „Trumpf" auszuspielen, sozusagen das „Glanzstück", den „Höhepunkt" seiner Show-Nummer.

Es handelt sich um ein Flugblatt des SSB Hamburg (mit dem KB sympathisierende Studentenorganisation am Ort) vom 22.7. In diesem Flugblatt wurde angesichts der Schmidtschen Erpressungen gegen Italien die Frage gestellt, wie die BRD-Presse wohl beispielsweise auf wirtschaftliche Erpressungen der Sowjetunion reagieren würde. Dieses Flugblatt erweckte im letzten Absatz den Eindruck, als würden die Verfasser es b e d a u e r n, daß die Sowjetunion nicht mit wirtschaftlichen Sanktionen auf die Rechtsentwicklung in der BRD reagiert.

Ein solcher Standpunkt wäre absolut falsch – er hat mit der Politik des Kommunistischen Bundes nichts zu tun und findet unseres Wissens auch im SSB keine Basis.

Daß sich im Flugblatt einer mit dem KB sympathisierenden örtlichen Studentengruppe ein falscher Standpunkt findet, ist zwar bedauerlich, aber würde normalerweise kaum Stoff für eine riesige Polemik gegen den KB selbst abgeben, wie Fochler sie sogleich inszeniert. Daher muß er den bescheidenen Vorgang erst einmal ins rechte Licht rücken: **„Die programmatischen Impulse für den KB Nord gehen von der Hamburger Universität aus, wo die DKP-Revisionisten stark sind. Weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß die Gedankenbewegungen im SSB über kurz oder lang den Kurs des KB Nord und seiner Zeitschrift ARBEITERKAMPF bestimmen, erlauben wir uns, dieses Flugblatt" (des SSB) „als ein programmatisches Dokument zu behandeln".**

Ja, warum sollte Fochler sich das nicht „erlauben"? Und warum sollte ein kritischer Leser der „KVZ" sich nicht „erlauben", sich mit Fochlers Geschmiere den Arsch zu wischen?

Erfahrungsgemäß wird es völlig sinnlos sein, von M. Fochler zu fordern, daß er irgendeinen (!) B e-
sinnlos sein, von M. Fochler zu fordern, daß er irgendeinen (!) B e-
w e i s für seine angebliche „Erfahrung" liefert, „daß die Gedankenbewegungen im SSB über kurz oder lang den Kurs des KB Nord bestimmen". Fochler könnte ebenso gut behaupten, nach seiner „Erfahrung" würden alle Katzen in Hamburg mit acht Beinen herumlaufen. Denen, die so etwas glauben, kann man nur raten, sich die Katzen in Hamburg einmal genau anzusehen.

Nach dem Ausspielen seines „Höhepunkts" flacht Fochlers Rundschlag sichtlich ab. Er entdeckt noch einmal, daß der KB („Nord") *„also tief in die Tradition des deutschen Imperialismus eingebettet denkt"*, daß wir überhaupt **„die größten Vaterlandsverteidiger"** sind und daß wir am liebsten die Bundeswehr nach Afrika schicken würden. – Wer's nicht glaubt: Für nur 50 Pfennige nachzulesen in der „KVZ" vom 5. August, Seite 15!

Von „BamS"-Boenisch geht das Gerücht, daß er sich gern vor seinen Kommentaren kräftig einen „schießt". Kann es sein, daß sich seine Nachahmer in der „KVZ" ähnlicher Hilfsmittel für ihre Gedankenflüge bedienen?

KBW: Peinlicher Streit im eigenen Haus

Während der Kampagne anläßlich des Kissinger-Vorster-Treffens vor einigen Wochen zog der KBW vielerorts mit der Behauptung ins Feld, der KB („Nord") wolle nicht gegen den BRD-Imperialismus kämpfen. Diese in geradezu groteskem Widerspruch zu den nachprüfbaren Tatsachen stehende Behauptung benutzte der KBW, um sich gemeinsamen Aktionen zu entziehen.

In Bremen hatte er mit dieser schmierigen Taktik doppeltes Pech: Zuerst geriet ihm seine Solo-Demonstration mit nur rund 180 Teilnehmern (er selbst spricht von 300)
Zuerst geriet ihm seine Solo-Demonstration mit nur rund 180 Teilnehmern (er selbst spricht von 300)
auffallend klein. In seinen besten Zeiten konnte der KBW in Bremen (eine seiner Gründungs-Hochburgen) mühelos 1.000-1.500 Menschen mobilisieren.

Und doppeltes Pech, weil es nach dieser Demonstration zu einem Familienstreit im KBW kam. Dieser scheint immerhin so heftig gewesen zu sein, daß er – eine Sensation in der bisherigen Geschichte des KBW! – in der Ortsbeilage der „KVZ" (28/76) breitestens kommentiert wurde: Die Zelle Wirtschaftswissenschaft des KSB (Studentenorganisation des KBW) hatte kritisiert, daß sich der KBW in der Afrika-Solidarität *„als Sekte aufführte und die Gelegenheit verpaßte, die antiimperialistische Bewegung am Ort voranzubringen"*. Zur Begründung wurde angeführt: *„Die Parolen der Demonstration waren als Minimalprogramm für eine Aktionseinheit nicht geeignet, was ein weiteres (?!) Indiz für eine nicht beabsichtigte Aktionseinheitspolitik seitens der Ortsleitung ist. Die Parole der 'Verschwörung von Kissinger, Schmidt, Vorster ...' würde es z.B. keinem Juso, der gegen die rassistische Unterdrückung in Südafrika ist, erlauben mitzudemonstrieren ..."*.

Nun darf man angesichts der bekannten Praktiken des KBW annehmen, daß dies nur e i n Aspekt der Kritik der KSB-Zelle ist, und zweifellos der allerschwächste, der am leichtesten „aufzupieken" ist. Daß in dem vom KBW veröffentlichten Auszug aus der Kritik von einem „w e i t e r e n Indiz ..." die Rede ist, läßt schon darauf schließen, daß weitere Kritikpunkte verschwiegen werden sollen, die wahrscheinlich für den KBW nicht ganz so leicht zu „erledigen" sind wie der zitierte.

Denn daß es sich bei der zitierten Kritik um eine rechtsopportunistische Position handelt, ist ziemlich eindeutig. Es ist nur ein trauriger Trick, wenn der KBW jetzt in der Ortsbeilage noch einmal versucht, diese Position in irgendeine Verbindung mit dem KB („Nord") zu bringen. Jeder kann jetzt sehen, daß er es mit dieser falschen Position, die er u n s vergeblich anzudichten versucht, in seiner eigenen Verwandtschaft zu tun hat.

„In der westdeutschen Linken gibt es nicht nur die RAF"

Lotta Continua beantwortet ‚Offenen Brief' des KB

Unter der Überschrift *„In der deutschen Linken gibt es nicht nur die RAF"* antwortete die italienische kommunistische Organisation Lotta Continua in ihrer Tageszeitung vom 15. Juli auf den „Offenen Brief" an LC, den wir im AK 81 (31. Mai) veröffentlicht hatten. In diesem „Offenen Brief" hatten wir die Berichterstattung von LC über die Klassenkämpfe in der BRD kritisiert, die den Eindruck erweckt, als gäbe es in der BRD zwischen der spontanen Arbeiterbewegung und der „RAF" fast nur ein politisches Vakuum. Die Antwort von LC drukken wir hier vollständig ab.

Ohne der Verlockung zu erliegen, uns in Einzelheiten zu verlieren, scheinen uns doch einige kurze Anmerkungen angebracht. Die Genossen von LC stellen u.E. die Frage zu sehr als eine formale, nicht als eine politische dar. Insgesamt scheint es uns so, als könnten die Genossen mit einer Klassenkampfsituation wie in der BRD wenig anfangen – permanente Überschätzung spontaner Arbeiterkämpfe (so zuletzt der Drucker-Streik), über die dann plötzlich in LC mit ziemlicher Aufgeregtheit berichtet wird. Ansonsten eine mehr zufällige Behandlung der politischen Kämpfe, die nur ins Blickfeld rücken, wenn gerade einmal LC selbst daran beteiligt ist (LC arbeitet auch in einigen Orten der BRD). So erfreulich es ist, unsere eigene Organisation einmal so hübsch in LC vorgestellt zu sehen, so wenig garantiert das doch für eine kontinuierliche Berichterstattung, die auch die Rolle der linken Organisationen der BRD – natürlich nicht nur unserer eigenen! – miteinbezieht.

Wenn wir LC's Antwort richtig interpretieren, so enthält sie gewissermaßen eine „Spitze" gegen die Art, wie wir in der BRD die politisch-ideologische Auseinandersetzung führen – was auch in der Vergangenheit schon wiederholt Gegenstand von Diskussionen zwischen Genossen unserer beiden Organisationen war. Die Genossen von LC sehen das offenbar stark unter dem Aspekt, daß wir in der BRD sozusagen „nichts Besseres zu tun haben", während in Italien, wo im ganzen Land der Klassenkampf tobt, man sich schon mit „ernsteren" Dingen als der politisch-ideologischen Auseinandersetzung abgeben muß. Unserer Meinung nach hat allerdings gerade die breite Diskussion in Italien vor den Wahlen über die Wahltaktik der revolutionären Linken gezeigt, daß für die öffentliche Auseinandersetzung eine Basis da ist.

Und nicht zuletzt beweist natürlich das historische Beispiel der „3. Internationale", daß eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung nicht das Hobby von Leuten ist, die sonst nichts zu tun haben, sondern daß sie sozusagen das „Lebenselixier" der kommunistischen Bewegung ist.

Was schließlich die Kritik von LC an unserer Italien-Berichterstattung angeht, so bitten wir dringend darum, diese k o n k r e t zu machen.

AK-Redaktion

Internationalismus und Auslandsseite

Der ‚Offene Brief', dessen wesentliche Teile wir hier veröffentlichen, scheint uns insgesamt ein nützlicher kritischer Beitrag zur Arbeit unserer ‚Auslandsseite'.

Der KB ist eine Organisation der westdeutschen revolutionären Linken. Er ist vor allem in Norddeutschland verankert, aber befindet sich heute auch auf dem Weg der nationalen Ausbreitung. Er hat eine beträchtliche proletarische Zusammensetzung, eine gute Massenverankerung in den Arbeitsfeldern, wo er aktiv ist, und er unternimmt erhebliche internationalistische Anstrengungen. Das drückt sich u.a. aus in der Organisierung zahlreicher internationalistischer Veranstaltungen – insbesondere in Hamburg, aber auch in anderen Städten – zur Unterstützung des Klassenkampfes oder des nationalen Befreiungskampfes in anderen Ländern, mit recht beträchtlichen Spendensammlungen zugunsten revolutionären Organisationen (z.B. MIR, MPLA, MES, ZANU usw.), mit einer ständigen Dokumentation des Klassenkampfs in anderen Ländern in seiner Presse, oftmals mit der Veröffentlichung politischer Original-Texte ausländischer Organisationen. Der KB hat zweimal, unter Beteiligung mehrerer Tausend Genossen, Veranstaltungen mit Vertretern von Lotta Continua in Hamburg organisiert. Er hat relativ häufig (vielleicht mehr in den vergangenen Jahren) Texte von LC veröffentlicht, darunter auch eine Auswahl von Stellungnahmen von LC zur chinesischen Außenpolitik (wobei er unsere Position kritisiert, sie sei allzu prochinesisch oder zurückhaltend). Er verfolgt die Vorgänge in Italien – entsprechend wie er es gegenüber anderen Ländern tut – über eine ‚Italien-Kommission'; diese kümmert sich ständig um Informationen über Italien in der Presse des KB (unserer Meinung nach kommt dabei manchmal ein zu institutionelles Bild heraus, dem die Fähigkeit fehlt, die wichtigsten Momente der italienischen Klassensituation auszumachen).

Delegationen des KB, ebenso wie anderer Organisationen der westdeutschen revolutionären Linken und aus anderen Ländern, haben an verschiedenen Momenten im Leben von LC teilgenommen, z.B. am ersten Kongress und am Arbeiterkongress von Neapel; oft haben Gruppen von Genossinnen und Genossen des KB bei Besuchen in Italien Kontakt zu unseren Ortsgruppen aufgenommen.

In dem ‚Offenen Brief' werden einige Fehler festgestellt und kritisiert, die wir tatsächlich begangen haben. Insbesondere stimmt es, daß wir relativ wenig geschrieben haben – trotz einer recht breiten Informationsmöglichkeit – über den Klassenkampf in der BRD und besonders den Kampf der Arbeiterklasse. Verglichen mit früheren Jahren (vergleiche die breiten Beiträge über die BRD, die in der zweiten Hälfte August 1973 und in 1974 in unserer Tageszeitung veröffentlicht wurden) haben wir kein analytisches und detailliertes Gesamtbild der Klassenbewegung in der BRD mehr gegeben; ebenso erkennen wir an, daß wir – allzusehr! – geschwiegen haben über die ‚revolutionäre Linke' dieses ebenso wie anderer Länder.

Unserer Meinung nach verweist uns das auf einige Wesenszüge und Mängel unserer Auslandsseite, und wir fordern alle Genossen auf, mit eigenen Vorschlägen und Kritiken einzugreifen. Unser Interesse gilt bis jetzt vor allem d e n j e n i g e n Vorgängen (Situationen), wo ein revolutionärer Prozess, ein besonders bezeichnender Klassenzusammenstoß abläuft und wo, allgemeiner gesprochen, der Klassenkampf (beider Seiten) besonders relevante Beziehungen und Widerspiegelungen für unser Land und für das italienische Proletariat aufweist.

Unter diesem Gesichtspunkt mußten wir zweifellos unsere ‚Hoffnung' ziemlich zurückschrauben, daß sich aus den 1973 in der BRD explodierten Klassenkämpfen mit relativer Schnelligkeit eine Klassenbewegung neuen Typs entwickeln könnte – wenn auch in den besonders schwierigen Bedingungen unter denen das deutsche und ausländische Proletariat in der BRD kämpft. Diese Einschränkung unserer politischen Vorstellung hat dazu beigetragen, unsere Berichterstattung über die BRD (und auch die Tätigkeit einiger unserer Genossen in diesem Land) in eine andere Richtung zu lenken, indem eine größere Aufmerksamkeit für die institutionellen Faktoren entwickelt wurde (Regierung, Parteien, Repression, Außenpolitik, Rolle der BRD in der NATO, in der EG, Verhältnis zu Italien usw.); dabei wurde mit besonderer Sensibilität (vielleicht manchmal beeinflußt von den Bedingungen des ‚Meldungen machen') der Prozess der Faschisierung und der autoritären Stärkung des westdeutschen Staates verfolgt, der in der RAF-Sache und ihrer Behandlung durch den Staat einen durchaus nicht nebensächlichen Leitfaden hatte.

Unser Blick auf die westdeutsche revolutionäre Linke blieb bestimmt und gekennzeichnet von der schwierigen Phase, die der Klassenkampf in der BRD durchläuft und der – vielleicht unvermeidlich – jene kommunistischen und revolutionären ‚Organisationsansätze', von denen die Genossen des KB sprechen, dazu führt, daß sie mühsam den Weg ‚von der Organisation zum Kampf' zu gehen versuchen (und nicht umgekehrt, wie wir in der italienischen Klassenkampfsituation den Vorzug hatten, es tun zu können). Dieser Weg bringt mit sich einen Typ der politischen Polemik, der Auseinandersetzung innerhalb der sich als revolutionär definierenden Linken, der Beziehung zu den Massen, der Wahl der Arbeitsfelder und der Initiativen usw., der recht weit von d e m entfernt ist, den wir in unserem Land kennen und praktizieren.

Es besteht in der BRD in der Tat ganz sicher der Ansatz einer revolutionären Linken – mit vielen Widersprüchen, aber auch mit einer Mobilisierungsfähigkeit, die sich oft als sehr beachtlich erwies –, der dazu beiträgt, jene „Maulwurfsarbeit" zu leisten, von der der Genosse Marx sprach, indem er sich auf den Klassenkampf bezog, der oft unterirdisch ‚versteckt' erscheint, um dann plötzlich aufzutauchen, wann und wo es gar keiner erwartet, gerade wie der alte Maulwurf. Wir halten es für unsere Pflicht, den Genossen breitere und geeignetere Mittel an die Hand zu geben, um diese Arbeit kennenzulernen und sich damit auseinanderzusetzen; ohne jedoch, was wir ablehnen, sich auf die Suche nach einer ‚Bruderpartei' zu begeben, mit deren Augen wir den Klassenkampf in einem anderen Land betrachten.

Der Internationalismus in Italien ist insgesamt schwieriger, aber auch unmittelbarer als in anderen Ländern. Schwieriger, weil es beständig einen Kampf im ganzen Land gibt, der gewissermaßen die Aufmerksamkeit ‚aufsaugt', die vielleicht die Genossen anderswo mit mehr Beharrlichkeit und ganz anderer Priorität dem Libanon oder Namibia widmen. Unmittelbarer, weil uns dieser Kampf im ganzen Land zwingt, uns in jedem Moment zu fragen, was für uns der Libanon, Chile, Angola oder Portugal bedeuten, und daher tagtäglich Bilanz zu machen – im Kampf ebenso wie in der politischen Diskussion, in der Agitation oder in der Berichterstattung, die eine revolutionäre Tageszeitung geben kann – mit der Dringlichkeit der Klassenaufgaben in unserem Land. Das ist ein Widerspruch, auf den uns und die italienischen Revolutionäre im Allgemeinen, nicht nur die ausländischen Genossen häufig hinweisen. Die Genossen von LC, die sich mehr aus der Nähe mit internationalen Fragen beschäftigen – in der Zeitung und der Partei – erleben diesen Widerspruch zutiefst; sie drücken ihn in ihrer politischen Arbeit ebenso aus wie in den Grenzen dieser Arbeit; sie wollen darum kämpfen, mit größerer Unmittelbarkeit und Kraft unsere Aufmerksamkeit für die internationale Situation und unsere Internationalismus umzuwandeln in politische Waffen, die wir heute, nach dem 20. Juni (Datum der Parlamentswahlen, – Anm. AK) mehr brauchen denn je.

Auslandsredaktion von Lotta Continua

Lotta Continua jetzt auf „Supermächte"-Trip?

Kürzlich fand ein Nationaler Kongress von Lotta Continua statt. Zu den „Materialien" gehörte u.a. eine von der ‚Internationalen Kommission' ausgearbeitete Einschätzung der *„Internationalen Situation nach dem 20. Juni"* („Lotta Continua", 25./26.7.).

Ein ganzer Abschnitt davon befaßt sich mit dem heiklen Thema *„Der Sozialimperialismus angesichts der amerikanischen Gegenoffensive"*. Man erfährt dort, daß sich derzeit der Imperialismus, mit den USA an der Spitze, *„nach dem größten Erfolg der sowjetischen Politik in den letzten Monaten (dem Sieg der MPLA in Angola)"* jetzt in einer Gegenoffensive befinde.

Genannt wird vor allem der Nahe Osten (Libanon); ferner hätten auch die Arbeiterkämpfe in Polen, die Wiederannäherung (?) zwischen Indien und der VR China, der Staatsstreich in Argentinien und der ‚Eurokommunismus' *„die relativen Schwierigkeiten des Sozialimperialismus verstärkt"*. –

Daß dabei gerechte Arbeiterkämpfe in einem revisionistischen Land im selben Atemzug mit einem faschistischen Putsch (Argentinien) genannt werden, zeigt bereits die Verwirrung der Verfasser dieser Analyse an; ausgegangen wird dabei in erster Linie vom „Ringen der Supermächte", nicht aber vom Standpunkt der internationalen Arbeiterbewegung.

Ohne weiteres fährt die Analyse mit der Einschätzung (?) fort, daß sich durch die imperialistische Gegenoffensive *„die aggressiven, militaristischen und expansionistischen Wesenszüge des Sozialimperialismus verstärken und vervielfachen"*! – Zweifellos im Rahmen der „Supermächte"-Theorie eine ganz „logische" Schlußfolgerung ...

Spekuliert wird sodann über eine *„baldige größere sowjetische Gegeninitiative"*, bestehend in einer stärkeren „Einschaltung" in den „libanesischen Konflikt" und einer eventuellen „Einschaltung" in einen „eventuellen" türkisch-griechischen Konflikt. Als unentbehrliches Requisit taucht in diesem Zusammenhang natürlich der sowjetische „Flugzeugträger" KIEW auf, der sich seit kurzem im Mittelmeer befindet. Daß dieses Monstrum nur etwa die Größe eines Flugzeugträgers aus dem 2. Weltkrieg hat und nicht einmal mit den zwei französischen Flugzeugträgern im Mittelmeer konkurrieren kann, fällt offenbar für die Verfasser der Analyse nicht weiter ins Gewicht.

Nicht fehlen darf schließlich auch die bekannte These, daß die „beiden Supermächte" bemüht seien, *„die Elemente der Einheit der Dritten Welt zu zerstören"*.

Eine Art der Konkretisierung der in dieser Analyse gezogenen Grundlinien ist der Artikel *„Lokale Kriege in Afrika – die neue Karte der Supermächte"* („Lotta Continua", 27.7.). Behauptet wird, daß nicht nur der US-Imperialismus lokale Kriege in Afrika schürt (was gar nicht zu bestreiten ist), sondern *„daß eine derartige Taktik faktisch auch das Einverständnis des Sozialimperialismus hat"*. Dies wird aber keineswegs k o n k r e t bewiesen. Denn k o n k r e t kann ja niemand bezweifeln, daß es der US-Imperialismus (und nicht der „Sozialimperialismus") ist, der beispielsweise hinter den in „Lotta Continua" erwähnten Fällen steht: Kriegsdrohungen von Chile und Bolivien gegen Peru; Kriegsdrohungen Kenias und Äthiopiens gegen Uganda und Somalia; Kriegsdrohungen Ägyptens gegen Libyen. Da sich konkret gar nichts anderes beweisen läßt, weicht „Lotta Continua" in schlimmster „ML"-Manier auf den Bereich allgemeiner Behauptungen aus: Da die Sowjetunion „sozialimperialistisch" sei, so sei sie eben auch an der Schürung lokaler Kriege (s.o.) interessiert. Und basta!

Auch in diesem Artikel taucht wieder die berüchtigte „Einheit der Dritten Welt" auf – zusätzlich mit der These, *„die beiden Supermächte"* wollten die OAU (Organisation Afrikanischer Staaten) und die Arabische Liga *„in zwei Lager spalten"*. – Als ob diese Spaltung nicht längst eine Tatsache wäre, wie insbesondere Angola und Libanon, aber beispielsweise auch die Westsahara-Frage zeigen.

Und eigentlich kann jeder begreifen, daß das keine Spaltung zwischen Anhängern der USA einerseits und der Sowjetunion andererseits, sondern eine Spaltung zwischen den Statthaltern des Imperialismus einerseits und den fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräften andererseits ist. Eine „Spaltung" also, die den antiimperialistischen Kampf nicht etwa schwächt, sondern im Gegenteil stärkt! Was bei der falschen Ideologie von der „Einheit der Dritten Welt" herauskommt, zeigt sich derzeit am klarsten im Libanon.

Ein besonderer Fehlgriff von „Lotta Continua" ist in diesem Zusammenhang, daß Südafrika und Israel (!) ohne weiteres den Ländern der „Dritten Welt" zugerechnet werden und auf eine Stufe mit Ägypten und Kenia gestellt werden – unter dem Motto: ‚Die beiden Supermächte hetzen Länder der Dritten Welt aufeinander'.

Es ist also insgesamt bei „Lotta Continua" eine nicht unbeträchtliche Verwirrung zu registrieren, ein eklatanter Rückfall weit hinter bereits erreichte Positionen zu diesem Thema. Sicher ist andererseits auch, daß diese Linie derzeit durchaus nicht konsequent durchgezogen wird, wie beispielsweise die insgesamt sehr korrekte und internationalistische Berichterstattung und Kommentierung von „Lotta Continua" zu den Kämpfen im Libanon zeigt.

Ebenso sicher ist aber, daß es auf der Ebene der „Globalanalyse" ein bedenkliches Zurückweichen und Hinüberschwanken zu „ML"-Positionen gibt.

Jetzt zeigt sich die Bedeutung der Tatsache, daß LC es immer abgelehnt hat, sich öffentlich mit den „ML"-Positionen und mit der chinesischen Außenpolitik auseinanderzusetzen. Hierzu wurde früher gern argumentiert, daß die „ML"-Gruppen in Italien sowieso nicht eine so relativ große Rolle spielen wie in der BRD (was zweifellos stimmt) und daß die chinesische Außenpolitik sozusagen ein eigenes Gebiet sei, etwa in der Art: „Die Chinesen tun, was sie für richtig halten, und wir tun, was w i r für richtig halten."

So kam LC in der Vergangenheit niemals über eine, zudem recht zurückhaltenden Kritik an bestimmten, ganz besonders abstoßenden E r s c h e i n u n g s f o r m e n der chinesischen Außenpolitik hinaus, speziell am Beispiel Angola. So wird immerhin auch in der erwähnten Stellungnahme der „Internationalen Kommission" von LC zum Nationalen Kongreß die chinesische Außenpolitik insofern kritisiert, *„daß sie dazu beiträgt, diejenigen, die gegen den US-Imperialismus kämpfen, in die Arme der anderen Supermacht zu treiben"* (speziell am Beispiel Angola). Andererseits kommt aber gleich die Einschränkung, man müsse jetzt *„abwarten, ob die in der VR China vor sich gehenden Veränderungen auch zu neuen Elementen in der chinesischen Außenpolitik und zur Überprüfung einiger Positionen führen werden"*. – In dieser Stellungnahme zeigt sich die schon bekannte gekünstelte „Naivität", mit der LC durchweg der chinesischen Außenpolitik entgegenzutreten scheint. Denn an der chinesischen Außenpolitik seit dem Regierungsantritt Hua Guo-fengs ist schon ohne weiteres ablesbar, daß die gesamte Entwicklung der Außenpolitik noch weiter nach r e c h t s geht (siehe dazu Artikel in AK 85). LC indessen untersucht gar nicht k o n t i n u i e r l i c h die chinesische Außenpolitik und setzt sich nicht mit deren konkreten Aspekten auseinander, sondern greift sporadisch diese oder jene Frage auf, die dann als E i n z e l aspekt vielleicht bedauernd vermerkt wird – mit dem Hinweis, jetzt möge man „abwarten", ob sich nicht vielleicht doch noch bald etwas ändert ...

Generell läßt sich feststellen, daß die Nichtbefassung mit der chinesischen Außenpolitik und den Positionen der westeuropäischen „ML"-Bewegung eine Voraussetzung dafür darstellt, jetzt die Militanten und Anhänger von LC mit neuen Thesen zu überrumpeln, die sich nicht organisch aus der Praxis und dem Diskussinnsprozeß von LC ergeben haben. Hierin bestätigt sich unsere Voraussage, daß der Versuch, der Auseinandersetzung auszuweichen, letztlich auch zur Übernahme von „ML"-Positionen für die eigene Praxis führen muß.

Schweiz

Engerer Zusammenschluß der revolutionären Linken

In der Schweiz haben die beiden Organisationen RPCL (Rupture pour le Communisme) und OLC (Organisation de Lutte pour le Communisme) ihre Absicht bekanntgegeben, einen Fusionsprozeß zwischen beiden Organisationen einzuleiten. Der Schwerpunkt der RPLC ist Lausanne, der der OLC ist Genf. In einer gemeinsamen Erklärung schreiben RPCL und OLC, ihr Vereinigungsprozeß basiere **„auf der Anerkennung beider Organisationen des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen und auf dem Willen, diese Prinzipien in der konkreten Praxis der Revolution in der Schweiz anzuwenden. Er stützt sich aber auch auf die ähnlichen Positionen der Massenarbeit, vor allem dort, wo man zusammengearbeitet hat"**. Beide Organisationen erklären gleichzeitig, daß sie **„weiterhin die Kontakte und die gemeinsame Arbeit mit anderen Organisationen und Genossen im ganzen Land entwickeln (wollen), um dem Moment der Gründung der kommunistischen Organisation in der Schweiz näher zu rücken"**.

Die „Kommunistische Gruppe Arbeiter-Politik" (mit Schwerpunkt Zürich) hat in ihrer Zeitung „arbeiterpolitik" (Juli '76) die Erklärung der RPLC und OLC begrüßt: *„Es ist klar, daß die gesamte ml-Strömung der Schweiz von dieser Fusion ... profitieren wird"*.

Der Fusionsprozeß der beiden Organisationen sei *„ein wichtiger Schritt im Aufbau der nationalen marxistisch-leninistischen Organisation"*. In diesem Zusammenhang verweist die KG Arbeiterpolitik auf ihren eigenen Fusionsprozeß mit dem KF Winterthur.

Die KG Arbeiterpolitik ist nicht – wie man hiernach annehmen könnte – eine „ML"-Organisation im schlechten Sinn dieser Buchstaben, sondern steht international kommunistischen Organisationen wie „Avanguardia Operaia" (Italien), „Revolution!" (Frankreich), FB (Schweden) nahe.

In derselben Ausgabe der „Arbeiterpolitik" wird von der Auflösung der RAZ (Revolutionären Aufbauorganisation) – früher eine der bedeutendsten linken Organisationen der Schweiz – berichtet. Von der RAZ hatte sich die KG Arbeiterpolitik Ende letzten Jahres abgespalten. Nunmehr ist die RAZ, nach den Angaben der KG Arbeiterpolitik, total zerfallen. Da sich die meisten nach der letzten Spaltung verbliebenen RAZ-Mitglieder enttäuscht ins Privatleben zurückgezogen hätten, habe die Auflösung der RAZ *„nichts zur Stärkung oder Vereinheitlichung der Linken beigetragen"*.

Österreichs Botschafter liefert Flüchtlinge aus

Der österreichische Botschafter in Chile hat politische Flüchtlinge an die faschistische Junta ausgeliefert! Österreichische Genossen schickten uns dazu folgende Stellungnahme. Es handelt sich um eine an die österreichische Regierung gerichtete Resolution einer Solidaritätsveranstaltung, die (offenbar in Wien) am 10. Juli dieses Jahres stattgefunden hat.

„Die anläßlich der antiimperialistischen Solidaritätsveranstaltung in der Arena versammelten Teilnehmer sind über das in keiner Weise zu rechtfertigende Verhalten des österreichischen Botschafters in Chile, Segur-Cabanac, zutiefst empört. Dieser ‚Vertreter' Österreichs hat bekanntlich chilenische Flüchtlinge aus der bulgarischen Botschaft, die von Österreich betreut wird, an das faschistische Regime ausgeliefert.

Wir fordern auf das Entschiedenste:
Die Abberufung dieses untragbaren ‚Vertreters' Österreichs!
Die Einhaltung des Rechts auf Asylgewährung für chilenische und andere Patrioten!"

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Geldspenden sollen auf das Konto J. Reents, 451 83 78/Dresdner Bank, Hamburg überwiesen werden, Sachspenden können an den Verlag J. Reents, Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13, geschickt werden.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MIR, Chile:		
KB/Gruppe Salzgitter	DM	8,36
ADK Medizin HH	DM	36,–
Chileveranstaltung Salzgitter	DM	40,–
KB/Gruppe Frankfurt, bei Unterschriftensammlung für Edgardo Enriquez	DM	50,–
Veranstaltung Aachen	DM	411,–
Jugendzentrum Troisdorf-Spien	DM	25,–
Summe	DM	570,36
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf	**DM**	**259.552,54**
Für Frente Polisario, West-Sahara		
Betriebszelle Beiersdorf, FZ, Hamburg, bei Straßensammlung	DM	12,50
Betriebszelle Beiersdorf, FZ, Hamburg	DM	50,–
U.N., Münster	DM	50,–
Summe	DM	112,50
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	**DM**	**20.530,47**
Für ZANU, Zimbabwe:		
Betriebszelle Beiersdorf, FZ, Hamburg, bei Straßensammlung	DM	12,50
Betriebszelle Beiersdorf, FZ, Hamburg, Genossen	DM	50,–
KB/Gruppe Frankfurt	DM	7,14
Summe	DM	69,64
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf	**DM**	**25.552,36**
Für SWAPO, Namibia:		
KB/Gruppe Frankfurt	DM	37,14
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf	**DM**	**3.949,49**
Für PFLP, Palästina:		
Basar zugunsten PFLP	DM	56,–
HBV-Genossen, KB/Gruppe Hamburg	DM	200,–
Sammlung auf Filmveranstaltung/KKG (HBV)	DM	186,22
KB/Gruppe Frankfurt	DM	225,–
U.N., Münster	DM	100,–
KB-Sympathisanten Frankfurt	DM	100,–
BO Hamburg-Eimsbüttel	DM	230,–
BO Hamburg-Altona	DM	61,–
Emigrantenzelle, Hamburg	DM	250,–
BO Hamburg-Eimsbüttel	DM	720,–
Summe	DM	2.128,22
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf	**DM**	**33.649,90**
Für ANC, Südafrika:		
KB/Gruppe Frankfurt	DM	7,14
Genossen aus Hamburg	DM	55,73
Sammlung Kneipe „Blauer Hahn", Hamburg	DM	10,–
Summe	DM	72,87
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den ANC auf	**DM**	**286,97**
Für FRETELIN/Timor:		
St. Pauli/BO, Sammeldose aus Wohnung	DM	76,–

Hamburg

Massenproteste gegen NPD-„Aktionstag" – Brutale Polizei-Einsätze



Am Sonnabend, dem 7.8., wollte die NPD mit einem „Großkampftag" in Hamburg landen. Das stieß auf massive Proteste. Die Faschisten haben es einzig und allein der Unterstützung des Senats und der Polizei zu verdanken, daß sie ihre „Großkundgebung" in „Planten un Blomen" durchziehen und Stände in einigen Stadtteilen aufbauen konnten. In der Innenstadt bedurfte es dazu einer Hundertschaft der Polizei, die schließlich brutal um sich knüppelte.

Die Faschisten hatten ihre Absicht, in Hamburg ein „Signal des nationalen Wiederaufstiegs" zu setzen, mehrere Wochen vor dem Treffen in provozierender Weise bekanntgemacht und eine für ihre Verhältnisse breite Mobilisierung durchgeführt. Sie beabsichtigten, sämtliche Stadtteile Hamburgs am Tag ihres „Kongresses" mit Propaganda-Ständen und Klein-Kundgebungen zu überziehen.

In einem „Offenen Brief" an die demokratische Öffentlichkeit und alle antifaschistischen und linken Organisationen forderte der KOMMUNISTISCHE BUND dazu auf, das Verbot der Faschisten-Veranstaltung und aller Ersatz-Veranstaltungen zu fordern und den faschistischen Provokationen entgegenzutreten.

Der Hamburger Senat ließ sich lediglich zu der zynischen Bemerkung herab, daß es für ihn „in einem demokratischen Staat" keine Handhabe gebe, die faschistischen Provokationen zu verbieten. Vielmehr werde er alles tun, um die NPD zu schützen.

Am Mittwoch führte der KOMMUNISTISCHE BUND eine Demonstration gegen die NPD-Faschisten und zur Bekräftigung der Verbotsforderung durch, an der ca. 2.000 Menschen teilnahmen. Auf der Demonstration wurden Parolen gerufen wie:

- Hamburgs Senatoren sind auf dem rechten Auge blind!
- Hamburgs Bürger macht mobil, einmal Faschismus war schon zuviel!
- Schluß mit den Faschisten und denen, die sie stützen!
- Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Zwischen den Parolen wurden über Lautsprecher die Absichten der Faschisten und ihre Unterstützung durch den Senat bekanntgemacht und am Rande wurden überall Diskussionen geführt. Entgegen der üblichen Praxis informierte der NDR in seiner „Rundschau am Abend" positiv. Ganz anders die sozialdemokratische „MoPo" und erst recht die Springer-Presse, die die Faschisten-Provokation und die Proteste dagegen totschwiegen.

Gewerkschaftsjugend und Einzelpersonen riefen zu einer Protestkundgebung am Samstag auf. Daran beteiligten sich, ebenso wie an einer anschließenden spontanen Demonstration, mehr als 2.000 Menschen, darunter auch zahlreiche Genossen und Sympathisanten des KB, die vorher an den NPD-Ständen protestiert hatten.

Am Samstag früh hatten insgesamt rund 100 Faschisten versucht, die angekündigten Stände durchzuführen. Bis auf eine Ausnahme in einem Vorort von Hamburg-Volksdorf konnten sie jedoch nicht an einem einzigen Stand zum Zuge kommen, da sie von großen Ansammlungen empörter Antifaschisten eingekreist waren. Einige der geplanten Stände wurden vorzeitig abgebaut oder gar nicht erst aufgebaut. Es gelang den Antifaschisten dabei, durch breite Agitation viele Passanten mit einzubeziehen. Lediglich in Wandsbek, wo die SPD-Chefs von Wandsbek gleichzeitig einen Wahlstand machten, gelang es der SPD, die Umstehenden gegen die Antifaschisten und für ein Verbleiben der NPD aufzuhetzen. Auch in Harburg traten SPD-Funktionäre den Antifaschisten entgegen und hetzten im übelsten antikommunistischen Stil.

In der Innenstadt kam es zu brutalen Ausschreitungen der Polizei. Zunächst prügelte sie in den Morgenstunden eine spontane Demonstration der „KPD/ML" zusammen, bevor die Faschisten überhaupt angerückt waren! Dabei gab es bereits

Fortsetzung Seite 48



Hamburger Bullen beim Einsatz mit dem Giftgas Chemical Mace

Massenproteste gegen NPD-„Aktionstag" – Brutale Polizei-Einsätze

Fortsetzung von Seite 47

zahlreiche Verletzte. Danach provozierten die Bullen mit offener Zur-Schaustellung ihrer Waffen: Schilder, Helme, teilweise gut 70 cm lange „Gummi"-Knüppel und Chemikal-mace-Dosen und Pistolen. Auch lange „Knebelketten" wurden drohend geschwungen – im Ernstfall eine lebensgefährliche Schlagwaffe!! Ohne jede vorherige Warnung gingen die Bullen gegen Mittag plötzlich gegen die Menschenmenge vor. Sie trieben die Menschen brutal auseinander, schlugen wahllos auf Passanten, Frauen, Alte, Jugendliche, Kinder, Gäste des anliegenden Cafes ein und sprühten mit ihren „Tränengas"-Dosen auf die in Hauseingänge Geflüchteten. Das Cafe

Ein selten guter Schnappschuß: Der Hamburger KBW hat soeben die „Massen zusammengeschlossen", gegen die Faschisten...
Wer Augen hat zu sehen, der zähle!

Ein selten guter Schnappschuß: Der Hamburger KBW hat soeben die „Massen zusammengeschlossen", gegen die Faschisten...
Wer Augen hat zu sehen, der zähle!

wurde verwüstet. Einzelnen Menschen folgten die Bullen bis in die Geschäfte.

Die Prügelorgie diente anscheinend konkret dazu, den Faschisten ihren Abgang zu ermöglichen. Während die Bullen noch auf die Menschen eindroschen, packte das Faschisten-Gesindel seinen Stand und verschwand.

Der Senat wird jetzt wegen dieses Polizei-Einsatzes zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Daß es zu dieser Prügelei kommen mußte, war angesichts des massiven Aufgebots der Bullen, ihres geradezu „verliebten" Herumspielens mit ihren Tatwaffen den ganzen Vormittag über, sowie angesichts der offen faschistoiden Äußerungen zahlreicher Polizisten (die teilweise eigens für diesen speziellen Einsatz ausgesucht zu sein schienen!!) schon voraussehbar. Es liegen mehrere Filme sowie zahlreiche Fotos vor, die das brutale Vorgehen der Polizei in allen Einzelheiten zeigen. Mehrere der Schläger sind eindeutig zu identifizieren.

Wie üblich hat die Polizei begonnen, den Spieß umzudrehen. Gerüchteweise läßt sie schon verbreiten, am Morgen (bei ihrem ersten Knüppel-Überfall auf die bis dahin friedlichen „ML"er) sei ein Polizist verletzt worden. Wahrscheinlich wird die Polizei noch einige ihrer Opfer des „Widerstands gegen die Staatsgewalt" beschuldigen!...

KBW – Der Sieger des Tages

Für unfreiwillige Komik am Rande der Ereignisse sorgte wieder der KBW. Seit Tagen hatte er verkündet: „**Die Provokation muß vereitelt werden**". Da ihm diese Aufgabe aber wohl selbst eine Nummer zu groß erschien, wollte sich der KBW darauf beschränken, den Faschisten an den Landungsbrücken (am Hafen) „entgegenzutreten", wo diese angeblich eine Kundgebung geplant hatten. Diese angeblich geplante Kundgebung stand zwar überhaupt nicht im veröffentlichten „Veranstaltungskalender" der NPD, aber irgendwie hatte der KBW wohl Wind bekommen, daß da etwas stattfinden sollte – was und wann wußte er selbst nicht genau.

In den Tagen vor dem großen Ereignis steigerte sich das Geschrei des KBW vom „Zusammenschluß der Massen" zu immer schrilleren Höhen. In der Uni ließ der KBW ein Plakat kleben, das unter der Überschrift „**Feigheit!**" ein Gedicht enthielt, wo dem KB („Nord") vorgeworfen wurde, er wolle *„den Schwanz einziehen"* usw.

Am NPD-„Aktionstag" selbst war es dann so, daß der KBW fast überall mehr oder weniger nahe bei den NPD-„Ständen" eigene kleine Info-Stände aufgebaut hatte, sich aber aus den dort stattfindenden Auseinandersetzungen mit Faschisten und Polizei ziemlich heraushielt.

Unterdessen versammelte sich das „Gros" des KBW – auf dem Höhepunkt rund 150 - 200 Mann – an den Landungsbrücken, wo sich freilich kein NPD'ler blicken ließ. Trotzdem hielt der KBW dort dann stundenlang „Wache". N a c h d e m die NPD gerade ihren Stand im Altonaer Einkaufszentrum abgebaut hatte und verschwunden war, gab es dort noch eine Überraschung: Von den Landungsbrücken her rückten KBW-Ortssekretär L.P. und seine siegreichen Mannen an. Mit einem Megaphon verkündete L.P. den noch herumstehenden Antifaschisten und den verdutzten Passanten, *„der KBW und die Volksmassen"* hätten soeben einen großen Sieg errungen. Es sei ihnen gelungen, die geplante Faschisten-Provokation an den Landungsbrücken zu „vereiteln". Von einigen Antifaschisten daraufhin zur Rede gestellt, bekräftigte L.P.: die Faschisten hätten es „nicht gewagt", an den Landungsbrücken zu erscheinen, weil sie genau gewußt hätten, daß sie dort vom KBW „auseinandergejagt" werden würden. Auf die naheliegende Frage eines Genossen: „Hättet ihr also auch in der Innenstadt die Faschisten auseinander jagen können, wenn ihr gewollt hättet?", antwortete L.P. ohne Zögern mit „Ja"!! Unbekümmert um das entstehende Gelächter fuhr L.P. fort: „Die Faschisten konnten sich in der Innenstadt nur zusammenrotten, weil sie wußten, daß sie es dort nur mit euch zu tun haben würden!"



2.000 auf der Abschlußkundgebung der antifaschistischen Demonstration, zu der KB und SSBs aufgerufen hatten

Anschließend handelte sich L.P. noch zwei Ohrfeigen von einem Genossen ein, als er diesen als *„schwulen Typen"* bezeichnete. Von der Freundin des Genossen bekam L.P. gleich noch eins an die Backe.

„KPD/ML" Was man nicht im Kopf hat, muß man in den Fäusten haben

Mit der „KPD/ML" hatte sich der KBW eigentlich *„zu einer machtvollen Manifestation zusammenschließen"* wollen. Der „KPD/ML" war es aber offensichtlich zu blöd erschienen, sich an den Landungsbrücken mit dem KBW zusammen die Beine in den Leib zu stehen. Daher hatte sie zu einer Kundgebung in der Innenstadt, unmittelbar am geplanten NPD-Stand, aufgerufen.

In ihrem Aufrufflugblatt wußte die „KPD/ML" zu berichten, daß *„die trotzkistischen Führer des 'K' B"* mit ihrer Forderung nach Verbot der NPD-Provokation nur bei den Massen Vertrauen in den bürgerlichen Staat wecken wollten, *„um uns (?) vom revolutionären Kampf gegen ihn abzuhalten"*. Die *„trotzkistischen Führer des ‚K'B"* unterstützen *„ja selbst aktiv (!) die Aufrüstung der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse"* und stünden *„genauso im Dienste des Klassenfeindes wie die offenen Faschisten"*.

Den Mangel an politischer Vernunft glich die „KPD/ML" zumindest – anders als der KBW – durch antifaschistische „Militanz" aus. Die vielleicht 100 Freunde der „KPD/ML" (und der „KPD"), die sich in der Innenstadt versammelt hatten, langten anfangs tapfer zu und wurden teilweise von den

der „KPD/ML" (und der „KPD"), die sich in der Innenstadt versammelt hatten, langten anfangs tapfer zu und wurden teilweise von den

Bullen brutal zusammengeschlagen, als sie eine spontane Demonstration zu formieren versuchten.

Ob sich vor dem Hintergrund des totalen Mangels an politischem Differenzierungsvermögen, der sektiererischen Selbstisolierung („Allein gegen alle") und der teilweise offen antikommunistischen Indoktrinierung diese „Militanz" nicht irgendwann unmittelbar von der Bourgeoisie mißbrauchen lassen wird, bleibt abzuwarten. Der Weg so manches antikapitalistischen Jugendlichen zur NSDAP und SA in den zwanziger und dreißiger Jahren ist ein Warnzeichen. „Militanz", die nicht von politischer Vernunft gelenkt ist und sich von den Massen isoliert, führt in die Sackgasse.

Dem Sektierertum keinen Fußbreit!

Während der Vorbereitung und Durchführung der antifaschistischen Aktionen gab es Schwankungen in den Reihen unserer Organisation beziehungsweise ihres „Umfelds", vor allem unter jüngeren Sympathisanten.

Das Hauptaugenmerk dieser Genossen war darauf gerichtet, gegen die Faschisten-Provokation unmittelbar „etwas zu tun". Unter „etwas tun" wurden dabei überwiegend oder ausschließlich militante Aktionen verstanden. Weit weniger Gewicht wurde von solchen Genossen auf die Aufgabe gelegt, unter den M a s s e n gegen die faschistische Gefahr aufzuklären und zu mobilisieren. Teilweise zeigte sich, daß Genossen, die besonders lautstark forderten, „etwas zu tun", noch nicht einmal mit ihren eigenen Kollegen über das Faschisten-Treffen diskutiert hatten.

In Einzelfällen gab es ein mehr oder weniger offenes Zurückweichen und Schwanken angesichts der Jauchekübel, mit denen in diesen Tagen KBW und „KPD/ML" den Kommunistischen Bund überschütteten, um ihm „Feigheit" und „Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat" vorzuwerfen. Statt offensiv gegen die dreiste Sprücheklopferei des KBW und die blinde „Militanz" der „KPD/ML" aufzutreten, ließen sich einzelne Genossen sogar von „ML"ern in die Defensive drängen. Darin kommt – neben der konkreten eigenen Verwirrung der Genossen über unser Vorgehen im antifaschistischen Kampf – teilweise auch ein schlichtes Unverständnis für die zutiefst s c h ä d l i c h e Politik dieser „ML"-Sekten und für die politisch kriminelle Rolle, die deren Führer spielen, zum Ausdruck.

Die Sekten schwärmten viel von *„Arbeiterfäusten"* (Flugblatt der „KPD/ML"), die sie gern in Bewegung setzen wollten, *„um die braune Pest zu verjagen"*. Daß sie dazu mit ihren vielleicht 400 oder 500 Mann, die sie alle zusammen bei günstigen Umständen in Hamburg mobilisieren könnten, gar nicht fähig wären, liegt wohl auf der Hand. Aber auch eine volle Mobilisierung des Kommunistischen Bundes hätte angesichts des riesigen Polizei-Aufgebots an diesem Tag nicht ausgereicht, um die geplante Hauptkundgebung der NPD in Planten un Blomen zu verhindern.

Abgesehen davon gilt es jedoch, allgemein das Verständnis dafür durchzusetzen, daß unsere politische Hauptaufgabe n i c h t darin besteht, als Organisation den Faschisten militant „entgegenzutreten" und sich dabei womöglich noch von den Faschisten Ort und Schauplatz vorschreiben zu lassen. In dieser Hinsicht besteht in unserer Organisation schon seit Jahren, bis heute nicht völlig ausgerottet und vor allem aus un-

schreiben zu lassen. In dieser Hinsicht besteht in unserer Organisation schon seit Jahren, bis heute nicht völlig ausgerottet und vor allem aus un-

serem immer breiteren Sympathisanten-„Umfeld" ständig nachwachsend, eine Tendenz, sich von jedem Auftreten der Faschisten in Aufregung versetzen zu lassen und darauf unbedingt direkt r e a g i e r e n zu wollen – beziehungsweise sich hilflos und unwohl zu fühlen, wenn man dann nicht weiß, was man „tun" soll.

Für den antifaschistischen Kampf gelten jedoch keine anderen Prinzipien als für die revolutionäre Kampfführung überhaupt:

Erstens und vor allem müssen wir uns auf die M a s s e n stützen. Und zweitens greifen wir die Faschisten a n d e n Orten und mit d e n Mitteln an, die w i r bestimmen, und nicht dort, wo es uns die Faschisten durch ihr Auftreten zu diktieren scheinen. Verstöße gegen diese Prinzipien haben wiederholt zu u n n ö t i g e n Opfern und juristischen Repressalien geführt, die bei einem klügeren Auftreten vermeidbar gewesen wären.

Während des NPD-„Aktionstags" konnten wir sehen: Die Faschisten stellen zwar eine „Provokation" dar, aber sie sind in Hamburg überhaupt kein Problem für uns (derzeit). Die Faschisten a l l e i n wären natürlich an diesem Tag in Minutenschnelle von den mobilisierten Demokraten vertrieben worden. Die S t ä r k e der Faschisten liegt heute nicht in ihrer Zahl und ihrem Einfluß (jedenfalls nicht in Hamburg), sondern in ihrem Schutz durch den hochgerüsteten und brutalisierten Polizei-Apparat. Sehr klar wurde dabei, daß die Faschisierung vom bürgerlichen S t a a t ausgeht, während die offenen faschistischen Gruppen und Grüppchen vergleichsweise eine lächerliche Randerscheinung sind. Als weiteres wurde aber auch deutlich, daß großen Teilen des Volkes noch nicht klar ist, daß wir den Faschisten entgegentreten müssen. Eindeutig vorherrschend ist noch die Tendenz, daß „in einer Demokratie" eben auch die NPD das Recht haben müsse, „ihre Meinung zu sagen". Bei diesen Menschen gibt es zwar eine spontane Empörung, wenn sie unmittelbar Zeuge von Polizei-Brutalitäten werden, aber die bloße Anwesenheit hochgerüsteter Polizei zum Schutz der Faschisten finden sie durchaus berechtigt.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß es heute unsere H a u p t - a u f g a b e sein muß, unter den

berechtigt.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß es heute unsere H a u p t - a u f g a b e sein muß, unter den

Volksmassen größere Klarheit über die Funktion der offenen Faschisten-Gruppen ebenso wie über die Faschisierung des Staatsapparats zu schaffen. Der Weg der Sekten jedoch – seien es nun die Sprücheklopfer vom KBW oder die „Militanten" von der „KPD/ML" – führt genau in die entgegengesetzte Richtung. Jedes Zurückweichen gegenüber dem Sektentum, jedes Liebäugeln mit abenteuerlichen Einzelaktionen, jede Fixiertheit auf bloßes R e a g i e r e n angesichts faschistischer Provokationen führt von unseren Aufgaben weg, erschwert die Gewinnung der Massen für den demokratischen Kampf und letztlich für den Sozialismus.



Das war das Ende des NPD-Standes in Hamburgs Innenstadt

